



Foto: LMBV

Reviertransfer Lausitz

Wir. Miteinander

Wie schon in der vergangenen Ausgabe, so stellen wir die fortlaufende Rubrik Reviertransfer auch diesmal unter ein Motto. War es beim letzten Mal „Kooperation“, so erweitern wir den Rahmen in dieser Ausgabe mit einer Anlehnung an die aktuelle Bundesratspräsidentschaft Brandenburgs, die Dietmar Woidke unter das Motto „Wir. Miteinander“ stellte. Ging es zuletzt im Reviertransfer vornehmlich um die Kooperation in der Lausitz, so wird diesmal der Blick deutlicher auf Bund und Länder gerichtet. Denn hier entscheiden die kommenden Monate maßgeblich, ob die Strukturentwicklung der Lausitz endlich durchstarten kann oder an politischem Unwillen und fehlendem Mut vorzeitig zu scheitern droht.

Startete das Jahr 2019 mit Kohlekompromiss, anspruchsvoller Zeitachse für eine Strukturentwicklung der betroffenen Kohleregionen und dem Aufbau der Wirtschaftsregion Lausitz noch recht zuversichtlich, muss man am Ende dennoch auf ein verlorenes Jahr zurückblicken. Außer Gerede ist am Ende nicht viel gewesen. Die wichtigen Gesetze auf Bundesebene werden weiter verzögert und erst im Frühjahr 2020 oder gar später Klarheit darüber bringen, wie eine Strukturstärkung der Lausitz erfolgen soll und mit welchen Zugeständnissen die Region rechnen muss. Die Länder waren durch Wahlen und folgende Koalitionsverhandlungen ebenso in einer politischen Nabelschau begriffen. Die vielfältige Akteurslandschaft in der Lausitz hat noch immer keine Synchronisierung erfahren.

Zwar gab es viele Ankündigungen und Versprechungen von neuer Infrastruktur über einen Ministeriumsumzug in die Lausitz bis zur Universitätsmedizin, nur ist vor Ort nichts davon konkret spürbar. Ganz im Gegenteil schlagen Veränderungen in verschiedenen Branchen, die meist mittelbar oder unmittelbar mit der Energiewende zusammenhängen, negativ auf die Region durch. Bei Trevira, im Hauptgeschäft Zulieferer für die Automobilbranche, herrscht Kurzarbeit, beim Windanlagenbauer Vestas wurden 500 Stellen gestrichen, Kjellberg vermeldet Probleme. Mit der zweiten Stufe der Sicherheitsbereitschaft gehen der Energiewirtschaft in Summe 600 direkte und wahrscheinlich zwei Mal so viele indirekte Arbeitsplätze verloren. All das sind verlorengegangene Industriearbeitsplätze. Da wirkt es fast wie eine Farce, wenn man sich an Peter

Altmaiers Versprechen erinnert, dass in der Lausitz kein Industriearbeitsplatz verloren geht, bevor nicht ein neuer geschaffen wird.

Sicher passiert viel im Bereich wichtiger Ansiedlungen von Forschungsinstituten und viele Lausitzer Unternehmen gehen mit Mut in Veränderungsprozesse, erste Erfolge sind sichtbar. Mit Strukturstärkung seitens der Länder und des Bundes kann die Lausitz tatsächlich zu einer Zukunftsregion voller Chancen werden. Dazu braucht es aber endlich klare Rahmenbedingungen und den ehrlichen Willen beider Landesregierungen und der Bundesregierung. Insofern richtet sich das Motto „Wir. Miteinander“ als Aufforderung an die Lausitzer Akteure ebenso wie an Bund und Länder.

Von Hoffnungsträgern, Chancen und Trittbrettfahrern

Der mahnende Einstieg soll eine Tendenz des vergangenen Jahres aber nicht konterkarieren. Die Lausitz hat sich in vielen Bereichen auf den Weg gemacht und ist in Teilen schon aus dem Tal des Jammers aufgebrochen und geht aktiv neue Chancen an. Besonders sichtbar wird das im Umfeld der Hochschulen, die durch den Aufbau neuer Forschungskompetenzen als Katalysator auf die Strukturentwicklung wirken sollen und müssen. In der vergangenen Ausgabe haben wir einen Überblick über gesicherte und geplante Vorhaben im Hochschulbereich gegeben, hier gab es noch im Jahr 2019 Erfolge zum Anfassen.

Wissenschaft als Hoffnungsträger

Insbesondere am Cottbuser Standort der BTU geben sich Neuansiedlungen von Forschungsvorhaben förmlich die Klinke in die Hand. Dabei waren u.a. Fraunhofergruppen, ein DLR-Institut, eine Kooperation mit Rolls Royce der Auftakt, allein in den vergangenen Wochen starteten zudem folgende Vorhaben:

Klimazentrum: Im November wurde durch Bundesumweltministerin Svenja Schulze das bereits im Frühjahr angekündigte Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) offiziell gestartet. Es ist als künftige Denkfabrik konzipiert, die Industrie und Wissenschaft bei Investitionen in klimaneutrale Technologien zusammenbringen soll. Im KEI sollen der Forschungsbedarf ermittelt, Forschungscluster gebildet sowie Finanzierungsmöglichkeiten identifiziert und erschlossen werden. Außerdem wird das KEI das BMU-Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“ umsetzen. Damit sollen sowohl die Erforschung und Entwicklung innovativer Klimaschutztechnologien zur Vermeidung von Prozessemissionen



Bundesumweltministerin Svenja Schulze eröffnet mit Jörg Steinbach, Wirtschaftsminister Brandenburgs und Oberbürgermeister Holger Kelch das Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) in Cottbus. © BTU Cottbus-Senftenberg

als auch deren Anwendung und Umsetzung im industriellen Maßstab gefördert werden. Das Förderprogramm soll im Laufe des kommenden Jahres starten. Im KEI selbst wird nicht geforscht, sondern vernetzt. Es wird von der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH mit Sitz in Berlin (www.z-u-g.org) im Auftrag des BMU betrieben. Im Anschluss an die Eröffnung fand ein Podiumsgespräch statt, das als Gesprächsreihe unter dem Titel „Cottbuser Gespräche“ auch künftig regelmäßig Diskussionsrunden und Expertengespräche zum Thema Klimaschutz in der Industrie mit Bezug zum Strukturwandel in der Lausitz veranstalten soll. Auf Nachfrage unserer Redaktion waren hier noch keine weiteren Termine bekannt. Inwieweit das KEI Arbeitsplätze und Wertschöpfung in die Lausitz bringt, bleibt ebenso abzuwarten.

Innovationscampus: Im November startete mit dem „Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik Cottbus“ zudem das erste Wissenschaftsprojekt der Region für den Strukturwandel. Künftig sollen im Innovationscampus 40 Wissenschaftler arbeiten. Zehn Lehrstühle der BTU sollen hier gemeinsam mit vier außeruniversitären Einrichtungen an der Entwicklung neuartiger Sensoren und Systeme forschen. Erste Projekte widmen sich z.B. der Gesundheitsversorgung auf dem Land und der Vermeidung von Ausfällen in Produktionsanlagen. Das Vorhaben wird auch iCampus genannt und mit bereits laufenden Einrichtungen wie dem Innovationshub und dem Forschungslabor Mikroelektronik vernetzt. Im Fokus stehen dabei auch technologieorientierte Ausgründungen, denen die folgende Plattform helfen könnte. ☺

Wirtschaftsförderung Brandenburg | WFB

Standort. Unternehmen. Menschen.



Unsere Servicepakete. Für Ihren Erfolg.

Wirtschafts- und Arbeitsförderung aus einer Hand – unser Angebot für Wachstum in der Lausitz.



Investitionen



Innovationen



Fachkräfte



International



Energie



Gründung



Gründerlabor: Anfang Dezember kam mit der Zusage von 5,4 Mio Euro für ein BTU-eigenes Projekt ein Impuls, der deutlicher auf die Lausitz abzielt. Ab März startet an der BTU ein Grünerlabor mit zehn Arbeitsplätzen, das Forschungen aus der Hochschule heraus unter Einbindung der regionalen Wirtschaft am Markt platzieren soll. Zum Vorhaben gehört ein COLab, das steht für eine Mitmachwerkstatt und Ideenschmiede, in der u.a. Prototypen erstellt werden können. Das Gründerlabor soll vorwiegend Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen der Region Chancen in einem innovativen Umfeld eröffnen.

Die BTU hat am Cottbuser Standort zudem eine neue Qualität in der öffentlichen Begleitung des Strukturwandels entwickelt. Gute Beispiele waren eine öffentliche Vorlesungsreihe mit Schwerpunktbeiträgen zu den Themen Energiewende und Klimaschutz mit

zwei von Deutschlands Top-Ökonomen, Prof. Hans-Werner Sinn und Prof. Ottmar Edenhofer, sowie Energieexperte Prof. Harald Schwarz von der BTU. Die hochinteressanten Vorträge sollen noch online zur Verfügung gestellt werden. Ende November war die BTU zudem Gastgeber für einen gemeinsamen Dialog zwischen zwei Seiten der Debatte um den Kohleausstieg in der Lausitz, Fridays for Future und der Pro Lausitzer Braunkohle e.V. bewiesen, dass man auch einen Schritt aufeinander zugehen und versuchen kann, Verständnis für die Perspektive der anderen Sichtweise zu entwickeln. Der Dialog fand auf allen Seiten eine positive Resonanz und die BTU hat sich als Moderator im weiteren Gespräch angeboten. Bleibt zu hoffen, dass diese Pflanze weiter wächst und eine Wirkung gegen die weitere Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft – bei diesem Thema insbesondere in der Lausitz – bewirken kann.

Fantasie als Hoffnungsträger
Bislang nur lokal wahrgenommen wird eine weitere Chance für die Region, bei deren wirtschaftlichem Impuls es allerdings passend zum Thema auch der Fantasie bedarf. Elbenwald, Betreiber des größten Fantasy-Onlineshops Europas sowie von 35 Stores in Metropolen Deutschlands und Österreichs, hat den Umzug seines Elbenwald-Festivals aus der Lüneburger Heide an den Ort des Firmensitzes, nach Cottbus, bekanntgegeben. Das Festival zieht bundesweit eine extrem junge, eher weibliche und medienaffine Zielgruppe an. Es ist in seiner Art als illustrierter Mix aus Fantasy, Mitmachen, Musik und Kreativität einzigartig. Die Lausitz hat die Chance, bundesweit mit positiven Bildern und Botschaften in jungen Medienkanälen ein attraktives Image zu generieren. Gleichzeitig bringt das Festival genau jene Köpfe in die Region, die man für eine Innovations- und Zukunftsregion begeistern und gewinnen muss. Im noch folgenden Bereich dieses Reviertransfers mit möglichen Entwicklungssträngen im Lausitzer Veränderungsprozess zeigen wir, welches weitreichende wirtschaftliche Potenzial hier schlummern könnte.

Ambivalente Chance: Behördenansiedlung

Das Thema Behördenarbeitsplätze wurde bereits ambivalent betrachtet, eine Vorsicht, die sich aktuell bestätigt. Wurden bislang vor allem die fehlende regionale Wertschöpfung und der fehlende Bezug zu wegfallenden Industriearbeitsplätzen kritisiert, zeigt sich nun noch ein anderer Effekt. Den Beginn neu geschaffener Arbeitsplätze in diesem Bereich machte die Knappschaft Bahn-See in Cottbus, 140 zusätzliche Arbeitsplätze müssen dort im ersten Schritt besetzt werden. Künftig sollen hier bundesweit Förderprojekte für EFS-Mittel der EU bearbeitet werden. Dabei hat sich gezeigt, dass die Personalakquise die regionale, kleinteilige Wirtschaft trifft. Es wird offensiv Personal z.B. von Steuerberatungen oder anderen kleinen Unternehmen mit Büro- und Verwaltungstätigkeit abgeworben. Unternehmen

dieser Größenordnung können nicht mit der Sicherheit, sozialen Abfederung und meist auch nicht mit dem Lohngefüge der Behörden mithalten. Im Ergebnis wird die kleinteilige regionale Wirtschaft geschwächt und insgesamt ist sogar fraglich, ob solche zusätzlichen Stellen überhaupt die Kaufkraft stärken, vom Thema fehlender Wertschöpfungsketten einmal ganz abgesehen.

Weißwasser freut sich derzeit über das Versprechen von Bundeswirtschaftsminister Altmaier, in der Glasmacherstadt für 11,5 Mio. Euro eine Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BaFa) zu errichten. 100 Arbeitsplätze sollen im ersten Schritt entstehen, die Außenstelle „Energie“ soll Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes übernehmen. Auch hier müssen die 100 Arbeitsplätze erst einmal besetzt werden. Abseits von leitendem Personal wird das, wie im Cottbuser Fall, aufgrund ungünstiger Infrastruktur und Pendlerbeziehungen nicht aus Berlin oder Dresden, sondern meist aus der Region kommen müssen. Auch hier wird die kleinteilige Wirtschaft einen Aderlass erleiden.

Der Bund hat zugesichert, in den betroffenen Kohleregionen bis 2028 insgesamt 5.000 Behördenarbeitsplätze neu zu schaffen bzw. zu erhalten. Folgt man dem bislang im Strukturstärkungsgesetz definierten Anteil der Lausitz von 43 %, so müssten in der Lausitz insgesamt 2.150 Behördenarbeitsplätze entstehen. Das dürfte so manchem Unternehmer mit Personal in Bürotätigkeiten Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Um hier tatsächlich positive Effekte für die Region zu generieren, wird schneller mehr Attraktivität für Zuzügler oder Pendler aus den umliegenden Ballungsräumen benötigt. Es geht um die vielversprochene Infrastruktur, für die mit 2019 wiederum ein Jahr verloren ging. So hat es das 2. Gleis auf der Strecke von Cottbus nach Berlin noch immer nicht in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans geschafft. Berlin verzögert weiter und lässt keinerlei Willen zur



Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

STUDIERN, FORSCHEN UND ARBEITEN
AN DER BTU COTTBUS-SENFTENBERG



RÜCKKEHRERTAG
27. Dezember 2019 10-14 Uhr
Altes Stadthaus, Altmarkt 21, Cottbus

INFOTAG »EINBLICKE«
9. Januar 2020 10-17 Uhr
Konrad-Zuse-Medienzentrum, Campus Senftenberg

IMPULS-MESSE
10. + 11. Januar 2020 10-17 Uhr
Messe Cottbus



www.b-tu.de

WIR FREUEN
UNS AUF IHREN
BESUCH!

Die Lausitz bekommt eine Batteriefabrik! Wenige Stunden vor der Drucklegung dieses Magazins wurde die Nachricht veröffentlicht. In Schwarzheide soll eine Zulieferfabrik für Batteriezellen entstehen, die jährlich Kathoden für rund 300.000 Elektroautos herstellt. Die BASF will rund 500 Millionen Euro investieren. Die Lausitz könnte so Zulieferer für die Tesla-Gigafactory in Grünheide werden. Leider können wir in dieser Ausgabe des Lausitz Magazins keinen Bezug mehr nehmen. Wir werden in der kommenden Frühjahrsausgabe ausführlich berichten.

Stärkung des Lausitzer Strukturwandels erkennen, wenn es einmal konkret wird.

Erste Ansiedlungserfolge

Die Lausitz braucht also dringend Ansiedlungen, die mit der Schaffung von Industriearbeitsplätzen verbunden sind. Und hier gibt es auch erste Erfolge für die Lausitz. So wurde die japanische Firma Fuji Oil für eine 15 Mio. Euro-Investition in Golßen gewonnen. Das spanische Unternehmen Tradebe investiert in Schwarzheide, die Schweizer Yellow Tec in Görlitz und die ebenfalls aus dem Land der Eidgenossen stammende BELIMO Automation eröffnete ein neues Service- und Logistikcenter in Großröhrsdorf. Die Lausitzer Ansiedlungsinitiative Lausitz Invest hat das forsa-Institut nach Cottbus geholt (siehe S. 58). Damit sind zwar keine Industriearbeitsplätze verbunden, aber immerhin ein Entwicklungsvorhaben mit der Hochschule vor Ort und evtl. Effekte bei der Begleitung des Strukturwandels durch die Sozialforscher und -analytiker. Tesla liegt mit der Ansiedlung der Gigafactory Europe in Grünheide leider knapp daneben (siehe Bericht S. 22 ff), aber Brandenburgs

Wirtschaftsminister hat für die Lausitz noch eine Weihnachtsüberraschung angekündigt.

Unnötige Trittbrettfahrer

Das Schaulaufen von externen Beratern und Instituten hat in der Lausitz leider keinen Abbruch gefunden. Hier ein Workshop, da eine Konferenz, dort eine Studie. Natürlich braucht eine Entwicklung Beratung, Daten und Fakten – hier scheint die fehlende Synchronisation in der Lausitz aber vermeintlichen Helfern von außen Tür und Tor zu öffnen. Ein Beispiel liefert die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform, die im Auftrag des Bundesumweltministeriums eine Workshopreihe zur „Breiten Beteiligung für den Strukturwandel in der Lausitz“ durchführt. Eine Gesellschafterin der Institution, Gesine Schwan, ist zufällig Parteikollegin von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die das Ganze finanziert. Dabei findet bereits ein aus Bundesmitteln finanzierter, breiter Beteiligungsprozess im Rahmen der Leitbildentwicklung der Zukunftswerkstatt Lausitz statt, der in Teilen genau die gleichen Fragestellungen behandelt. Auch



Lars van der Haegen (CEO der Belimo-Gruppe), Martin Arnold (Geschäftsführer des Standortes Großröhrsdorf) und Lukas Eigenmann (Konzernleitung Region Europa) vor dem neuen Standort des Belimo-Konzerns (v.l.n.r.)

hier arbeiten schon diverse externe Partner und Institute, so sorgt ein Münchner Büro für die Kulturstrategie. Es kann für Frust sorgen, wenn sich kaum Konkretes tut, aber ein Psychologe oder Berater nach dem nächsten durch die Lausitz gejagt wird. Insbesondere Unternehmer bringen dafür kein Verständnis auf – hier werden offensichtlich Mittel an der falschen Stelle eingesetzt. Beteiligungsprozesse sollten motivieren und genau jene mitnehmen, die den Wandel bewältigen müssen. Das ist bei der Vielzahl beauftragter Institutionen und entsprechender Termine aber nicht möglich. Hier muss dringend aufgeräumt werden, eine Übersicht der Trittbrettfahrer haben wir auf halber Strecke aufgegeben. ☹

JETZT SCHON AB 16.900 €¹ NETTO.



**ANGEBOT NUR FÜR
GEWERBLICHE KUNDEN.**

FIAT TALENTO

DER GENIALE TRANSPORTER

Seine geniale Vielseitigkeit zeigt er als Personentransporter mit bis zu 9 Sitzplätzen.

Ausstattungs-Highlights²:

- Traction+
- Berganfahrhilfe
- Zwei Radstände, zwei Dachhöhen
- Touchscreen-Radio mit Navigation und Bluetooth®
- Rückfahrkamera

Wofür Sie Ihre Talente auch einsetzen:
Der Fiat Talento macht den Unterschied.

**Kraftstoffverbrauch (l/100 km) gemäß RL 80/1268/EWG:
innerorts 6,4; außerorts 5,8; kombiniert 6,0.
CO₂-Emission: (g/km): kombiniert 159.**

¹ Für den Fiat Talento (Version 145) zzgl. MwSt. ² Teils aufpreispflichtige Sonderausstattung.



Angebot nur für gewerbliche Kunden, gültig für nicht bereits zugelassene Neufahrzeuge bis 30.03.2020. Nicht kombinierbar mit anderen Aktionen. Beispielfoto zeigt Fahrzeug der Baureihe, die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeugs sind nicht Bestandteil des Angebots.

SCHÖN

AUTOHAUS SCHÖN GMBH

Hardenbergstraße 2 | 03050 Cottbus

Telefon 0355 590100 | Telefax 0355 59010-22

verkauf@autohaus-schoen.de | www.autohaus-schoen.de

Viel Zuspruch – keine Folgen: Kohlekompromiss harrt der gesetzlichen Umsetzung

von Markus Füller

Bis sich die Vorstellung des Ergebnisses der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) zum ersten Mal jährt, sind es nur noch wenige Tage. Es war der 26. Januar 2019. Von hartem Ringen war die Rede, von einem mühsamen aber erfolgreichen Aufeinanderzubewegen. Es gab reichlich Lob. Einige nannten den gefundenen Kompromiss historisch. Andere begannen damit, sich zu arrangieren.

Eine Botschaft war unmissverständlich. Dieser breite gesellschaftliche Konsens hat nur dann einen Wert, wenn er 1:1 umgesetzt wird. Der Bundesregierung wurde aufgetragen, schnellstmöglich die erforderlichen Gesetze zu beschließen.

Wer heute nach diesen Gesetzen sucht, sucht vergebens. Nichts ist gesetzlich verankert. Alles ist weiter offen. Die Aufbruchstimmung des Jahresanfangs ist zum Jahresende einer breiten Ernüchterung gewichen.

Für die drei zentralen Bausteine des Kompromisses sind jeweils eigene gesetzliche Regelungen vorgesehen. Zur Unterstützung der Reviere ist ein Strukturstärkungsgesetz auf den Weg gebracht. Die verbindliche Abschaltung der Kohlekraftwerke wird in einem Kohleausstiegsgesetz geregelt. Und für die soziale Abfederung der Beschäftigten im Bergbau soll ein Anpassungsgeld (APG) vereinbart werden, das es bereits bei der Beendigung des Steinkohlenbergbaus in Deutschland gab.

Für das Strukturstärkungsgesetz legte das Bundeswirtschaftsministerium einen ersten Referentenentwurf am 21. August 2019 vor. Ungeachtet vielfältiger Kritik wurde er eine Woche später vom Kabinett beschlossen. Zur abschließenden Lesung im Bundestag kam der Gesetzentwurf bis heute nicht. Auch die erforderliche Zustimmung des Bundesrates steht aus.

Aus der Lausitz gibt es heftige Kritik an dem Gesetzentwurf. Die versprochene 1:1-Umsetzung können die regionalen Akteure nicht erkennen. Zwar sind die Milliardenbeträge zur Unterstützung der Reviere übernommen. Es fehle aber der geforderte Staatsvertrag, der die Mittel auch über Wahlperioden mit wechselnden Regierungen hinaus verbindlich sichert. Gleichmaßen vermissten die in der Lausitzrunde versammelten

Kommunalvertreter eine zufriedenstellende Regelung für etwaige kommunale Eigenanteile. Den Kommunen fehle schlicht das Geld, die Fördermilliarden auch nur mit einem geringen Prozentsatz kofinanzieren.

In einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Oktober kamen nicht nur diese Bedenken auf den Tisch. Nachbesserungsbedarf forderten die Fachleute beispielsweise auch bei der Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen. So fehlten, wie es heißt, passgenaue Maßnahmen, um private Investitionen anzukurbeln. Geld dürfe nicht nur in Infrastruktur und staatliche Einrichtungen fließen, sondern müsse auch der Wirtschaft direkt zugute kommen.

Ihrem Ärger über den Gesetzentwurf trugen die Vertreter der Lausitzrunde am 14. November vor das Kanzleramt nach Berlin. Ursprünglich war auch für diesen Tag eine Befassung im Bundestag vorgesehen, die allerdings verschoben wurde. Die einstige Ankündigung, das Gesetz noch in diesem Jahr zu beschließen, wird wohl Ankündigung bleiben.

Das Kohleausstiegsgesetz liegt ebenfalls in einem Referentenentwurf vor, sogar schon in einer zweiten Fassung. Im ersten Entwurf vom 11. November waren überraschenderweise auch veränderte Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien definiert, beispielsweise neue Abstandsregeln von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. Die breite Entrüstung aus der Erneuerbaren-Branche, von Umweltverbänden und SPD und Grünen sorgte schließlich dafür, dass der Entwurf überarbeitet und zwei Wochen später in abgeschwächter Form vorgelegt wurde.

Bezüglich der Kohlekraftwerke enthalten beide Entwürfe bislang nur Regelungen für die Steinkohle. Für die Braunkohle gibt es einen Platzhalter. Gefüllt werden soll dieser nach Abschluss der Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Kraftwerks- und Bergbaubetreibern. Sie arbeiten derzeit an der „einvernehmlichen Lösung“, die die KWSB in ihrem Abschlussbericht empfohlen hat. Die Verhandlungen laufen. Mancher rechnet täglich mit Ergebnissen.

Für die Lausitz ist das Ergebnis von großer Bedeutung, schließlich soll dieses mit

einem Kraftwerks-scharfen Abschaltplan untersetzt sein. Es ist davon auszugehen, dass damit auch Lausitzer Kraftwerksblöcke schon deutlich vor 2038, vielleicht sogar vor 2030 vom Netz gehen müssen.

Erst nach durchlaufenem Gesetzgebungsverfahren kann das Kohleausstiegsgesetz in Kraft treten. Damit ist bestenfalls im ersten Quartal 2020 zu rechnen. Noch gibt es – anders als beim Strukturstärkungsgesetz – nicht einmal einen Kabinettsbeschluss.

Ungeachtet der Fortschritte einerseits beim Strukturstärkungsgesetz, andererseits beim Kohleausstiegsgesetz, steht die Forderung im Raum, beide Gesetze gleichzeitig in Kraft zu setzen. Allein das Strukturstärkungsgesetz in Kraft treten zu lassen, ohne dass Klarheit beim Kohleausstieg herrscht, haben Umweltverbände schon als inakzeptablen „Blankoscheck“ kritisiert. Umgekehrt kann es den Revieren kaum Recht sein, dass womöglich der Kohleausstieg beginnt, die Unterstützung zur Strukturentwicklung aber noch nicht verbindlich geregelt ist.

Verbleibt das Anpassungsgeld (APG). Dabei geht es um eine Abfederung Kohlebeschäftigter bei Arbeitsplatzverlust oder dem Wechsel in einen deutlich schlechter bezahlten Job. Vorbild ist eine APG-Richtlinie, die sich im Steinkohlenbergbau bewährt hat. Zu diesem Thema werden ebenfalls Gespräche geführt. Auch dieser Aspekt müsse Teil einer Gesamtlösung sein, unterstreicht die IG BCE. Ohne gesetzliche Regelungen zur Absicherung der Beschäftigten dürften keine Vereinbarungen zur Stilllegung von Kraftwerken verbindlich fixiert werden. ☒



Drei Gesetze bilden die Rahmenbedingungen für die Strukturentwicklung in der Lausitz. Ihre Verabschiedung ist derzeit unklar.

Jeder muss zur Zusammenarbeit bereit sein

Interview zum Amtsantritt am 1. November 2019 mit Bundesratspräsident Dietmar Woidke

Herr Präsident, Sie gehören dem Bundesrat bereits rund 14 Jahre an. Erinnern Sie sich noch an Ihre erste Sitzung hier im Haus? Ja, ich hatte großen Respekt vor dem Bundesrat und fühlte mich – wie auch heute noch – geehrt, sein Mitglied sein zu dürfen. Ich habe übrigens in diesem Gebäude schon einmal gearbeitet – zu DDR-Zeiten. Ich war Redakteur einer wissenschaftlichen Zeitung zum Thema Tierernährung. Der herausgebende Akademie-Verlag hatte hier seinen Sitz, von dem es nur einen Steinwurf zur Berliner Mauer war. Und über die Erich Honecker schwadronierte, sie würde sicher noch 100 Jahre stehen. Zum Glück kam es anders. Niemals hätte ich mir damals vorstellen können, dass ich einst als Mitglied des Bundesrates in dieses Haus zurückkehren würde.

Worüber sprachen Sie in Ihrer ersten Rede? Diese Rede aus dem Februar 2005 ging mir gerade in der letzten Plenarsitzung Mitte Oktober durch den Kopf. Ich sprach damals zu einer Verordnung zum Bau von Windkraftanlagen – ein Thema aus der Klimapolitik, die auch heute noch ein großes gesellschaftliches Thema und damit auch ein Thema des Bundesrates ist. Gegenwärtig verhandeln wir hier mit der Bundesregierung u.a. das Klimapaket auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen für einen nachhaltigen Klimaschutz. Ich will, dass wir da vorankommen.

Unabhängig von diesem Thema, verhält sich der Bundesrat bei der Suche nach solchen Lösungen gegenüber Bundesregierung und Bundestag immer selbstbewusst genug? Dem Bundesrat mangelt es nicht an Selbstbewusstsein. Ich glaube allerdings, dass wir dieses Bewusstsein und das Selbstverständnis des Bundesrates stärker nach außen tragen sollten. Über den Bundesrat wird Politik für die Menschen erlebbarer. Hier fließen die Erfahrungen der Länder mit all ihren regionalen Unterschieden in die Bundespolitik ein. Dies führt letztlich zu besseren Gesetzen und vor allem zu Stabilität und Verlässlichkeit der Politik. Das müssen wir deutlicher herausstellen!

Was ist in diesem Sinne notwendig, um den Bundesrat auch in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen? Von außen sind die Diskussionen und Entscheidungen des Bundesrates nicht immer klar nachzuvollziehen. In der letzten Plenarsitzung leitete ich die Abstimmung zum geplanten Strukturstärkungsgesetz. Einhundert Ziffern kamen zum Aufruf. Bei

nicht einer war für außenstehende Beobachter auf Anhieb erkennbar, worum es geht. Wir sollten Möglichkeiten finden, Gästen oder auch TV-Zuschauern die Inhalte der Themen transparenter zu machen. Auch sollte klar sein, wer wie abgestimmt hat. Daher befürworte ich, die Abstimmungsergebnisse nachvollziehbar zu veröffentlichen.

Kritiker bemängeln, dass die Verflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern den Föderalismus schwächen. Sehen auch Sie diese Gefahr? Nein. Ich sehe den Föderalismus in guter Verfassung und erlebe im Bundesrat seit langem ein starkes Miteinander – für einen starken Föderalismus. Es gibt einen großen Willen der Länder, gemeinsam und konstruktiv mit dem Bund große Fragen zu lösen. Wir haben miteinander eine Neustrukturierung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern hinbekommen oder die Digitalisierung der Schulen. Diese Grundsatdebatten darüber, wer was in diesem Land darf, treffen nicht den Nerv der Bevölkerung. Wenn Bund und Länder gemeinsam Probleme lösen, wie etwa beim Digitalpakt, dann sichert das die Zukunft Deutschlands. Ich bin der Überzeugung, dass wir gut beraten sind, mit dem Bund gemeinsam Standards zu setzen, gerade auch im Bereich der Bildung. Bildungsabschlüsse müssen in ganz Deutschland vergleichbarer werden. Weder die Länder noch der Föderalismus gehen als Folge dieser Zusammenarbeit unter.

Können die Menschen dann aber noch zuordnen, wer wofür verantwortlich ist? Erfolgreiche Maßnahmen reklamieren alle für sich, bei Misserfolg zeigen alle auf den anderen – das ist eine uralte Praxis. Ich bin der Meinung, wir müssen weg von den Schuldzuweisungen, denn wir stehen alle gemeinsam in der Verantwortung, dieses Land voranzubringen. Da nützen Fingerzeige wenig. Die großen Aufgaben unserer Zeit können weder Bundesregierung, noch Bundestag oder Bundesrat alleine lösen. Gerade hier gilt auch das Motto der Brandenburger Bundesratspräsidentschaft „wir miteinander“. Jeder muss sich seiner Rolle bewusst und zur Zusammenarbeit bereit sein. Das ist, was die Menschen von uns erwarten.

Was entgegnen Sie denen, die den Prozess des Zusammenwachsens, des Miteinanders seit der friedlichen Wiedervereinigung eher kritisch sehen? Der Westen hat für den Aufbau der neuen Länder sehr viel geleistet. Vieles von dem,

worauf wir heute stolz sind, wäre ohne diese Hilfe nie entstanden. Das wird man in Ostdeutschland nie vergessen. Auf der Strecke blieb jedoch die Würdigung der Lebensleistung der Ostdeutschen. Oft wird vergessen, mit welchem Mut und Fleiß die Menschen – teilweise unter schwierigsten Umständen – den Umbruch bewältigt haben und gegen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit gekämpft und ihr Leben selbst in die Hand genommen haben. Dafür wünsche ich mir mehr Anerkennung. Diese ostdeutschen Erfahrungen sind für uns alle immens wichtig – gerade bei den Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Sie sagten neulich bei der symbolischen Amtsübergabe in Kiel, dass Sie es gut schaffen, das in Ihnen „brodelnde andalusische Temperament“ zu verbergen. Gibt es Momente, bei denen Ihnen das nicht gelingt? Doch, die gibt es, natürlich! Ich bin aber ein typischer Märker. Uns sagt man nach, dass wir uns eher nach innen freuen. Im Einsatz für mein Brandenburg beginnt es zu brodeln. Und wenn ich im Stadion von Energie Cottbus stehe. Und beim Kampf gegen dumpfen Rechtsextremismus beginnt es überzukochen.

Aber natürlich auch als Karnevalist. Ich habe mit großer Leidenschaft und Freude als „Bauer Kurt“ Büttenreden gehalten und die Politik auf die Schippe genommen. Ich bin heute noch Ehrensenator im Karneval Verband Lausitz. ☒



Foto: miteinander-brandenburg.de

Der Brandenburger Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke übernahm zum 1. September 2019 für ein Jahr die Bundesratspräsidentschaft und stellte sie unter das Motto „Wir. Miteinander“.

Koalitionsvertrag Brandenburg

Über mangelnde Beachtung kann sich die Lausitz bei den Brandenburger Koalitionspartnern nicht beschweren. Mit 27 Treffern führt die Lausitz die Liste der Regions- oder Stadt-Namen deutlich an. Selbst Cottbus liegt mit zehn Treffern noch um eine Nennung vor der Landeshauptstadt Potsdam. Das ist das Bild, wenn man stur Wörter zählt. Es macht deutlich, die Lausitz ist im Fokus. Wie sehr ihr das wirklich nutzt, bleibt abzuwarten.

Bedeutende Aussagen stehen gleich in der Präambel. Dort heißt es:

„Mit einer verbindlichen Klimastrategie, dem Verzicht auf neue Tagebaue sowie einer konsequenten Energiewende machen wir den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt unserer Politik.“

Darauf folgt:

„Mit strategischer Strukturentwicklung tragen wir dazu bei, dass die Lausitz nach dem

Kohleausstieg zu einer innovativen Energie- und Industrieregion mit europäischer Vorbildwirkung werden kann.“

Damit sind die beiden bedeutenden Stichworte für die Lausitz gesetzt: der mit dem Klimaschutz verbundene Kohleausstieg sowie die strukturelle Weiterentwicklung der Region für eine Zukunft ohne Kohle.

Beim Kohleausstieg schafft das neue Regierungsbündnis Fakten. Zwar wird auf das Ergebnis der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) verwiesen und eine „1:1-Umsetzung“ gefordert. Zugleich werden neue Tagebaue ausgeschlossen. Auch wenn ein Koalitionsvertrag keine Gesetzeskraft hat, ist damit praktisch der Braunkohlenplan zur Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd um das Teilfeld 2 einkassiert.

Anders verhält es sich mit dem Tagebau Jänschwalde. Hier bekennt sich die Koalition unter Beachtung der Umweltauflagen

zu dessen „geordneter Fortführung gemäß Braunkohlenplan“.

Gelingen könne der Kohleausstieg allerdings nur mit entsprechenden Kompensationen. So müssten im Gegenzug neue und gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen, die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom gewährleistet und die Weiterentwicklung des Kohlereviers zu einer weiterhin lebenswerten und attraktiven Region sichergestellt werden. Die Brandenburger Regierungskoalition jedenfalls setze sich „mit ganzer Kraft dafür ein, dass die Lausitz auch in Zukunft eine Energie- und Industrieregion bleibt“.

Untersetzt wird dies mit einer Reihe bekannter Vorhaben.

- Die „5G-Modellregion Lausitz“ wird benannt, die die Koalition zum Bestandteil einer 5G-Strategie des Landes machen will. ☉

NICHTS FÜR
AUS-DER-
SPUR-FAHRER.



SUBARU XV MIT EYESIGHT¹.

EyeSight¹, der Testsieger² der Fahrerassistenzsysteme, erkennt potenzielle Gefahren und hilft dem Fahrer, sicher in der Spur zu bleiben. Das ist nur einer der Gründe für die Bestnote von 5 Sternen beim Euro NCAP Crashtest 2017.

ab **22.990,- €³**

Autohaus Jacobi & Richter GmbH

Bahnhofstraße 51
01968 Senftenberg
Tel.: 03573/2344



SUBARU

Confidence in Motion

Erhältlich als 1.6i mit 84 kW (114 PS) oder 2.0i mit 115 kW (156 PS). Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts: 8,7-8,5; außerorts: 6,0-5,8; kombiniert: 6,9. CO₂-Emission (g/km) kombiniert:

157-155. Abbildungen enthalten Sonderausstattung. *5 Jahre Vollgarantie bis 160.000 km. Die gesetzlichen Rechte des Käufers bleiben daneben uneingeschränkt bestehen. ¹Die Funktionsfähigkeit des Systems hängt von vielen Faktoren ab. Details entnehmen Sie bitte unseren entsprechenden Informationsunterlagen. ²Getestet wurden Notbremsensysteme. Quelle: Auto Motor und Sport 09/2015 und www.adac.de
³Subaru XV 1,6i Trend

Weltgrößter Allrad-PKW-Hersteller

www.subaru.de

DER NEUE PEUGEOT 208
UNBORING THE FUTURE



INNOVATIVES PEUGEOT 3D i-Cockpit¹

ASSISTENZSYSTEME DER
NEUESTEN GENERATION

8-GANG-AUTOMATIKGETRIEBE

MOTION & e-MOTION



PEUGEOT

Beispielfoto eines Fahrzeuges der Baureihe, die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeuges sind nicht Bestandteil des Angebotes.

€ 15.490,- Barpreis für den
PEUGEOT Neuer 208 Like PureTech 75

- Audioanlage
- Klimaanlage manuell
- Spurhalteassistent, mit
- Lenkeingriff
- Verkehrsschilderkennung

AUTOHAUS JACOBI & RICHTER GMBH

Senftenberg · Bahnhofstr. 51 · Tel. 03573/2344
Ruhland · Elsterbogen 5 · Tel. 035752/30461

www.ch-jacobi.de

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 4,8; außerorts 3,7; kombiniert 4,1; CO₂-Emission (kombiniert) in g/km: 94. CO₂-Effizienzklasse: A. Nach vorgeschriebenen Messverfahren in der gegenwärtig geltenden Fassung.

Verbrauch und Emissionen wurden nach WLTP ermittelt und zur Vergleichbarkeit mit den Werten nach dem bisherigen NEFZ-Prüfverfahren zurückgerechnet angegeben. Die Steuern berechnen sich von diesen Werten abweichend seit dem 01.09.2018 nach den oft höheren WLTP-Werten. Über alle Details informiert Sie Ihr PEUGEOT Vertragspartner.
¹3D i-Cockpit¹ ab Ausstattungsvariante „Allure“ inklusive.

- Der BTU Cottbus-Senftenberg wird eine hohe Bedeutung für die Gestaltung der Strukturentwicklung der Lausitz beigemessen. Daher soll sie „gesondert gefördert werden“. Offen bleibt, wie und in welchem Umfang das geschehen soll.
- Festgehalten ist das klare Bekenntnis zur „Modellregion Gesundheit Lausitz“, verbunden mit dem „Aufbau einer staatlichen Universitätsmedizin in Cottbus“.
- Grundsätzlich soll die Lausitz zu einer „hochinnovativen und forschungsintensiven Modellregion“ entwickelt werden, die sich ebenso mit Batteriespeichern wie mit Power-to-X-Lösungen beschäftigt.

Zugleich gehen die Koalitionspartner auf Forderungen ein, die auch die Kommunen im Zusammenhang mit dem Strukturstärkungsgesetz an die Bundesregierung richten. Zur Sicherung der zugesagten Unterstützung fordern sie einen Staatsvertrag. Bezüglich eines etwaigen kommunalen Eigenanteils weisen sie darauf hin, dass den Lausitzer Kommunen dafür die finanziellen Möglichkeiten fehlen.

Die Brandenburg-Koalition hält dazu fest: Wir „werden darauf drängen, dass die Mittel für die Strukturförderung in einem Staatsvertrag festgeschrieben werden. Der kommunale Eigenanteil wird, falls nötig, aus dem Landeshaushalt finanziert“.

Nicht nur beim Bund, auch bei der EU will sich Rot-Schwarz-Grün dafür einsetzen, die Strukturentwicklung der Lausitz tatkräftig zu unterstützen.

Um selbst einen nennenswerten finanziellen Handlungsspielraum zu haben, hat die Koalition verabredet, noch im Jahr 2019 ein Sondervermögen für einen Zukunftsinvestitionsfonds in Höhe von einer Milliarde Euro zu errichten. Diese Mittel stehen selbstverständlich für Maßnahmen im gesamten Land zur Verfügung.

Mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie bleibt in Brandenburg das Schlüsselressort für die Lausitz in den Händen der SPD. Doch auch die beiden anderen Koalitionspartner haben Einfluss. Die Landesplanung ist im Infrastrukturministerium angesiedelt, das von der CDU geführt wird. Die Verantwortung im Umweltministerium tragen die Grünen.

Koalitionsvertrag Sachsen

Im sächsischen Koalitionsvertrag findet sich – nicht nur bezogen auf die Lausitz – sinngemäß vieles von dem wieder, was sich die Brandenburger Nachbarn vorgenommen haben. Ebenfalls wird das Selbstverständnis betont, Energie- und Industrieland zu bleiben, wengleich damit nicht nur die Braunkohlereviere, sondern gleich der gesamte Freistaat gemeint ist. Klimaschutz und Nachhaltigkeit gewinnen an Bedeutung. Für Maßnahmen in insgesamt zehn Schwerpunktbereichen werden 1,1 Milliarden Euro bereitgestellt.

Zur Energiepolitik wird wie in Brandenburg das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimafreundlichkeit betont. Ebenso erhalten neben dem Prinzip der Nachhaltigkeit verschiedene Formen von Dialog und Bürgerbeteiligung auch im sächsischen Koalitionsvertrag große Prominenz.

Etwaige Eingriffe in die Bergbauplanung sind im Vergleich zu Brandenburg etwas vager formuliert und betreffen das Mitteldeutsche Revier. „Die Koalitionspartner möchten den Ort Pödelwitz erhalten und die Inanspruchnahme der Ortslage vermeiden.“ Bezüglich der Tagebauplanung in der Lausitz wird auf den Kohlekompromiss verwiesen.

Das KWSB-Ergebnis wird mitgetragen. Adressiert wird die Bundesregierung mit der Erwartung, den gefundenen Kompromiss „vollständig“ umzusetzen.

Die Sachsen-Koalition verspricht gleichermaßen ihren Einsatz dafür, dass in der Lausitz „neue Entwicklungschancen entstehen“. So soll in Infrastruktur investiert, neue Forschungseinrichtungen und Behörden angesiedelt, die Standortbedingungen und insbesondere der Bereich der Mobilität verbessert werden. Auch hier werden bekannte Vorhaben aufgegriffen, beispielsweise eine Schnellzugverbindung zwischen Berlin und Görlitz oder der Ausbau der Mitteldeutschland-Lausitz-Trasse (Milau).

Gegenüber dem Bund werden sich die Sachsen dafür einsetzen, die „erfolgreiche Braunkohlesanierung im Rahmen der Verwaltungsvertrag“ über das Jahr 2022 hinaus fortzuführen. Eine Schlichtungsstelle Bergschäden für den Braunkohlentagebau, die es in Brandenburg bereits gibt, soll eingerichtet werden.

Grundsätzlich unterstreicht der Koalitionsvertrag, dass die ländlichen Räume jenseits der Metropolen Dresden, Leipzig und Chemnitz stärker in den Blick genommen und gefördert werden sollen. Das geht einher mit der Schaffung eines neuen Staatsministeriums für Strukturentwicklung, ländlicher Raum und Bau, das von der CDU geführt wird. Diesem Ministerium wird auch der Bereich des Lausitzbeauftragten zugeordnet. Der Brandenburger Lausitzbeauftragte hingegen bleibt in der Staatskanzlei, die künftig auch Regionalkoordinatoren für die anderen Brandenburger Planungsregionen bestellt.

Anders als in Brandenburg, wo das Thema Energie im SPD-geführten Wirtschaftsministerium verankert bleibt, muss das sächsische Wirtschaftsministerium – ebenfalls in der Hand der SPD – die Energie abgeben. Sie wird künftig in einem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft von den Grünen verantwortet.

Es bleibt abzuwarten, ob gleiche farbliche Konstellationen in beiden Landesregierungen auch mehr Gemeinsamkeiten für die

länderübergreifende Lausitz mit sich bringen. Zwar arbeitet man gut zusammen, was in halbjährlichen gemeinsamen Sitzungen und einer Kooperation der Landeswirtschaftsförderer mit der Wirtschaftsregion Lausitz als regionaler Plattform seinen Ausdruck findet, aber immer wieder fehlt es an Abstimmung. Ob beim Lausitzbeauftragten oder den angekündigten Entwicklungsgesellschaften, immer wieder werden Strukturen einseitig initiiert und erst später wird ein Gleichklang hergestellt. Woidkes Motto „Wir. Miteinander“ sollte auch hier künftig mehr Widerhall finden.

Anfang Dezember wurde in diesem Zusammenhang ein erster, hoffnungsvoller Schritt unternommen. Brandenburg und Sachsen kündigten die Verstärkung der gemeinsamen Investorenwerbung für die Lausitz an. Die Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) und die Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS) erstellen derzeit gemeinsam mit der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) die neue Webseite www.lausitz-invest.de bzw. www.lusatia-invest.com. Der länderübergreifende Internetauftritt richtet sich gezielt an potenzielle Investoren für die Lausitz. Das Investorenportal unterstützt die Arbeit der Wirtschaftsförderer in den Lausitzer Kreisen und der Stadt Cottbus ebenso wie der beiden Landeswirtschaftsförderungen. Der Start des Portals ist für Januar 2020 vorgesehen. Das Investorenportal wird in den Sprachen Deutsch, Englisch und Polnisch erreichbar sein.

Ein Unterschied zwischen Sachsen und Brandenburg wurde hingegen auf der Barbarafeier in Schwarze Pumpe Anfang Dezember deutlich. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer machte seinem Ärger über die Verzögerung des Strukturstärkungsgesetzes und damit der Auszahlung der Strukturmittel Luft, verkündete aber gleichzeitig, wie der Freistaat mit Landesgeld wichtige Projekte in den Revieren schon jetzt anschiebt. Auch die Planungen zu einem IT-Campus für bis zu 3.000 Studierende in Hoyerswerda werden intensiv vorangetrieben. Die brandenburgische Lausitz holte sich kurz nach der Berufung der Landesregierung hingegen ihren ersten Dämpfer ab. Die neue Ministerin Dr. Manja Schüle machte gleich im ersten Gespräch beim rbb klar, dass der vom vormaligen Kabinetts beschlossene Umzug ihres Ministeriums nach Cottbus nicht stattfinden wird. Damit ist das erste der vielen Wahlversprechen, die wir in der letzten Ausgabe des Reviertransfers aufgeführt haben, schon vom Tisch. Der Diskussion um den Landesrechnungshof folgt so die zweite Enttäuschung zu einer Landesbehörde, mit der Potsdam die Strukturen im Süden des Landes hätte stärken können. So geht Vertrauen verloren, wenn nicht zügig konkreter Ersatz folgt.

Immerhin macht sich das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus quasi im vorausseilenden Gehorsam auf den Weg. Klinikchef ☺

So haben die Länder und die Lausitz gewählt

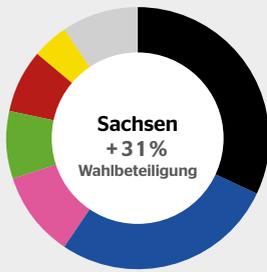
Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Überblick - sowie Brandenburgs Regierungsmannschaft.

In Brandenburg und Sachsen wurden mit den Landtagswahlen am 1. September 2019 neue Regierungskonstellationen gewählt. In beiden Ländern regiert erstmals

ein Dreierbündnis aus CDU, SPD und Grünen. Wir haben in dieser Übersicht die Wahlergebnisse nach Ländern und für die Lausitz aufgeschlüsselt und stellen die

neue Regierungsmannschaft des Landes Brandenburg vor. In Sachsen waren die Personalien zum Redaktionsschluss noch nicht klar.

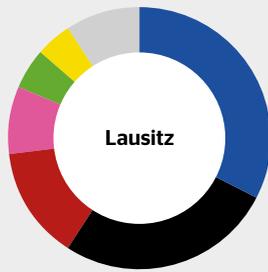
Statistiken zur Landtagswahl 2019



Wähler 2.188.486
3.288.643 wahlberechtigt
66,5 % haben gewählt



Wähler 1.280.895
2.088.592 wahlberechtigt
61,3 % haben gewählt



Wähler 531.176
816.950 wahlberechtigt
65,0 % haben gewählt

Sachsen Listenstimmenanteil in %
CDU 32,1, AfD 27,5, Die Linke 10,4, Die Grünen 8,6, SPD 7,7, FDP 4,5, Sonstige 9,2

Brandenburg Listenstimmenanteil in %
SPD 26,2, AfD 23,5, CDU 15,6, Die Grünen 10,8, Die Linke 10,7, BVB/Freie Wähler 5,0, FDP 4,1, Sonstige 4,1

Lausitz* Listenstimmenanteil in %
AfD 32,6, CDU 26,8, SPD 13,9, Die Linke 8,3, Die Grünen 4,8, FDP 4,5, Sonstige 9,1

*Zur Vereinfachung wurden für die Lausitz die Ergebnisse der Landkreise Bautzen, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Elbe-Elster ausgewertet.



Brandenburgs neue Landesregierung

Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung trägt den Titel „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“. Die CDU übernimmt Innen-, Verkehrs- und Justiz-Ministerium, die Grünen das Sozial- und Umweltministerium. Die übrigen Ministerien liegen bei der SPD. Wer nach „Koalitionsvertrag Brandenburg“ googelt, erhält als ersten Treffer den 84-seitigen Vertrag zum Download, der als Leitfaden für die kommenden fünf Jahre in der Landespolitik dient.



Dr. Dietmar Woidke
Ministerpräsident



Michael Stübgen
Stv. Ministerpräsident
Minister des Innern und für
Kommunales



Ursula Nonnemacher
Stv. Ministerpräsidentin
Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz



Jörg Steinbach
Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Energie



Guido Beermann
Minister für Infrastruktur
und Landesplanung



Katrin Lange
Ministerin der Finanzen
und für Europa



Manja Schüle
Ministerin für Wissen-
schaft, Forschung und
Kultur



Kathrin Schneider
Ministerin und Chefin der
Staatskanzlei



Britta Ernst
Ministerin für Bildung,
Jugend und Sport



Axel Vogel
Minister für Landwirt-
schaft, Umwelt und
Klimaschutz



Susanne Hoffmann
Ministerin der Justiz

Dr. Götz Brodermann hat die Gründung einer Forschungsgesellschaft angekündigt, die auch als eine Vorstufe zur hoffentlich kommenden Universitätsmedizin in Cottbus zu sehen ist.

In einer Sache sollte das Land jetzt schnell handeln. Im Koalitionsvertrag wurde die schnellstmögliche Fortführung des Tagebaus Jänschwalde im Rahmen eines genehmigten Betriebsplans festgeschrieben. Hier sollte das Land die zuständige Landesbehörde mit der notwendigen Unterstützung versehen, um das Verfahren schleunigst zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Es wäre den Lausitzern schwer zu erklären, wenn man für Tesla eine Taskforce gründet und Planungs- sowie Genehmigungsverfahren in scheinbar unmöglichen Zeithorizonten umsetzt, während eine (noch) wirtschaftliche Pulsader der Lausitz aufgrund begrenzter Kapazitäten und fehlender Beschleunigung beim Verfahren auf Landesseite weiterhin aussetzt.

Die Lausitz erwartet eine schnelle Genehmigung für die Fortführung des Betriebs im Tagebau Jänschwalde. Das Tempo bei Planung und Genehmigung für die Tesla-Gigafactory sollte auch hier der Maßstab sein.

Die Lausitz-Ebene

Bei den Entwicklungen in der Lausitz gibt es Licht und Schatten. Die gute Nachricht zuerst: Es tut sich etwas in Sachen Kooperation. Auf Initiative der IHK Cottbus wurde bereits im Frühjahr gemeinsam mit der Wirtschaftsregion Lausitz eine Ansiedlungsinitiative ins Leben gerufen. Für deren Aufbau konnte Dr. Martin Wilke gewonnen werden. Der 62-jährige war acht Jahre Oberbürgermeister in Frankfurt (Oder) und hatte zuvor als Leiter des Investorcenters Ostbrandenburg erfolgreich internationale Player der Solarbranche nach Brandenburg geholt. Er ist mit dem Management von Ansiedlungsprozessen und der Ansprache von Investoren vertraut. Derzeit werden Konzepte und Unterlagen für erste Standorte aufbereitet, eine erste Ansiedlung konnte mit dem forsa-Institut für Cottbus bereits realisiert werden. Besonders positiv hervorzuheben ist der Einbezug der Lausitzrunde. Somit sind Kommunen, regionale Wirtschaft und Landkreise integriert.

Das ermöglicht eine optimale Investorensprache, weiß man vor Ort doch am besten, was benötigt und angeboten werden kann. Es wäre zu wünschen, dass die Kammerperspektive noch über die Landesgrenze springt. Für die Ansiedlungsinitiative soll keine Gesellschaft gegründet werden, sie soll als ein Kooperations-Label funktionieren. Ein spannendes Projekt, das dem Motto „Wir. Miteinander“ vollauf gerecht wird. Bislang ist Dr. Martin Wilke bei der Innovationsregion Lausitz angedockt. Aktuell bemüht sich die Initiative um eine institutionelle Förderung und damit mehr Manpower bei der Investorensprache – hier könnte das Land Brandenburg einmal beweisen, wie ernst das mit dem schnellen, konkreten Handeln in der Lausitz gemeint ist. Das Label der Ansiedlungsinitiative, die auch mit einer neuen Willkommenskultur einhergehen soll, lautet „Lausitz Invest“.

Die zweite positive Botschaft betrifft die Wirtschaftsregion Lausitz. Einerseits sitzt mit Heiko Jahn der Interimschef nach dem Rückzug von Torsten Bork jetzt offiziell als Geschäftsführer fest im Sattel. Es wurde richtiger Weise auf eine Lösung mit zwei Köpfen, ein Geschäftsführer je Bundesland, verzichtet. Das Cottbuser Team der Wirtschaftsregion Lausitz führt derzeit erfolgversprechende Gespräche über neue Förderkulissen mit dem Bund. Das auf zehn Jahre angelegte Bundesprogramm „Unternehmen Revier“ hat seine Mittel bereits aufgestockt, mit „Zukunft Revier“ soll nun ein zweites Förderprogramm folgen. Hier kann auch der regionale Mittelstand von Wettbewerbsaufrufen zu unterschiedlichen Themen profitieren. Im Bereich „Nachrichten aus der Wirtschaftsregion“ informieren wir rechtzeitig in jeder Ausgabe des Lausitz Magazins.

Wo Licht ist, da ist auch Schatten. Trotz aller Erfolge in der Ansiedlung von Forschungsvorhaben betrifft der dunkle Fleck diesmal die BTU. Nach aufwändigem Findungsprozess scheiterte die Wahl zu einem neuen Präsidenten. Der einzige letztendlich verfügbare Kandidat wurde vom Senat der BTU abgelehnt. Hier sollten alle am Findungsprozess Beteiligten endlich enger zusammenarbeiten und die Belange der BTU sollten stärkere Berücksichtigung finden. Auch wenn es üblich ist, dass die Nachfolge eines Hochschulpräsidenten in einem Gremium unter Leitung des Landeshochschulrates mit zuständiger Ministerin, externen Hochschulleitern und nur einem Vertreter der BTU erfolgt, braucht die Lausitz dringend eine Hochschule mit klarer Zukunftslösung. Horcht man aktuell in die BTU hinein, scheint vieles sehr rund zu laufen, auch die Instituts-Ansiedlungen funktionieren reibungslos. Vielleicht wäre es die beste Entscheidung für die Hochschule und die Region, wenn im kommenden Durchlauf Prof. Christiane Hipp, aktuell Interims-Präsidentin, ihren Ring in den Hut wirft.



Inspiration auf der Suche nach Entwicklungspuren

Abschließend schauen wir noch einmal in die Glaskugel, auf der Suche nach den neuen Zukunftsfeldern für die Lausitz. In den vergangenen Ausgaben haben wir neben der Energiewirtschaft, die zuletzt durch die Wasserstoffthematik und die Reallabore immensen Auftrieb erhielt, bereits über Logistik samt Straße und Schiene, das Bauwesen, e-Mobilität samt autonomem Fahren, das Wohnen im grünen Campus Lausitz zwischen den umliegenden Ballungszentren und weitere Optionen nachgedacht. Davon ausgehend, dass es für die Zukunft der Lausitz nicht mehr die eine, dominierende wirtschaftliche Basis geben sollte und ein Schlüssel zum Erfolg im Verfolgen verschiedener Entwicklungsstränge liegen kann, liefert auch diese Ausgabe drei Denkbeispiele.

Recycling

Eine Branche, die oft zu wenig beachtet wird, widmet sich der Wiederverwendung von Rohstoffen. Recycling wird mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz künftig sehr stark an Bedeutung zunehmen. Hier kann die Lausitz verschiedene in der Industrieregion vorhandene Kompetenzen bündeln, passende Forschungsfelder an den regionalen Hochschulen können dringend benötigte Technologien in die Wirtschaft transferieren. Die Recyclingbranche ermöglicht

das Entstehen neuer Wertschöpfungsketten, die bestehenden Unternehmen Geschäftsfelder eröffnen und neue Ideen in neue Unternehmen und Industrie Arbeitsplätze überführen können. So werden dringend Lösungen vom Recycling der Windkraftanlagen (Rotorblätter) über Glasfaserverbundkabel bis hin zu Batterien benötigt, die künftig zu Millionen anfallen. Die Nähe zur künftigen Tesla-Fabrik und Daimlers Batteriefabrik in Kamenz empfiehlt die Lausitz als Standort geradezu. Das Thema reicht bis hin zur energetischen Verwertung. Eines der Zukunftsprojekte der LEAG ist für den Standort Jänschwalde mit einer entsprechenden Energieanlage bereits vorgesehen. Im Recycling kann ein Nucleus aus Forschung und Entwicklung sowie Produktion entstehen. Im ersten Schritt könnten bestehende Akteure vernetzt und regionale Wirtschaftskreisläufe entwickelt werden, bevor man neue Geschäftsfelder evtl. in Bündnissen und mit Möglichkeit zu mehr Synergien entwickelt. Querverbindungen zur starken Logistikbranche in der Lausitz liegen dabei auf der Hand.

RWK Guben-Forst-Peitz

Ein weiterer Gedanke folgt ebenso der Vernetzung, diesmal in einem regionalen Kontext. Das Land Brandenburg konzentriert

seine Förderung stark auf die Regionalen Wachstumskerne (RWK). Das fällt bei der Entwicklung von Schwarze Pumpe besonders ins Auge. Wenn man das Dreieck Guben, Forst und Peitz samt Industriepark Jänschwalde betrachtet, sind auf engem Raum Gewerbe- und Industrieparks mit guten Möglichkeiten für eine bessere Vernetzung und Entwicklung von Synergien vorhanden. Logistik, Anlagenbau, Kunststoffindustrie, Energiewirtschaft, verbunden durch eine Industriebahn – ein Dreieck, das sich gemeinsam als RWK sicher besser entwickeln und vermarkten ließe. Das würde auch Zukunftslösungen für den Kraftwerksstandort Jänschwalde begünstigen, für den aktuell wenig von Chancen oder Zukunftsprojekten aus dem Sofortprogramm oder den Strukturmitteln zu spüren ist.

Diesen Gedanken könnte eine weitere Entwicklungsachse unterstützen. Während viel über große Infrastrukturprojekte und Elektrifizierung gesprochen wird, ist die Achse Leipzig-Cottbus-Guben-Poznan auf der Schiene bislang kaum in den Blick geraten. Dabei müsste hier auf polnischer Seite nur eine Streckenlänge von 28 Kilometern ergänzt werden. Das Potenzial im Transferbereich der Messestädte Leipzig und Poznan ist immens. Betrachtet man mögliche Austauschbeziehungen, z.B. beim ☺

Der neue Golf mit InnoVision Cockpit

Der Golf setzt seine Erfolgsgeschichte fort und fährt mit vielen technisch innovativen Features vor. Wie dem InnoVision Cockpit, einer großen Display-Menüfläche, die Infotainment, Fahrinformationen und Komforteinstellungen miteinander verbindet. Weitere Highlights sind die Sprachbedienung¹, die Ambientebeleuchtung¹ mit bis zu 32 Farben, die IQ.LIGHT¹ Scheinwerfer mit dynamischer Fernlichtregulierung sowie die Fahrzeugvernetzung Car2X.

Kurzum: Der neue Golf. Hier spielt das Leben.

Abbildung zeigt Sonderausstattungen. Stand 11/2019. Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

¹ Optionale Sonderausstattung² Bei allen Modellen 2 Jahre Herstellergarantie und bis zu max. 3 Jahre Anschlussgarantie durch den Hersteller optional. Garantiegeber ist die Volkswagen AG, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg.

Weitere Voraussetzungen bzw. Beschränkungen der Garantie, insbesondere den Beginn der Garantielaufzeit, entnehmen Sie bitte den Garantiebedingungen unter www.volkswagen.de oder erfragen Sie bei uns.



Ihr Volkswagen Partner



Schmelling Automobile GmbH

Berliner Straße 95
03099 Kolkwitz
Tel. +49 355 780560
www.autohaus-schmelling.de



Wasserstoffpfad oder Technologietransfer, könnte besonders Poznan mit seinen hohen Standards im Umweltbereich und internationalen Playern in die Nähe rücken.

Festival und Fantasy

Ein dritter Gedanke scheint auf den ersten Blick völlig abstrakt. Er ist andererseits aber so einzigartig und verrückt, dass schon ein Brainstorming Potenziale offenbart, die sowohl nach innen begeistern, nach außen werben als auch Wertschöpfung generieren können. Der Gedanke beginnt beim „Homecoming“ des Elbenwald-Festivals. Rund 5 bis 7 Tausend sehr junge, sehr medienaffine Menschen aus ganz Deutschland werden im

Sommer 2020 zu einem europaweit einzigartigen Festival mit Zauberern, mystischen Wesen und einer schillernden Welt samt Quidditch-Turnieren erwartet. Themenwelten wie Harry Potter, Herr der Ringe oder Star Wars liefern die Grundlage für das Fan-Festival. Es wird auf dem ehemaligen Gelände der Bundesgartenschau, im heutigen Spreeauenpark Cottbus, stattfinden. In Forst hat bereits in diesem Jahr ein ebenso einzigartiges Festival Premiere gefeiert. Das Steamrose Festival unternahm eine Zeitreise in mögliche Zukunftsvisionen von vor etwa 150 Jahren. Mit Fantasiemaschinen und allerlei technischen Visionen liefert es ebenso skurrile Bilder und zieht eine

besonders kreative Zielgruppe an. Brandenburgs Landesregierung hat passenderweise im Kollationsvertrag verankert, dass Brandenburg Festivalland werden soll. Sowohl das Steamrose als auch das Elbenwald-Festival sind einzigartig und offenbaren mit dem Blick auf eine Erfolgsgeschichte anderswo in Europa immenses Potenzial für eine regionale Entwicklung. Im französischen Nantes schloss 1987 die 1760 gegründete Werft, die das wirtschaftliche Herz der Region darstellte – ähnlich der Lausitzer Braunkohlewirtschaft. Die Stadt war gebrochen, verfügte über die höchste Arbeitslosigkeit in Frankreich, sozialer Abstieg für ganze Bevölkerungsgruppen, die

Strukturentwicklung muss auch neue Gedanken zulassen!

Interview mit Fred Mahro, Bürgermeister der Stadt Guben



Was halten Sie von einem RWK Guben, Forst und Peitz inklusive Industriepark Jänschwalde? Der Fokus bei der Strukturentwicklung sollte auch Chancen

abseits eingetretener Pfade berücksichtigen. Wir haben in Guben unsere Hausaufgaben gemacht und sind sehr weit, was Potenziale für industrielle Ansiedlungen angeht. Wir haben eine klare und investorenfreundliche Struktur in unserem Industriegebiet erarbeitet. Darüber hinaus bietet zukünftig das Dreieck mit Forst und Peitz starke Argumente für Investoren, dieses Gebiet an der polnischen Grenze als gemeinsamen Wachstumskern zu betrachten. Das gilt natürlich auch vorrangig für bereits ansässige Unternehmen. Von der Neustrukturierung auf dem Kraftwerksgelände können strategisch sowohl Guben als auch Forst profitieren.

Sie führen bereits Gespräche zur Schienenachse Leipzig, Cottbus, Guben, Poznan – gibt es positive Signale? Ja, insbesondere aus Polen. Dort ist man gedanklich bei dieser Achse weiter als auf unserer Seite. Die

strategische Bedeutung dieser historischen Achse gilt sowohl für den Personenverkehr, aber insbesondere für den Güterverkehr. Ich kann nur hoffen, dass unser Infrastrukturministerium die Signale aus Polen erkennt und seine bereits eingeleiteten Aktivitäten forciert. Es wird Zeit, diese Entwicklungsachse mit einem immensen Potenzial für Austauschbeziehungen, Technologietransfer und wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder zu aktivieren. Das muss auch im Interesse der an dieser Achse liegenden Universitäten sein. Für uns geht es dabei natürlich in erster Linie um die Attraktivität und die Verbindung zwischen Cottbus und Zielona Gora. In Zielona Gora und Poznan gibt es viele innovative Ansätze im Bereich der Umwelttechnologien. Deshalb würde diese Entwicklungsachse mit neuem Schwung in der Anbindung ans Ballungszentrum Leipzig einerseits, vor allem aber die prosperierenden polnischen Partner andererseits enorme Synergien für die gesamte nördliche Lausitz erschließen. Ich sehe hier auch neue Möglichkeiten für die Logistik, bei der Forst bereits beginnt, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Und für ein evtl. kommendes Eisenbahnunternehmen der LEAG wäre diese Strecke mit hohen Potenzialen versehen.

Guben wurde als erster Standort für die neue Ansiedlungsinitiative von IHK, WRL und Lausitzrunde vorbereitet, gibt es hier schon erste Gespräche? Ja, wir sind in sehr engem Austausch mit dem Team von Dr. Wilke und führen ganz konkret erste Gespräche mit Investoren. Die Ansiedlungsinitiative aus der Lausitz heraus mit direkter Einbindung der Kommunen ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Deshalb werbe ich auch in der Lausitzrunde bei meinen sächsischen und brandenburgischen Kollegen für eine Verstärkung dieser Herangehensweise. Sie unterstützt gerade kleinere und mittlere Städte und Kommunen in dieser neuen Situation für die Wirtschaftsförderung.

Wo sehen Sie die größten Chancen und welche Unterstützung wäre dazu notwendig? Regional wäre es eine große Hilfe, das Dreieck Guben-Forst-Peitz von Landesseite als Regionalen Wachstumskern zu definieren und der Entwicklungsachse Leipzig-Poznan eine höhere Priorität einzuräumen. Lokal hoffe ich für unser Industrie- und Gewerbegebiet auf eine stärkere Unterstützung bei der Vermarktung durch die Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg. ☒

Im französischen Nantes gelang ein erstaunlicher Strukturwandel aus einer tiefen Depression infolge der Schließung einer Werft als strukturbestimmender Wirtschaft durch innovative Architektur, Kultur- und Tourismuskonzepte. Die einstige Werfthalle ist heute eine gläserne Kathedrale mit skurrilen Maschinenwesen, deren größtes Exemplar mit Touristen auch Ausflüge in die Stadt unternimmt. Ein Musterbeispiel, dass für eine Strukturentwicklung viele Wege zum Erfolg führen können. Einblicke gibt es unter: www.lesmachines-nantes.fr/de/.



höchste Alkoholiker-Quote Frankreichs und eine tiefe Depression waren die Folgen. Nantes zählte zu den am wenigsten lebenswerten Städten des Landes. Heute gehört die sechstgrößte Stadt Frankreichs zu den lebenswertesten Orten des Landes. Der Schlüssel war Kultur, unterstützt durch Landes- und EU-Mittel. Ein radikaler Stadtumbau, neue Architektur und neues Wohnen waren erste Zutaten. Aushängeschild und Tourismusmagnet ist aber ein fantastischer Maschinenpark – von Fantasiemaschinen, Karussells bis zu einem riesigen Elefanten. Zwölf Meter hoch ist der 48 Tonnen schwere Koloss aus Stahl und Pappelholz. Mit bis zu 49 Passagieren schreitet er 30 Minuten lang durch Nantes, trompetet und spritzt mit dem Rüssel Wasser ins Publikum. 450 Pferdestärken treiben ihn an. Die Maschinen werden von ehemaligen Werftarbeitern entwickelt, gebaut und betreut. Die Zahl der Touristen ist von 200.000 auf 700.000 pro Jahr hochgeschwungen. Hier wurde tatsächlich eine Symbiose aus Industrie und Tourismus in ein innovatives Entwicklungskonzept gepackt, das auch den Alltag der Bewohner neu belebt hat. Nimmt man dies als Blaupause für die Lausitz, lassen sich aus Ansätzen im Bereich Fantasy und alter technischer Träumereien ähnliche Welten generieren. Wenn in wenigen Jahren der Tagebau Jänschwalde

ausläuft, könnte dort statt einem weiteren Gewässer Europas größter Fantasy-Park mit illustren Maschinen, Themenlandschaften und besonderen Freizeitangeboten entstehen. Auch hier wäre eine Symbiose aus Industrie und Tourismus denkbar, die den Lausitzern eine neue Lebensqualität und mehr Lebensfreude bereiten und der Region

ein neues Außenbild und Image vermitteln kann. Mit der EMIS-Gruppe Lübbenau ist ein Lausitzer Branchenprimus im Bereich der Automatisierung schon heute im Bereich von Freizeit- und Vergnügungsparks aktiv. Jedem Skeptiker sei empfohlen, einmal mit den Begriffen „Nantes“ und „Elefant“ nach Videos zu googeln.

Ein neuer Dialog

Der Reviertransfer schließt in dieser Ausgabe mit einem großen Wunsch. Die Debatte um den Kohleausstieg und den Verlust der wirtschaftlichen Basis hat die Lausitz gespalten und eine Polarisierung vorangetrieben, die neuen Chancen oft im Wege steht. Es ist wichtig, die Ränder der Debatte wieder zusammenzuführen und die verhärteten Fronten aufzuweichen. Wenn man gemeinsam eine lebenswerte Region entwickeln möchte, dann müssen auch alte Denkmuster abgelegt werden. Einen ersten Schritt hat die BTU als Gastgeber für ein gemeinsames Gespräch zwischen Fridays for Future aus Dresden und weiteren sächsischen Ortsgruppen und dem Pro Lausitzer Braunkohle e.V., vertreten durch junge Bergleute aus der Lausitz, gemacht. Das Gespräch wurde auch von

Medien mit starker Klimaschutz-Affinität wie der taz oder klimafakten.de als positiver Auftakt und richtiger Weg gewertet. Ein neues Selbstverständnis im Umgang mit konträren Ansichten, ein Entwickeln von Verständnis und ein konstruktiver Dialog können der Lausitz nur gut tun. Mit diesem Bild schließen wir ganz im Sinne des Mottos der Bundesratspräsidentschaft von Diemtar Woidke: Wir sollten nicht nur innerhalb der Strukturen, sondern auch in ganz menschlichen Auseinandersetzungen zu verschiedenen Sichtweisen ein neues Motto beherzigen: Wir. Miteinander. In diesem Sinne sei dem neuen Dialog eine Fortsetzung und der Lausitz endlich Ruhe im Kohlekonflikt gewünscht. Es gibt nun Wichtigeres, dem wir uns gemeinsam widmen sollten. ☒

Der Elbenwald? Liegt direkt vor unserer Haustür!

Neben den Sagengestalten der Ober- und Niederlausitz trifft man bei uns weltbekannte Zauberer und Fabelwesen aus der Filmwelt, z. B. auf einem der größten deutschen Fan-Festivals.



ŁUŻYCA 🍷 ŁUŻICA
LAUSITZ
weit. wild. wüzig!



Team-Meeting bei LAUSITZ INVEST: Martin Wilke (stehend) im Gespräch mit Annett Schmidt, Marcus Tolle und Maik Bethke (v.l.n.r.) von der IHK Cottbus. Foto: Thomas Richert

Die Lausitzer Grundsteinschmiede

Die IHK Cottbus und Kooperationspartner initiieren mit LAUSITZINVEST die Speerspitze für ein strategisches Ansiedlungsmanagement in der Lausitz.

Foto: forsa



Prof. Manfred Güllner

Gründer und Geschäftsführer forsa-Institut

„Das Team von Dr. Wilke hat uns immer in allen Fragen kompetent beraten, so dass wir gerne der Empfehlung gefolgt sind, nach Cottbus und in die Lausitz zu kommen. Für die Standortentscheidung hat diese Beratung und Begleitung eine zentrale Rolle gespielt.“

LAUSITZ INVEST

Maik Bethke, IHK-Geschäftsbereichsleiter
Regionalentwicklung und Standortpolitik,
Telefon: 0355 365-2000,
E-Mail: bethke@cottbus.ihk.de
Dr.-Ing. Martin Wilke, Ansiedlungs- und
Unternehmensberatung,
Telefon: 0151 20 333 39 9,
E-Mail: martin.wilke@posteo.de

www.lausitzinvest.team

Es war ein Paukenschlag, als Tesla in diesem Herbst seine Ansiedlungspläne im Südosten Brandenburgs bekanntgab. Die erste große Industrieansiedlung eines internationalen Players in Deutschland seit geraumer Zeit findet ausgerechnet im ländlichen Brandenburg statt. Auch wenn die Berlin-Nähe ein Kriterium war, zeigt dieser Erfolg dennoch, dass ein professionelles Management von Ansiedlungsprozessen innovative Industrie für Flächen im ländlichen Osten Deutschlands begeistern kann. Marcus Tolle, Chef der IHK Cottbus, kennt das Ansiedlungsgeschäft als ehemaliger Wirtschaftsförderer und Berater bestens und hat bereits im Frühjahr einen Katalysator geschaffen, der für die Lausitz proaktiv die richtigen Strukturen für ein strategisches Ansiedlungsmanagement schafft. Unter dem Label „LAUSITZ INVEST“ leistet ein kompetentes Team derzeit wichtige Vorarbeit.

Der richtige Kopf

Eine gute Nachricht gleich vorab: LAUSITZ INVEST wird keine neue Gesellschaft, keine weitere Parallelstruktur. Vielmehr bündelt das Label die Bemühungen der wichtigsten Player im Ansiedlungsgeschehen. Über die Cottbuser IHK und die Wirtschaftsregion Lausitz werden regionale Wirtschaft und Wirtschaftsförderer eingebunden, mit der Innovationsregion Lausitz die Expertise in Innovationsnetzwerke für zukunftsgerichtete Industrieprojekte und mit der Lausitzrunde die kommunale Ebene. Als operativer Kopf konnte Tolle einen alten Bekannten mit

enormer Erfahrung im Ansiedlungsgeschäft gewinnen. Martin Wilke leitete einst das Investor Center Ostbrandenburg und war acht Jahre Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), unter seiner Regie wurde Ostbrandenburg in den Jahren 2006 und 2007 durch Ansiedlung internationaler Industrieplayer zum „Solar Valley“. Eine Branche, die aufgrund falsch gesetzter politischer Rahmenbedingungen weitestgehend verschwunden ist. Was aber blieb, ist das Know-how, wie industrielle Ansiedlung funktioniert samt guten Kontakten zu Netzwerken, öffentlich-rechtlichen Strukturen und Finanziers. Martin Wilke wirft seine Expertise, sein Netzwerk und seine Glaubwürdigkeit nun für die Lausitz in die Waagschale.

Die strukturelle Vorarbeit

Die Grundlagen und Abläufe der Lausitzer Wirtschaftsförderung sind auf regionaler und kommunaler Ebene sehr unterschiedlich. Das Team von LAUSITZ INVEST erstellt in akribischer Kleinarbeit nun eine wichtige Basis und bereitet Zahlen und Fakten einzelner Standorte für Investoren einheitlich auf. Ziel ist, die Investorenansprache aller Standorte im gleichen Design auf ein hohes Level zu bringen. Investoren sollen auf verschiedenen Ebenen bis auf die einzelne Kommune alle wichtigen Daten und Fakten an die Hand bekommen. Die Region ist derzeit von einer professionellen und einheitlichen Darstellung weit entfernt, regionale und kommunale Wirtschaftsförderer sind zu wenig vernetzt und blicken zu selten über

den eigenen Tellerrand. Martin Wilke schafft bereits für erste potenzielle Ansiedlungsgebiete Strukturen, die später als Blaupausen auf die gesamte länderübergreifende Lausitz ausgerollt werden könnten.

Erfolgsbeispiele

Erste Beispiele für die Arbeit von Martin Wilke samt Team liefern Guben und Forst. Für beide Standorte wurden über LAUSITZ INVEST Materialien entwickelt, die passgerecht auf Investitionsvorhaben ausgerichtet werden können und bereits zur Investorenansprache verwendet werden. Ein weiteres Konzept widmet sich Cottbus als Innovationsstandort und ist ebenso fertiggestellt. Der erste Baustein für ein strategisches Ansiedlungsmanagement ist somit für drei Standorte umgesetzt. Weitere Standorte auch im sächsischen Bereich sind in Vorbereitung. Gespräche mit potenziellen Investoren bzw. Netzwerken laufen bereits. Ein erster zählbarer Erfolg, der aufgrund der schlanken personellen Struktur und der notwendigen Vorarbeiten so noch gar nicht im Plan war, ist die Ansiedlung des fors-a-Instituts in Cottbus, das hier seinen deutschlandweit fünften Standort mit einem Telefonstudio samt 40 Arbeitsplätzen eröffnen wird – und zudem mit der Cottbuser Universität das Zukunftshema Sprecherkennung in Cottbus entwickeln möchte. Die künftige Nähe zu einem der wenigen unabhängigen privaten Markt- und Meinungsforschungsinstitute Deutschlands kann durch den Rückgriff auf deren Daten und Forschungsmethoden gleichzeitig beim Ansiedlungsmanagement helfen.

Das Rollout

Der richtige Ansatz als Kooperationslabel, in das neben IHK Cottbus, Wirtschaftsregion und Innovationsregion mit der Lausitzrunde auch ein Teil der kommunalen Familie der Lausitz eingebunden wurde, lässt Schnittstellen zu allen weiteren Akteuren offen. Die Wirtschaftsförderungen der Länder können genauso mit der Lausitzer „Speziallösung“ zusammenarbeiten wie die noch zu



Mit der Ansiedlung der fors-a-Außenstelle in Cottbus wurde ein erster Erfolg sichtbar.

gründenden Landes-Entwicklungsgesellschaften. Eine Ausweitung auf die sächsische Lausitz in Partnerschaft mit der IHK Dresden ist bereits im Gespräch. Die Initiative der IHK Cottbus kann somit zum wichtigen Scharnier der länderübergreifenden Lausitz zu potenziellen Investoren wachsen und den Entwicklungsgesellschaften der Länder eine regionale Speziallösung zur Seite stellen, sodass die Landesgesellschaften die notwendige Gleichbehandlung aller Landesteile nicht verletzen. Die Lausitz steht als Modellregion für einen zukunftsgerichteten Strukturwandel im internationalen Fokus. Viele Standortfaktoren sprechen für die Industrieregion, die mit LAUSITZ INVEST eine neue Qualität der Investorenansprache ermöglicht.

Wie Tesla zeigt, können Innovation und klimafreundliche Energien als Standortfaktoren eine bedeutende Rolle spielen. Die Lausitz erlebt in diesen Bereichen mit neuen Forschungsinstituten, dem Umbau der Energieregion und neuen Innovationsnetzwerken eine enorme Dynamik. Gut, dass LAUSITZ INVEST diese Potenziale nach Standorten strukturiert und mit Kompetenz an die richtigen Adressaten bringt. Jetzt ist es wichtig, dass mehr Schlagkraft in die Sache kommt und dieser Katalysator mit mehr Manpower unteretzt wird. LAUSITZ INVEST hat alles, was von der Lausitz so oft gefordert wurde: es ist proaktiv, bündelt wichtige Akteure und regionale Kompetenzen als Initiative aus der Lausitz heraus, es will länderübergreifend wirken und die Zukunft der Industrieregion mit neuen Unternehmen sichern. Zum Glück hat sich in Potsdam schnell eine Landesregierung zusammengefunden, die für die Lausitz liefern will. Nachdem es Tesla an



Christine Hertier
Bürgermeisterin Spremberg
Sprecherin der Lausitzrunde

„In der Lausitz und besonders in den Kommunen wissen wir am besten, welche Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für Unternehmen bestehen. Auf unserer Ebene entscheidet sich der Erfolg der Strukturentwicklung der Lausitz. Deshalb ist es folgerichtig, die Bemühungen für Ansiedlungsprojekte in der Region zu bündeln und zu stärken. Die gemeinsame Plattform „Lausitz Invest“ ist der richtige Schlüssel.“

den Berliner Ring verschlagen hat und ein Ministerium nun doch nicht in die Lausitz umzieht, wäre eine schnelle Unterstützung von LAUSITZ INVEST als Selbsthilfe der Region sicher ein erster Impuls, der schnell gesetzt werden kann. Es wird Zeit, dass in der Lausitz erste Grundsteine für neue Unternehmen gelegt werden. Das Feuer in der Grundsteinschmiede brennt, nun braucht es den Rückenwind der Länder, um es auch in der notwendigen Intensität nach außen zu tragen. ☒



Drei Fragen an Dr. Martin Wilke

Was reizt Sie an der Aufgabe in der Lausitz? Die Lausitz ist im Fokus, hier kann ich meine langjährigen Erfahrungen in der Wirtschaftsförderung und der Kommunalpolitik zielgerichtet für die Entwicklung einer Region einbringen. Das empfinde ich persönlich als spannende Herausforderung.

Warum glauben Sie an den Erfolg mit LAUSITZ INVEST? Weil die Initiative von unten gewachsen ist und die regionalen Kräfte bündelt. Bürgermeister und Wirtschaftsförderer aus den Kommunen der Lausitz unterstützen uns aktiv. In dieser Kooperation

spürt man neues Selbstbewusstsein für die ganze Lausitz.

Was ist für den Erfolg notwendig? Investoren brauchen klare Aussagen und verbindliche, motivierte Partner in der Region. Sie müssen spüren, dass wir, die Kommunen, die Kammern, das Land mit seinen fördernden Einrichtungen, die Arbeitsagenturen, die Wissenschaft und vor allem die Lausitzer Unternehmen bei der Ansiedlung an einem Strang ziehen. Das beeindruckt und hilft bei der überzeugenden Darstellung des Standortes. ☒



Fotos: codiarts.de

Ein Infrastrukturprojekt – drei Partner: Oberbürgermeister Holger Kelch, Cottbusverkehr-Geschäftsführer Ralf Thalmann und Bahnhofsmanger Jan Henkel (v.l.n.r.)

Eine Drehscheibe für Cottbus und Umgebung

Die Region hat ein neues Aushängeschild: Nach dreijähriger Bauzeit wurde das Klimage-rechte Mobilitätsverkehrszentrum am Hauptbahnhof an die Fahrgäste übergeben.

Seit dem 22. Oktober 2019 ist das neue Liniennetz von Cottbusverkehr in Kraft und bietet viele Verbesserungen für die Lausitzerinnen und Lausitzer. Der Geschäftsführer des kommunalen Verkehrsunternehmens, Ralf Thalmann, lobt den Verkehrsknoten am Hauptbahnhof als Meilenstein für die Mobilität in der Region: „Wir haben mit dem neugestalteten Bahnhofsvorplatz ein tolles Aushängeschild für Cottbus bekommen. Einladend für die Reisenden, übersichtlich und klar strukturiert für die Fahrgäste und ein ganz wichtiges Element für unsere unternehmenseigene Verkehrssteuerung.“

Bereits in den ersten Tagen nach der Eröffnung zeigte sich, dass die Cottbusserinnen und Cottbuser sehr zufrieden mit dem neuen Schmuckstück am Bahnhof sind. Vielfach gelobt wurde die Übersichtlichkeit des großzügigen Vorplatzes und das einfache, barrierefreie Umsteigen zwischen Zug, Straßenbahn, Stadt-, Regional- und Fernbus. Somit erreichen die Fahrgäste ihre Ziele, egal ob Innenstadt

oder touristische Highlights in der Region, schneller, sicherer und bequemer.

Das neue Liniennetz

Drei der vier Cottbusser Straßenbahnlinien führen nun direkt über den Hauptbahnhof. Das neue Liniennetz sorgt somit für eine erhöhte Effizienz der Straßenbahnen. Auf allen Linien wurden die direkten Anschlüsse verbessert, Taktzeiten vereinheitlicht und teilweise verdichtet, so dass sich Übergangs- und Fahrzeiten verkürzt haben.

Die Gestaltung des neuen Liniennetzes und des Fahrplans hat Cottbusverkehr

über einen langen Zeitraum vor der Inbetriebnahme ausgearbeitet. Viele verschiedene Interessen und Bedürfnisse der Lausitzer Fahrgäste mussten berücksichtigt werden. „Wir haben dazu sehr viele Gespräche mit den Bürgern und Unternehmen in unserer Stadt geführt“, erklärt Ralf Thalmann. Ein Ergebnis dieses Austausches ist zum Beispiel die Einführung einer völlig neuen Linie: das Südeck-Shuttle bzw. die „Barbaralinie“ (Linie 9). Sie bindet das Behörden- und Sportzentrum einmal pro Stunde direkt an den Bahnhof an. Der Umstieg zur Straßenbahnlinie 3 ist an den Haltestellen „Ottilienstraße“ oder

Die Cottbuser Straßenbahnlinien

- | | |
|---------|---|
| Linie 1 | Schmellwitz, Anger <> Stadtpromenade <> Hauptbahnhof |
| Linie 2 | Sandow <> Stadthalle <> Hauptbahnhof <> Jessener Straße |
| Linie 3 | Madlow <> Stadtpromenade <> Stadthalle <> Ströbitz |
| Linie 4 | Neu Schmellwitz <> Hauptbahnhof <> Sachsendorf |

„Sportzentrum“ möglich. Die Abfahrts- und Ankunftszeiten sind abgestimmt auf den Fahrplan der Züge des Regional- und Fernverkehrs. Als Behörden- und Unternehmensstandort verfügt das Cottbuser Südeck über ein sehr großes Fahrgastpotenzial. Für die Besucher und Angestellten wurde mit der Barbaralinie ein attraktives Angebot geschaffen. Der Geschäftsführer sieht in solchen Angeboten einen Beitrag „zur Stärkung des Standorts für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aber auch zum Klimaschutz“.

Mit dem Umzug aller Regionalbuslinien vom alten Busbahnhof in der Marienstraße zum Hauptbahnhof zum 1. November 2019 wurde die Verknüpfung von Stadt- und Regionalverkehr abgeschlossen. Denn auch im Regionalverkehr gibt es umfangreiche Neuerungen und Verbesserungen. Hier wird das Linienangebot erweitert.

Die Linie 38 wurde beispielsweise um zusätzliche Fahrten mit Anschluss an den RE 2 in Vetschau, vor allem morgens und abends, erweitert. Die neue Linie 45 verkehrt an Schultagen zwischen Burg und Leipe. Außerdem wurde die Linie 47, welche von Cottbus über Briesen und Werben nach Burg verkehrt, zur sogenannten PlusBus-Linie. Das PlusBus-Linien-Konzept sieht vor, dass die Busse unter der Woche regelmäßig einmal pro Stunde fahren. An den Wochenenden gibt es ebenfalls ein erweitertes Fahrtangebot. Jede PlusBus-Linie beginnt bzw. endet am Hauptbahnhof in Cottbus und garantiert damit einen direkten Anschluss innerhalb von maximal 15 Minuten an den Zugverkehr. Damit sind sie sowohl für die spontanen Ausflügler als auch für die täglichen Pendlerinnen und Pendler geeignet.

Auch auf der Linie 48 wurde auf dem Burger Ring das Fahrtangebot weiter ausgebaut. Hier ist die Linienführung entgegen dem Uhrzeigersinn vereinheitlicht und es besteht Anschluss an die Linie 47 von und nach Cottbus.

Zur feierlichen Eröffnung am 21. Oktober kamen nicht nur Vertreter von Stadt, Landkreis und Landespolitik. Auch das neue Liniennetz wurde effektiv eröffnet. Foto: Cottbusverkehr



*Einladend, übersichtlich und klar strukturiert:
Der neu gestaltete Bahnhofsvorplatz. Foto: Cottbusverkehr*

Persönlicher Kundenservice auch am Hauptbahnhof

Die neue Nähe des Nahverkehrs aus Cottbus und dem Umland zur Schiene verstärkt Cottbusverkehr zusätzlich mit einem umfangreichen Informationsangebot. Damit die Nutzerinnen und Nutzer einen Ansprechpartner genau dort vorfinden, wo Sie künftig ankommen und weiterreisen, eröffnete das Verkehrsunternehmen eine neue Kundeninformation direkt am Haupteingang auf der Ostseite des Cottbuser Hauptbahnhofes. Hier sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab sofort – auch samstags – als lokaler und vor allem persönlicher Ansprechpartner präsent.

Das Angebot umfasst die persönliche Beratung zu Fahrplänen und Tarifen, Informationen zu verkehrlichen Änderungen oder Hinweisen zu vielfältigen Serviceangeboten, zu denen unter anderem auch der Verkauf von Tickets für Fernbuslinien, Souvenirs und RPV-Briefmarken gehört. Einzig der Verkauf von Schülerjahreskarten

sowie die Bearbeitung und Einzahlung vom erhöhtem Beförderungsentgelt wird weiterhin nur im Kundenzentrum in der Stadtpromenade 5 erfolgen. Außerhalb der Öffnungszeiten sind alle aktuellen Fahrplanauskünfte ganz einfach und mobil über die VBB-Fahrinfo-App abrufbar.

Kundeninformation im Hauptbahnhof direkt am Haupteingang

Mo.-Fr. 07:30 bis 17:30 Uhr,
Sa. 08:30 bis 13:30 Uhr
kundenzentrum@cottbusverkehr.de

Im Gespräch bleiben

Ein neues Liniennetz erwacht erst dann wirklich zum Leben, wenn es durch Mitarbeiter und Fahrgäste „live“ auf Herz und Nieren erprobt wird. Deshalb legt Ralf Thalmann großen Wert auf die Meinung der Nutzer: „Die Rückmeldungen unserer Fahrgäste und unseres Fahrpersonals sind sehr wichtig für uns. Nur so können wir feststellen, wo es vielleicht Nachbesserungsbedarf gibt. Deshalb wollen wir uns auch in den nächsten Monaten die Zeit nehmen, das Netz ständig zu überprüfen und gegebenenfalls nachjustieren. Selbstverständlich erklären wir unseren Nutzern auch gern die neue Anlage. Eine der häufigsten Fragen, die uns beispielsweise seit der Eröffnung gestellt wird lautet: ‚Warum schaltet die Ampel auf dem Berg ‚Rot‘, obwohl keine Bahn kommt?‘. So wird beispielsweise ein Rückstau vor der großen Kreuzung in Richtung Süden verhindert und zugleich gewährleistet, dass die Gleisanlagen immer frei sind. Ein solcher Austausch entspricht unserem Verständnis von Kundenservice. Ich möchte deshalb unsere Fahrgäste bitten, uns weiterhin anzusprechen oder anzuschreiben. Denn nur das hilft, dass wir unser Angebot beständig verbessern und ausbauen können.“ ☒



„Ein extrem schwieriges Unterfangen“

Interview mit Hans-Werner Sinn, Nationalökonom und Finanzwissenschaftler



Hans-Werner Sinn zählt zu den bedeutendsten Ökonomen Deutschlands und ist bis heute einer der meistzitierten Wissenschaftler unseres Landes. Als emeritierter Präsident am ifo Institut ist er nach wie vor ein gefragter Experte zu Themen wie Eurokrise, Brexit, Migration – aber auch grüne Energie. In seinen Vorträgen äußert er sich immer wieder kritisch zur deutschen Energiewende. Zum Oktoberbeginn sorgte sein Vortrag „Die Grenzen der Deutschen Energiewende“ im Rahmen der Vorlesungsreihe „Open BTU“ an der Cottbuser Universität für einen hoffnungslos überfüllten Hörsaal. Wir sprachen mit Hans-Werner Sinn über seine Sicht zur Energiewende und damit verbundene Chancen für die Lausitz.

Herr Sinn, Sie sprachen bereits vor vier Jahren von der „Energiewende ins Nichts“, fällt Ihre Einschätzung heute, nach vielen Klimakabinettsitzungen und einem Klimapaket, milder aus?

Nein. Der Versuch, die Räder der Industriegesellschaft mit Windflügeln zu drehen, ist nicht fundiert und nicht überzeugend. Die Natur wird verschandelt und es kommt ein flatterhafter Strom ins Netz, den man nicht einmal bedarfsgerecht regulieren kann. Der grüne Strom ist für das Netz in etwa so, als würde Ihnen ein Restaurantbesitzer das Angebot machen, das Candlelight Dinner zum Frühstück zu servieren. Er ist ziemlich wertlos.

Finden Sie, dass die Energiewende nach marktwirtschaftlichen Prinzipien richtig gesteuert wird?

Zuerst einmal ist das keine marktwirtschaftliche Angelegenheit. Der Markt versagt offenkundig angesichts der Klima-Externalität. Es bedarf der Eingriffe des Staates zur Kontrolle und Veränderung des Marktverhaltens. Entscheidend ist aber, ob das wirkungsvoll und effizient geschieht. Hier gibt es viele offene Fragen: Angefangen vom deutschen Emissionshandel bis zur Sinnhaftigkeit eines europäischen oder gar deutschen Alleingangs.

Ihre Thesen gelten laut Medien nicht selten als umstritten, was halten Sie eigentlich von der Berichterstattung deutscher Medien rund um Energiewende und Klimaschutz, hilft sie beim Verständnis der komplexen Materie?

Die Berichterstattung in den Medien ist mir zu sehr auf die Nachfrageseite nach fossilen Brennstoffen ausgerichtet. Damit der CO₂-Ausstoß reduziert wird, müssen wir auch das weltweite Angebot in den Blick nehmen. Da geht es um die Ölscheichs, die Kohlebarone und die Gas-Oligarchen. Deren Verhalten entscheidet. Was sie an Kohlenstoff aus der Erde herausholen, und bei allen diesen fossilen Brennstoffen geht es um Kohlenwasserstoffe, das geht dann auch in die Luft und löst die Erderwärmung aus. Es nützt nichts, wenn eine Teilmenge der Länder der Welt die Nachfrage nach diesen fossilen Brennstoffen reduziert. Das allein senkt lediglich den Weltmarktpreis und andere Länder werden in die Lage versetzt, sich für einen günstigeren Preis umso mehr kaufen zu können. Wenn also die Mengen, die wir nicht verbrauchen, auf der Erde nur anderswo hingelenkt und dort verbraucht werden, dann ist für das Klima nichts gewonnen.

Gerade in der Lausitz wird die Debatte um Klimaschutz und Kohleausstieg sehr differenziert geführt, wie stehen Sie zum deutschen Kohleausstieg und seiner zeitlichen Dimension?

Ein koordinierter Ausstieg aus der Kohle ist weltweit unerlässlich. Ein unilateraler Ausstieg nur einer Teilmenge von Ländern ist problematisch, weil die Industrien sich dann aus diesen Ländern möglicherweise in andere Länder verlagern, die nicht solche Standards haben – und dort wird dann umso mehr Kohlenstoff emittiert.

Sie haben darauf hingewiesen, dass grüner Strom nicht ohne konservativen Strom funktioniert, wie wollen wir in Deutschland dann gleichzeitig aus konventionellen Kraftwerken aussteigen und Erneuerbare ausbauen?

Man kann zwar Kohle- durch Windenergie, aber nicht konventionelle Kraftwerke durch Windanlagen ersetzen. Was ich damit meine: Die Unstetigkeit für den Wind und auch für den Sonnenstrom ist so groß, dass zur Sicherung der Versorgung in den Dunkelflauten stets die bisherige Kapazität der konventionellen Anlagen vorgehalten werden muss. Die konventionellen Anlagen müssen zwar nicht produzieren, wenn Wind und Sonne ausreichend Energie liefern. Ist das aber nicht der Fall, müssen sie sofort in der Lage sein, Ersatzstrom zu liefern. Wir können keine Kraftwerke abbauen und kein Personal einsparen, das zur Bereitschaft dieser konventionellen Kraftwerke notwendig ist. Wir können nur die Kohle einsparen, und auch das nur zum Teil, und zwar nur in dem Maße, wie der Wind weht und die Sonne scheint. Denn leider haben wir keine Speichertechnologien, um grünen Strom aus wind- und sonnenreichen Jahreszeiten in die Flauten hinein zu transportieren.

Wenn Energie aus Wind und Sonne keine realistische Lösung für die Energiewende bieten, warum setzt Deutschland dennoch vehement auf den Ausbau dieser Erneuerbaren? Können sich denn so viele beteiligte Lenker und Denker an der Umsetzung der Energiewende tatsächlich so sehr irren?

Deutschland kann jetzt nur noch in die Erneuerbaren gehen, weil es schon beschlossen hat, aus der Atomkraft auszusteigen. Das war für meine Begriffe eine überhastete und falsche Entscheidung. Wir verzichten damit auf eine CO₂-freie und sehr ergiebige Energiequelle, die durchaus hätte ausgebaut werden können, um den Verkehr zu elektrifizieren und auch für Heizungszwecke zur Verfügung zu stehen. Diesen Weg

haben wir uns verbaut, und müssen ihn nun durch Windflügel und Solaranlagen ersetzen. Die sollen aber auch noch Teile der fossilen Stromproduktion ersetzen. Das ist ein extrem schwieriges Unterfangen, das wahrscheinlich nicht gelingen wird.

Halten Sie das nur für extrem schwierig oder für komplett unrealistisch?

Ich bin kein Semantiker. Ich meine, was ich sage.

Wo sehen Sie eigentlich den Strompreis in Deutschland in fünf Jahren?

Die Politik erwägt, die Verteuerung des Stroms infolge der Doppelstrukturen, die der grüne Strom mit sich bringt, im Steuersystem zu verstecken. Wenn diese Versteckaktionen nicht gelingen, wird der Strompreis weiter steigen. Wir haben in den letzten Jahren bereits einen massiven Anstieg der Strompreise durch die grünen Energien beobachtet. Deutschland hat heute europaweit und vermutlich auch weltweit unter allen entwickelten Ländern die höchsten Strompreise. Das ist bereits ein erhebliches Standortrisiko. Ich befürchte, dass es weiter in diese Richtung geht. Man kann das nicht so machen und darf die Leute nicht weiter belügen, indem man vom sauberen und billigen grünen Strom spricht. Das negiert, dass die fossilen Anlagen alle stehenbleiben müssen, um als Komplemente des Wind- und Sonnenstroms die Lücken zu füllen, wenn es Dunkelflauten gibt. Man kann mit diesem Strom kein einziges Kraftwerk einsparen. Die Kraftwerke müssen bleiben, auch wenn sie weniger laufen. Aber die Fix- und Personalkosten fallen weiter an und das macht den Strom teurer.

Im Verkehr hat sich Deutschland mit den aktuellen Klimaschutzgesetzen für Elektroautos als eine zentrale Lösung der deutschen Verkehrswende entschieden. Sie setzen deren Wirkung für den Klimaschutz gleich Null, warum?

Weil einschlägige Rechnungen zeigen, dass beim derzeitigen deutschen Energiemix die Elektroautos nicht sauberer sind als Dieselaautos. Das Problem bei den Elektroautos ist ja auch noch, dass die Batterieproduktion, die meist in China erfolgt, extrem CO₂-intensiv ist und somit ein derart großer CO₂-Rucksack beladen wird, dass ein Elektroauto sehr lange fahren muss, um einen Gleichstand beim CO₂-Ausstoß mit dem vergleichbaren Dieselfahrzeug zu erreichen. Nach einer aktuellen Studie des ADAC, die gerade im Herbst veröffentlicht wurde, müsste ein e-Golf 219.000 Kilometer laufen, bis er bezüglich des CO₂-Ausstoßes mit einem Golf Diesel gleichziehen würde. Das ist aber länger, als die Autos im Durchschnitt leben. Nun ist das eine Momentaufnahme. Wir wollen in Zukunft mehr grünen Strom haben, da mag sich dieses Verhältnis verändern. Aber wo soll der grüne Strom herkommen? Die Windanlagen zu bauen, stößt zunehmend auf Bürgerproteste – inzwischen über tausend Initiativen gegen Windflügel in unserem Land. Das bringt Windkraft jetzt schon an Grenzen. Wir benötigen den Windstrom aber zunächst, um die Atomkraft, aus der wir ja noch aussteigen, zu ersetzen. Dann muss man die Kohlekraft ersetzen. Und dann sollen die Autos noch elektrisch laufen. Das wird vorläufig nicht funktionieren.

Deutschland will dennoch die Automobilbranche umbauen. Wie werden sich Ihres Erachtens die aktuell diskutierten Gesetze rund um den Klimaschutz auf die deutsche Industrie auswirken?

Deutschland hat sich gegenüber der EU und auch im Pariser Abkommen verpflichtet, den CO₂-Ausstoß gegenüber 2005 noch einmal um 38 % zu verringern. Das bedeutet gegenüber 1990, dem ursprünglichen Basisjahr, eine Verringerung auf ungefähr die Hälfte. Wenn wir das nicht schaffen, müssen wir Strafen zahlen. Die EU hat viele harte Festlegungen vorgenommen,

die Ländern wie Frankreich, die vom Atomstrom leben oder den skandinavischen Ländern mit ihren Möglichkeiten in der Wasserkraft nicht weh tun. Ein Industrieland wie Deutschland ist hingegen deutlich betroffen. Wir benötigen Unmengen Strom und verfügen weder über Atomstrom noch Wasserkraft in hinreichender Menge.

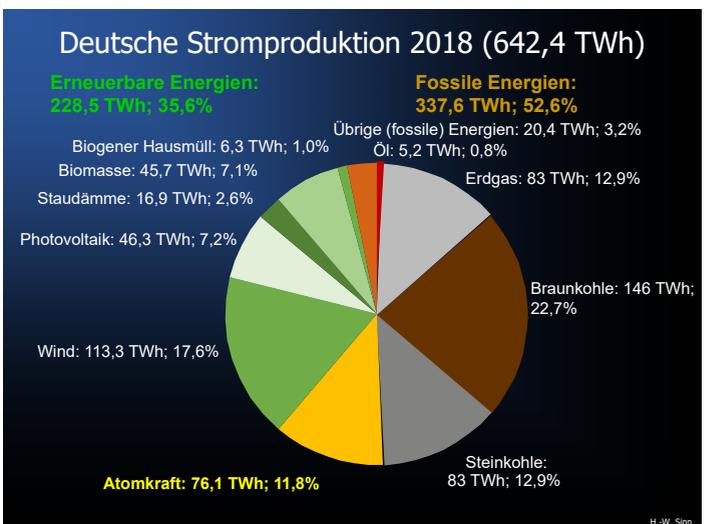
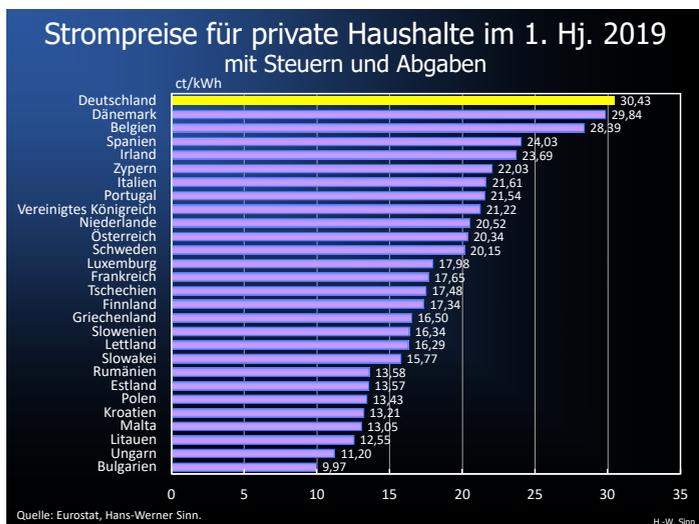
Sind diese EU-Strafzahlungen nicht zu verkräften, wenn die Wirtschaft im Land gut läuft?

Die Strafzahlungen kann sich Deutschland nicht erlauben. Es kommen ja noch die Strafzahlungen für die Autos hinzu. Wenn die Automobilhersteller ihre Autos weiter so bauen wie bislang, dann müssten sie bei den größeren Autos künftig an die EU eine Strafe von bis zu 10.000 Euro pro Auto bezahlen. Das geht nicht. Sie müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, jetzt wohl oder übel den Anteil der E-Autos vergrößern. Denn die E-Autos werden in der Formel der EU mit einem CO₂-Ausstoß von Null verbucht. Dass dies eine Mogelpackung ist, habe ich bereits ausgeführt.

Halten Sie die Deutschen Klimaschutzziele samt Dekarbonisierung bis 2050 und den Erhalt von Wohlstand und Wirtschaft für vereinbar?

Es ist eine sehr große Herausforderung. Ich halte die CO₂-Richtlinie nicht mit Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung vereinbar. Die Vorhaben laufen auf eine Dezimierung der deutschen Automobilindustrie hinaus.

Unter dem Begriff „grünes Paradoxon“ haben Sie eine Erkenntnis veröffentlicht, wonach die mit immensen Kosten erreichten Emissionsminderungen in Deutschland und der EU weltweit tatsächlich nur zu mehr Emissionen führen, was sagen Kollegen aus der Wissenschaft, was die Politik zu dieser These? ☉



Die Politik beschäftigt sich damit überhaupt nicht. In der Wissenschaft ist das grundsätzlich anerkannt. Das ist keine These, sondern eine Selbstverständlichkeit, dass die Ressourcenbesitzer angesichts des grünen Säbelrasselns die Extraktion ihrer fossilen Brennstoffe vorziehen. Selbst Vattenfall hat bei der Förderung der Braunkohle in der Lausitz wahrscheinlich den gesetzlich möglichen Extraktionsrahmen ausgenutzt, wohlwissend, dass in Kürze grüne Bewegungen ein Verbot der Braunkohleextraktion bewirken könnten. Das ist dieser Vorzieheffekt, der mit dem grünen Paradoxon gemeint ist. Deutschland ist der größte Produzent von Braunkohle weltweit, obwohl es nur über relativ kleine Bestände im Vergleich etwa zu den USA, Russland oder Australien verfügt. Das ist erklärbar mit der Angst vor dem drohenden Verbot. Der Vorzieheffekt war offenkundig.

Sind Sie in diesem Zusammenhang der Meinung, dass Deutschlands Ausstieg aus der Braunkohle Vorbildwirkung für die Welt hat?

Nein, er hat keine Vorbildwirkung, das gäbe zu viel Hoffnung. Ich befürchte, er wird abschreckend wirken, denn wer will schon seine Industrie kaputt machen. Sparmaßnahmen machen nur dann Sinn, wenn man über Mittel verfügt, auch die anderen Länder zum Sparen zu zwingen. Eine unilaterale Einschränkung ist solange sinnlos, wie es auf der Welt Märkte gibt, die eine Verlagerung der Industrien in schmutzigere Länder ermöglichen.

In Ihrem Cottbuser Vortrag haben Sie mit moderner Atomkraft und Aufforstung sowie CO₂-Speicherung zwei eher technische und mit einer Quellensteuer und einem weltweiten Emissionshandel zwei ökonomische Stellschrauben für den Klimaschutz aufgezeigt, welche halten Sie kurzfristig, welche mittelfristig tatsächlich für realisierbar?

Das kommt auf die Betrachtung an. Rein technisch und ökonomisch gesehen bräuchten wir die Atomkraft einfach nicht abzuschalten. Im politischen Sinn funktioniert das wohl nicht, denn die Deutschen brauchen etwas mehr Nachdenkzeit, bis sie umdenken. Das wird noch eine Generation von Politikern dauern. Der weltweite Emissionshandel ist sicher die vielversprechendste ökonomische Möglichkeit. Ich bin der Überzeugung, wir müssen diesen Weg gehen. Es nützt nichts, irgendetwas zu tun, was nicht wirkt. Wir müssen stattdessen alle Kräfte darauf konzentrieren, etwas Wirkungsvolles zu tun. Deshalb erhoffe ich mir für das Nachfolgeabkommen zum Pariser Abkommen, dass nicht nur Selbstverpflichtungen ohne Strafen ausgesprochen werden, sondern dass sich die Länder der Welt auf einen weltweiten Emissionshandel einigen, in dem eine weltweite Obergrenze der Emissionen festgelegt wird. Erst dann hat man eine wirksame Politikmaßnahme gefunden. Unilaterale Selbsterfleischungen einzelner nationaler Industrien führen zu Nichts. Im Zweifel erzeugen sie eine Gegenbewegung, die Notwendigkeiten zum Klimaschutz nicht mehr anerkennt. Das ist die Gefahr, die ich auch in Deutschland sehe.

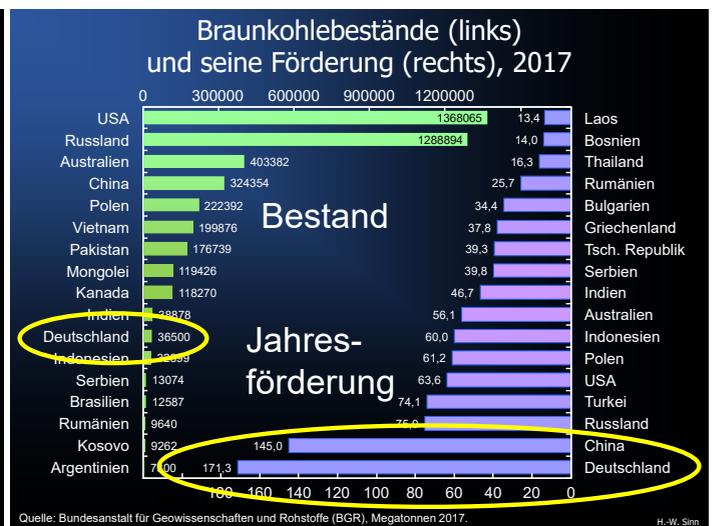
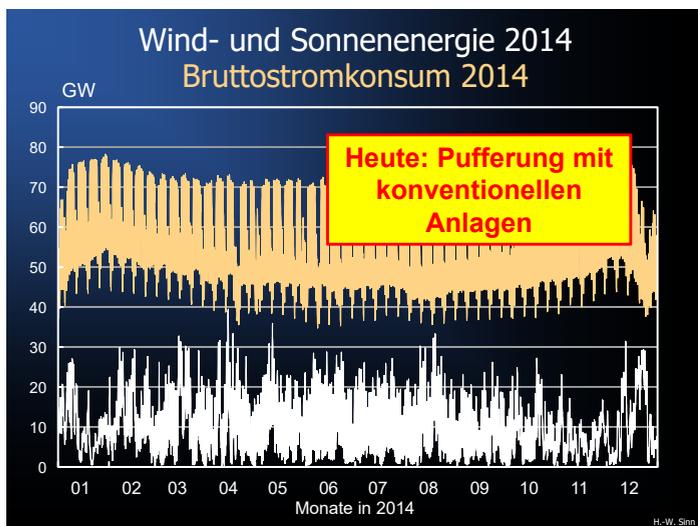
Auch Herr Edenhofer bezeichnete in seinem Vortrag in der Reihe „Open BTU“ ein gemeinsames, globales Handeln wie bei einem weltweiten Emissionshandel als Grundvoraussetzung – was können Ihres Erachtens Deutschland und die EU unternehmen, um Klimaschutz global und auch gemeinsam mit Asien, Afrika und den USA zu gestalten?

Es gibt den guten Vorschlag von Nobelpreisträger William Nordhaus, einen Klima-Club einzurichten. Das ist ein Club der Länder, die sich an einem globalen Emissionshandel oder anderen Maßnahmen beteiligen. Diese Länder würden dann gegenüber anderen Ländern, die sich nicht beteiligen, Zollschränken errichten, verbunden mit

der Einladung, dem Klima-Club beizutreten. Wenn dieser Club ökonomisch hinreichend groß und attraktiv ist, dann kann das funktionieren. Ich wage zu bezweifeln, dass Europa allein groß genug für eine solche Möglichkeit ist. Aber wenn die USA und China mitmachen würden, dann hätte das große Anziehungskraft auf alle restlichen Länder der Welt. Ich halte das nicht für unmöglich. Wir sind im Pariser Abkommen schon weit gekommen und ich kann mir vorstellen, dass wir einen nächsten Schritt auch noch schaffen.

In Deutschland wurde lange über das Für und Wider von Emissionshandel und CO₂-Bepreisung gestritten. Was halten Sie von einem spürbaren CO₂-Preis als Katalysator für technischen Fortschritt?

Das schlagen ja die Ökonomen vor. Es geht nur so. Es macht überhaupt keinen Sinn, dies über technische Anordnungen wie die CO₂-Richtlinie der EU steuern zu wollen. Das ist eine neodirigistische Wirtschaftspolitik, vor der man nur warnen kann. Es geht nur über einen CO₂-Preis, der sich durch einen Emissionshandel bildet. Dieser Preis muss dann einheitlich auf der Welt sein, und alle CO₂-Emittenten werden sich anstrengen, den CO₂-Ausstoß zu verringern, um Kosten z.B. für Zertifikate einzusparen. Jeder würde aus eigenem wirtschaftlichem Interesse bis zu dem Punkt gehen, an dem Vermeidungskosten für eine weitere Tonne CO₂ gleich dem CO₂-Preis sind. So ermöglicht dieser Preis eine weltweite Koordination der Vermeidungsanstrengungen. Das daraus resultierende Ergebnis ist durch technische Anordnungen nicht mehr zu übertreffen, sondern allenfalls zu verschlechtern. Insofern sind sich alle Ökonomen einig, dass das Gesetz des einen Preises, das übrigens das Hauptgesetz der Ökonomie ist, für eine Ware – in diesem Fall für das Ungut CO₂ – eingehalten werden muss, um eine effiziente weltweite Steuerung zu erreichen.



Eine weitere Ihrer vier Lösungen betrifft den Bereich der Speicherung. Hier war die Lausitz mit CCS bereits einen Schritt weiter – sehen Sie CCS und CCU auch für die Kohleemissionen zumindest als eine temporäre Lösung an, die in Deutschland wieder diskutiert und entwickelt werden sollte?

Natürlich. Man muss tun, was man kann. Das Problem bei der Kohle ist allerdings, dass bei der Verbrennung mehr CO₂ entsteht als Kohle verbrannt wurde, da sich der Sauerstoff mit der Kohle verbindet und dann ja auch mitgespeichert werden muss. Aus einem Kubikmeter Steinkohle resultieren nach der Verbrennung fünf Kubikmeter flüssiges CO₂. Das gibt einen Eindruck von der Größenordnung des Problems. Selbst wenn wir alle verfügbaren Kohleminen unter der Erde mit CO₂ befüllen, könnten wir nur ein Fünftel des durch den Abbau dieser Minen entstehenden CO₂ unterbringen. Es gibt sicher viele weitere Kavernen. In einer Studie des IPCC stellte sich aber heraus, dass die Summe aller weltweit verfügbaren Kavernen inklusive entleerter Lagerstätten nur für einen Bruchteil des global noch verfügbaren Kohlenstoffs ausreichen würde, wenn man diesen extrahieren und verbrennen würde. Eine solche Strategie könnte dennoch über ein paar Jahrzehnte einen Beitrag liefern, dann muss die Menschheit über andere Lösungen verfügen.

Bei Speichern wird derzeit vor allem über die Wasserstofftechnologie gesprochen, auch in der Lausitz. Was muss Deutschland für die Entwicklung tun und wie lässt sich mit Blick auf Solar und Windkraft verhindern, dass unser Land erneut subventioniert und entwickelt, die nachhaltige Wertschöpfung im internationalen Wettbewerb dann aber anderswo auf der Welt stattfindet?

Bei Wasserstoff handelt es sich um keine Primärenergie. Man muss Wasserstoff aus Strom machen. Letztendlich ist das nichts anderes als eine Batterie zur temporären Speicherung von Energie. Aber es ist eine Speichertechnologie, die durch die Verbindung von Wasserstoff mit CO₂ die Herstellung synthetischer Kraftstoffe ermöglicht. Diese könnten im Verkehr dann weiterhin von Verbrennungsmotoren benutzt werden. Dort einseitig auf Batterien zu setzen, ist sicher ein Fehler. Deutschland war bei der Brennstoffzellentechnologie und der Wasserstoffwirtschaft schon recht weit und hat das früher als andere Länder entwickelt. Das ist dann eingeschlafen, inzwischen wird das in Korea und Japan wieder forciert. Wir sollten uns hier beeilen, dass wir nicht den nächsten Zug verpassen. Aber auch hier gilt es, realistisch zu bleiben. Der Energieverlust bei der Stromspeicherung über Wasserstoff ist sehr groß. Für mich spricht das alles dafür, den Ausstieg aus der Atomkraft zu überdenken. Haben wir Atomstrom,

können wir auch Wasserstoff günstig produzieren, denn die Elektrolyse-Anlagen brauchen einen kontinuierlichen Strom. Mit dem grünen Zappelstrom können auch sie nicht viel anfangen.

Und wie kann unser Land sich nachhaltige Wertschöpfung aus solchen Technologien im eigenen Land sichern?

Beim Wasserstoff haben wir noch alle Chancen, wenn wir jetzt kräftig investieren. Deshalb halte ich es für problematisch, wenn im Automobilbereich so einseitig auf Batterien gesetzt wird.

Wir haben viel über Klimaschutz gesprochen, dabei wird meist auf den Konsens aller Wissenschaftler verwiesen, dass jetzt und schnell gehandelt werden muss – existiert in der Wissenschaft tatsächlich kein Diskurs mehr zum menschengemachten Klimawandel?

Natürlich gibt es einen Diskurs. Aber die Evidenz ist doch erdrückend. Insofern halte ich es nicht für zielführend, diese Diskussion so ernst zu nehmen, wie manche es tun. Den Klimateffekt der Treibhausgase gibt es und jeder spürt ihn, wenn er auf einen Berg steigt. Oben ist es kühler als unten. Das liegt nicht in erster Linie am CO₂, sondern am Wasserdampf. Der aber ist, abhängig von der Temperatur, gesättigt in der Atmosphäre vorhanden und kann vom Menschen nicht direkt beeinflusst werden, weil der Überschuss an Wasser abregnet. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre lässt sich aber vermehren, und er tritt zum Klimateffekt des Wassers hinzu. Die Atmosphäre erwärmt sich daraufhin und nimmt dann auch noch mehr Wasser auf, was den Primäreffekt des CO₂ noch verstärkt.

Vor etwas über zehn Jahren gab es rund um Klimaschutz schon einmal einen Medienhype – diesmal scheint sich das Thema intensiver und länger zu halten. Halten Sie die aktuelle Erregung dennoch für eine Mode oder hat das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zugenommen?

Das Bewusstsein für Nachhaltigkeit bewegt sich in Modewellen. Es ist jetzt die dritte Klimawelle, die wir erleben. Wir hatten das in den 1980er Jahren erstmals, dann schlief es ein, vor rund zehn Jahren kochte das Thema mit dem Stern-Report wieder hoch. Dann kam die Finanzkrise, und mit ihr andere Sorgen. Jetzt erleben wir die dritte Klima-Welle. Die Gesellschaft kann sich nur mit einem großen Thema in einer Zeit beschäftigen, im Moment ist es das Klima. In einem Jahrzehnt wird es eine Gegenbewegung geben, weil die Menschen sich zunehmend gegen die Einschränkungen ihrer Lebensstandards wehren werden. Aber da sich die Erde zwischenzeitlich weiter erwärmt, wird dann irgendwann auch das Klimathema wieder hochkommen, und zwar noch heftiger.

Welchen Rat haben Sie für die Lausitz im Wandel zu einer Energieregion der Zukunft?

Die Lausitz hat natürlich ein Strukturproblem. Ob die Strukturhilfen ausreichen, weiß ich nicht. Insgesamt ist es für die Region eine bedauerliche Entwicklung. Ich kann nur raten, bei der Politik insofern Druck zu machen, dass man den Abbau der deutschen Kohleförderung doch bitte abhängig von einer weltweiten Koordination macht. Das ist leider nicht hinreichend der Fall.

Könnten Wasserstofftechnologien der Lausitz wirtschaftlichen Ersatz sichern?

Wir haben in den neuen Bundesländern vergleichsweise viel Windstrom und diesen Windstrom könnte man koppeln mit einer Wasserstofftechnologie. Erfolgreicher wäre eine Rückbesinnung auf den Atomstrom. Heute kann man viel sicherere Kraftwerke bauen als früher. Die Graphitreaktoren vom Tschernobyl-Typ sind ausgestorben, und Tsunamis gibt es in Deutschland nicht. Noch sind Restbestände an geistiger Kapazität vorhanden, die einen Neubeginn ermöglichen würden. ⊗

Das grüne Paradoxon Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik

Hans-Werner Sinn über die dramatischen Irrtümer der Umweltpolitik

Scharfsinnig und mit schlagenden Argumenten beschreibt Hans-Werner Sinn das grüne Paradoxon. Mit seiner ökonomischen Betrachtung des Klimaproblems beseitigt der Bestseller-Autor die blinden Flecken in einer wichtigen Debatte. Nicht wir Deutschen haben es in der Hand, wie schnell sich die Erde erwärmt, sondern die Ölscheichs. Der Glaube, wir könnten das Klima retten, wenn wir im Alleingang Energie einsparen, ist pure Illusion. Denn wenn die Scheichs den Hahn nicht zudrehen, senken wir mit unserer Sparsamkeit nur den Weltmarktpreis für Öl – und ein Effekt kann dafür sorgen, dass sogar noch mehr Öl gefördert wird und sich die Erde noch schneller erwärmt: das grüne Paradoxon.

Econ: Berlin, 2008, 480 S, gebunden, ISBN: 9783430200622, 24,90 €.
Taschenbuch: Vollständig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe im Ullstein Taschenbuch, 1. Auflage März 2012, 576 S., ISBN: 978-3-548-37396-6, 16,99 €.



Foto: LMBV

Reviertransfer Lausitz Kooperation

Erstmals haben wir den Titel unserer fortlaufenden Rubrik „Reviertransfer Lausitz“ verändert. Seit zehn Ausgaben blicken wir an dieser Stelle in die Glaskugel, spüren Entwicklungen nach und versuchen, Impulse und Ideen für den bevorstehenden Weg anzubieten. Letzteres wollen wir in dieser Ausgabe verstärken und Gewicht auf einen Begriff legen, der unseres Erachtens für die Zukunft der Lausitz mehr Tragweite besitzt als Strukturmilliarden und Lausitzforen. Er heißt: Kooperation. Wenn die Lausitz sich jetzt aufstellt und zu einer Kooperation findet, dann kann sie viele Chancen nutzen. Geschieht dies nicht, kann sich die positive Tendenz der letzten zwei Jahre ins Gegenteil verkehren.

Seit Jahresbeginn 2017 haben viele Akteure aus der Lausitz heraus unermüdlich dafür gearbeitet, der Region im verschärften Strukturwandel gute Chancen zu sichern. Unser Landstrich, der wegen seines geringen Wählerpotenzials und der teils schwach ausgeprägten politischen Anbindung in Berlin lange wenig Beachtung fand, hat sich in den Fokus gebracht und auch dank des Einsatzes der Ministerpräsidenten ein gutes Paket für einen Neustart ausgehandelt. 17,2 Milliarden Euro für die Lausitz sind ein sehr gutes Ergebnis, vor allem mit einem Blick auf aktuelle Entwicklungen in der bundesweiten Industrielandschaft. Die Konjunktur trübt sich ein, Wirtschaftsexperten rechnen auch für das dritte Quartal dieses Jahres mit einem Minuswachstum in Deutschland und sprechen von einer bevorstehenden Rezession. Die Autoländer

melden Bedarf beim Umbruch ihrer Schlüsselindustrie vom Verbrennungsmotor zum elektrischen Antrieb an und werden ebenso nach einer Kommission und Strukturhilfen verlangen. Die energieintensive Industrie dürfte im Umfeld weiter steigender Strompreise, einhergehend mit zunehmender Bepreisung von Emissionen, auf absehbare Zeit ebenso in Berlin Unterstützung einfordern. Wenn die Lausitz ihr gegenüber gemachte Empfehlungen und Versprechungen in eine reale Entwicklung übersetzen will, dann sollte die Region sich schnellstens auf den Weg machen. Das, was aktuell im Schaulaufen steht, wird es so wohl nicht wieder geben.

Die Frage ist, ob die Lausitz es versteht, die Chancen zu nutzen. Bereits in der vergangenen Ausgabe des Reviertransfers haben wir einen notwendigen Perspektivwechsel

beschrieben, weg vom jahrelangen Jammern und Aufzeigen von Bedürfnissen, hin zu mehr Zuversicht, zu einem proaktiven Anpacken. Das erfordert – auch das haben wir deutlich gemacht – keineswegs die einstimmige Lausitz. Aber es erfordert bei den zentralen Akteuren eine Synchronisation der Ziele. Genau hier könnte die Strukturentwicklung scheitern, bevor sie richtig begonnen hat. Derzeit schwächt sich die Lausitz selbst durch Grabenkämpfe und Spartenegoismen. Findet sie nicht schnell zu einer neuen Kooperation, werden Länder und Bund sich eines Großteils ihrer Verantwortung entziehen können. Die Lausitz wäre selbst schuld, wenn aus Chancen einmal mehr Enttäuschungen werden. Aus diesem Grund widmen wir diese Rubrik einem Appell für Kooperation – und zeigen Denkbeispiele auf.

Eine neue Kooperation

Im Spätsommer folgte eine – selbst in Lausitzer Medien – weitgehend unbeachtete Nachricht. Torsten Bork hat nach einem Jahr als Geschäftsführer bei der Wirtschaftsregion Lausitz (WR.Lausitz) seinen Rückzug angekündigt. Eine Nachricht, die lediglich in der Tageszeitung mit einer breiten Kritik an seinem vermeintlichen Missmanagement aufgemacht wurde. Von 900.000 Euro Fehlbetrag in der Gesellschaft wurde geschrieben, der Anschein eines windigen Managers drängte sich auf. Wer das Förder- und Projektgeschäft halbwegs kennt, der weiß, dass Handlungsfähigkeit mit einem temporären Defizit bezahlt werden muss. Es ist leider Normalität, dass Personal über ein halbes Jahr oder mehr vorfinanziert werden muss, gleiches gilt für Projekte. Zugesicherte Mittel aus Fördertöpfen fließen oft erst zeitlich versetzt. Man kann also sitzen und warten oder handeln, wie Torsten Bork es getan hat. Er hat schnell Personal aufgebaut und das von der Gesellschaft bewirtschaftete Volumen verschiedener Förderkulturen zügig auf rund 40 Mio. Euro erhöht. Immer wieder wurde mehr Geschwindigkeit im Lausitzer Handeln gefordert – hier hatte einer den Mut dazu. Nicht jeder muss Bork mögen, aber er hat die WR.Lausitz in nur einem Jahr strategisch zur zentralen Entwicklungsplattform mit vielen Vorteilen für die Lausitz aufgebaut, er hat die Region in den Ländern, beim Bund und in der EU verankert und seine Gesundheit ins Rennen geworfen. In seinem Lausitzer Jahr sprach er mehr von einem notwendigen „Wir“ als die meisten Lausitzer Akteure. Wie es scheint, hat er sich nicht nur im Kampf für die Lausitz zwischen Bund, Ländern und EU aufgerieben, sondern letztendlich auch in Grabenkämpfen innerhalb der Gesellschaft. Sein Rückzug ist ein Beleg, wie dringend die Lausitz einer neuen Form der Kooperation bedarf. In den eigenen Reihen scheint die Lausitz keine Führungspersönlichkeit und ebenso keinen Netzwerker mit der Fähigkeit zur Integration aller Akteure zur Verfügung zu haben. Zwei einst verbliche Runden aller Lausitzer Landkreise auf der Suche nach einem Kopf für die WR.Lausitz sollten das unterstrichen haben. Wenn nun selbst jene vom Hof gejagt werden, die mit großem Engagement von außen kommen und ihren vollen Einsatz für die Lausitz bringen, sollten endlich die Alarmglocken schrillen. Vom Zwist in der Lausitz profitieren letztendlich nur Bund und Länder. Sie werden ob des Kirchturmdenkens leichtes Spiel haben, hier und da etwas kleckern, statt insgesamt zu klotzen. Die Sachsen werden wieder schneller sein, insgesamt aber auch weniger erreichen als eine belastbare, länderübergreifende Struktur mit Lausitzer Spirit. Es gibt sicher viele Möglichkeiten zur Kooperation, zwei Ideen wollen wir hier skizzieren. Vorab sei

an dieser Stelle aber eines nachgeholt, was einfach zum guten Ton gehört: Ein Dankeschön an Torsten Bork! Ein Jahr Wirken in der Lausitz und für die Lausitz haben einen bleibenden Wert geschaffen. Bleibt zu hoffen, dass die Ausrichtung der WR.Lausitz aus der aktuellen Interimslösung in gute Hände übergeben werden kann. Künftig zwei Geschäftsführer ins Rennen zu schicken, wie aktuell diskutiert, einer aus Brandenburg und einer aus Sachsen, wäre sicher das falsche Signal. Das würde Misstrauen eher zementieren, statt länderübergreifend zu integrieren. Für die Lausitz insgesamt skizzieren wir zwei Varianten als Weg zu mehr Einigkeit und Schlagkraft:

Variante 1: Kooperation von unten

Diesen Weg haben wir tatsächlich in der ersten Ausgabe des Lausitz Magazins vor zweieinhalb Jahren aufgezeigt. Hierfür gibt es ausreichend Erfolgsbeispiele, wir hatten damals die Metropolregion Nürnberg ausgewählt. Marcus Tolle, Geschäftsführer der IHK Cottbus, verweist im umseitigen Interview zudem auf die Wolfsburg AG oder die Süderelbe AG. In jedem Fall geht es um eine Struktur, die kommunale Gebietskörperschaften (Kommunen und Landkreise) und Akteure der Wirtschaft integriert. Aktuell vertritt die WR.Lausitz die Landkreise der Lausitz, die Innovationsregion Schlüsselwirtschaft und Wissenschaft, die Lausitzrunde die kernbetroffenen Gemeinden. Hinzu kommt die Wirtschaftsinitiative Lausitz, deren besondere Werte der Zusammenschluss der strukturbildenden Unternehmen und der länderübergreifende Charakter sind. Auf Grundlage dieser vier Akteure ließe sich ein Bündnis aus öffentlich-rechtlichen Akteuren und Playern der Wirtschaft mit klarer Struktur und Aufgabenverteilung formen, die aktuelle Kleinstaaterei wäre

schnell überwunden. Dabei kann jeder der vier Akteure seine Vorteile ausspielen:

WR.Lausitz: Zentraler Vorteil der WR.Lausitz ist die Abbildung der gesamten Gebietskulisse der sächsischen und brandenburgischen Lausitz mit sämtlichen Landkreisen und 235 Gemeinden. Zudem hat sie in ihrer Gesellschafterstruktur keinerlei private Körperschaften enthalten, sondern in Form der Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus nur öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften. Der Fluss von Förder- oder Strukturmitteln aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich wird faktisch genau einem solchen Weg in die Region folgen. Sobald eine Gesellschaft über privatwirtschaftliche Eigenverfügt, ist dieser Weg behindert. Die WR.Lausitz verfügt über Kompetenzen im Projektgeschäft und Erfahrungen in der Übersetzung von Förderprogrammen des Bundes in die Lausitz. Das Regionale Investitionskonzept der WR.Lausitz ist die regionale Umsetzung des Bundesprogramms „Unternehmen Revier“ für vom Kohleausstieg betroffene Regionen, das übrigens auch im Bericht der WSB-Kommission als Vorläufer für folgende Programme und Fördermittel zur Strukturentwicklung der betroffenen Kohleregionen definiert wurde. Der vierte wesentliche Vorteil der WR.Lausitz ist der Rückgriff auf den laufenden Leitbildprozess und bereits installierte Beteiligungsprozesse in der Zukunftswerkstatt Lausitz, die bei einer breiteren Basis allen Akteuren für den Abgleich ihrer Maßnahmen und ein evtl. Monitoring zugute kommen können. **Innovationsregion Lausitz:** Durch methodische Katalogisierung und Clusterung von Innovations- und Entwicklungsprozessen der Schlüsselwirtschaft verfügt die iRL über so etwas wie einen Zukunftskompass für die Lausitzer Wirtschaft. ☉

Zieht sich aus der Lausitz zurück: Der ehemalige Geschäftsführer der WR.Lausitz, Torsten Bork. Wir danken für ein Jahr harte Arbeit und eine gut ausgerichtete Plattform für die Zukunft.



Mit Kammern, Wirtschaftsinitiative und Hochschule als Gesellschafter steht sie für die Wirtschaft, für Forschung und Entwicklung und schafft gleichzeitig das Scharnier für Wissens- und Technologietransfer aus der Forschung in die Wirtschaft. In einer Partnerschaft für die Lausitz könnten bei der iRL die Kompetenzfelder Innovation, Investition und Ansiedlung stärker verankert sein. Es wäre hilfreich, wenn die iRL für eine neue Lausitzer Partnerschaft auch im Gesellschafterkreis den Sprung über die Landesgrenze schafft, der bislang auf den Beirat beschränkt ist.

Lausitzrunde: Die Lausitzrunde bindet die kommunale Familie in der kernbetroffenen Lausitz ein. Strukturentwicklung passiert letztendlich vor Ort in den Kommunen, somit können in den am stärksten betroffenen Bereichen lokale Wirtschaft und Bevölkerung besser in Beteiligungsprozesse geholt werden. Dies ist ein entscheidender Schlüssel für mehr Akzeptanz und letztendlich eine Stärkung demokratischer Prozesse. Zudem kann die kommunale Familie insbesondere als „kommunikative Speerspitze“ gegenüber Bund und Land die Forderungen aus der Region deutlich machen (Hier spricht das Volk).

Wirtschaftsinitiative Lausitz: Die WiL kann als erste länderübergreifende Wirtschaftsinteressenvertretung und vor allem als Bündnis rund um die strukturbildenden Unternehmen BASF und LEAG ein besonderes wirtschaftliches Gewicht in den Prozess einbringen.

Im Ergebnis bilden diese vier Akteure den öffentlichen und privaten Bereich der länderübergreifenden Lausitz bestens ab. Die genaue Struktur einer Kooperation kann dabei völlig unterschiedlicher Ausgestaltung sein. Die benannten best practis-Beispiele können Inspiration liefern.

„Wir können von anderen Standorten lernen“

Interview mit Marcus Tolle, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Cottbus



Marcus Tolle

Marcus Tolle ist seit Mitte September 2018 Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus. Pünktlich zum einjährigen Jubiläum trafen wir uns zum Gespräch. Als ehemaliger Manager und Unternehmensberater interessierte uns sein Blick auf die Lausitzer Akteurslandschaft – und welche Ansätze zur Kooperation es aus seiner Sicht und mit dem Wissen um seine bisherigen Tätigkeiten und Erfahrungen geben könnte:

Sie sind jetzt ein Jahr in der Lausitz, fühlen Sie sich angekommen?

Ich habe auch vorher viel in ländlichen Regionen des Ostens gearbeitet und gelebt. Die Mentalität war mir daher schon zuvor vertraut. Es gab einen großen Vertrauensvorsprung und ich wurde sehr offen aufgenommen. Ja, ich fühle mich sehr angekommen.

Sehen Sie aktuell mehr Probleme oder mehr Chancen für die Lausitz?

Unser Kammerbezirk umfasst ja mehr als die Lausitz, von daher reicht der Blick weiter und den Veränderungsschmerzen in unserem Süden stehen Wachstumsschmerzen im Randberliner Bereich gegenüber. Für die Lausitz sehe ich allerdings große Chancen, wenn die Region sich richtig aufstellt.

Was meinen Sie damit?

Die Lausitz könnte im Rahmen des Kohleausstiegs zu einem Vorzeigebispiel für eine erfolgreiche Strukturentwicklung werden. Meines Erachtens könnte diese Vorbildwirkung für andere europäische Kohlereviere sogar generell Impulse für Regionen liefern, die sich auf unserer Welt in einem Umbruch befinden. Inspiration für diesen Weg gibt es reichlich, wir können von anderen Standorten lernen.

Was können wir von wem lernen?

Es gibt verschiedene Regionen, die den Umbruch z.B. von einer Industrie zu einer Wissens- oder Kulturregion geschafft haben. Andere konnten durch Technologieentwicklung eine erfolgreiche Transformation realisieren. Ich denke da z.B. an Malmö, das mit der Oersanbrücke ein Zukunftsfeld für die gesamte Region erschloss, an Manchester, das sein Gesicht mit einer neuen Innenstadt vom Industriestandort zum modernen Lebens- und Finanzstandort veränderte.

Gibt es einfache Erfolgsfaktoren, die man aus anderen Regionen ableiten kann?

Ja, daraus ergeben sich im großen und ganzen sechs Erfolgsfaktoren: Infrastrukturentwicklung mit einzelnen infrastrukturellen „Leuchttürmen“, Standortentwicklung mit der Ansiedlung einzelner großer industrieller Ankerinvestoren mit hoher Sichtbarkeit, die Verbesserung von Lebensqualität und Image durch „weiche“ Standortfaktoren wie z.B. herausragende Kultureinrichtungen, Technologieentwicklung durch Einbindung von Forschung und Entwicklung in neue Wertschöpfungsketten und Stärkung der Universitäten, besondere förderrechtliche Rahmenbedingungen auf EU-Ebene und die Bereitstellung zusätzlicher Finanzierungen sowie der

Aufbau schlagkräftiger organisatorischer Strukturen zur koordinierten Steuerung der Strukturentwicklung. Sie müssen nicht alle eintreten, aber je mehr, desto besser.

Die Lausitz tut sich seit jeher gerade in der koordinierten Steuerung schwer, welche Struktur könnte helfen?

Ich halte eine Public Private Partnership für zielführend, zumal das Konzept an anderen Standorten bereits umgesetzt wurde. Ob Wolfsburg AG, Süderelbe AG oder Metropolregion Nürnberg, eine solche Struktur ließe sich auch in der Lausitz aus bestehenden Akteuren umsetzen.

Welche Vorteile hätte das?

Die Lausitz könnte gegenüber dem Bund und dem Land, die in den nächsten Jahren zahlreiche Mittel für die Lausitz bereitstellen werden, endlich geschlossen auftreten. Themen wie Standortmarketing, Investorenakquisition, Bestandsentwicklung und Innovation und regionale Projekte könnten besser koordiniert werden. Eine solche Partnerschaft würde auch nach innen zur stärkeren Identität und zur positiven Ausstrahlung der Region beitragen.

Was ärgert Sie momentan am meisten?

Wir haben gemeinsam mit der Innovationsregion und der Wirtschaftsregion eine Initiative gestartet, um Unternehmen in die Lausitz zu holen, um jetzt konkret Arbeitsplätze zu schaffen. Da wird Kooperation schon spürbar. Leider spüren wir dafür auf der Landesseite keinerlei Unterstützung, ja sogar Gegenwind. Das verstehe ich überhaupt nicht, denn schließlich geht es um Wertschöpfung und Jobs.

Wir danken für das Gespräch.



Variante 2: Kooperation von oben

Ein zweiter Weg wäre eine Bündelung der Akteure durch bestimmte Persönlichkeiten. Dass externe Management-Kompetenzen aufgrund innerlausitzer Befindlichkeiten schwer eine Lösung finden, hat das Beispiel Torsten Bork belegt. Über Persönlichkeiten hingegen wäre eine Art Elternmodell denkbar, in dem die Lausitzer Akteure quasi an die Hand genommen werden. Was salopp klingt, ist praktisch durchaus vorstellbar. So könnten die in Variante 1 benannten und weitere zentrale Akteure an einer Art rundem Tisch für die Lausitz zusammengeführt werden. Geleitet werden könnte das Gremium von zwei Integrationsfiguren für die beiden Lausitzen, ein solches Gespann mit Ansätzen für die Integration vieler Interessengruppen wären Stanislaw Tillich und Matthias Platzeck. Der eine Sachse, der andere Brandenburger, beide haben in der WSB-Kommission den Kompromiss ausgehandelt, den sie nun in der Lausitz mit auf den Weg bringen könnten. Die mitgenommene politische Basis würde neben dem „politischen Stallgeruch“ der beiden mit Blick auf Matthias Platzeck und seine Nähe zu grünen und linken Themen das gesamte demokratische Spektrum abbilden. Beide gelten in ihren Ländern als Integrationsfiguren, stehen inzwischen außerhalb der

Tagespolitik und sind somit auch weniger anfechtbar. Wenn die Lausitz Kooperation von unten nicht umsetzen kann, könnte dieser Umweg über eine Moderation und Erziehung ebenso zu einer letztendlichen Struktur wie in Variante 1 beitragen.

Wie auch immer der Weg aussehen kann, wichtig ist am Ende, dass die Region endlich einen gemeinsamen Weg findet. Insofern kann die aktuelle Situation mit erneuten Veränderungen und Weichenstellungen bei Lausitzer Akteuren einerseits und in den Ländern mit neuen Koalitionen andererseits auch als große Chance begriffen werden. Momentan ist viel in Bewegung, vielleicht kann man das jetzt in die richtigen Bahnen lenken. Ein Blick auf die veränderten Rahmenbedingungen belegt die Notwendigkeit.

Die Rahmenbedingungen

Für die Lausitz haben sich in den vergangenen Wochen wichtige Leitplanken geändert. Auf allen Ebenen zeichnen sich Herausforderungen ab, die eine Strukturentwicklung der Region zunehmend erschweren können. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen:

Regionale Ebene: Der Tagebaustopp in Jämschwalde trifft die Lausitz in einer denkbar ungünstigen Situation. Die LEAG muss als strukturbildendes Unternehmen immense Ressourcen für das Krisenmanagement binden, das Bestandsgeschäft wird in einer ohnehin angespannten Marktlage zusätzlich geschwächt. Sowohl finanziell als auch personell kann weniger in die Entwicklung und in Zukunftsprojekte investiert werden. Auf das Umfeld schlägt sich der Vorgang sofort nieder, von industriellen Dienstleistern bis zum Imbiss um die Ecke. Für einige Unternehmen dürfte der Geschäftsausfall binnen weniger Monate existenziell werden. Derzeit ist unklar, wie lange der Tagebaustopp währt und ob er überhaupt wieder ans Netz geht. Mit diesem neuerlichen Einschnitt nach der ersten Sicherheitsbereitschaft, der fortwährenden Debatte um Jahreszahlen beim Kohleausstieg, mit Blick auf die nächste Blockabschaltung im Kraftwerk Jämschwalde zum 30. September 2019, kann die Stimmung in der Region schnell kippen. Statt Aufbruchstimmung können sich in dieser Hängepartie Unsicherheiten breitmachen. Wenn im direkt neben den Tagesanlagen des Tagebaus Jämschwalde gelegenen kleinen Heinersbrück zur Landtagswahl jeder zweite der AfD seine Stimme gibt, werden diese Verwerfungen deutlich. Zudem ☉

Der neue
Renault ZOE
Gegen den Strom. Mit Strom.

Renault ZOE LIFE, Elektro, 80 kW: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 17,4; CO₂-Emissionen: kombiniert 0 g/km; Effizienzklasse A+ Renault ZOE: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 17,9 - 15,9; CO₂-Emissionen: kombiniert 0 - 0 g/km; Effizienzklasse A+ - A+ (Werte gemäß gesetzl. Messverfahren)

LAUSITZ-TÄGLICH:
BIS ZU
320KM
REICHWEITE

Am besten: **Büchner!**

ZE

AUTOHAUS BÜCHNER GMBH

Renault Vertragspartner

Schlaurother Allee 1 | 02827 Görlitz | Tel. (0 35 81) 73 22 0

Neusalzaer Straße 39 | 02625 Bautzen | Tel. (0 35 91) 31 21 0

Löbauer Straße 2a | 02763 Zittau | Tel. (0 35 83) 77 03 0

Äußere Bautzner-Straße 32c | 02708 Löbau | Tel. (0 35 85) 47 77 0

Industriestraße West 4 | 02943 Weißwasser | Tel. (0 35 76) 21 99 90

Bischofswerdaer Straße 72 | 01844 Neustadt | Tel. (0 35 96) 60 45 21

www.AmbestenBuechner.de

facebook.com/AmbestenBuechner

wird die Lausitzer Argumentation für die Finanzierung der Strukturentwicklung durch den Bund in einer Phase geschwächt, in der Berlin an den entscheidenden Gesetzen baut. Ginge der Tagebau Jämschwalde nicht mehr ans Netz, würde sich das „Problem“ Lausitzer Braunkohle für den Bund auf einer anderen Argumentationsbasis teilweise quasi von selbst erledigen. Für die LEAG wird wiederum eine bislang nicht gekannte Verletzlichkeit spürbar, die auch den Bergmannsstolz als Identifikationsmerkmal in der Lausitz trifft. Andererseits könnten diese Entwicklungen auch den Ausschlag geben, schneller zu einer Kooperation zwischen privatem und öffentlichem Bereich zu finden. Mehr Augenhöhe ist angesagt. Der Lausitzer Appell ist ein Zeichen dieser Solidarität. Wenn das Wasser steigt, rückt man zusammen.

Landesebene: Nach den Landtagswahlen wird wohl in beiden Lausitzer Bundesländern die Farbe grün mitregieren. Politik lebt vom Kompromiss, diese neue Konstellation

kann nicht spurlos an der Lausitz vorübergehen. Die Grünen haben den Kompromiss der WSB-Kommission bereits kurz nach dessen Verabschiedung negiert und einen schnelleren Kohleausstieg bis 2030 gefordert. Es wird neue Zuständigkeiten geben. Eine wahrscheinliche Konstellation wäre die Führung der Umweltministerien durch die Grünen – und damit in Brandenburg ein direkter Einfluss auf den Tagebaustopp Jämschwalde über das maßgeblich am Verfahren beteiligte Landesumweltamt. Eine weitere Hürde mit Blick aufs Land ist die notwendige Finanzierung des Eigenanteils an den Strukturmilliarden für die Lausitz. Die klammen Lausitzer Kommunen sind dazu schlichtweg nicht in der Lage und dieser Anteil müsste nach aktuellem Stand vom Land kommen. Auch wenn er nur bei zehn Prozent liegt, müssten beide Länder in den kommenden zwei Jahrzehnten einen Betrag im deutlichen dreistelligen Millionenbereich finanzieren. Das betrifft die 14

Milliarden, die der Bund den Revieren zur Stärkung der Region zur Verfügung stellt (hinzu kommen 26 Milliarden für Infrastrukturprojekte des Bundes). Auf die Brandenburgische Lausitz entfallen vom regionalen Part ca. 3,6 Milliarden Euro, auf die Sächsische Lausitz ca. 2,4 Milliarden Euro. Somit müsste das Land Brandenburg bis 2038 einen Eigenanteil von rund 360 Mio. Euro, das Land Sachsen von rund 240 Mio. Euro für die Lausitz aufbringen. Im ersten Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes hatte der Bund eine Klausel aufgenommen, in der die Länder zur Finanzierung dieses Eigenanteils verpflichtet wurden. Sie ist inzwischen gestrichen worden. Somit wird künftig jeder Mittelfluss in die Lausitz von Verteilungskämpfen in den Ländern begleitet werden. Ein Nachteil für die Lausitz ist nach der erfolgten Landtagswahl die deutliche Schwächung der Region mit weniger Abgeordneten in Regierungsverantwortung in beiden Parlamenten. Mit

Lausitzer Appell für den Tagebau und das Kraftwerk Jämschwalde

Unterzeichnet am 9. September 2019 im Rahmen der Lausitzkonferenz

Herrn Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke
An die geschäftsführende Landesregierung
Brandenburgs

An alle Beteiligten am Verfahren um den vorübergehenden Tagebaustopp Jämschwalde

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,**

als kommunale Familie der länderübergreifenden Lausitz und Vertreter der ansässigen Unternehmen wenden wir uns mit diesem dringenden, unaufschiebbaren Appell an Sie. Uns erfüllt im Zuge des Verfahrens um den vorübergehenden Stopp des Tagebaus Jämschwalde eine große Sorge um die Zukunft der Region. In der aktuellen Situation hält nicht nur der Tagebau Jämschwalde den Atem an, die gesamte Region wird in Mitleidenschaft gezogen, ein dringend benötigter Herzschlag für die Strukturentwicklung der Lausitz hat ausgesetzt. Nicht nur das strukturbildende Energieunternehmen der Region muss seine Ressourcen von wichtigen Zukunftsfeldern und Entwicklungsthemen auf das aktuelle Problemmanagement fokussieren, auch das gesamte wirtschaftliche Umfeld von industriellen Dienstleistern bis hin zu unzähligen Handwerksunternehmen ist betroffen. Wir spüren die erneute Verunsicherung der Menschen in unseren

Kommunen und unseren Unternehmen. Wir alle sind jetzt gefordert, den Kumpels im Tagebau ebenso wie den Menschen in der Lausitz eine klare Botschaft der Einigkeit und Zuversicht zu senden und keinen Platz für Ängste und leichte Ziele für populistische Marktschreier zu lassen!

Es ist nicht die Zeit, nach Schuldigen für dieses Dilemma zu suchen. Es ist an der Zeit, mit aller Einigkeit und Kraft gemeinsam nach einer ebenso gründlichen wie schnellen Lösung zu suchen. Alle Beteiligten müssen sich bewusst sein, dass es hier nicht nur um einen Tagebau geht, sondern um den Herzschlag einer mit erneuter Schärfe zum Wandel gezwungenen Region. Es geht nicht nur um ein juristisches, sondern auch um ein demokratisches Signal. Die Lausitz benötigt all ihre Kraft für die anstehende Strukturentwicklung. Wir brauchen keinen Nebenkriegsschauplatz, während in den Ländern und in Berlin die Zukunft der länderübergreifenden Lausitz verhandelt wird.

Wir appellieren an das solidarische Selbstverständnis aller Beteiligten sowohl in der LEAG als auch in den Landesbehörden und in den rechtsstaatlichen Institutionen. Sie tragen Verantwortung nicht nur für ein Verfahren, sondern für die Lausitz, für

unsere Heimat, in der wir leben und arbeiten wollen. Machen Sie das Schiff bitte wieder flott, damit die Lausitz ihre Chancen tatsächlich nutzen und zu den versprochenen neuen Ufern aufbrechen kann.

Für eine gemeinsame Region mit Zukunft,
Spremberg / Lausitz, 9. September 2019

Unterzeichnet wurde der Lausitzer Appell durch Christine Herntier (Bürgermeisterin Spremberg / Mandatsträgerin Lausitzrunde), Marcus Tolle (Geschäftsführer IHK Cottbus) und Knut Deutscher (Geschäftsführer Handwerkskammer Cottbus). Inzwischen haben sich verschiedene Institutionen dem Appell angeschlossen.



Fotos: Andreas Franke

den Landesentwicklungsgesellschaften, deren Gründung sowohl Sachsen als auch Brandenburg angekündigt haben, kommt auf Landesebene eine weitere Variable ins Spiel. In der Lausitz wurden die Landesgesellschaften allseits begrüßt, um beide Länder endlich bei der Regionalplanung für die gesamte Lausitz und der Umsetzung der Infrastrukturentwicklung sowie der Entwicklung von Industrieflächen und übergreifenden Projekten in die Pflicht zu nehmen. Allerdings ist das genaue Aufgabenfeld und die Beteiligung der Lausitz unklar. Beide Länder schaffen sich auf Kosten der Strukturmittel für die Lausitz letztendlich eigene Entwicklungsgesellschaften mit entsprechender Personalausstattung für ihre gesamte Fläche. Auch hier wäre eine starke Kooperation der Lausitzer Akteure hilfreich, um Einfluss in den Entwicklungsgesellschaften zu ermöglichen. Vielleicht könnte dadurch auch der Druck auf die Landesebene insgesamt erhöht werden. Nach wie vor läuft zwischen Sachsen und Brandenburg viel zu viel viel zu wenig abgestimmt oder konträr. Das fängt bei Strukturen an, in denen mal der eine (siehe Lausitzbeauftragte), mal der andere (siehe Entwicklungsgesellschaften) vorprescht. Wenn aktuell über zwei Geschäftsführer für die Wirtschaftsregion nachgedacht wird, einen aus Brandenburg und einen aus Sachsen, ist das Beleg dieses fortgesetzten Misstrauens im regionalen Kontext. Wenn die Lausitz Befindlichkeiten zwischen vielen „Regionalfürsten“ über Ländergrenzen hinweg nicht überwindet, wird es den Ländern leicht gemacht, die Strukturmilliarden auch mit Blick aufs Land statt die Lausitz zu verplanen.

Bundesebene: Auf Bundesebene dominiert bei fast allen Parteien ein Thema: Klimaschutz. Beim Thema Kohleausstieg sprechen viele politische Zielrichtungen immer stärker gegen die Lausitz: Hier ist einerseits der Hebel bei den Emissionen am stärksten, andererseits steht der Wegfall der Kohle in den eher dünn besiedelten Revieren im Osten der Planung neuer Energieerzeugung und somit Wertschöpfung in wirtschafts- und bevölkerungsstarken Bundesländern

gegenüber. Andere Bundesländer vermuten Gewinn, je schneller der Ausstieg kommt, desto eher. Da das Rheinische Revier offensichtlich einen Deal mit der Bundesregierung ausgehandelt hat, geht es beim Kohleausstieg mit Mitteldeutschland und vor allem der Lausitz „nur noch“ um Regionen mit wenig Wählerpotenzial. Zudem wird in Berlin die Lobbyarbeit für den Umbau anderer Industrien zunehmen – und bei der Autoindustrie oder der energieintensiven Industrie sprechen wir über Hunderttausende Arbeitsplätze und Regionen mit immensem Wählerpotenzial. Sollte die Lausitz bei negativen Entwicklungen in der Bundespolitik zu keiner deutlichen Gegenwehr in der Lage sein, wäre auch vorstellbar, dass der Verlust unseres Landstrichs in Berlin als Betriebsunfall abgetan wird.

Sämtliche Rahmenbedingungen mit dahinterstehenden und von Lausitzer Positionen zunehmend abweichenden Interessen machen deutlich, dass sich die Region dringend von unten organisieren muss. 17,2 Milliarden Euro für die Lausitz sollten ein hinreichender Grund sein, sich zusammenzufinden.

Laut für die Zukunft

In einer Kooperation mit synchronisierten Zielen lassen sich vor allem Rollenspiele strategisch definieren. Aktuell wäre es für die Lausitz wichtig, dass vor allem die kommunale Familie ihre Interessen mit mehr Lautstärke vertritt. Wenn die Region, salopp formuliert, nicht bald die „Klappe“ aufmacht, werden die Signale für einen Einfluss auf die Berliner Gesetzgebung rund

um Strukturstärkung und Kohleausstieg zu spät kommen. Der Aufbau der Kooperation könnte vor allem aus der Wirtschaft heraus vorangetrieben werden, da hier eher die notwendigen Management- und Netzwerkkompetenzen vorhanden sind. Die Wirtschaft dürfte die Notwendigkeit zur Kooperation auch aus reinem Eigeninteresse ganz oben auf die Prioritätenliste setzen. Wie der Abschnitt zum Strukturstärkungsgesetz zeigt, kann sie aktuell in keiner Weise von Strukturmitteln profitieren und kaum zum Teil der geförderten Strukturentwicklung werden. Sie braucht also zur Durchsetzung ihrer Interessen den Schulterschluss mit dem öffentlichen Sektor der Lausitz. ☺




Entdecken Sie die
Diamant Sondermodelle

<p>Mitsubishi Space Star Diamant+ 1.2 Benziner 59 kW (80 PS) 5-Gang statt 14.690 EUR¹ nur 11.990 EUR²</p> <p>Sondermodell Space Star Diamant+ mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Navigationssystem mit Smartphone-Anbindung ▶ Sitzheizung vorn ▶ 15" Leichtmetallfelgen ▶ Klimaanlage u.v.m. 	<p>Mitsubishi Eclipse Cross Diamant+ 1.5 Turbo-Benziner 120 kW (163 PS) 6-Gang statt 27.990 EUR¹ nur 23.990 EUR²</p> <p>Sondermodell Eclipse Cross Diamant+ mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Bi-LED-Scheinwerfer ▶ 360-Grad-Kamera ▶ Sitzheizung vorn und hinten ▶ Frontscheibe und Lenkrad beheizbar u.v.m. 	<p>Mitsubishi Outlander Diamant+ 2.0 Benziner 110 kW (150 PS) CVT statt 32.390 EUR¹ nur 28.990 EUR²</p> <p>Sondermodell Outlander Diamant+ mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Diamant+ auch als 7-Sitzer und 4WD ▶ 360-Grad-Kamera ▶ Navigationssystem mit Smartphone-Anbindung ▶ Ausparkassistent u.v.m.
---	---	--

5 JAHRE HERSTELLER GARANTIE*

* 5 Jahre Herstellergarantie bis 100.000 km, Details unter www.mitsubishi-motors.de/garantie

Messverfahren VO (EG) 715 / 2007, VO (EU) 2017 / 1151 **Space Star Diamant+ 1.2 Benziner 59 kW (80 PS) 5-Gang** Kraftstoffverbrauch (l/100 km) innerorts 5,6; außerorts 4,6; kombiniert 4,9. CO₂-Emission (g/km) kombiniert 113. Effizienzklasse D. **Eclipse Cross Diamant+ 1.5 Turbo-Benziner 120 kW (163 PS) 6-Gang** Kraftstoffverbrauch (l/100 km) innerorts 8,5; außerorts 6,0; kombiniert 7,0. CO₂-Emission (g/km) kombiniert 159. Effizienzklasse D. **Outlander Diamant+ 2.0 Benziner 110 kW (150 PS) CVT** Kraftstoffverbrauch (l/100 km) innerorts 8,2; außerorts 6,4; kombiniert 7,1. CO₂-Emission (g/km) kombiniert 162. Effizienzklasse D. Die Werte wurden entsprechend neuem WLTP-Testzyklus ermittelt und auf das bisherige Messverfahren NEFZ umgerechnet.

1 | Unverbindliche Preisempfehlung der MMD Automobile GmbH, Emil-Frey-Straße 2, 61169 Friedberg, ab Importlager, zzgl. Überführungskosten, Metallic-, Perleffekt- und Premium-Metallic-Lackierung gegen Aufpreis. **2** | Hauspreis

Autohaus Flechtner GmbH
Berliner Straße • 03222 Lübbenau
Telefon 03542/3797 • www.autohaus-flechtner.de

Bundesmilliarden allein reichen nicht

Interview mit Dr. Detlef Hamann, Hauptgeschäftsführer Industrie- und Handelskammer Dresden

Herr Hamann, Sie haben sich in den vergangenen Jahren intensiv im und mit dem Lausitzer Revier engagiert. Was verbindet Sie mit der Region? Es sind die Menschen, vor allem engagierte und bodenständige Unternehmerinnen und Unternehmer, die maßgeblich für die gute wirtschaftliche Entwicklung in der Region gesorgt haben. Viele ihrer Erfahrungen sind mir sehr vertraut. Das verbindet.

Wie zum Beispiel die wiederholten, strukturellen Veränderungen? In der aktuellen Situation muss man sich immer wieder vergegenwärtigen, dass die heutige Lausitz bereits Ergebnis eines gewaltigen Strukturbruchs nach 1990 ist. Ob Kohle, Glas oder Textil, es waren dramatische Veränderungen innerhalb kurzer Zeit. Viele Menschen haben uns verlassen, auch die erhofften Verbesserungen traten nicht überall ein. Wir haben es heute mit einer veränderten politischen und gesellschaftlichen Interessenlage in Deutschland zu tun. Die Bundespolitik hat auf die Abkehr von der fossilen Energieerzeugung, und damit auch der Kohleverstromung, reagiert und mit der Kohlekommission ein endgültiges Ausstiegsszenario aus der Kohle bis zum Jahr 2038 aufgezeigt. Für die Lausitz wird somit eine Wertschöpfung von rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr, die heute durch die regionalen Kohle- und Energiewirtschaft generiert wird, sukzessive demontiert.

Aber sie wird doch nicht alleine gelassen? Da haben Sie Recht. Und es ist natürlich ein wichtiges Signal an die Region, dass die Politik die Verantwortung für ihre Entscheidung übernimmt und die Reviere bei dem erforderlichen Transformationsprozess unterstützen wird. Bis 2038 werden Hilfen von 40 Milliarden Euro ins Spiel gebracht, von denen rund 17 Milliarden auf die sächsische und brandenburgische Lausitz entfallen sollen. Wie und wann das Geld genau fließen, und fast noch wichtiger, wofür es dann auch sinnvoll ausgegeben werden soll, daran scheiden sich bislang noch die Geister.

Was würden Sie denn anraten? Das kann und möchte ich gar nicht allein bestimmen. Allerdings wurde uns von politischer Seite stets zugesichert, konkrete Vorschläge einbringen zu können, die sich dann im Idealfall in Sofortprogrammen und im Strukturstärkungsgesetz wiederfinden, welches das Bundeskabinett Ende August verabschiedet hat. Leider lief das alles andere als optimal.

Was meinen Sie damit? Den Kabinettsentwurf zum Strukturstärkungsgesetz haben wir sorgfältig analysiert. Wir sind dann auch

durch intensive Kommunikation mit der Staatskanzlei dahinter gekommen, dass sich dieser Entwurf innerhalb weniger Tage wieder geändert hat und leider Akzente, die wir positiv bewertet haben, nicht mehr enthalten waren. Kurzum, man konnte sich nicht des Gefühls erwehren, dass eine Einbindung der Akteure vor Ort gar nicht gewollt war. Ich bin sicher einiges gewöhnt, aber beim Ausmaß dieses Projektes einen solch intransparenten Hau-Ruck-Stil an den Tag zu legen, trägt sicher nicht zur Vertrauensbildung bei.

Entsprechen die Pläne wenigstens Ihren Erwartungen? Wir haben uns auch andere Themen gewünscht. Der überwiegende Teil des Geldes soll in große Infrastrukturvorhaben, Leuchtturmprojekte und Behördenansiedlungen fließen. Zweifellos haben wir es in der Lausitz mit einem erheblichen infrastrukturellen Rückstau zu tun. Ob die vorgesehenen Maßnahmen die Frage beantworten, wovon wir in der Region übermorgen leben werden, daran habe ich meine Zweifel.

Welche Themen fehlen Ihnen denn? Dafür muss man begreifen, wer am Ende des Tages den Strukturwandel in der Lausitz bewältigen muss. Meine feste Überzeugung ist, dass es zu großen Teilen die Unternehmen und ihre Mitarbeiter hier vor Ort sein werden. Sicherlich bieten auch Neuansiedlungen eine Chance, aber wir haben mittlerweile in vielen ländlichen Räumen eine angespannte Arbeitsmarktsituation und die Prognosen der künftigen Entwicklung stimmen auch nicht optimistisch. Auch deswegen müssen die Betriebe, die heute schon vor Ort sind, gezielt unterstützt werden, um aus sich heraus zu wachsen, innovativer zu werden und sich neue Geschäftsfelder zu erschließen. Unternehmergeist und Problemlösungskompetenz sind ureigene Eigenschaften unserer Inhaber, Geschäftsführer und Vorstände, deshalb sollten wir auch da mit der Unterstützung ansetzen. Das mag ein Weg sein, dessen Etappensiege nicht auf den Titelseiten landen, ich halte ihn aber für den auf lange Sicht erfolgversprechenderen.

Und solche Ansätze finden sich nicht im Strukturstärkungsgesetz? Was wir jetzt noch als konkrete Unterstützung für Firmen herauslesen können, ist eine sogenannte proaktive Unternehmensberatung. Gut, aber viel zu wenig, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region aufrechterhalten und vor allem zukunftsfest machen zu können. Aber was fehlt, sind regulative und abgabenseitige Entlastungen der Unternehmen vor Ort, beziehungsweise Ideen, die zu einem verstärkten privatwirtschaftlichen

Engagement, etwa durch zusätzliche Investitionen, führen könnten. Als Lichtblick konnte man da schon die Möglichkeit von Sonderabschreibungen auf bewegliche Anlagegüter sehen. Leider ist genau das einer der Punkte, die zwischen erstem und zweitem Gesetzentwurf auf der Strecke blieben.

Und darüber hinaus? Wir hätten uns auch weitere Initiativen für ein anderes EU-Beihilferecht für die Reviere, finanzielle Anreize für Gründer, Ideen für öffentliche und private Risikokapitalakquirierung oder konkrete Unterstützungsmaßnahmen zur Fachkräftesicherung gewünscht. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Das Gesetz sichert den Kohleregionen viele Milliarden Euro zu. Das ist eine riesige Chance, denn die Kohleverstromung ist ohnehin endlich. In diesem Fall hätte es überhaupt kein Geld gegeben, eine tragfähige Vision für die Zukunft wäre aber trotzdem erforderlich gewesen. Aber genau darin liegt meiner Meinung auch die größte Herausforderung. Wir können jeden Euro, den wir bekommen, nur einmal ausgeben. Und wir sind es den Menschen in der Lausitz schuldig, das klug anzustellen.

Welche Sorgen treiben Sie in Bezug auf die Lausitz noch um? Eine gewisse Grundordnung angesichts der heutigen Vielfalt von Initiativen und Akteuren und Strukturen wäre bei der Umsetzung des Strukturwandels sicher auch hilfreich.

Sie sind IHK-Hauptgeschäftsführer in Dresden, gibt es auch eine persönliche Beziehung zur Lausitz? Ich bin nicht nur bekennender Lausitz-Fan, wenn es um die tollen Möglichkeiten für Rad- oder Wandertouren in der Region geht und kenne mich hier sehr gut aus. Auch meine Frau stammt aus der Lausitz und die familiären Bindungen geben immer wieder neue Einblicke in das aktuelle Lebensgefühl und die Alltagsprobleme in dieser Region. ☒

Dr. Detlef Hamann, Foto: Jan Gutzeit



Von Chancen und Möhren

Bevor wir einen Blick auf das Strukturstärkungsgesetz werfen, versuchen wir uns in der Einordnung der vielfachen positiven Nachrichten im Vorfeld der Landtagswahlen. In der Lausitz wurde über Wochen hinweg ein wahres Schaulaufen veranstaltet, eine Botschaft zu Neuansiedlungen von Instituten oder der Erweiterung von Unternehmen jagte die nächste. Es war schwer, den Überblick zu bewahren. Die Politik muss sich jetzt daran messen lassen, ob sie den Schlagzeilen Spatenstiche und real spürbare Wertschöpfung folgen lässt. Die Lausitz braucht die schnelle Sichtbarkeit von Chancen, um die Menschen mitnehmen zu können. Zu tief sitzt nach jahrelangem Reden und gemachten Enttäuschungen in der Vergangenheit der Zweifel und der Eindruck, Eseln gleich hochbaumelnden Möhren nachzulaufen. Damit die Lausitz tatsächlich Chancen statt Möhren erntet, haben wir der Politik zur Erinnerung eine Übersicht der Versprechungen und verkündeten Arbeitsplatzzahlen zusammengestellt.



Foto: Harry Müller, codiarts

Die Lausitz ging zum Septemberbeginn aus 85 Einreichungen als eine der neun Siegerregionen beim Bundeswettbewerb „HyStarter“ für eine besondere Förderung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien hervor. Das bedeutet auch Rückenwind für das Netzwerk „Durchatmen“ (siehe Bild), in dem die Akteure des Reallabors Wasserstoff-Modellstadt Cottbus gebündelt sind. Allein in Brandenburg sollen laut Wirtschaftsministerium 7.000 neue Jobs im Bereich Wasserstoff entstehen, die mit Abstand meisten davon in der Lausitz.

Bautzen

Bombardier: Verdreifachung der Fertigungskapazität, keine Angabe zu MA-Zahlen

Cottbus

BTU Cottbus-Senftenberg

- DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse, Start ca. 5 Mitarbeiter, später ca. 50 (zusammen mit Görlitz)
- DLR-Institut für Next Generation Turbo Fans, Start ca. 5 Mitarbeiter, später ca. 50
- Fraunhofer-Institut für Energiesysteme, Start ca. 5 Mitarbeiter
- Fraunhofer-Institut IPMS, Start unklar
- Land-Innovation-Lausitz
- Open Creative Lab
- 3DLAB
- Digitale Reparaturwerkstatt Berlin-Brandenburg
- Kompetenzzentrum für Klimaschutz
- Forschungszentrum 3H BTU Zentralcampus: MA-Zahl unbekannt

Weiteres

- Ansiedlung Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur: 150 bis 300
- Umbau CTK zur Universitätsklinik und Mediziner Ausbildung, 1.000 bis 2.000 neue Arbeitsplätze, bis zu 2.500 indirekte Arbeitsplätze
- DB-Werk Cottbus, Aufbau ICE-Wartung, 150 bis 300 neue Arbeitsplätze
- Förderung 15 Mio. Euro für Modellprojekt Smart City
- Knappschaft Bahn-See: Zusatzaufgaben im Bereich der Bearbeitung von EU-Förderprogrammen, 150 bis 300 neue Arbeitsplätze (50 davon werden intern umgesetzt)
- Pläne für teilweisen Umzug der Bundesnetzagentur

Dahlewitz

Rolls Royce & Land Brandenburg: Ausbau Zusammenarbeit in der Lausitz

Forsit

- Entwicklung des Logistik- & Industriezentrums
- Umbau des Textilmuseums

Görlitz

Hochschule Zittau-Görlitz

- DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse, Start ca. 5, später ca. 50 (zusammen mit Cottbus)
- Forschungsinstitut Casus: 200
- Institut für digitale interdisziplinäre Systemforschung

Weiteres

- Bau eines Modellprojekts für das „Bauen in der Zukunft“
- Big-Data-Forschungszentrum: 150-200
- Innovationscampus Siemens, Land Sachsen und Fraunhofer-Gesellschaft auf Görlitzer Werksgelände: 100

Großräschen

Ausbau IBA-Terrassen zu Zentrum für Gründung und Innovation, Sitz eines Lausitz-Institutes oder Kompetenzzentrum für Kunst und Kultur: MA-Zahl unbekannt

Hoyerswerda

Zuse-Campus (Satellitenstandort der TU Dresden für den IT-Bereich): Bis zu 3.000 Studierende Mitte der 2030er-Jahre

Kolkwitz

Alters-Forschungs-Zentrum: 500 Jobs

Schwarze Pumpe

- Big Battery LEAG
- Gründer-Kompetenzzentrum

Schwarzheide

Leistungszentrum Lausitz: Platz für 400 angehende Fachkräfte

Zittau

Hochschule Zittau-Görlitz:
Fraunhofer-Institut für Geothermie und Energieinfrastruktur

Sächsische Lausitz

Ausbau der Polizeiinspektion Ludwigsdorf, Stationierung von 500 zusätzlichen Beamten, Bau einer Sprachschule im Hotel „Görlitzer Hof“, Einrichtung eines Ausbildungszentrums für „lebensbedrohliche Einsatzlagen“ in Ostsachsen

Brandenburgische Lausitz

- Ausbau Wasserstoffindustrie in Brandenburg: Großteil der bis zu 7.000 Jobs in der Lausitz
- Entwicklungsgesellschaft für Zukunft der Lausitz: 20 Mitarbeiter

Das erhält die Lausitz vom Bund

Die Strukturmittel des Bundes nach Empfehlung der WSB-Kommission gliedern sich in zwei Bereiche: 14 Milliarden für die Regionen, 26 Milliarden für Infrastrukturprojekte des Bundes. Davon entfallen auf die Lausitz:

- Brandenburgische Lausitz je 25,8%, also bei 14 Mrd. für die Region = 3,6 Mrd. Euro
- Sächsische Lausitz je 17,2 %, also bei 14 Mrd. für die Region = 2,4 Mrd. Euro
- für Infrastrukturmaßnahmen des Bundes insgesamt 11,18 Mrd. Euro

Nach dem gleichen Verteilungsschlüssel schafft der Bund 5.000 neue Arbeitsplätze in Bundesbehörden, anteilig in der Lausitz 2.150 neue Arbeitsplätze. Darüber hinaus enthält das Strukturstärkungsgesetz viele Fördermaßnahmen, z.B. die Reallabore.

Strukturstärkung und Kohleausstieg

In Berlin soll bis zum Jahresende weitgehend verhandelt sein, was in den nächsten zwei Jahrzehnten zur Grundlage der Strukturentwicklung in der Lausitz wird. Zum Erscheinen dieser Ausgabe ist die erste Lesung zum Strukturstärkungsgesetz im Deutschen Bundestag Geschichte, das Klimaschutzgesetz samt Regelung der Abschaltung von Kohlekraft bis zu deren Ausstieg dürfte ebenso vom Bundeskabinett verabschiedet sein. Beide Gesetze definieren die Leitplanken für die Strukturmittel, die in die Lausitz fließen sollen. Die Strukturmittel sind dabei im Strukturstärkungsgesetz geregelt, das nach aktuellen Planungen folgende Meilensteine passieren soll:

- 26. September 2019:
- 1. Lesung im Bundestag
- 23. Oktober oder 6. November 2019:
- Anhörungen im Ausschuss Wirtschaft und Energie
- 6. oder 13. November 2019:
- Abschluss samt Bericht im Ausschuss Wirtschaft und Energie
- 7./8. November o. 14./15. November 2019:
- 2. und 3. Lesung im Bundestag
- 29. November 2019: Bundesrat

Diese Zeitleiste macht auch klar, warum die Lausitzer Akteure schnell zu einer Kooperation finden müssen, wenn sie hier Einfluss nehmen wollen. Bis zum Jahresende soll das Strukturstärkungsgesetz bereits verabschiedet sein. Der politische Prozess kann sich allerdings auch länger hinziehen, Skeptiker rechnen mit einem rechtskräftigen Gesetz erst im Frühjahr oder Frühsommer 2020.

Die Chance für die Lausitz

Vor einer kritischen Würdigung des Strukturstärkungsgesetzes ist eine Klarstellung ganz wichtig: Mehr, als jetzt erreicht, wird es in der finanziellen Dimension für die Lausitz nicht mehr geben! Die Empfehlung der WSB-Kommission datiert aus dem Januar 2019, als Deutschland auf

zehn Jahre ungebremschte Hochkonjunktur zurückblickte. Heute steuert unser Land auf eine Rezession zu. Wie bereits dargestellt, bringen sich die Autoländer für eine strukturelle Förderung des Umbaus ihrer Kernindustrie in Stellung, weitere Branchen könnten folgen. Während andernorts also Sorgen zunehmen und sich bundesweit Rückgänge in der Wirtschaftskraft manifestieren, hätte die Lausitz mit den Strukturmitteln tatsächlich eine Art Konjunkturprogramm zur Verfügung. Bei allen Unzulänglichkeiten sollte man das also schnellstmöglich in trockene Tücher bringen, bevor sich in Berlin politische Konstellationen ändern oder Schwergewichte der deutschen Industrie mit einem weitreichenden Wählerpotenzial die Prioritäten verschieben. Das Gesetz sieht eine beachtliche Förderung der regionalen Infrastruktur, der Wissenschaftseinrichtungen und die Ansiedlung von öffentlichen Arbeitsplätzen in der Region vor. In seiner finanziellen Dimension folgt es den Empfehlungen der WSB-Kommission.

Notwendige Anpassungen

Dennoch sind auf dem Weg von den Lausitzer Forderungen über die Empfehlungen der WSB-Kommission und das folgende Eckpunktepapier des Wirtschaftsministeriums zum aktuell debattierten Gesetz wichtige Details für die Lausitz verlorengegangen. Noch in den Tagen vor der Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes im Bundeskabinett entfielen Regelungen, die insbesondere für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. In folgenden Bereichen wären für eine erfolgreiche Strukturentwicklung Anpassungen erforderlich, wie sie auch in den Kommissionsempfehlungen vorgesehen waren:

Sonderabschreibungen/AFA: Insbesondere für die Wirtschaft enthält das Gesetz keine Beteiligungsmöglichkeiten. Im Entwurf rund eine Woche vor dem Kabinettsbeschluss war noch eine Klausel für Abschreibungen auf

beweglich Wirtschaftsgüter enthalten. Sie wurde wohl einen Tag vor dem Beschluss vom Finanzminister kassiert. Tatsächlich sollten privatwirtschaftliche Investitionsanreize durch steuerliche Vorteile z.B. in Form von Sonderabschreibungen/AFA auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgesehen sein. Das fördert Chancen auf Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in der Wirtschaft als Voraussetzung zum Erhalt des Bestandsgeschäfts und zum Erschließen neuer Geschäftsfelder.

Vertrag statt Gesetz: Aus der Empfehlung eines Staatsvertrags wurde zuerst eine schwammige „Bund-Länder-Vereinbarung“, aktuell ist nur noch von Gesetzen die Rede. Gesetze ändern sich mit politischen Konstellationen, die notwendige Planungssicherheit für den Strukturstärkungsprozess bis 2038 ist somit nicht gewährleistet. Resultierende Unsicherheiten verhindern Investitionsentscheidungen. Zudem ist die Strukturentwicklung nach aktuellem Stand jährlichen Haushaltsentscheidungen des Bundes vorbehalten. Ein Staatsvertrag ist deshalb kein Wunsch, sondern Notwendigkeit. Ein Vorbild ist der Staatsvertrag beim Regierungsumzug von Bonn nach Berlin – auch hier erhielt eine Region langfristige Sicherheit für einen strukturellen Ausgleich in Folge einer bundespolitischen Entscheidung.

Eigenanteil: Die größte Hürde insbesondere für die klammen Lausitzer Kommunen besteht in der Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von 10 % der Fördermittel. Etliche Kommunen sind in der Haushaltssicherung, der verschärfte Strukturwandel spiegelt sich in sinkenden Steuereinnahmen wieder. Kommunale Investitionen sollten nicht dem Wohlwollen der Länder überlassen werden, insofern wäre die Übernahme dieses Eigenanteils durch den Bund als Folgemaßnahme für den politisch verordneten Kohleausstieg mit seinen bereits laufenden Auswirkungen auf kommunale Haushalte eine wichtige Grundbedingung. Ähnlich ist das allerdings auch für den Mittelstand zu werten. Viele Unternehmen orientieren sich am Markt neu, müssen strategisch investieren und neue Geschäftsfelder erschließen. Markterschließung benötigt immense Investitionen, für die viele Firmen im Umfeld von Neuorientierung und sinkenden Gewinnen nicht den notwendigen Eigenanteil im Rahmen üblicher Förderprogramme aufbringen können. Hierzu wurde einst ein „Lausitzfonds“ gefordert, über den heute niemand mehr spricht. Eine Sonderförderung dieser oder anderer Art berührt EU-Beihilferecht und somit komplexe Strukturen. Hilfreich für die Wirtschaft wäre für den Eigenanteil oder auch andere Fördermöglichkeiten eine Art Sicherungsklausel, sollte es z.B. gelingen, für die EU-Kohleregionen gesonderte Möglichkeiten auf EU-Ebene auszuhandeln.

Auf der 1. Lausitz-Konferenz Strukturwandel und Energiewende am 9. September in Schwarze Pumpe sagte Annalena Baerbock: „Wenn wir bei der Energiewende nicht weiterkommen, dann können wir natürlich auch nicht aussteigen“. Auch das passt nicht zur Kopplung von Strukturentwicklung mit dem festgeschriebenen Kohleausstieg.



Fehlende Parameter und Parallelität: Das Strukturstärkungsgesetz ist an den Kohleausstieg in den betroffenen Revieren gekoppelt. Ein klare Ansage aus dem Bundeswirtschaftsministerium war, Jobs in der Lausitz erst zu gefährden, wenn neue Jobs mit ähnlicher Wertschöpfung entstanden sind. Laut Gesetzesentwurf sind Strukturmittel nun aber an Ausstiegsszenarien geknüpft. Es fehlen Parameter zur Bewertung des Erfolgs der Strukturentwicklung, der für die Bewilligung weiterer Mittel entscheidend sein sollte. Die Kopplung birgt Unsicherheiten bis hin zur Gefahr, dass die Bundesnetzagentur bei zunehmenden Engpässen in der Versorgungssicherheit die Abschaltung von Kohlekraftwerken untersagt und die Lausitz somit unverschuldet in einen Konflikt zwischen Kohleausstieg und Strukturentwicklung geraten könnte. Zudem sind die grundlegenden Zeiträume nicht synchronisiert. Die Jahre 2023, 2026 und 2029 gelten laut Bericht der WSB-Kommission als Haltepunkte, an denen Strukturentwicklung und Klimawirksamkeit der Maßnahmen überprüft werden sollen. Die Förderzeiträume im Strukturstärkungsgesetz entsprechen nicht diesen Perioden. Es ist insgesamt unklar, welche Parameter zu welchem Zeitpunkt zu welchen Entscheidungen in der Strukturstärkung führen,

lediglich die Abschaltenszenarien für die Kohlekraft werden wohl einer klaren Regelung unterliegen. Hier sollte die Lausitz klar definierte Rahmenbedingungen einfordern, die dem zugesicherten Modell „Entwicklung vor Ausstieg“ nachkommen.

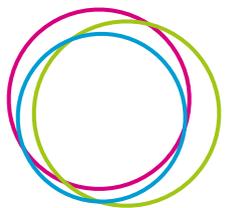
Planungsbeschleunigung: Für verschiedene Infrastrukturvorhaben wurde im Gesetz eine Verkürzung der Instanzen verankert. Die Instanzenverkürzung sollte alle Schienenprojekte und den Ausbau der BAB umfassen, Planungen und Umsetzungen sollten zeitnah beantragt werden und in die Umsetzung gehen. Für große Ansiedlungsprojekte und Industrieflächen wäre ebenso eine Planungsbeschleunigung wichtig, das liegt allerdings in Länderhand.

Wirtschaftsnahe Infrastruktur: Die aktuelle Gesetzesvorlage schließt eine Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur aus. Dabei können ausgerechnet mit der Anbindung wirtschaftlicher Entwicklungspotenziale wie z.B. des KV-Terminals Schwarzheide oder des TIP Cottbus über Kommunal- und Landesstraßen wichtige Entwicklungspotenziale gehoben werden.

Das Klimaschutzgesetz, das auch den Kohleausstieg regelt, wird parallel zum Produktionsprozess dieses Magazins veröffentlicht. Daher sind an dieser Stelle noch keine Aussagen dazu möglich.

Ausblick

Für die Einordnung vieler aktueller Entwicklungstendenzen in der Lausitz sind die kommenden Monate ausschlaggebend. Der Zuschlag für zwei Reallabore, für Cottbus und das Netzwerk „durchatmen“ als Wasserstoffmodellstadt (siehe www.durchatmen.org) und für ein Wasserstoff-Referenzkraftwerk in Schwarze Pumpe hängen einerseits an der Bewilligung der Strukturmittel und andererseits an der Veränderung von Rahmenbedingungen, die eine Wirtschaftlichkeit dieses Energieträgers ermöglichen. Beschreibungen diesbezüglicher Potenziale sind im Sonderthema Energie dieser Ausgabe zu finden. In der kommenden Winterausgabe werden wir uns im Reviertransfer wieder stärker um das kümmern, was sich bei den Akteuren sowie in der Wirtschaft und Wissenschaft tut. Diese Prozesse haben wir diesmal etwas in den Hintergrund gestellt und einem Appell an mehr Kooperation in der Lausitz Vorfahrt gegeben. Eine neue Aufstellung der Lausitz für das letzte Quartal 2019 und die Entscheidungsprozesse in Berlin hat Priorität. Mit der nächsten Ausgabe wird sich der Gesetzgebungsprozess auf der Ziellinie befinden, zumindest werden wohl die Leitlinien definiert sein. Hoffen wir auf das Beste für unsere Lausitz, die sich ein Ende der Verunsicherung und neue Zuversicht mit realen Chancen verdient hat. ☒



4. btutransfertag

IDEEN SIND CHANCEN

PARTNER

Wirtschaftsförderung
Brandenburg | WFBF
Standort: Unternehmen. Menschen.



GEFÖRDERT DURCH



Innovation
Hub 13
fast track to transfer



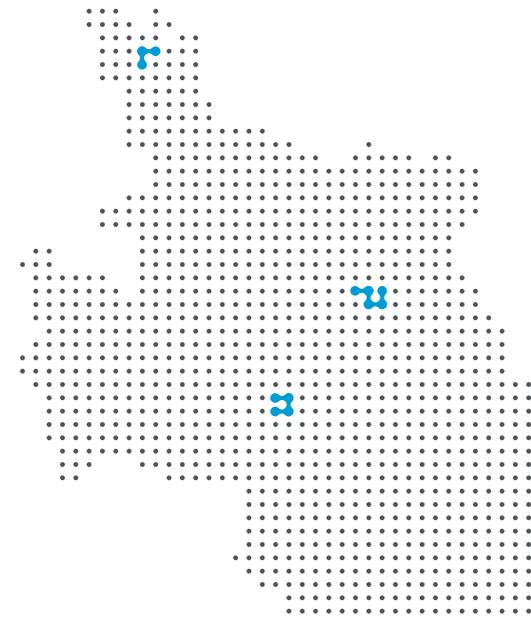
Eine gemeinsame Initiative
von Bund und Ländern

MITTWOCH
23. OKTOBER 2019
13-17 UHR
ZENTRALCAMPUS COTTBUS

ANMELDESCHLUSS: 21. OKTOBER 2019

www.b-tu.de/transfertag

b-tu Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg



Der Mann fürs PLUS

Interview mit Frank Mehlow, Leiter strategische Geschäftsfeldförderung bei der LEAG



Foto: Andreas Franke

Er krepelt für die Zukunft einer Energieregion Lausitz die Ärmel hoch: der Forster Frank Mehlow. Der 37-jährige Energiewirtschaftler hat zwei Töchter und ist trotz beruflicher Stationen u.a. in München, Bayreuth und Hannover immer in der Lausitz beheimatet geblieben. Seine regionale Verbundenheit spiegelt sich im Ehrenamt bei der Feuerwehr auf lokaler und Landesebene, seine Überzeugung von einer guten Zukunft in der Lausitz im aktuellen Hausbau für seine Familie wider. Als Basis sieht er eine starke LEAG, deren Zukunftsgeschäft er in neuen strategischen Feldern vorantreiben möchte.

Im Sommer 2015 kehrte der Forster Frank Mehlow nach Stationen bei Energiekonzernen u.a. in München und Bayreuth heim in die Lausitz. Er heuerte in stürmischen Zeiten bei der heutigen LEAG an und übernahm zum 1. August dieses Jahres die frisch gegründete Stabsstelle für die Platzierung, Förderung und Ausgestaltung neuer, strategischer Geschäftsfelder der LEAG im Strukturwandelprozess der Kohleregionen. Wir sprachen mit dem Mann fürs Plus über seine LEAG im Umbruch sowie Chancen und Erwartungen an jene, die für einen erfolgreichen Wandel den Nährboden bereiten müssen:

Sie sind seit 1. August bei der LEAG für die Förderung strategischer Geschäftsfelder zuständig, wie kann man sich die zugehörige Stellenbeschreibung vorstellen? Eine Voraussetzung war sicher ein gutes Querschnittswissen im Energiebereich und ein Überblick über alle Wertschöpfungsstufen. Das betrifft die Erzeugung genauso wie die Netzseite und das Gesamtsystem. Zudem muss man sich im regulatorischen Rahmen zurechtfinden. Man muss ein Gefühl haben, wo in der Gesetzgebung eine Verlinkung für neue Themen gegeben oder notwendig ist. So müssen wir den regulatorischen Rahmen z.B. im Bereich der Speicherung dringend ändern, um überhaupt eine Wirtschaftlichkeit zu ermöglichen. Eine starke Vernetzung

in der Länderebene und Regionalverbundenheit sind weitere Komponenten. Hier hilft mir mein privates Engagement bei der Feuerwehr, als stellvertretender Stadtwehrführer in Forst und beim Landesfeuerwehrverband. Auch dadurch kennt man die Strukturen. Eine gute Vernetzung im Unternehmen rundet die Beschreibung der Stelle ab.

Wie organisieren Sie die Zukunftsthemen und wie wählen Sie aus, was realisiert wird? Wir erarbeiten zuerst ein Konzept, das sämtliche Themen für den Strukturwandelprozess bündelt und strukturiert. Das wird in drei Säulen passieren. Fördermittelprojekte werden dabei ein eher neuer Bereich für unser Haus sein. Dazu bedarf es einer Förderstrategie für das gesamte Unternehmen. Eine zweite Säule beinhaltet Themen, die außerhalb der LEAG in den Strukturwandel eingebracht werden. Wir wollen damit näher an die Entwicklungen in der Lausitz und äußere Anstöße in eigene, neue Geschäftsfelder umsetzen. Die dritte Säule sind unsere eigenen Themen, die bislang meist als LEAG Plus beschrieben wurden. Da gibt es im Bestandsgeschäft und den Tochtergesellschaften viele Ideen. Aktuell ist die Ausrichtung der Hauptwerkstatt, die ihre Leistungen künftig unter neuem Firmenlabel MCR Engineering am freien Markt anbietet, ein Beispiel dafür. Von der Gesamtkonzeption werden alle Themen strategisch

so aufbereitet, gelenkt und priorisiert, dass sie optimal in den Strukturwandelprozess einfließen können. Es geht dabei auch um die Abstimmung mit regionalen Netzwerken, der kommunalen Ebene und den Landkreisen. Die letztendliche Entscheidung, welche Themen und Projekte realisiert werden, trifft der Vorstand. Wichtig ist in jedem Fall, wir wollen mit der Region unterwegs sein.

Mit der Big Battery, EVA Jänschwalde, einem Solarpark, dem Wasserstoff-Reallabor in Schwarze Pumpe und der Hauptwerkstatt sind erste Projekte sichtbar, gibt es noch mehr Konkretes in Sachen LEAG Plus bzw. zukünftige Geschäftsfelder? Wir bilden für den Strukturwandelprozess Themencluster, die wir gemeinsam mit den Ländern behandeln. Es geht dabei nicht um einzelne Projekte, sondern um globalere Ansätze. Wir haben das bereits in die Felder Erzeugung und Speichertechnologien, Verkehr und Logistik, Standortaufwertung zur weiteren Entwicklung, Produkte und Dienstleistungen, Rohstoffnutzung, Fachkräftesicherung, Qualifizierung und Ausbildung sowie Modellregion und Start-up Plattform gegliedert. Einzelne Themen wie die angesprochenen gliedern sich entsprechend ein.

Wir haben im Lausitz Magazin als nahe-liegende Optionen Geschäftsfelder im Bereich Eisenbahn, in der Kombination

von Kraftwerkstrainer und Netztrainer sowie als Fachkräfteschmiede für die Region durch Neuorientierung der Ausbildungszentren dargestellt, was halten Sie von diesen Gedankenspielen? Das sind spannende Themen die zeigen, über welche Möglichkeiten die LEAG verfügt und das inhaltlich „Tellerand“-übergreifend gedacht werden muss. Unser Ansatz in den Clustern ist aber von einer übergreifenden Strategie getragen. Bei einzelnen Themen wird der relevante Business Case genau herausgearbeitet, sie müssen als Geschäftsfelder wirtschaftlich tragfähig sein. Dazu sprechen wir mit allen relevanten Partnern. Wir werden aber zuerst viel mehr vernetzen und Potenziale in den Industrieparks und in der Zusammenarbeit mit den Kommunen heben. Ziel ist es auch hier, Infrastrukturen und Standorte der LEAG in neuen Handlungsfeldern zu entwickeln.

Wie unabhängig vom Eigner EPH kann die LEAG agieren? Es gibt Hinweise aus der EPH, die wir natürlich aufnehmen. Die LEAG trifft die Entscheidungen aber als eigenständiges Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit den Kollegen der EPH ist eine sehr angenehme, wir gewinnen daraus Erkenntnisse für unsere Aktivitäten und profitieren auch von dem überregionalen Blick der EPH.

Wie sieht es mit LEAG-Strom für Endkunden aus? Die LEAG besteht im Kerngeschäft aus dem Braunkohlegeschäft. Die Vertriebsaktivitäten im Endkundenbereich zählen nicht dazu. Es würde einen immensen Aufwand bedeuten, diese Wertschöpfungsebene aufzubauen, deshalb genießt das momentan keine hohe Priorität. Wir analysieren diese Möglichkeit dennoch gründlich über ein Modell für Mitarbeiterstrom, das wir mit einem Vertriebspartner umsetzen und aus dem wir lernen. Wenn es im Vergleich zu anderen Chancen eine höhere Priorität erhält und wirtschaftlich dargestellt werden kann, haben wir unsere Hausaufgaben gemacht und wir schauen dann weiter.

Aktuell bindet der temporäre Stopp des Tagebaus Jänschwalde viele Ressourcen bei der LEAG, wie stark konterkariert diese Auseinandersetzung den Beitrag der LEAG zur Strukturentwicklung der Lausitz? Das lähmt unser Kerngeschäft, und das ist die Braunkohleverstärkung. Ein laufendes Bestandsgeschäft ist Voraussetzung für unsere Aktivitäten im Strukturwandel, sowohl monetär als auch personell. Wenn das Bestandsgeschäft wie im Fall des Tagebaustopps ad hoc wegbricht und die wirtschaftliche Lage weiter erschwert wird, fehlen die finanziellen Mittel für Investitionen in die Zukunft der Region. Zudem werden Menschen demotiviert und personelle Ressourcen gehen verloren. Das schadet der Wertschöpfung der nächsten Jahrzehnte und damit der ganzen Lausitz. Insofern ist der Appell der Region für die schnelle Aufhebung des Tagebaustopps ein ganz wichtiges Signal an das Land, an alle Verfahrensbeteiligten und vor allem die Lausitzer.

Trotz des unsicheren Umfelds müssen Lausitzer Akteure jetzt vorgehen, Chancen erkennen und nutzen – wie stark ist diese Mentalität in der LEAG ausgeprägt? Diese Mentalität wächst zunehmend. Ein gutes Beispiel ist unsere Hauptwerkstatt, sie zählt zu den Kernaktivitäten im Bergbaubereich. Diese Einheit liefert selbst Ideen rund um Neuausrichtungen, neue Märkte und Produkte. Das kommt aus der Belegschaft heraus. Seit dem Neustart als LEAG hat diese Beteiligung deutlich zugenommen.

Das klingt fast wie die Neuerer-Bewegung zu DDR-Zeiten, gibt es ein solches Programm bei der LEAG? Wir haben schon länger einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (kurz KVP) im Unternehmen installiert. Hier können Mitarbeiter Vorschläge einbringen. Es gibt parallel einen Ideenmanagementprozess. Für neue Themen gibt es die Unternehmensentwicklung und LEAG Plus, wo strategisch nach neuen Geschäftsfeldern gesucht wird. Das Team hat verschiedene Anknüpfungspunkte, die auch rege genutzt werden.

AUTOHAUS
SCHIEFELBEIN
WWW.AH-SCHIEFELBEIN.DE



JETZT MIT 0 € ANZAHLUNG.
DER COROLLA TOURING SPORTS CLUB.



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



Leasen, einsteigen,
losfahren.

MONATLICHE LEASINGRATE

263 €¹

OHNE ANZAHLUNG

COROLLA TOURING SPORTS HYBRID CLUB:



- 17"-Leichtmetallfelgen
- LED-Scheinwerfer
- Privacy Glass
- Toyota Safety Sense inkl. Pre-Collision System
- Audiosystem mit Rückfahrkamera
- Sitzheizung für Fahrer und Beifahrer u.v.m.

Kraftstoffverbrauch Corolla Touring Sports, 1,8l Hybrid Club, Systemleistung 90 kW (122 PS), stufenloses Automatikgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 3,5/3,8/3,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 83 g/km. Abb. zeigt Sonderausstattung.

¹Unser Kilometerleasing-Angebot² für den Corolla Touring Sports 1,8l Hybrid Club. **Anschaffungspreis: 24.227,70 € zzgl. Überführung**, Gesamtbetrag: 12.624,00 €, Leasingsonderzahlung: 0,00 €, Laufleistung p.a. 10.000 km, Vertragslaufzeit: 48 Monate, **gebundener Sollzins: 3,49 %**, **effektiver Jahreszins: 3,55 %**, 48 mtl. Raten à 263,00 €.

²Ein **unverbindliches** Kilometerleasing-Angebot der **Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 31.10.2019.** Das Leasingangebot entspricht dem Beispiel nach §6a Abs. 4 PAngV.

Unser Autohaus vermittelt ausschließlich Leasingverträge der Toyota Leasing GmbH.

Individuelle Preise und Finanzierungsangebote erhalten Sie bei uns.



Autohaus Schiefelbein GmbH

ELSTERSTR. 106

02977 HOYERSWERDA

Tel. 03571 42400

Was erwarten Sie auf diesem Weg vom Bund und vom Land? Auf der Bundesebene müssen Planungssicherheit und vernünftige Zeitfenster gewährleistet werden. Wir brauchen vor allem eine Anpassung regulatorischer Rahmenbedingungen. Im Energiebereich müssten z.B. bei der Speichertechnologie bestimmte Gesetze geändert werden, um überhaupt einen wirtschaftlichen Einstieg in dieses Geschäftsfeld zu ermöglichen. Der regulatorische Rahmen muss auch neue Bedingungen für die Unternehmen in der Region schaffen. Unserer LEAG muss die Teilhabe am Prozess gesichert werden. Da geht es u.a. um Regelungen im Beihilferecht. Als strukturbildendes Unternehmen in der Region müssen Gesetze die Chancen eröffnen, neue Geschäftsfelder zu implementieren und Förderprogramme zu nutzen. Wir müssen Bestandteil des Strukturstärkungsprozesses sein können. Planungssicherheit, verlässliche Zeitfenster und das Kerngeschäft bleiben dabei die notwendige Basis. Hier müssen Verunsicherung und immer wieder neue Diskussionen seitens der Politik endlich aufhören. Auf der Länderebene geht es um die Ausprägung der Bundesgesetze. Hier brauchen wir eine enge Abstimmung mit den Revierbeauftragten und den zentralen Akteuren. Es muss eine politische Strategie der Länder für den Strukturwandel in den Kohleregionen geben, in die wir unsere Themen einbringen können. Basis einer solchen Strategie müssen vor allem die regionalen Unternehmen sein, die den Kohlebergbau und die Verstromung betreiben, bzw. in diesem Umfeld Partnerunternehmen sind. Der Transformationsprozess kann nur funktionieren, wenn die Länder mit diesen strukturbildenden Unternehmen – ganz vorn die LEAG – Themen definieren, Prozesse abgleichen und den regulatorischen Rahmen entsprechend ausgestalten.

Was passiert in den Ländern, wenn grün mitspielt? Ich hoffe auf die Erkenntnis, dass wir nur mit Planungssicherheit für das Kerngeschäft andere Themen aufbauen und entwickeln können. Das muss auch eine Landesregierung unter grüner Beteiligung erkennen. Wenn ideologiegeprägte Politik das Kerngeschäft innerhalb kurzer Zeit immer wieder erneut infrage stellt, wird die Basis für die regionale Entwicklung entzogen. Das wird negativ in Arbeitsplätze, Wertschöpfung und in die Region wirken. Nimmt uns eine grüne Beteiligung auf Landesebene die Planungssicherheit, fährt meines Erachtens die gesamte Strukturentwicklung in der Lausitz binnen weniger Jahre gegen die Wand.

Was erwarten Sie von den Lausitzern? Ich bin selbst Lausitzer, sehr heimatverbunden und kenne das Lebensgefühl der Region. Wir müssen trotz aller Unsicherheiten, die seitens der Politik immer wieder auf die Menschen hereinprasseln, das proaktive

Denken mehr entwickeln. Wir müssen Chancen erkennen, entwickeln und nutzen. Die Lausitzer sollten Vertrauen in die Region und auch in die LEAG als strukturbildendes Unternehmen haben. Vor allen Dingen sollten wir uns nicht unter Wert verkaufen, das haben wir viel zu lange gemacht.

Ist die Parallelität der Gespräche zum Strukturstärkungsgesetz auf Bundesebene und der Koalitionsgespräche auf Landesebene aus Ihrer Sicht ein Nachteil für die Interessen der Lausitzer Wirtschaft? Das sehe ich nicht so. Sondierungen und Koalitionsbildungen bringen auch Chancen zur Ausgestaltung von Strukturthemen mit sich. Wichtig ist, dass die geschäftsführende und die kommende Landesregierung an den Stellmöglichkeiten zum Strukturstärkungsgesetz klare Positionen für die Region vertritt. Der Kompromiss der WSB-Kommission muss in allen Themen gleichermaßen verankert werden. Das darf, wie in den ersten Entwürfen geschehen, nicht weichgespült werden. Es wäre für die Lausitz ein Fiasko, wenn das bisschen Hilfreiche für die Region aus dem Kompromiss infrage gestellt würde – und dabei spreche ich nicht von der reinen Definition des Geldes. Wichtig ist die Verlässlichkeit durch eine Art Staatsvertrag und die Notwendigkeit, einen Lösungsansatz für den kommunalen Eigenanteil bei Förderprojekten zu definieren. Die Länder müssen mit Struktur und Linie in den Themen bleiben, das erfordert Stringenz.

Was müsste sich am Strukturstärkungsgesetz zum Kabinettsbeschluss ändern, um der LEAG und anderen Lausitzer Unternehmen die richtigen Rahmenbedingungen zu bieten? Neben Planungssicherheit braucht es eine Teilhabe für die Wirtschaft. Für die Wirtschaft, insbesondere auch für unsere regionalansässigen Zulieferer als zentralem Rückgrat für den Strukturwandel, ist bislang gar nichts in dem Gesetz zu finden. Hier muss zwingend nachgebessert werden. Planungsbeschleunigung wäre ein weiteres Thema. Es kann nicht sein, dass wir selbst unter beschleunigten Bedingungen über zehn Jahre brauchen, um einen zweigleisigen Ausbau für einen Streckenabschnitt der Bahn hinzubekommen oder um Umgehungsstraßen zu bauen. Diese Standortfaktoren sind auch für die LEAG im Wandel ein wichtiges Thema.

Wie halten Sie die Dienstleister im LEAG-Umfeld bei der Stange, die auch unter dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck leiden? Hier erweist ein Vorgang wie der Tagebaustopp natürlich einen Bärendienst für das gesamte Umfeld. Für unsere Mitarbeiter bemühen wir uns um Regelungen mit Vermeidung von Härten. Auf das Umfeld und sämtliche Dienstleister von Industrie über

Handwerk bis hin zum Imbiss um die Ecke schlägt sich der Ausfall des Bestands geschäfts sofort nieder. Das gefährdet innerhalb weniger Monate Existenzen und Arbeitsplätze, deshalb brauchen wir eine schnelle, aber auch gründliche Lösung. Andererseits sind wir in den Industrieparks bereits stark in den Öffnungstätigkeiten wie im Fall der Hauptwerkstatt. Da gibt es viele Schnittstellen zu Dritten, die wir einbinden. Es kommen inzwischen auch Unternehmen mit Ideen von außen auf uns zu. Wir können den Prozess nur gemeinsam gestalten, wenn einzelne Unternehmen eigene Zukunftspläne ins Schaufenster stellen, wird der Wandel in der Breite nicht gelingen.

Die LEAG ist traditionell Partner der Region – wie wollen Sie dieses Engagement in Zeiten der Investition in neue Geschäftsfelder und nachlassender Wertschöpfung im Kerngeschäft aufrechterhalten?

Partner der Region heißt für mich mehr als nur gemeinnütziges Engagement und finanzieller Sponsor. Die LEAG ist ein regional gebundenes Unternehmen und wird es auch bleiben. Unsere Mitarbeiter leben hier oder sind von hier. Wir wollen ihnen die heutigen, vernünftigen Rahmenbedingungen erhalten. Diese Wertschöpfung ist die wichtigste Partnerschaft für die Region. Darüber hinaus wird im Strukturstärkungsprozess die Vernetzung mit der Region stark zunehmen, wir müssen in vielen Zukunftsprojekten gemeinsam agieren und dichter zusammenrücken. Dieser Aufwuchs neuer Wertschöpfung ist und bleibt aber abhängig vom laufenden Kerngeschäft.

Wo und wie sehen Sie die LEAG in 20 Jahren? Ich möchte auch in 20 Jahren in einem starken, regional verwurzelten Industrieunternehmen arbeiten, das Mitarbeiter motiviert und tariflich bezahlt. Mitarbeiter dürfen nicht die Stellschraube im Wandel sein. Die LEAG soll auch künftig vielen jungen Menschen eine sichere berufliche Perspektive bieten und für Innovationen offen sein. Wir werden uns auch in 20 Jahren als großes Unternehmen im Energiesektor engagieren, dann aber an Vielfalt gewonnen und andere Geschäftsfelder gewinnbringend entwickelt haben. Sie werden vorwiegend im Energieumfeld liegen. Dabei kann die Lausitz auf einen entscheidenden Vorteil bauen: Wir treffen die Entscheidungen hier und nicht in einem Konzernsitz außerhalb der Lausitz. Diese Nähe konzentriert Verantwortung für die Lausitz in der Region, das wirkt auch auf demokratische Prozesse. Hier wünsche ich mir in 20 Jahren mit einer starken LEAG auch eine gesellschaftliche Befriedung der aktuellen Konflikte.

Vielen Dank für das Gespräch.

FOTOS, VIDEOS & DROHNIES FÜR IHR UNTERNEHMEN

BERATUNG * PLANUNG * UMSETZUNG

FOTOS für dieses Magazin:



TELEFON: 0355 620 29 41 MAIL: CODIARTS@CODIARTS.DE WEB: WWW.CODIARTS.DE ORT: GUBENER STRAÙE 17 03042 COTTBUS

WWW.CODIARTS.DE



Fotos: Harry Müller, codiarts

Weißer Wände, lichte Mobiliar, ein klarer Kopf: IHK-Chef Marcus Tolle wandelt die Kammer zum offenen Dienstleistungsunternehmen. Auf dem Flipchart sieht man die künftige Kammerstruktur: Ein Kreisdiagramm mit Kompetenzfeldern statt sonst üblicher Hierarchie-Organigramme.

Am Anfang steht ein weißes Blatt

Wer heute die Räume der IHK Cottbus betritt, wird Zeuge eines Umbruchs. Das Gestern wird losgelassen und Zukunft spürbar – so kann Wandel gelingen.



Künftiger Coworking-Space in Bad Liebenwerda: Die IHK Cottbus holt sich kreatives Unternehmertum direkt in die neue Geschäftsstelle.

Als Janine Mahler im Spätsommer dieses Jahres aus der Elternzeit zurückkehrte, dachte sie im ersten Moment, die falsche Tür erwischt zu haben. Ein Jahr zuvor verließ sie das Büro der Öffentlichkeitsarbeit bei der IHK Cottbus. Vollgestopfte Schrankwände, stapelweise Papier, ein Raumteiler gleich einer Brüstung, hinter der sich ebenso vollgepackte Schreibtische verschanzten – das Team hatte sich an den Behördencharme der Kammer gewöhnt. Mit ihrem Mutterschutz erfolgte auch der Wechsel an der Kammer Spitze, für den vormaligen Journalisten und Politiker Dr. Wolfgang Krüger kam Manager und Unternehmensberater Marcus Tolle. Ein Jahr später wirkt das Büro der Öffentlichkeitsarbeit wie die lichte Werbung eines Büromöblers. Keine Schrankwände, kein Papierstapel – stattdessen Raum und Licht für hochfliegende Gedanken. Hätte die bunte Girlande mit einem „Herzlich Willkommen“ nicht die weiße Wand geschmückt, Janine Mahler hätte die Tür wahrscheinlich verwirrt wieder geschlossen. Nur zwei Wochen später findet sie sich als Pressesprecherin in einem hochmotivierten, jungen Team wieder. Einstige Hierarchien sind verschwunden, die Türen stehen offen, ein neuer unternehmerischer Geist hat Einzug gehalten. Die IHK Cottbus ist im Umbruch, der seit diesem Sommer das gesamte Team erfasst.

Am Anfang steht ein weißes Blatt

Von einem neuen Kopf verspricht man sich zumeist frischen Wind. Marcus Tolle war für die Lausitz ein unbeschriebenes Blatt, als er sich in der Vollversammlung gegen ein

allseits bekanntes Lausitzer Gesicht durchsetzte. Man wollte das Neue, und das war gut so. Dabei drängte er sich mit seiner Handschrift nicht auf, lediglich das Büro wurde ad hoc in ein anderes Zeitalter überführt. Es kommt bis heute mit drei Möbelstücken aus: einem Stehtisch für Gespräche, einem meist hochgefahrenen, verstellbaren Schreibtisch und einem kleinen Besprechungstisch samt drei Stühlen. An den Wänden befindet sich lediglich ein Whiteboard und ein farbenfrohes Gemälde. Ansonsten atmet der Raum Licht. Von hier aus veränderte sich das Bild der Kammer nach und nach. Die Handschrift von Marcus Tolle hinterließ erste Spuren auf dem weißen Blatt.

Kooperation statt Hierarchien

Dem Aufräumen im Büro folgte ein Aufräumen überladener Strukturen. Manches Schriftstück musste zuvor drei Ebenen durchlaufen, bevor es auf Tolles Tisch landete. Kafka hätte sich in seiner verzweifelten Melancholie einer gewachsenen Kammerbürokratie gegenüber sicher ein Stück weit bestätigt gefühlt. Nach und nach wurden Ebenen reduziert und Prozesse optimiert. Abteilungen wurden aufgelöst oder bei gleichem Tätigkeitsbereich wie in der Aus- und Weiterbildung zusammengelegt. Die Struktur der Kammer hat sich bereits verschlankt und geöffnet – heute gibt es zwischen Leitung und Team nur noch eine Hierarchie, die weniger als Leitung, sondern mehr als Kompetenzfeld beschrieben wird. Kompetenz und Kooperation stehen im Vordergrund.

Industrie- und Handelskammer Cottbus

Goethestraße 1, 03046 Cottbus
T 0355 365-0
E ihkcb@cottbus.ihk.de

www.cottbus.ihk.de

Das Wir sorgt für den Wandel

Die Veränderungen erfolgten behutsam und waren anfangs nach außen kaum spürbar. Innen veränderte sich das Bild der Kammer allerdings merklich: Auf den Fluren wurde es lebendiger und vor allem jünger, der Generationenwechsel wurde beschleunigt und das Team gezielt verjüngt. Die neue Unternehmenskultur erschloss neue Potenziale. Im Frühjahr nahm der Umbruch der Kammer schließlich Fahrt auf. In Workshops und Interviews mit Unternehmerinnen und Unternehmern wurden die wesentlichen Erwartungen an die Kammer ermittelt und in strategische Handlungsfelder übersetzt. Im Sommer erfolgte schließlich der Kickoff für den Umbruch im Team. Das begann auch für die Mitarbeiter mit weißen Blättern, auf denen sie in zehn Arbeitsgruppen Prozesse, Strukturen und Zukunft abbildeten. Heute prangen die entstandenen Workshopplakate an den Bürotüren der Mitarbeiter. Der Stolz auf die Teilhabe spricht Bände für eine neue Motivation. Die Arbeitsatmosphäre hat sich verändert, aus einer Behörde wird immer mehr ein Campus. Mitarbeiter gestalten und verantworten, entwickeln auch den notwendigen Mut zu Fehlern. Kompetenzen kommen ans Licht und werden flexibel an die richtige Stelle gebracht, im Haus sollen sich künftig Teams mit gleicher Wellenlänge zusammenfinden, statt Abteilungen als Abgrenzungskriterium zu bedienen. Nur dieser offene Ansatz fördert Kompetenzen zutage wie die hohe Affinität zu Social Media bei einer jungen Mitarbeiterin in einer Geschäftsstelle. Die einstige Assistentin Christina Gaudlitz betreut heute im Team Kommunikation den Social Media-Bereich für das gesamte Haus. Eine im September eröffnete neue Geschäftsstelle in Bad Liebenwerda trägt diesen Spirit erstmals nach außen. Sie wurde als Coworking Space umgesetzt, sowohl das Team der Kammer als auch Selbständige aus der



Meeting junger Mitarbeiter im lichten Büro der Kammer-Kommunikation: Zusammenarbeit über Kompetenzfelder hinweg wird gelebt, die Atmosphäre inspiriert und motiviert.

Region können die Infrastruktur nutzen. So entsteht Austausch, Kammer und Unternehmertum werden zusammengeführt. Auch dieser Prozess trägt eine junge Handschrift: Stefanie Richter, einst Mitarbeiterin in der dritten Ebene, organisierte den Leitbildprozess und ist heute für die Neuausrichtung aller Geschäftsstellen verantwortlich.

Vorreiter im Strukturwandel

Der Wandel der Kammer ist für Tolle und sein Team kein Selbstzweck. Allerorten wird von einer Strukturentwicklung in der Lausitz geredet, von Innovation, Digitalisierung und Zukunft. Das erfordert neue Denkweisen und Arbeitswelten. Man kann heute in der IHK Cottbus besichtigen, wie der Weg dorthin aussehen kann. Aktuell erfolgt der Umbau der Teams. Sie werden am Nutzen für die Mitglieder und Kunden gemessen. Aus Geschäftsbereichen werden Kompetenzfelder, moderne Managementmethoden vermitteln neue Fähigkeiten zur Teamleitung und zum eigenverantwortlichen Arbeiten der Mitarbeiter. Künftig arbeitet hier jeder nach innen und nach außen, das sichert den Abgleich jeglicher Strukturen und Prozesse auf die Bedürfnisse der Lausitzer Wirtschaft und vermeidet Übersetzungsfehler im Haus. Bis Juli 2020 soll der Umbruch weitestgehend abgeschlossen sein. Die moderne Struktur

beschreibt ein Kreisdiagramm mit Kompetenzfeldern anstelle üblicher Organigramme mit Hierarchie-Ebenen. Die Cottbuser Kammer wird zum modernen, unternehmerischen Dienstleister. Erklärtes Ziel ist es, dadurch künftig auch stärker auf eigene Erlöse als auf Mitgliedsbeiträge setzen zu können. Der Fisch stinkt vom Kopf – das gilt auch in der positiven Negierung. Unternehmerische Denke fasst in der Kammer immer mehr Fuß.

Vom weißen Blatt zur Zukunftscollage

Für Janine Mahler hat sich der Arbeitsalltag grundlegend geändert. Sie ist vom Vorraum ins einstige Büro des Pressesprechers gezogen. Wie der gesamte dreiköpfige Kommunikationsbereich muss sie keiner Leitung gefallen, hier spricht man direkt mit dem Kammerchef. Ein Großteil der Arbeit läuft auf Vertrauensbasis. Neue Formate sind entstanden, sowohl für die interne als auch die externe Kommunikation. Die Arbeitsatmosphäre ist offen, Mitarbeiter anderer Abteilungen schauen vorbei, spontan wird über Kompetenzen hinweg diskutiert, wie man die Arbeit verbessern und die Wirtschaft besser erreichen kann. Das einst weiße Blatt bekommt immer mehr Farben. ☒



Christopher Perschk
Geschäftsführer EMIS Lübbenau

„So wie wir steht auch die IHK vor den Herausforderungen des Strukturwandels in unserer Region. Für Erfolgsgeschichten in der Zukunft müssen Weichen gestellt werden. Es ist richtig, Prozesse kritisch zu überprüfen, das Team mitzunehmen und Chancen zu erkennen. So wird Wandel aktiv gestaltet.“



Stefanie Richter
IHK-Geschäftsstellenleiterin Bad Liebenwerda

„Der Umbruch in der Organisationskultur ist spürbar, wir wandeln uns zum flexiblen und proaktiven Dienstleister für Unternehmen. Transparenz, Trainings, hierarchiefreies Arbeiten, das Zulassen eigener Fehler und Lernkultur sind wichtige Faktoren, um Bereitschaft und Fähigkeit zur Veränderung zu leben.“



Christina Gaudlitz
Social Media, IHK Cottbus

„Das Können und die Kompetenzen der Mitarbeiter stehen nun im Fokus. Ich darf das ausüben, was mir besonders Freude bereitet: crossmediale Kommunikation. Die Aktivitäten werden sichtbar bei den Unternehmen, die mittlerweile aktiv auf uns zukommen.“

Mit Kopf und Herz für die Lausitz!

Die BTU Cottbus-Senftenberg hat sich bereits mit elf Projekten auf den Weg gemacht, den Strukturwandel in der Lausitz ins Ziel zu bringen.

Wussten Sie, dass sich von all den Mythen und traditionellen Bedeutungen rund um Drachen als Fabelwesen im modernen Zusammenhang vor allem das Element der Kraft und Stärke erhalten hat? So steht der Drache als Nationalsymbol für den Aufstieg Chinas – und wenn es nach vielen Professoren der Lausitzer Hochschullandschaft geht, bald ebenso für den Aufbruch ihrer Region. Sie sind für unseren Beitrag zu den vielversprechenden Strukturwandelprojekten der BTU gemeinsam ins Drachenboot gestiegen, haben Teamgeist für die Lausitz bewiesen und paddeln mit Kraft, Stärke und Einigkeit zum gleichen Ziel: Sie wollen die Strukturentwicklung der Lausitz durch Impulse aus der Wissenschaft zum Erfolgsmodell machen!

Sechs Projekte sind schon auf dem Weg
Hinter den Kulissen der BTU herrscht Aufbruch. Anders als in den Turbulenzen der

Fusion ist er diesmal ausschließlich von großem Mut und der Lust auf Neues geprägt. Die Lausitz braucht die BTU für einen erfolgreichen Wandel, aufgrund der geringen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der regionalen Wirtschaft ist die Hochschule der Hoffnungsträger für neue Zukunftsimpulse. Und die BTU hat sich sehr früh auf den Weg gemacht. Obwohl das Land ihr in den stürmischen Zeiten den Präsidenten nahm und die Finanzierung bei weitem nicht den Erfordernissen entspricht, hat sie an breiter Front mit einer Entschlossenheit Neuland betreten, die schon jetzt sechs Boote ins erste Ziel brachte. Die avisierte Fördersumme für diese Projekte der Hochschule liegt im deutlich zweistelligen Millionenbereich. Sie wurden teils über das Sofortprogramm der Bundesregierung für Strukturwandelregionen, teils über das WIR!-Programm des Bundesforschungsministeriums finanziert. Sie können weitere, hochwertige wissenschaftliche Arbeitsplätze

in die Lausitz bringen und kaum abschätzbare Impulse für die Lausitzer Wirtschaft liefern. Diese sechs BTU-Projekte paddeln bereits für die Lausitzer Zukunft oder sind in den Startlöchern:

Multidisziplinäre Optimierung eines hybriden Mikrogasturbinen-SOFC-Systems: Das Projekt unter der Leitung von Prof. Heinz Peter Berg entwickelt einen „Energiewandler der Zukunft“. Eine Kombination aus Gasturbine & Hochtemperatur-Brennstoffzellen soll weiterentwickelt, im Reallabor getestet und zur Marktreife gebracht werden. Ab 2020 sind für das Projekt im Rahmen der Sofortmaßnahme vom Bund mindestens 6 Mio. Euro über zwei Jahre vorgesehen.

Innovationscampus Mikrosensorik: Hier geht es direkt um den Transfer in die Wirtschaft! Prof. Harald Schenk hat mit seinem Projekt zum Ziel, Kompetenzen zur Entwicklung und Erprobung neuer miniaturisierter Sensorlösungen zu bündeln und

Leinen los für die Lausitz: Christiane Hipp gibt den Takt an, ein großes Team aus Professoren und Wissenschaftlern der BTU Cottbus-Senftenberg legt sich für den Strukturwandel der Lausitz ins Zeug. Foto: BTU Cottbus-Senftenberg



mit der regionalen Wirtschaft zur Anwendung zu bringen. Das Projekt soll noch in diesem Jahr als Sofortmaßnahme vom Bund mit mindestens 7,5 Mio. Euro über 26 Monate gefördert werden

Land-Innovation-Lausitz: Ziel von „Land-Innovation-Lausitz“ (LIL) ist die Entwicklung der Lausitz zu einer Modellregion für die Anpassung der Landnutzung an den Klimawandel und für eine auf Bioökonomie orientierte Wertschöpfung. Es werden innovative Technologien und Systemlösungen entwickelt zur Optimierung der Nährstoff- und Wasserspeicherfähigkeit von Böden, für Klima angepasste ökologische Anbausysteme, für neuartige Biomaterialien und eine Effizienzsteigerung durch Digitalisierung der Landwirtschaft.

Open Creative Lab: Das Open Creative Lab an der BTU bietet allen Mitarbeitenden und Studierenden der BTU insbesondere Gründer*innen und Start-ups sowie allen Interessierten der Region ein breites Angebot zur Nutzung von Technologien, Maschinen und Ausrüstungen. Zudem erhalten sie intensive Betreuung und umfangreiche Dienstleistungen, um ihre Ideen langfristig zu realisieren. Mit den entsprechenden Infrastruktureinheiten und Komponenten der BTU und der Region können zum Beispiel durch sogenannte Test Beds Versuche durchgeführt und erste Realisierungen erprobt werden.

3DLAB: Im neuen Forschungslabor »3DLAB« werden die BTU-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um Prof. Markus Bambach, Leiter des Lehrstuhls Konstruktion und Fertigung sowie seinen Partnern die Wertschöpfungsketten der additiven Fertigung durchgängig vom Materialdesign bis zum geprüften Bauteil untersuchen können – und das mit drei verschiedenen Energiequellen (Laser, Plasma, Elektronenstrahl). Insbesondere der von Airbus patentierte Aluminiumwerkstoff Scalmetalloy®, der besonders hohe Leichtbaugrade ermöglicht, soll an der BTU weiterentwickelt werden. In Cottbus können damit künftig alle Prozessschritte des 3D-Drucks erforscht werden, um beispielsweise ultraleichte Bauteile für die Luftfahrt oder Ersatzteile für unterschiedliche Industriezweige herzustellen.

Digitale Reparaturwerkstatt Berlin-Brandenburg: Im Vorhaben „Digitale Reparaturwerkstatt Berlin-Brandenburg“ forscht Prof. Markus Bambach mit seinem Team sowie hundert Partnern aus der Region an digitalen Lösungen in der Wartung, Instandhaltung und Reparatur. Mussten defekte Bauteile in Industrieanlagen bisher noch zeitintensiv abgebaut und in die Werkstatt transportiert werden, können die Arbeiten künftig vor Ort erfolgen. Das spart Unternehmen kostenintensive Ausfallzeiten, insbesondere bei großen Bauteilen wie beispielsweise aus der Luftfahrt

Projekt	Zentrum für Strukturwandel und Regionalentwicklung	Nachhaltige Entwicklung einer multifunktionalen Landschaft	LIRIA – Lausitzer International Research & Innovation Academy	Digital vernetzte Multi-Energiesysteme – Energie-Innovationszentrum	Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz
Finanzierung	22,5 Mio. Euro	30 Mio. Euro	20 Mio. Euro	100 Mio. Euro	141 Mio. Euro
Personen	27 Mitarbeiter	40 Mitarbeiter	33 Mitarbeiter	120 Mitarbeiter	60 Mitarbeiter
Inhalt	Begleitung des Strukturwandel durch versch. wiss. Disziplinen	Nachhaltige Bewirtschaftung von Land und Wasser	Steigerung der Attraktivität der Lausitz als Wissenschaftsstandort	Lausitzer Revier zu einer zukunftsfähigen Energieregion entwickeln	KI erforschen und in die industrielle Anwendung bringen
Effekte für regionale Wirtschaft	Wandel unterstützen, Lausitz als Modellregion	Land- und Forstwirtschaft sowie Wasserwirtschaft	Gewinnung hochqualifizierter Akademiker/innen	F&E: Energiesysteme, Digitalisierung, Großlabore	branchenübergreifendes Querschnittsthema

Hidden Champions: Diese Projekte benötigen Zusagen!

oder der Energieerzeugung. Das Themenspektrum reicht von der Sensorik zur Zustandsüberwachung über die additive Fertigung von Ersatzteilen und mobilen Reparatur-Plattformen bis hin zu Augmented Reality-Lösungen und kooperativen Mensch-Roboter-Technologien.

Hidden Champions: Fünf Teams beim Wärmepaddeln

In fünf weiteren Projekten haben Teams aus Professoren verschiedener Disziplinen Konzepte mit konkretem Bezug zur regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung erarbeitet. Die Projekte wurden bereits verteidigt und werden voraussichtlich aufgrund ihrer Chancen durch das Wissenschaftsministerium des Landes mit je 60 Tausend Euro unterstützt, um sie weiter zu qualifizieren und im nächsten Schritt auch für den großen Wurf und eine evtl. nachhaltige Förderung im Millionenbereich fit zu machen. Die Teams arbeiten nun mit Hochdruck daran, dass auch sie im Fluss der Strukturentwicklung ihre Bahn ziehen können. Sie sind übersichtlich in der Tabelle oben auf dieser Seite aufgeführt.

Vorgehen für die Region

Sämtliche hier aufgeführten Projekte sind vom eigenen Engagement der BTU Cottbus-Senftenberg getrieben. Viele von ihnen eröffnen Synergien zu den von Bund und Land zugesagten externen Forschungsinstituten bzw. Forschungsgruppen, wie dem DLR-Institut oder dem Klima-Kompetenzzentrum. Allein für die BTU-Standorte Cottbus und Senftenberg wurden im Rahmen der Strukturentwicklung gleich mehrere Forschungsinstitute zugesagt, zwei von ihnen suchen bereits Mitarbeiter. Es ist ein starker Beitrag aus den Reihen der Hochschule, die Entwicklung und den Aufbau dieser Institute nicht abzuwarten, sondern selbst voranzugehen. Umso wichtiger ist nun das Signal an Potsdam, die BTU endlich mit einer entsprechenden Ausstattung zu versehen.

13 Millionen Plus!

Zum Septemberbeginn machte die BTU ihren Willen deutlich, die Lausitz voranzubringen – aber ebenso die Notwendigkeit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Gut 13 Millionen fehlen im Jahreshaushalt, um der Lausitz durch den Einsatz der Wissenschaft Chancen in der Strukturentwicklung zu ermöglichen. Hier ist das Land gefordert. Die neuen, vom Bund versprochenen Institute müssen erst einmal ihre Arbeit aufnehmen und brauchen dann auch einige Jahre, um ihre Wirkung zu entfalten. Impulse aus der Hochschule werden aber schneller benötigt. Im Gegensatz zu westlichen Industrieregionen, in denen das Verhältnis von Kapazitäten in Forschung und Entwicklung im Vergleich zwischen Wirtschaft und Hochschulen etwa bei 70 : 30 liegt, ist das in der strukturschwachen Lausitz genau umgekehrt. Zukunft fällt hier nicht vom Himmel, sie wird zum überwiegenden Teil durch Technologie- und Wissenstransfer in den Hochschulen geschmiedet.

Die BTU ist mit ihren eigenen Projekten schnell handlungsfähig und kann aus eigener Kraft durchstarten. Wie stark der Wille dazu ist, lässt sich unschwer am kräftigen Paddelschlag der Drachenbootbezwinger ablesen. Es braucht nun das Land, dass sich mit ins Boot setzt – das wäre ein wichtiges Signal für die Lausitz. Potsdam, hör auf den Lausitzer Trommel- und Herzschlag!

Sie haben Fragen zu den Strukturwandelprojekten der BTU Cottbus-Senftenberg?

Katrin Erb, Leiterin Abteilung Wissens- und Technologietransfer an der BTU Cottbus-Senftenberg
T 0355 69-2802, katrin.erb@b-tu.de
www.b-tu.de/wirtschaft

„Das ist politischer Unfug“

Interview mit MdB Prof. Martin Neumann, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion



Der Lausitzer Martin Neumann hat in seiner zweiten Legislatur als Mitglied des Deutschen Bundestags unmittelbare Einblicke in Entscheidungen rund um die Energiewende. Als Sprecher für Energiepolitik in der FDP-Bundestagsfraktion ist er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie stellv. Mitglied in den Ausschüssen Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Als Hochschullehrer im Energiebereich nimmt er zu vielen Regierungsentscheidungen, die sein Fachgebiet betreffen, fachlich-kritische Positionen ein. Wir sprachen mit dem Vetschauer:

Herr Neumann, Sie sind Professor und in Energiedingen bewandert, wie steht es um die Fachkompetenz der weiteren Bundespolitiker, die im engeren Kreis Entscheidungen rund um die Energiewende vorbereiten? Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie ist mit 49 Kollegen der größte Ausschuss im Bundestag und das Gremium für Debatten rund um die Themen aus Energie und Wirtschaft. Einem Großteil ist klar, dass man Energiepolitik in der Gesamtheit und systemisch betrachten muss.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz folgt nach dem Atomausstieg ein Fahrplan zur schrittweisen Abschaltung des zweiten grundlastfähigen Energieträgers, ist die zunehmend geäußerte Sorge um die Versorgungssicherheit in Deutschland berechtigt? Die Sorge ist berechtigt. Ich beobachte, dass Begriffe wie Akzeptanz und Versorgungssicherheit erst lange Zeit gar nicht, jetzt aber immer häufiger in der politischen Debatte fallen und stetig an Gewicht gewinnen. Aktuell ist das allerdings noch ein gefühlsmäßiges Verstehen. Diese Aspekte bedürfen aber einer konkreten

Definition und Regelung und müssen schließlich auch in Gesetze gegossen werden. Wir brauchen klare Parameter. Wenn wir über wetterabhängige Energie reden: Was passiert beispielsweise, wenn wetterbedingt weder Wind noch Sonne Energie liefern? Auch in Phasen der vielzitierten „Dunkelflaute“ muss schließlich die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet sein. Erst dann können wir abschalten. Es braucht darüber hinaus ein Konzept, wie wir im nationalen und internationalen Maßstab Energieversorgung sicherstellen. Auch andere Länder steuern inzwischen auf Probleme zu. Schaut man sich bevorstehende Abschaltungsszenarien in Deutschland an, liegt die sicher verfügbare Leistung in einigen Jahren bei rund 70 GW, die Höchstlast hingegen bei ungewisser Entwicklung bei rund 80 GW oder mehr. Wie Energieversorgung bei dieser beträchtlichen Lücke sicher funktionieren soll, muss geklärt werden.

Schließt der weitere Zubau erneuerbarer Energien diese Lücke? Genau hier vermisste ich konkrete Parameter. Es ist unklar, was der weitere Zubau Erneuerbarer

der Versorgungssicherheit bringt, solange Netze und Speicher nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Wenn Wind und Sonne ausbleiben, dann scheint mir auch egal, ob wir in Deutschland eine Leistung von 100 oder 200 GW PV- und Windkraftanlagen installiert haben. Für die Verbraucher ist das allerdings nicht egal, da sie dafür mit weiteren Milliardenbeträgen zur Kasse gebeten werden. Die Kenntnis über den Unterschied zwischen installierter und gesicherter Leistung bei einzelnen Energieträgern scheint mir im Denken und den Konzepten vielfach nicht vorhanden zu sein. Zudem schwinden zunehmend die Akzeptanz und die Planungsvoraussetzungen für weitere Windräder. Das geht damit einher, dass sich die Betreiber von Windkraftanlagen aufgrund veränderter Förderbedingungen seit dem vergangenen Jahr gründlich verzockt haben. Der Windkraftausbau läuft nun über Ausschreibeverfahren und der wirtschaftlichste Anbieter bekommt den Zuschlag, dabei sind viele Anbieter mit günstigen Preisen ins Rennen gegangen und können nun keine Wirtschaftlichkeit darstellen. In Wahrheit ist auch das ein zentraler Grund für die aktuelle Flaute bei den Windrädern und den Abbau tausender Arbeitsplätze. Das Dilemma: dieser für die Windkraft völlig neue Wettbewerb mit zu tief angesetzten Preisen nimmt gleichzeitig Luft für die Beteiligung der Kommunen oder anderer Flächeneigner, um mehr Akzeptanz aufzubauen. Aktuell ist nicht ersichtlich, wie dieses Problem gelöst werden soll. Kurzum: ein weiterer Zubau ohne Speicher und Netze, die wir auch in den kommenden Jahren nicht haben werden, kann die Lücke nicht schließen – und derzeit steht grundsätzlich in Frage, ob die Rahmenbedingungen überhaupt einen weiteren Ausbau ermöglichen.

Halten Sie einen Blackout in unserem Land tatsächlich für möglich? Auch ich bin kein Prophet. Das Risiko besteht allerdings durchaus. Und gerade deswegen müssen sich alle politischen Akteure selbst fragen, ob sie wirklich alles dafür tun, um dieses Risiko zu minimieren. Das ist dann eben auch eine Gewissensfrage jedes einzelnen Parlamentariers. Momentan tun viele so, als würde alles so weiterlaufen – selbst dann, wenn Kernkraft und Kohle abgeschaltet werden. Man kann aber jetzt schon mittels der verschiedenen Webangebote oder Apps, die stets aktuell den momentanen Strommix auf Grundlage des aktuellen Energiebedarfs abbilden, zu dem Schluss kommen, dass es mit der Energieversorgung durchaus einmal

knapp werden kann. Denn diese Apps zeigen deutlich, dass selbst bei viel Sonne und Wind dennoch konventionelle Energieträger wie Kohle und Atom überwiegen. Und was kommt danach? Ich sehe jedenfalls momentan noch kein schlüssiges Konzept bzw. Alternativen, wie ab 2023 für einen sicheren Ersatz eines Großteils dieser konventionellen Energieträger gesorgt werden soll. Mir fehlt die Fantasie, wie wir in gut zwei Jahren 11 GW installierter Leistung CO₂-arm ersetzen wollen. Die Frage hat mir bis heute auch in unseren Fachgremien niemand beantworten können.

Skeptiker schreiben bereits von einer bevorstehenden De-Industrialisierung unseres Landes, ist das Panikmache?

Nein, dieser Prozess läuft bereits. Die Fehler liegen in der Grundkonzeption der deutschen Energiewende, die nie als Gesamtsystem verstanden wurde. Erzeugung bzw. Umwandlung, Verteilung, also Leitungen und Speicher sowie Verbraucher muss man immer als einen zusammenhängenden Komplex behandeln. Genau hier liegt ein entscheidender Kardinalfehler der Energiewende. Das EEG stützt sich etwa allein auf die Säule Erzeugung. Die Vielfalt der Energieträger wurde durch eine einseitige Bevorzugung von Wind und Sonne limitiert. Das reicht nicht. Wir wissen heute, dass wir in unserem Land weder ausreichende Flächenpotenziale in Vereinbarkeit mit Natur und Mensch noch ausreichend Windlasten zur Verfügung haben. Die Energieträgerbasis muss darum sehr schnell erweitert werden, da können z.B. Geothermie und synthetische Kraftstoffe eine Rolle spielen. Man muss auch auf weitere Technologien setzen, die Energie CO₂-arm bereitstellen können. Gleiches gilt für einen breiteren Energiemix. Zu welchem Zeitpunkt tatsächlich weitere konventionelle Kraftwerke abgeschaltet werden können, hängt ganz davon ab, wie sich die konkreten Parameter für die Versorgungssicherheit entwickeln. Das wird ein schwieriger Prozess, zumal sich Firmen im Bereich Atom und Kohle langfristig auf Abschaltprozesse einstellen. Planungs- und Realisierungszeiträume benötigen hier Vorlauf und sind dann auch nicht ad hoc umkehrbar. Uns läuft natürlich auch längst die Zeit davon, und deshalb brauchen wir endlich einen Masterplan. Bislang haben wir ein großes Chaos. Richtig ist CO₂-Neutralität als Ziel, wir brauchen aber ebenso eine Technologie- und Forschungsoffenheit. Das bedeutet, die Ausgestaltung auch auf die weiteren Säulen auszuweiten. Wenn wir weiter nur auf Erzeugung sowie Wind

und Sonne setzen, wird sich das schon in wenigen Jahren rächen.

Gibt es bereits belastbare Anzeichen und Beispiele für die Verlagerung der Industrie aus Deutschland?

Dass hohe Energiepreise die Industrie ins Ausland treibt, wenn andere Rahmenbedingungen den Nachteil dieser hohen Energiekosten hierzulande nicht mehr ausgleichen können, ist ein logischer Marktmechanismus. Es ist eine Tatsache, dass 95 Prozent der Firmen in Deutschland EEG-Umlage zahlen und viele von ihnen sind nicht an Regionen oder unser Land gebunden. Deutschland ist Europameister bei den Strompreisen und wir müssen sie wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken. Bezahlbarer Strom ist der Schlüssel für effizienten Klimaschutz. Wir müssen den Strom endlich von Steuern und politisch induzierten Umlagen entlasten. Gelingt uns das nicht, kann sich der bereits laufende Prozess der Verlagerung von Industriearbeitsplätzen beschleunigen. In jedem Fall leidet der Mittelstand massiv unter den höchsten Stromkosten in Europa, insbesondere solche Unternehmen, für die keine Ausnahmen im EEG gelten. Aktuell scheinen wir noch in einem Pufferbereich, obwohl Konzerne wie Bosch oder Siemens bereits Arbeitsplätze verlagert haben und die energieintensive Industrie wie z.B. die Aluminiumindustrie in NRW erstmals auf Ersatzinvestitionen verzichtet. Das sind klare Signale: Wo heute auf Verschleiß gefahren wird, wird morgen abgebaut und verlagert. Viel wichtiger scheint mir für die Industrie allerdings eine sichere Stromversorgung. Wird sie gefährdet, könnten wir eine sehr schnelle Verlagerung von Industrien z.B. zu unseren osteuropäischen Nachbarn erleben.

Wie gestaltet sich die Sachpolitik auf Bundesebene mit den Grünen, geht es da um die Sache oder um Symbole?

Sie erfolgt eher symbolhaft. Was wir von den Grünen zu hören bekommen, hat oft mit der Realität wenig zu tun. Vieles davon erinnert eher an eine „Wir schaffen das“-Mentalität. Das ist verbunden mit Überzeugungen, Strompreise senken und die Energiewende zum Erfolg bringen zu können, wenn wir noch mehr Wind- und Solarkraft installieren. Der Glaube ist stark verhaftet, mit einer Erhöhung der installierten Leistung der Erneuerbaren alle Probleme zu lösen. Inzwischen dürfte jeder wissen, dass die installierte Leistung wenig mit sicher verfügbarem Strom zu tun hat. Auf der grünen Seite scheint man diese Erkenntnis im Glauben an die Rettung der Welt zu negieren. Ich halte es für unverantwortlich,

Wind und Solar weiter auszubauen, ohne ausreichend Leitungen und Speicher zu haben. Wir müssen hier endlich Ordnung und ein prozessuales Denken ins System bringen. Wir sind in der Debatte leider einer Flut von Gutachten ausgesetzt, die immer öfter Populismus statt Wissenschaft transportieren. Da lebt vieles von Behauptungen statt Tatsachen. Zudem werden Reibungsverluste unter den Tisch gekehrt, die nicht ins gewünschte Bild passen. Ein Windrad muss bis zu seiner CO₂-Neutralität mehrere Jahre in Betrieb sein. Es verursacht bei der Produktion und Errichtung Emissionen wie jede andere Industrieanlage auch. Wir sollten uns ehrlich machen und Gesamtprozesse bewerten. Dann kämen wir auch zu dem Schluss, dass jedes zusätzlich installierte Windrad nur dann Sinn macht, wenn es zur Versorgungssicherheit beiträgt. Wir müssen unsere Gesellschaft auch auf eventuelle Technologieoptionen vorbereiten, ohne die wir eine deutliche CO₂-Minderung nicht erreichen werden. So könnte man moderne Kohlekraftwerke mit CCS- oder CCU-Technik ausstatten, auch das muss zur Anwendung gebracht werden. Ein spannendes Projekt liegt für mich in der Kernfusion, der Nachbildung der Sonnenfunktion. Das ist, wenn es denn einmal funktioniert, relativ risikolos und würde die Energieversorgung der Menschen ohne Windräder und versiegelte Flächen gewährleisten. All diese Themen scheinen aktuell mit der grünen Ideologie auf Bundesebene nicht diskutabel zu sein.

Wie sehr schaut man in der Bundespolitik auf den internationalen Kontext, lernt man von Erkenntnissen und Fehlern anderer Länder?

Viel zu wenig. Man ist hier starr an alte Entscheidungen gebunden. Niemand traut sich, gegen den Mainstream zu rudern und Entscheidungen anzupassen. Wir haben das Dilemma, dass unser Weg der international mit Abstand teuerste ist und wir aufgrund des fehlenden Erfolgs sogar noch Strafen an die EU zahlen müssen. Physikalisch sind wir auf dem Holzweg und lassen uns selbst dafür bestrafen. Es ist ein echtes Drama. Möchte man das Thema CO₂-neutrale Energie ernsthaft verfolgen, wird die internationale Beteiligung an der CO₂-Minimierung steigen müssen. Zum Beispiel verfügen Kroatien oder Afrika über viel mehr Sonnenstunden und bessere Voraussetzungen bei Solarenergie. Würde man dorthin Technologien exportieren und dort in volatile Energie umwandeln, z.B. mit Power-to-X-Verfahren, könnten wir diesen grünen Strom wiederum nach Deutschland importieren. Das würde geopolitisch ☺

betrachtet stabile Wirtschaftsbeziehungen in Europa oder mit Afrika fördern. In Afrika könnte man dies als Entwicklungshilfe für diese Länder betrachten.

Wie bewerten Energieexperten und Politiker im Energiebereich im Ausland unsere deutsche Energiewende? Zumeist gibt es ein Kopfschütteln und Unverständnis. Man ist auch nicht schadenfroh, weil es niemandem hilft, wie wir das angehen. Dann kommt aber hier und da die zweite Bemerkung: Wenn das irgendeiner schafft, dann ihr Deutschen. Da schwebt immer noch der Glaube an das Hochtechnologie-land Deutschland mit. Das verwundert mich manchmal selbst.

Was sagen eigentlich die Fachleute aus der Wissenschaft? Es gibt inzwischen einen wachsenden Teil an Experten, die schweigen. Es gibt Teile der Wissenschaft im Bereich der Klimaforschung, die der öffentlich dominierenden Meinung skeptisch gegenüberstehen und sich zunehmend aus der Öffentlichkeit zurückziehen, aus Befürchtung, berufliche oder finanzielle Nachteile zu erleiden. Als Hochschullehrer habe ich von Kolleginnen und Kollegen mehrfach solche Hinweise bekommen. Dem müsste man nachgehen, das erfüllt mich mit Sorge. Es gibt eine Studie aus dem Jahr 2007, die diesen Trend schon früh beschreibt. Es ist übrigens die einzige mir bekannte Studie, die sich der Gesamtheit der deutschen Klimaforscher nach einer wissenschaftlich geführten Methodik annahm. Sie kam zu zwei Erkenntnissen. Zum einen, dass sich die Klimaforscher grundsätzlich in drei etwa gleich große Gruppen gliedern, sie wurden in „überzeugte Warner“, eine neutrale Gruppe und „skeptische Beobachter“ gegliedert. Zum zweiten stellte die Studie fest, dass die überzeugten Warner schon damals die Medienberichte deutlich dominierten und – das hat mich rückblickend sehr erstaunt – die Gesamtheit der befragten Klimaforscher mit über 75 % einen Zusammenhang zwischen Medienberichterstattung und der Vergabe von Forschungsmitteln bestätigte. Der renommierte Kommunikationswissenschaftler Prof. Hans Mathias Kepplinger von der Universität Mainz, der die Studie leitete, bezeichnete das als „Mediatisierung der Wissenschaft“ – die besondere finanzielle Förderung einzelner



Prof. Martin Neumann engagiert sich für Technologieoffenheit und neue Wertschöpfung in der Lausitz, hier als einer der ersten prominenten Unterstützer der Initiative Welcome Tesla (siehe www.welcome-tesla.com).

Forschungsrichtungen. Wir sind heute zwölf Jahre weiter. Wenn sich dieser Trend bestätigt und fortgesetzt hat, das wäre tatsächlich bemerkenswert und erschreckend zugleich. (Ein Verweis auf die beschriebene Studie befindet sich am Ende des Textes, Anm. d. Red.)

Kommen in den Ausschüssen des Bundestags alle Ansichten der Wissenschaft gleichermaßen zum Zug? Eine Diskussion in der notwendigen Tiefe findet dort aus meiner Sicht nicht ausreichend statt, das bleibt meist sehr an der Oberfläche. Was müsste man tun? Wir bräuchten mehr Anhörungen mit ausgewogenen Experten. Beim anstehenden Diskurs um Versorgungssicherheit werden wir als Liberale zunehmend dafür sorgen. Wir gehen das Energiewirtschaftsgesetz an und organisieren dazu diverse Anhörungen. Wir müssen aktiv handeln. Da geht es nicht um Panikmache, sondern um Sachverstand. Davon müssen wir auf Bundesebene konzentriert mehr einbringen.

Die FDP steht grundsätzlich für eine liberale und soziale Marktwirtschaft, können wir bei der Energiewende noch

von einem Marktmodell reden? Ja, das kann hier und da aber auch Schmerzen bereiten. Wir unterstützen zur Minderung der CO₂-Emissionen mit dem Zertifikatehandel auch ein Marktmodell anstatt einer CO₂-Steuer. Wenn Emissionen und somit Zertifikate aus dem Markt genommen werden, steigt automatisch der Preis der verbleibenden Zertifikate und Technologien mit geringen CO₂-Emissionen werden günstiger, also durch den Markt unterstützt. Das sehen wir beim aktuellen Europäischen Emissionshandel, dessen Preise pro Zertifikat innerhalb von nur einhalb Jahren von sechs auf knapp 30 Euro gestiegen sind. Wir wollen CO₂ senken, Versorgungssicherheit und günstige Preise. All das kann bei einem Marktmodell mit Technologieoffenheit am ehesten gelingen.

Was wäre Ihres Erachtens der richtige Weg, um die Energiewende noch zum Erfolg zu bringen? Wir müssen uns die Ziele der Energiewende noch einmal klar machen. Es braucht eine Inventur! Wenn wir feststellen, dass wir bislang einen Betrag zwischen 150 und 300 Milliarden Euro – die Schätzungen gehen hier weit auseinander, was auch gegen das Management der



Hinweis: Die angesprochene Studie mit dem Titel „Klimaforscher über die Klimaberichterstattung“ von Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger finden Sie auf der Webseite der Uni Mainz. Am besten den Titel der Studie googeln, der erste Treffer führt direkt zur Einführungsseite mit Link auf verschiedene Dokumente. Alternativ führen die QR-Codes nebenan zu einem Dokument, dass die Mediatisierung der Wissenschaft ausführlich schildert und zu einem Artikel in der Welt.

Energiewende spricht – ausgegeben und kaum CO₂ reduziert haben, dann sind wir auf dem falschen Weg. Wir brauchen also neue Parameter, in denen Versorgungssicherheit die Basis bildet. Wir brauchen Offenheit für alle Energieträger und Technologien. Dann müssen CO₂-Anrechnungen einfach logisch berichtigt werden. Kraftstoff aus erneuerbarer Energie muss z.B. anders bewertet werden als Kraftstoff, der aus Erdöl gewonnen wird. Dass sich Brüssel bei der Anrechenbarkeit von e-Fuels noch immer querlegt, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Hier hat es die Bundesregierung klar versäumt, entsprechenden Druck aufzubauen. Hier den Hebel anzusetzen wäre auf jeden Fall zielführender als Peter Altmaiers Serien-Schaufenstergipfel auf nationaler Ebene, die oft nichts weiter sind als Absichtserklärungen. Die führen uns aber nicht weiter. Wir brauchen stattdessen einen neuen politischen Willen und eine korrekte Bewertung für alle technologischen Lösungen. Nehmen wir als Beispiel die Braunkohle: Wenn ich dort mit Hilfe der CCS-Technologie die CO₂-Emissionen senke, findet das keine Berücksichtigung. Man schaut nicht, was am Ende herauskommt, sondern betrachtet nur die Ausgangsstoffe. Das ist ein systemischer Fehler. Wir forschen mit großem Aufwand und die Forschungsergebnisse können selbst bei Erfolg keinerlei Wirkung entfalten. Das ist politischer Unfug. Eine veränderte, richtige Betrachtung würde auch Innovationen und Start-ups im Bereich der CO₂-Vermeidung unterstützen und Geschäftsmodelle initiieren, die aktuell trotz passender Technologie und tatsächlicher Klimawirkung am Markt gar keine Chance haben.

Welche Hürden müssten dafür bezwungen werden? Wenn ich das wüsste, könnte man ja einfache Lösungen herbeiführen.

Die politischen Prozesse sind da leider sehr langatmig. Viele Vorlagen kommen aus Ministerien und anderen, oft bürokratischen Einrichtungen. Die Sichtweise auf bestimmte Prozesse wird natürlich von einer politischen Einstellung beeinflusst. Der Gestaltungswille fehlt oft, Dinge zu öffnen. Es fehlt bei vielen Beteiligten im Entscheidungsprozess die Bereitschaft, Überzeugungen infrage zu stellen. Zudem gibt es eine Gutachtenindustrie, die meiner Ansicht nach immer stärker ideologisch bzw. politisch geprägt ist. Dadurch werden verschiedene Richtungen teils sehr einseitig verfestigt. Viele Kollegen bestätigen, dass es immer schwerer wird, gegen den Mainstream zu schwimmen.

Die aktuelle Legislatur währt noch zwei Jahre, an ihrem Ende wird neben dem Atom- auch der Kohleausstieg besiegelt sein – welche Randnotizen würden Sie sich als energiepolitischer Sprecher Ihrer Bundespartei in diesem Kontext wünschen? Es gibt eine handhabbare Strategie. Ich gehe davon aus, dass Versorgungssicherheit stärker in den Fokus rückt und Parameter entwickelt werden, die das verlässlich bewerten. Noch in diesem Jahr werden entscheidende Gesetze auf den Weg gebracht. Hier müssen z.B. im Gebäude-Sektor die Menschen auf dem Weg mitgenommen werden. Es hilft nicht, wenn niemand mitmacht. Dazu müssen auch im Kleinen positive Teilhabeeffekte ermöglicht werden. Es ist dabei wichtig, einfache und verständliche Erklärungen zu liefern. Die Menschen müssen verstehen, was da passiert, nur so bekommen wir mehr Verständnis und somit Akzeptanz. Ich erhoffe mir eine Gesamtbetrachtung in Schaltmechanismen, die mittel- und langfristig nachweisen, wie sich Preise und gesicherte Leistung in einem künftigen Energiemix

entwickeln. Das sollte in dieser Legislatur zu schaffen sein. Nur so ist ein Ausstieg aus der Kernenergie und ein fortlaufender Ausstieg aus der Kohle überhaupt denkbar. Nur dann können wir Sicherheit für die Verbraucher gewährleisten. Wir müssen auch die Menschen viel stärker mitnehmen und ihnen erklären, was es mit dem Klimawandel, der Energie und dem CO₂ auf sich hat und welche Zusammenhänge es gibt. Teil der Wahrheit ist es aber auch, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist. Das muss man den Leuten ehrlich sagen. Da haben wir viel zu wenig Wissen in der Gesellschaft verankert. Hier müssen die Schulen stärker einbezogen werden. Das Thema Umgang mit Energie braucht dringend ein breiteres Grundverständnis. Ich glaube, die Menschen werden sich an dieser Aufgabe viel stärker beteiligen, wenn sie es verstehen und einen langfristigen Vorteil erkennen.

Wir danken für das Gespräch. ☒



Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann
Energiepolitischer Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion
www.martin-neumann.net



BODEN



WAND



DEKORATION



POLSTERN



FENSTERTECHNIK

Von Herrenhaus bis Familienparadies,
von Purismus bis Vintage.
Wir verwirklichen Ihr Wohnkonzept.
Stilvoll einrichten mit jende Raumideen.



jende Raumideen

Burgstraße 24 · 03046 Cottbus

0355-49 38 28 94 · info@jende-raumideen.de

www.jende-raumideen.de



Reviertransfer Lausitz

Die fortlaufende Rubrik Reviertransfer feiert mit dieser Ausgabe des Lausitz Magazins ein kleines Jubiläum. Zum zehnten Mal versuchen wir, den Wandel der Lausitz zu dokumentieren, gleichzeitig einen Blick in die Glaskugel zu werfen, um künftige Entwicklungen vorauszuahnen - und bei offenen Fragen den Finger in die Wunde zu legen. Die positive Tendenz der letzten Ausgabe hält an: eine lange von Reden getragene Strukturentwicklung der Lausitz bekommt immer mehr konkrete Züge. Dennoch herrscht keineswegs eitel Sonnenschein im Revier.

Das übliche Sommerloch wird man in der Lausitz in diesem Jahr sicher vergeblich suchen. Zu viel muss parallel in zu kurzer Zeit geklärt werden. Allen voran müssen die ersten Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht werden, um die Strukturentwicklung in der Region endlich konkret spürbar zu machen. Auch wenn wir nicht in den allgemeinen Beifall zum Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes einmünden, liegt hier ein Brocken vor der Lausitz, der möglichst schnell ins Rollen gebracht werden muss. Niemand kann vorhersagen, was ein möglicher politischer Wechsel in Berlin mit den bisherigen Zusagen für die Lausitz machen könnte. Inzwischen machen die Autoländer breite Brust und wollen Unterstützung für den Umbau der deutschen Autoindustrie im Zeichen des Klimaschutzes,

es geht um eine Kommission und viel, viel Geld. Es wird sicher nicht lange dauern, bis sich auch die energieintensive Industrie zu Wort meldet. In beiden Fällen geht es um Arbeitsplätze im sechs- bis siebenstelligen Bereich und Bundesländer, die über Wählerpotenzial und politisches Gewicht in einer ganz anderen Liga als die Lausitz verfügen. Sind bis zu dieser drohenden Debatte die versprochenen Strukturmittel für die Lausitz nicht in trockenen Tüchern, haben wir ein Problem. Das hängt ob der Orientierungslosigkeit der Bundesregierung ohnehin wie ein Damoklesschwert über den Strukturwandelregionen. Platzt die große Koalition und damit der bisherige politische Ansprechpartner in Berlin, ist ein Fortgang der Beschlüsse rund um die betroffenen Kohlereviere absolut offen.

Da ist es gut, dass in der Region ordentlich Gas gegeben und die richtigen Weichen gestellt werden. Die Anfang Juni auf der gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Brandenburg und Sachsen unterzeichnete Kooperationsvereinbarung der Wirtschaftsförderungen der Länder mit der Wirtschaftsregion Lausitz (WR Lausitz) könnte von unschätzbarem Wert sein. Deutlicher können sich die Länder kaum zur zentralen Plattform für die Strukturentwicklung der Lausitz bekennen. Das Team um Torsten Bork, Geschäftsführer der WR Lausitz, hat im vergangenen halben Jahr klar Schiff gemacht, um der Lausitz ein Transportmittel in die Zukunft zu bieten. Jetzt können die Segel gehisst werden. Mit Büros in Berlin, den Landeshauptstädten sowie Brüssel und einer bestens

förderfähigen und rein öffentlich-rechtlichen Organisationsform, die mit sämtlichen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Cottbus die gesamte Gebietskulisse der Lausitz umfasst, war sie schon rein faktisch der ideale Akteur. Dass nun auch die Länder ihre Wirtschaftsförderungen hinter der WR Lausitz versammeln, sollte endlich die Diskussion um die eine Lausitzer Stimme beenden. Wir brauchen sie nicht. Wir haben eine zentrale Plattform, auf der alle mitspielen und ihre Ziele synchronisieren können. Der Ansprechpartner ist klar. Auf Ziele muss sich geeinigt werden. Stimmen kann es im Entwicklungsprozess ruhig weiterhin viele geben.

Zur Synchronisation der Ziele bewältigt die Zukunftswerkstatt unter dem Dach der WR Lausitz derzeit eine Sisyphusarbeit. Nachdem sie mit Daten und Fakten sowie dem Zukunftsatlas einen ersten Überblick zum Ist-Stand und zu Entwicklungslinien in der Lausitz geschaffen hat, werden nun in verschiedenen Prozessen bestehende Studien und Analysen zusammengeführt und ergänzt, sodass umfassende Grundlagen für Planungsprozesse entstehen. Der fortgesetzte Leitbildprozess ist insofern als ein Ersatz für die jahrelang vernachlässigte gemeinsame Landesplanung von Brandenburg und Sachsen in der Lausitz zu sehen. Nimmt man diesen Prozess zusammen mit der Kooperation der WR Lausitz und der Länder in der Wirtschaftsförderung, können Investitionsvorhaben schon im laufenden Prozess auf diese Grundlagen zurückgreifen. Bereits im Juni hat die Zukunftswerkstatt erste Prozesse auch im Rahmen der Beteiligung angestoßen, insgesamt werden diese im Sommer und Herbst in gleich zwölf Bereichen

aufgesetzt. Bestandteil wird dazu eine Dialog-Plattform sein, die eine Beteiligung aller Lausitzer, von Bürgern über Wirtschaft bis zur kommunalen Familie, ermöglicht.

Parallel muss die Lausitz die ersten Erfolge besser an die Menschen vor Ort verkaufen. Cottbus hat in einem Bürgerdialog gezeigt, wie das aussehen kann. Eine neue Autobahnanbindung, das zweite Gleis nach Berlin, die Stärkung des Bahnwerks, eine Mediziner Ausbildung an der Cottbuser Hochschule samt Umbildung des CTK zur Uni-Klinik (allein in diesem Bereich eine Investition von ca. 1,1 Mrd. Euro!) – die Stadt wird umgekrempelt. Erste Vorläufer für zwei große Forschungsinstitute nehmen ihre Arbeit auf. ABB installiert am Cottbuser Standort eine junge Einheit zur Forschung und Entwicklung im Bereich Machine Learning auf Spitzenniveau. Von Data Mining, neuronalen Netzen und Künstlicher Intelligenz ist die Rede. Aufbauend auf Lausitzer Bergbau-Know-how werden hier Potenziale für den Weltmarkt sichtbar. Die BASF wiederum plant mit Partnern das erste Real-labor der Lausitz, ein weiteres wird durch die LEAG gerade an die Startlinie gebracht. Auch hierzu stehen die Entscheidungen in Berlin kurz bevor. Der Transfer der Lausitz in eine Energieregion der Zukunft wird in ersten Projekten vollzogen.

Zwei enorme Risiken stehen diesem zuversichtlichen Trend entgegen. Zum einen gefährdet die an Hysterie grenzende Klimaschutzpolitik auf Bundesebene den gesellschaftlichen Konsens, der gerade zu diesem Jahresbeginn in der Kohlekommission ausgehandelt wurde. Die Politik lässt sich von Medien und Debatten treiben, die gesellschaftliche Akzeptanz verändert sich rasend schnell. In diesem Bereich könnte

ein Sommerloch guttun. Es ist allerdings zu erwarten, dass die Klimaschutzbewegung den aktuellen Hype nutzt, um ihre Symbolpolitik weiter zu forcieren. Da weder Strukturstärkungsgesetz noch Staatsvertrag beschlossen sind, kann sich eine weitere Eskalation des gesellschaftlichen Klimas auch hier noch negativ auswirken. Ein zweites Risiko liegt – ebenso auf Bundesebene verursacht – dann aber direkt in der Lausitz. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg wird die aus Lausitzer Sicht verfehlte Bundespolitik auf die Region durchschlagen. Es ist wichtig, dass sich die beiden Lausitzer Ministerpräsidenten von ihren Bundesparteien abgrenzen und für die Region sowie ihre Länder kämpfen. Den Trend zum weiteren Erstarren extremer Randposition im blauen Lager wird das in der Lausitz nicht aufhalten, ein Erklärungsmodell findet sich in der Einleitung zum Wahlspezial auf Seite 60. Hier sind alle Lausitzer Multiplikatoren gefragt, in ihrem Umfeld Einfluss zu nehmen, dass dieser Trend weniger stark ausfällt. Wir brauchen auf Landesebene eine Regierung, die mit der Bundesregierung vertrauensvoll zusammenarbeiten kann und kein Hickhack zwischen Orientierungslosen einerseits und Geächteten andererseits. Insofern ist die – in einem anderen Zusammenhang – beschlossene Demontage des „Blauen Wunder“ hoffentlich ein gutes Omen. Ein weiteres blaues Wunder braucht die Lausitz nicht.

Im nächsten Reviertransfer in der Herbstausgabe des Lausitz Magazins sind viele dieser Unklarheiten beseitigt und die Einleitung darf dann wieder etwas kürzer und faktenorientierter ausfallen. Hoffen wir auf einen goldenen Herbst, der den positiven Trend dieses Jahres fortschreibt. ☺

Wirtschaftsregion startet Lausitzdialog

Die WR Lausitz arbeitet derzeit mit Hochdruck am länderübergreifenden Leitbild der Region, in dessen Rahmen vorliegende Studien und Daten evaluiert und für Planungsprozesse aufbereitet werden. Im Eilschritt wird so die Lücke oft fehlender gemeinsamer Landesplanung geschlossen, um Investitionen in der Lausitz zu ermöglichen oder schneller umsetzbar zu machen. Für den Leitbildprozess ist dabei die Zukunftswerkstatt Lausitz zuständig. Im Sommer initiierte sie erste Maßnahmen zur Beteiligung der Lausitzer. Bis Ende Juli wird nun eine Dialog-Plattform als fester Bestandteil der fortlaufenden Beteiligungsprozesse im Rahmen der Leitbild-Erstellung durch die Zukunftswerkstatt Lausitz gestartet. Die Dialog-Plattform soll den Leitbildprozess transparent gestalten und

wird als „Lausitzdialog“ nachhaltig verankert. Sie wird gleichzeitig zur Drehscheibe für Informationen und Akteure im Prozess der Strukturentwicklung.

Ziel ist es, Akteure und laufende Bemühungen sowohl nach innen als auch nach außen verständlich darzustellen und die Lausitzer aktiv an der Strukturentwicklung zu beteiligen. Der Dialog wird dabei als fortlaufender Prozess verstanden, indem Lausitzer aus der Wirtschaft, dem kommunalen oder bürgerschaftlichen Bereich zu bestimmten Thesen ihre Sichtweise darstellen können. Sämtliche Dialoge werden in die einzelnen Prozesse im Rahmen der Erstellung des Leitbilds einbezogen und zudem auf der Plattform in einem Archiv dokumentiert. Dabei erhält jeder Nutzer nach seiner Beteiligung eine

Sofortauswertung und kann sich per Abonnement zu Ergebnissen und neuen Dialogen auf dem Laufenden halten.

Zudem schafft die Plattform erstmals für Lausitz-Interessierte, Investoren oder Medien einen Überblick zur Akteurslandschaft – inklusive aller Ansprechpartner in der Wirtschaftsförderung von der Landesebene bis zur kommunalen Ebene. Sie stellt darüber hinaus alle Daten und Fakten zur Lausitz zur Verfügung und ergänzt das Informationsangebot beständig um aktuelle Erkenntnisse und Publikationen.

Die Plattform wird mit dem ersten Dialogangebot noch im Sommer 2019 an den Start gehen.

www.lausitzdialog.de

Die Akteure: Klarheit und Erfolge

Ein Dauerbrenner in der Strukturentwicklung der Lausitz ist die Diskussion um ihre Akteure, um die vermeintlich notwendige „eine Stimme“. Im Lausitz Magazin zeigen wir seit der ersten Ausgabe auf, wie verfehlt diese Debatte oft ist. Inzwischen wird immer klarer, warum die WR Lausitz im Reviertransfer fast schon traditionell als zentrale Plattform für die Strukturentwicklung beschrieben wurde und wird. Es täte der Lausitz gut, wenn nun die bestehenden Strukturen genutzt und unterstützt werden, statt abseits der Realitäten weiter Verwirrung zu erzeugen. Ein kleiner Überblick soll dies unterstreichen:

WR Lausitz – die zentrale Plattform

Die WR Lausitz ist inzwischen auf ein 25-köpfiges Team angewachsen und bewirtschaftet ein Volumen an Projektgeldern und unterschiedlichen Förderkulissen von fast 40 Mio. Euro. Sie bleibt durch ihre Konstruktion als Gesellschaft aller Lausitzer Landkreise einschließlich Cottbus die einzige Struktur, die die gesamte Gebietskulisse der Lausitz abdeckt. Zudem ist ihre rein öffentlich-rechtliche Organisationsform der beste Weg für den schnellen

und reibungslosen Transfer von Geldern vom Bund in die Lausitz. Diese faktischen Vorteile haben wir bereits mehrfach beschrieben. Hinzu kommt nun vor allem die strategische und projektorientierte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft, die immer mehr „PS auf die Straße“ bringt. Folgende Tatsachen untermauern das:

Projektmittel: Mit dem Regionalen Investitionskonzept (RIK) Lausitz hat die WR Lausitz dafür gesorgt, dass sich unsere Region als schnellstes aller betroffenen Reviere für Bundesmittel aus dem Förderprojekt „Unternehmen Revier“ aufgestellt hat. Inzwischen sind zwei Projektaufträge realisiert, der zweite auf Rekordniveau mit über 100 eingereichten Projektskizzen in den Themenfeldern Mobilität, Verkehr, Bioenergie und Berufsfrühorientierung. Mit kleinen Unternehmen und Start-ups wurden auch genau die richtigen Projektträger erreicht. Die Bundesregierung zeigt sich zufrieden mit dem Vorgehen in der Lausitz. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie plant deshalb die Verdreifachung der Lausitzer Projektmittel. Dann hat die WR Lausitz fünf Mio. Euro jährlich an Fördermitteln allein im „RIK Lausitz“ zur

Verfügung. Zudem werden Projektmittel in weiteren Programmen wie MORO (Mobilität im ländlichen Raum) ebenso erfolgreich gemanagt.

Beteiligung und Dialog: Als ein wesentliches Merkmal des zentralen Akteurs einer Strukturwandelregion benannte die Kohlekommission das Management eines breiten Beteiligungsprozesses unter Einbezug der Zivilgesellschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche. Ein erstes Musterbeispiel hat die WR Lausitz mit der zügigen Konzeption und Durchführung der ersten Runde des „Sächsischen Mitmach-Fonds“ geliefert. Die Sachsen haben die Grundkonzeption gleich fürs Mitteldeutsche Revier mitgenutzt. Über 1.500 Projektideen für Strukturentwicklung in der Lausitz und in Mitteldeutschland wurden eingereicht, allein für die sächsische Lausitz waren es 990. In einem aufwändigen Verfahren wurden 613 Preisträger ausgewählt, je 1,5 Mio. Euro stellt Sachsen in den Jahren 2019 und 2020 für den Fonds zur Verfügung. In der sächsischen Lausitz werden zusätzlich Preisgelder in Höhe von 200.000 Euro pro Jahr zur Förderung von Initiativen der sorbischen Volksgruppe

Die Macht des Faktischen

Interview mit Torsten Bork, Geschäftsführer der WR Lausitz

Herr Bork, wie stark ist die Plattform WR Lausitz inzwischen?

Wir sind bereit, als zentrale Plattform die Strukturentwicklung der Lausitz zu bündeln. Dazu haben wir uns strategisch aufgestellt, mit Büros in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz, in Dresden, Potsdam, Berlin und Brüssel. Wir treiben das Leitbild und Projekte voran. Wir haben Partizipationsprozesse installiert und mit dem Mitmach-Fonds sehr zügig und erfolgreich einen aufwändigen Ideenwettbewerb umgesetzt. In kurzer Zeit ist unser Team auf 25 Mitarbeiter angewachsen und bewegt inzwischen ein Volumen von fast 40 Mio. Euro für die Lausitz. Wir sind sehr gut aufgestellt und arbeiten mit aller Kraft, manchmal über Belastungsgrenzen hinaus.

Woran fehlt es noch?

Wir brauchen noch mehr Manpower. Vor allem brauchen wir aber einen Aufbruch und mehr Anerkennung für die „Macht des Faktischen“. Die Lausitzer Landkreise und Cottbus haben sehr klug agiert, als sie die WR Lausitz gründeten. Sie ist die Entwicklungsgesellschaft für die gesamte Lausitz und aufgrund ihrer rein

öffentlich-rechtlichen Konstruktion optimal für den Transfer von Strukturmitteln in die Lausitz geeignet. Wenn mit dem Strukturstärkungsgesetz zeitnah hunderte Mio. Euro pro Jahr in die Lausitz kommen, dann können wir den Leitbildprozess mit der Projektarbeit und Beteiligungsprozessen synchronisieren. Das ermöglicht mehr Geschwindigkeit.

Spielen inzwischen alle Akteure im selben Team?

Die Plattform WR Lausitz sieht sich als zentraler Dienstleister für alle Akteure. Dieses Verständnis hat sich durchgesetzt. Viele Akteure, die für den Prozess der Strukturentwicklung von Belang sind, nutzen die WR Lausitz als regional zuständige Entwicklungsgesellschaft im Sinne des Eckpunktepapiers. Dabei ist es besonders wertvoll, dass wir mit der Kooperation zu den Wirtschaftsförderungen der Länder nun ein Scharnier geschaffen haben. So können wir die Zusammenarbeit nach oben mit den Wirtschaftsförderungen der Länder auf die Arbeit in die Region hinein durch Ansiedlungsteams, u.a. in Kooperation mit den Kammern, abstimmen. Der

Plattformgedanke vermeidet auch hier Reibungs- und Informationsverluste.

Was sind die nächsten Schritte?

Das Sofortprogramm mit einem Volumen von 155 Mio. Euro für Brandenburg und Sachsen ist angelaufen. Die Umsetzung prioritärer Projekte wird nach Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes weitere Projektmittel in die Region spülen. Wir sind bereit, Projekte zu qualifizieren und fit für diese Strukturmittel zu machen. Parallel suchen alle nach einer innovativen Lösung zur Finanzierung der Eigenanteile. Wir haben einen guten Plan für die Lausitz.



ausgelobt. Die Geschwindigkeit und die hohe Beteiligung schon beim diesjährigen Durchlauf sprechen für die WR Lausitz. Brandenburg ist einen anderen Weg gegangen, hier werden in einem ähnlichen Programm insgesamt 500.000 Euro über das Büro des Lausitzbeauftragten Dr. Klaus Freytag bereitgestellt. Bewerbungen sind noch bis Mitte Juli möglich, eine Fortsetzung im kommenden Jahr ist nicht angekündigt. Der Erfolg wird sich am Ergebnis des Beteiligungsprozesses der WR Lausitz messen müssen. Selbige treibt die Beteiligung nun auch länderübergreifend im Leitbildprozess der Zukunftswerkstatt Lausitz voran. Vom 8. Juni bis 6. Juli hat sie dazu eine Tour mit Infoständen an 30 unterschiedlichen Orten in der gesamten Lausitz konzipiert. Die Beteiligung wird auch online unter www.zw-lausitz.de ermöglicht. Weitere Dialogformate folgen. Allen voran wird im Sommer eine Dialogplattform auf den Weg gebracht, die Lausitzern fortlaufend die Beteiligung am Leitbildprozess ermöglicht. Dieser Dialog wird unter www.lausitzdialog.de kanalisiert.

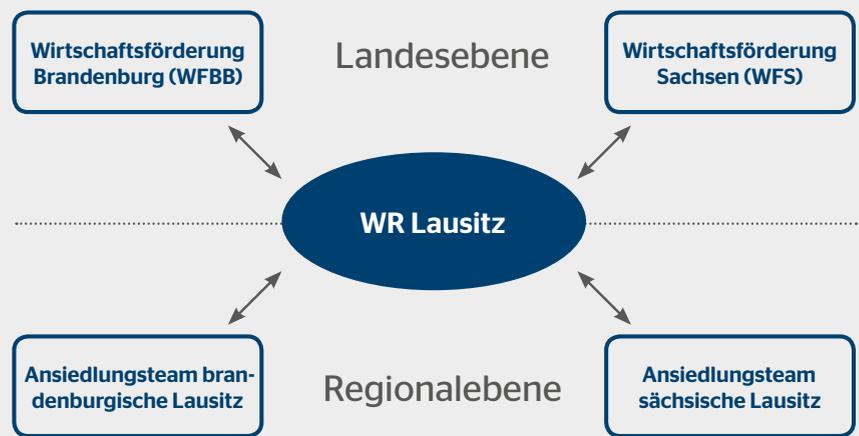
Ansiedlung und Investition: Die aktuellste Entwicklung macht die WR Lausitz nun auch zum Scharnier bzw. zur Drehscheibe im Bereich der Ansiedlung potenzieller Unternehmen. Es war bislang ein großes Manko der Lausitz, dass kein Expertenteam für die Ansiedlung großer Unternehmen in der Region aktiv war. Das erforderliche Know-how geht dabei sicher über die Möglichkeiten der Wirtschaftsförderer auf der kommunalen und der Landkreis-Ebene hinaus. In einem ersten Schritt gründeten WR Lausitz-Chef Torsten Bork und Marcus Tolle, Chef der IHK Cottbus, ein Ansiedlungs-Team, für dessen operative Steuerung sie mit Dr. Martin Wilke jenen Mann aus Ostbrandenburg ins Boot holten, der einst maßgeblich an der Ansiedlung der Solarbranche rund um Frankfurt (Oder) mitwirkte. Eine ähnliche Struktur für die Oberlausitz, dann sicher in Kooperation mit den sächsischen Partnern, steht auch schon vor dem Start. Den entscheidenden Schritt machte die WR Lausitz aber mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften Brandenburgs (WFBB) und Sachsens (WFS) Anfang Juni. Damit ist die Anbindung nach außen zu den Ländern und nach innen in die Region möglich, die WR Lausitz agiert einmal mehr als Scharnier oder Klammer um die zentralen Prozesse. Das Schema auf dieser Seite verdeutlicht die neue Drehscheibe für Ansiedlungsprozesse in der Lausitz.

Innovationsregion – Das WIR! gewinnt
Ein zweiter wichtiger Player für die Strukturentwicklung der Lausitz ist die Innovationsregion unter Dr. Hans-Rüdiger Lange. Mit kleinem Team und ausgefeilter Methodik



Wirtschaftsförderung und Ansiedlung in der Lausitz

Die WR Lausitz fungiert künftig als Scharnier zwischen Landes- und Regionalebene



hat er vor allem im Zuge der WIR!-Projekte nicht nur Impulse geliefert, sondern auch erste Fördergelder im Millionenbereich in die Region geholt. Die Innovationsregion war an gleich vier Anträgen zum WIR!-Programm beteiligt, zwei hat sie selbst mit von ihr initiierten Bündnissen auf den Weg gebracht. Aus einem dieser Netzwerke ist inzwischen das mögliche Reallabor rund um die BASF in Schwarzheide erwachsen, die sich mit Partnern wie Entelios AG, Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH (MITNETZ STROM), NODES AS, Regiogrößen GmbH & Co. KG, Stiftung Umweltenergie recht und Sunfire GmbH am Ideenwettbewerb „Reallabore der Energiewende“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie beteiligen wird. Das zählbare Ergebnis lieferte allerdings ein Netzwerk rund um Prozessautomatisierung, das Dr. Lange mit seinem Team unter dem Titel „KOI“ (Ko-Innovationsplattform Industrieautomatisierung) ins Ziel gebracht hat. Es zählt zu den 20 Konzepten, die im April in die erste Umsetzungsphase gestartet sind, in der allein KOI rund 4,8 Mio. Euro an Fördermitteln in die Region holt. Flankiert mit Eigenanteilen der beteiligten Unternehmen ist der Effekt des Investments in die Region noch einmal höher – vor allem handelt es sich aber um ein hochinnovatives Netzwerk. Ein KOI-Teilprojekt am ABB-Standort in Cottbus wird im Abschluss des Reviertransfers ausführlich beschrieben.

Es wäre – diese Vision hat im Rahmen des Reviertransfers bereits eine kleine Tradition – der Lausitz zu wünschen, dass die Innovationsregion fest in der Plattform WR Lausitz verankert wird. Dr. Lange kennt mit seinem Team die innovativen Projekte der Schlüsselwirtschaft und spürt dank seiner Methodik, wo das Gras wächst – die WR Lausitz hat hingegen die Manpower und das Know-how, um Projekte für die Förderkulisse zu qualifizieren und sie ist gleichzeitig die Plattform, die als Mittler der Fördergelder des Bundes in die Lausitz fungieren wird. Beide Akteure würden Synergien erschließen, die Region wär der Gewinner.

Lausitzrunde

Die mandatierte Lausitzrunde spielt im laufenden Prozess der Strukturentwicklung keine zentrale Rolle. Sie ist nach wie vor Organ der kernbetroffenen Kommunen in der Lausitz und nimmt deren Vertretung wahr. Sie fungiert quasi als runder Tisch der Städte und Gemeinden im Zentrum der Lausitz. Eine Einbindung in die zentralen Strukturen ist derzeit nicht abzusehen und scheint auch nicht notwendig. Zu allen weiteren Akteuren, die in vergangenen Ausgaben betrachtet wurden, gibt es über die bereits erfolgten Darstellungen hinaus keine entscheidenden Entwicklungen. Insofern hat sich die WR Lausitz als Plattform und Dienstleister für die konkrete Umsetzung der Strukturentwicklung herauskristallisiert. ☉

Signale der Länder

Kretschmer und Woidke machen von Seiten der Länder einen guten Job für die Lausitz. Noch immer verdient ihre Notbremse gemeinsam mit Kollege Haselhoff Hochachtung, als sich die Kohlekommission in die falsche Richtung bewegte. Dass die Lausitz heute auf 18 Milliarden an Strukturmitteln und weitere Hilfen vom Bund hoffen kann, ist ihnen maßgeblich zu verdanken. Es ist gut, dass sie die Region vertreten und sich auch gegen die Trends ihrer Bundesparteien stellen. Insbesondere Michael Kretschmer kämpft dabei für die Lausitz wie ein Löwe. Für seinen Besuch bei Putin bekam er hier selbst in der regionalen Tageszeitung Kritik, dabei sprach er vielen Lausitzer Unternehmern und Teilen der Bevölkerung aus dem Herzen. Die Lausitz hat wirtschaftlich wie menschlich eine größere Nähe zu Russland als zu Amerika. Die Lausitzer Wirtschaft leidet unter dem Embargo. Und viele hier wissen, dass die Krim bis 1954 zu Russland zählte und während ihrer Zeit der Andockung an die Ukraine (seinerzeit von Chruschtschow verschenkt) mehrheitlich immer für eine Rückkehr ins Russland war. Bevor sich die Nato etabliert, hat Putin gehandelt – diese Seite der Medaille wird in deutschen Medien kaum beleuchtet.

Es wäre Kretschmer und Woidke zu wünschen, dass die Lausitzer ihr Engagement honorieren. Allerdings muss dazu dringend mehr Aufbruchstimmung bei den Menschen ankommen. Ein erster Schritt waren bzw. sind die Fonds der Länder für die Zivilgesellschaft. Wie im Abschnitt zur WR Lausitz dargestellt, haben die Sachsen hier schneller und sehr strukturiert gehandelt. Es wäre gut, wenn die Brandenburger Seite im stärker vom Wandel betroffenen Teil der Lausitz mindestens eine ebensolche Breite erreicht oder im Zweifel nachlegt. Vielleicht wäre es dann sinnvoll, die bereits trainierte Plattform WR Lausitz zu nutzen.

Die Landtagswahlen können dem Schulterchluss der beiden Landeschefs aktuell eher helfen. Beide Regierungen



Sachsen und Brandenburg ziehen für die Lausitz an einem Strang – auf der gemeinsamen Kabinettsitzung Anfang Juni in Hoyerswerda wurde eine Kooperation zwischen den Wirtschaftsförderungen der Länder und der WR Lausitz unterzeichnet.

brauchen dringend positive Signale beim Wähler – und die sind derzeit am ehesten mit einer Einigkeit für die Region und einem entschlossenen Vertreten Lausitzer Positionen in Berlin und anderswo zu generieren. Die Zerreißprobe im Schulterchluss kommt so eher mit dem Geld, das der Bund in die Region spült. Die Aufteilung ist zwar schon recht klar, aber das Wettrennen um Projekte und Ansiedlungen steht erst noch aus. Hier könnte die Hoffnung einmal mehr auf der WR Lausitz als Scharnier und Synchronisation für das Wirken der Länder in die Region ruhen. Für die Brandenburger Seite ist die WR Lausitz rein faktisch die richtige Entwicklungsgesellschaft. Die Sachsen, so ist derzeit in Kabinettskreisen der Plan, wollen der Staatskanzlei für das Management der Strukturmittel eine Entwicklungsgesellschaft vorlagern. Das macht Sinn, müssen sich die Sachsen ja mit dem Mitteldeutschen und dem Lausitzer Revier um zumindest zwei Regionen kümmern. So soll die Gesellschaft wohl in jedem der Reviere einen Sitz haben. Nach dem Brandbrief

des Weißwasseraner Oberbürgermeisters Torsten Pötzsch, weil seine Stadt bei den Bahnhofsanierungen in Ostsachsen leer ausging, soll quasi als „Wiedergutmachung“ der Lausitzer Sitz der Gesellschaft in die Glasmacherstadt gehen. Die WR Lausitz unterhält nur acht Autominuten entfernt in Bad Muskau die Büros ihrer Zukunftswerkstatt. Beide Gesellschaften könnten hier also ideal verzahnt werden, was eine bessere Abstimmung der Maßnahmen beider Länder für die gesamte Lausitz ermöglichen würde. Auch das könnte ein positives Signal der Länder sein, das sichtbar auf Parteiegoismen verzichtet und als ehrliches Engagement für die Lausitz bei den Menschen ankommt. Die weitere Verschränkung der Länder wäre insbesondere mit Blick auf ausstehende Beschlüsse rund um das Strukturstärkungsgesetz von enormer Bedeutung. Denn hier muss einerseits viel verteidigt werden, andererseits muss sich für die Lausitz auch noch einiges verbessern. Das bereits veröffentlichte Eckpunktepapier weist Nachbesserungsbedarf auf.

Das Eckpunktepapier zum Strukturstärkungsgesetz



Dieser QR-Code führt zum PDF „Eckpunkte zur Umsetzung der strukturellen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohlereviere“

Das derzeit wichtigste Papier für die Lausitz (und die übrigen Kohlereviere Deutschlands) umfasst 34 Seiten und steht auf der Homepage des BMWi als Download zur Verfügung. Wer nach den Begriffen „Eckpunktepapier, Strukturwandel“ googelt, erhält gleich als ersten Treffer die Seite mit dem Download-PDF. Alternativ ist es über den QR-Code nebenan erreichbar. Wer sich für die Entwicklungsprozesse

in der Lausitz interessiert, sollte es gelesen haben. Das Eckpunktepapier ist sozusagen der Vorläufer der Gesetze, in denen die Empfehlungen der Kohlekommission rund um den Ausgleich für die Kohleausstiegsregionen geregelt werden sollen. Es enthält somit auch Vorschläge rund um die 40 Milliarden veranschlagter Strukturmittel und zusätzlicher Maßnahmen vor allem im Bereich der Infrastruktur.

Ein Beleg für zunehmendes Gezerre

Das sogenannte Eckpunktepapier verdeutlicht bereits auf den ersten Seiten das eingesetzte Gezerre auf bundespolitischer Ebene. Bevor es überhaupt um die betroffenen Kohleregionen geht, wird auf gleich zwei Seiten der notwendige Neubau von Gaskraftwerken und das Thema Versorgungssicherheit mit Energie in Süddeutschland herausgestellt. Der Strukturwandel hält so als Investitionsprogramm für wirtschaftlich prosperierende Regionen wie Bayern oder Baden Württemberg her. Während in der Lausitz Kraftwerke geschlossen werden, baut man dort mit nun festgeschriebener staatlicher Unterstützung neue. Was bedeutet das für die CO₂-Bilanz und den Klimaschutz? Hier hat die Lausitz ihre Ziele durch den industriellen Niedergang nach 1990 mit einer Minderung von über 40 % längst erfüllt, Baden Württemberg hat gerade ein Viertel davon geschafft. Der Neubau von Gaskraftwerken dürfte die CO₂-Bilanz im Süden weiter verschlechtern, vor allem, wenn man globale Effekte und somit Erzeugung und Transport bei den Emissionen mit betrachtet. Wenn man sich vor Augen hält, dass der Strukturwandel eine Folge nationaler Klimapolitik ist, die wiederum als eigentliches Ziel die Minderung von CO₂-Emissionen zum Gegenstand hat, ist dieser Schwerpunkt im Eckpunktepapier gerade für die Lausitz ein Schlag ins Gesicht. In einem weiteren Abschnitt werden auch Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Milliarden-Programm bedient. Halb Deutschland ist nun nach dem beginnenden politischen Gezerre also vom Strukturwandel infolge des empfohlenen Kohleausstiegs betroffen. Das lässt erahnen, welche Hürden noch folgen, wenn das Papier in Gesetze gegossen wird und Bundesratsmehrheiten durchlaufen muss.

Zwei Gesetzesvorhaben und ein Staatsvertrag

Im Grunde folgt das Eckpunktepapier den Empfehlungen der Kohlekommission und regelt die Verteilung der 40 Milliarden unter den Revieren und Bundesländern sowie zusätzliche Maßnahmen schon sehr detailliert.

Dabei soll ein Mantelgesetz „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ aus zwei Teilen bestehen:

- dem Stammgesetz „Investitionsgesetz Kohleregionen“
- einem Bündel an weiteren Gesetzen

Den eigentlichen Ausführungen zum Gesetz ist ein Sofortprogramm vorangestellt. Mit bis 240 Mio. Euro pro Jahr unterstützt der Bund Projektanträge der Kohleregionen über bestehende Bundesprogramme sofort. Dabei müssen die Länder je nach Programm einen Eigenanteil aufbringen.



Im April legte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sein Eckpunktepapier vor.

Das Investitionsgesetz Kohleregionen

Dieses Gesetz regelt die von der Kohlekommission vorgeschlagenen 0,7 Mrd. Euro pro Jahr über 20 Jahre für Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur. Insgesamt geht es also um 14 Mrd. Euro. Zur Erhöhung der Planungssicherheit soll es in eine Bund-Länder-Vereinbarung „Sicherung der Strukturhilfe für die Braunkohleregionen“ münden, dem vielfach geforderten Staatsvertrag. Es umfasst Infrastruktur von Straße und Schiene über Breitbandausbau bis hin zur Energie und Forschungsinfrastruktur. Dieser Teil betrifft also die Ebene zwischen Bund und Ländern. Die prozentuale Verteilung der Gesamtmittel bis 2038 wird dabei wie folgt vorgeschlagen:

- Lausitzer Revier 43 % (davon 60 % Brandenburg und 40 % Sachsen)
- Rheinisches Revier 37 %
- Mitteldeutsches Revier 20 % (davon 60 % Sachsen-Anhalt und 40 % Sachsen)

Damit ergibt sich nach Ländern folgende Aufteilung:

- Brandenburg 25,8 % = 3,612 Mrd. €
- Sachsen 25,2 % = 3,528 Mrd. €
- Sachsen-Anhalt 12 % = 1,68 Mrd. €
- Nordrhein-Westfalen 37 % = 5,18 Mrd. €

Beachtlich ist die sehr gute Ausstattung des strukturstärksten Bundeslandes im Westen der Republik, das im Übrigen mit der Darstellung des Eigenanteils die wenigsten Probleme haben dürfte. Zudem soll der Einsatz der Strukturmittel handlungsführend wegfallende Wertschöpfung und Arbeitsplätze kompensieren. Hier ist die Frage, wie in diesem Zusammenhang viele Maßnahmen in der Lausitz, die erst einmal Defizite ausgleichen müssen, gewertet werden. In der Lausitz geht es im Bereich der Infrastruktur kaum um direkte Kompensation, sondern vielmehr um die Schaffung von Rahmenbedingungen für künftige Entwicklungen. Alle vier Jahre soll eine Evaluierung stattfinden.

Das Maßnahmen- und Gesetzesbündel

Der zweite Teil des Strukturstärkungsgesetzes widmet sich der Unterstützung der Regionen, also Projektmitteln für Maßnahmen in den Regionen und finanziellen Hilfen für die kommunale Ebene sowie

Verkehrsprojekten. Auch dieses Maßnahmen- und Gesetzesbündel soll als Bestandteil einer Bund-Länder-Vereinbarung nachhaltig gesichert und von politischen Veränderungen auf Bundesebene unabhängig gemacht werden. Es umfasst die von der Kohlekommission vorgeschlagenen 1,3 Mrd. Euro pro Jahr über 20 Jahre in diesem Bereich, mithin ein Volumen von 26 Mrd. Euro. Dazu sollen zunächst prioritäre Projekte umgesetzt werden, die bereits Bestandteil der Projektliste des Beschlusses der Kohlekommission waren. Das Eckpunktepapier schlägt vor, für die Umsetzung der Projekte die in den Revieren bestehenden Projektentwicklungsgesellschaften zu nutzen. Für die Brandenburger Lausitz wäre das maßgeblich die WR Lausitz. Da Sachsen wohl aufgrund der Verteilung der Reviere eine übergreifende Projektentwicklungsgesellschaft neu gründen wird, wäre für die Lausitz eine enge Kooperation und Abstimmung zwischen dieser und der WR Lausitz wünschenswert. Somit ließen sich Projektmittel und Maßnahmen länderübergreifend koordinieren und sicher deutlich effizienter gestalten. Der Bund stellt in diesem zweiten Bereich auf Vorschlag der Länder für die kommenden fünf Jahre Mittel in folgender Höhe bereit:

- Brandenburg 1,9 Mrd. Euro
- Sachsen 1,8 Mrd. Euro
- Sachsen-Anhalt 0,86 Mrd. Euro
- Nordrhein-Westfalen 2,6 Mrd. Euro

Prioritäre Projekte werden dabei in die Bereiche Forschung und Innovation; Verkehr, Mobilität und Digitales sowie weitere Vorhaben unterteilt. Zudem enthält dieser Bereich die Schaffung von 5.000 Stellen der Bundesverwaltung in den Strukturwandelregionen innerhalb von zehn Jahren sowie die Ansiedlung und Stärkung von Bundeseinrichtungen bzw. Behörden in den Regionen. Maßnahmen zur Stärkung der Forschung, verschiedene Programme, Maßnahmen insbesondere zum Transfer der Energieregionen und eine Ausweitung bereits laufender Maßnahmen runden das Bündel ab. Das Eckpunktepapier enthält für alle Themen Listen mit Vorhaben, Maßnahmen bzw. Projekten. Wir geben für die brandenburgische und sächsische Lausitz hier nur einen Auszug wieder: ☺

Forschung und Innovation

- DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse in Cottbus sowie Zittau und Görlitz
- DLR-Institut Next Generation Turbo Fans in Cottbus
- Förderung Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) in Cottbus
- Kompetenzzentrum für die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von PtX inkl. Demonstrationsanlage in der Lausitz
- Ansiedlung eines Center for Advanced System Understandings in Sachsen
- Aufbau eines Instituts für Geothermie und Infrastrukturen in Sachsen

Verkehrsprojekte Brandenburg

- zweites Gleis Lübbenau-Cottbus
- Elektrifizierung Cottbus-Görlitz, Cottbus-Forst
- Ausbau Bahnverbindung nach Posen und Zielona Gora
- Ausbau 6-streifige A13 AK Schönefeld bis AK Spreewald

Verkehrsprojekte Sachsen

- Bahn Berlin-Cottbus-Weißwasser-Görlitz als Schnellbahn
- Eisenbahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz (evtl. Zittau)
- Verlängerung/Elektrifizierung Bahnlinie Dresden-Kamenz-Hoyerswerda-Spremberg
- vierstreifige Innerlausitzer Bundesfernstraße Milau

Mobilität & Digitales

- Breitbandausbau und 5G-Projekte
- Anbindung TIP Cottbus an A15 (Wegfall bisherige AS Cottbus West)
- Entwicklung hybrid-elektrischer Antriebssysteme für die Luftfahrt (HyProP Lausitz)

Sonstige Maßnahmen

(hier sind nur Maßnahmen für die Brandenburgische Lausitz enthalten)

- Stärkung DB-Instandhaltungswerk Cottbus
- Lausitzer Zentrum für künstliche Intelligenz
- Modellregion für das Energiesystem der Zukunft
- versch. Forschungsgruppen
- Modellregion Gesundheit Lausitz: Gesundheitscampus und Universitätsmedizin, Next Generation Hospital

Bundesbehörden

- Übertragung zusätzlicher Aufgaben an die Knappschaft Bahn-See am Standort Cottbus
- Errichtung Kompetenzzentrum Regionalentwicklung in Cottbus

Zudem enthält das Maßnahmenbündel die Planungsbeschleunigung wichtiger

Verkehrsinfrastrukturprojekte. Dazu zählen diverse Ortsumfahrungen und Straßenerweiterungen. Im Bereich zum Aufbau starker Energieregionen wird ein Modellvorhaben in einer der betroffenen Regionen vorgeschlagen, das Testfelder für Windenergie- und Solarprojekte zur Netzstabilisierung und Technologieentwicklung installiert – hier könnten die Reallabore der BASF oder LEAG eine gute Chance für die Lausitz eröffnen. Mit dem Fokus auf Energieinnovationen stehen von 2020 bis 2025 zusätzliche Mittel in Höhe von 200 Mio. Euro zur Verfügung.

Ergänzend sollen Programme für den kommunalen und zivilen Bereich ausgeweitet werden. Dazu zählt auch das WIRI-Projekt, in dessen Rahmen die Lausitz bereits mit vier innovativen Projekten zum Zuge kam. Ebenso wird das Programm „Unternehmen Revier“, das die WR Lausitz mit dem RIK Lausitz umgesetzt hat, von 4 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt – dies wird als unternehmerisches Sofortprogramm verstanden. Neben weiteren Programmen soll auch die Kultur unterstützt werden, in unserer Region mit dem Lausitz-Festival (siehe S. 120).

Der zeitliche Ablauf

Grundlage für das Eckpunktepapier war die Entwicklung von Leitbildern für die einzelnen Regionen. Für die Lausitz wurde das Leitbild gemeinsam von den Ländern Brandenburg und Sachsen entwickelt. Damit gestaltet sich der zeitliche Ablauf für die Lausitz wie folgt:

1. Schritt (abgeschlossen):

Entwicklung eines Leitbilds in Abstimmung mit dem Bund

- Basis für Entwicklungsstrategie
- basierend auf bestehender Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur

2. Schritt (begonnen):

Sofortprogramm

- Förderung bis 2021 mit 240 Mio. Euro pro Jahr durch den Bund

3. Schritt (aktuell im Bundestag):

Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen

- Verabschiedung vor Sommerpause (angestrebt)
- regelt rechtlichen Rahmen für 40 Mrd. Euro Strukturmittel

4. Schritt (ab Herbst 2019):

Umsetzung prioritärer Projekte

- jährliches Volumen 1,3 Mrd. Euro, anfangs höher möglich
- Brandenburg erste 5 Jahre: 1,9 Mrd. Euro
- Sachsen erste 5 Jahre: 1,8 Mrd. Euro

Kritik am Eckpunktepapier

Das Eckpunktepapier eröffnet den unterschiedlichen Strukturwandelregionen

leider auch unterschiedliche Möglichkeiten. Im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen müssen die Länder wie bei anderen Vorhaben auch einen Eigenanteil aufbringen und die Maßnahmen mit dem Bund aushandeln. Da die Finanzhilfen in der Anfangsphase ein höheres Volumen haben und sich im Verlauf verringern sollen, müssten Brandenburg und Sachsen in den kommenden Jahren erhebliche Mittel als Eigenanteil darstellen. Zudem muss in Planungskapazitäten investiert werden, um die Infrastrukturprojekte überhaupt erst einmal anschieben und umsetzen zu können. Bei klammen Haushalten und schwächelnder Konjunktur kann das gerade in Brandenburg zur Hürde werden.

Für die Projektmittel und die kommunale Ebene gestaltet sich diese Hürde noch schwieriger. Die Lausitzer Kommunen sind teils hoch verschuldet, einige sogar in der Haushaltssicherung. Insbesondere die kernbetroffenen Kommunen leiden noch immer unter den Steuerrückzahlungen an Vattenfall infolge des Atomausstiegs – auch hier lieferte eine bundespolitische Entscheidung eine weitere Ursache für klamme Kommunalhaushalte in der Lausitz. Im Ergebnis können die Kommunen fast durch die Bank nicht die notwendigen Eigenanteile für Investitionsvorhaben darstellen. Sie verfügen auch nicht über die Planungskompetenzen, die notwendig sind, um Projekte erst zu ermöglichen. Bei der Wirtschaft sieht es kaum anders aus: kleinere, innovative Unternehmen verfügen ebenso wenig über Eigenmittel. Lausitzer Banken wie die Sparkasse Spree-Neiße mit 1,7 Mrd. Euro auf der Kante behalten ihre restriktive Vergabepolitik weitgehend bei. Risikobehaftete, innovative Geschäftsmodelle bleiben meist chancenlos. Eine weitere Hürde ist die Bedingung der Wirtschaftlichkeit für Förderprojekte. Gerade in der Lausitz geht es in vielen Projekten darum, künftig wirtschaftliche Perspektiven zu ermöglichen. Sie können an sich nicht wirtschaftlich dargestellt werden.

Was für die Lausitz fehlt, ist der oft eingeforderte Regionalfonds, mit dem der Bund genau jene Mittel bereitstellen sollte, die Kommunen und Mittelstand zur Finanzierung des Eigenanteils benötigen. Im Ergebnis spielt der Bund mit dem Papier in der aktuell vorliegenden Form ein falsches Spiel. Es ist fast wie mit dem Esel, dem man die Möhre vors Maul hängt, die er trotz allem Strampeln nicht erreichen kann. Man könnte meinen, der Bund will die Milliarden gar nicht in den Lausitzer Wandel investieren und mit dem Strukturstärkungsgesetz nur den äußerlichen Schein wahren. Hier besteht der zentrale Auftrag an die Länder und die Ministerpräsidenten, im Zweifel einmal mehr die Notbremse zu ziehen. Die Strukturmittel müssen am Ende auch tatsächlich genutzt werden können. Es wird nicht einfach, hier die Balance zu

wahren – denn andererseits wäre mit den derzeit aufkommenden Forderungen anderer Regionen z.B. der Autobranche auch nichts schlimmer, als den erreichten Stand für die Lausitz zu gefährden. Die Lausitz befindet sich quasi in einer Zwickmühle.

Ein Teufelskreis, eine Lösung?

Besonders beim Lausitzer Mittelstand im Umfeld der Bergbaudienstleister kann beim Eckpunktepapier keine gute Stimmung aufkommen. In den vergangenen Jahren ist das Investitionsvolumen der LEAG infolge der Sicherheitsbereitschaft und weiterer Maßnahmen zurückgegangen, Verträge werden härter verhandelt, das aktuelle Jahr wirkt sich mit viel Sonne und Wind sowie Tiefstpreisen am Strommarkt ebenso negativ auf Investitionsplanungen aus. Im zurückgehenden Bergbaugeschäft muss der Lausitzer Mittelstand in neue Geschäftsfelder investieren. Das bindet Ressourcen und sorgt in der Anlaufphase für Aufwand, während Umsatz und Gewinne meist erst Jahre später generiert werden können. Bei manchem Unternehmen ist die Entwicklung existenziell. In dieser Phase Eigenanteile für große Projektvorhaben aufzubringen ist ebenso schwer, wie die Wirtschaftlichkeit neuer Geschäftsfelder darzustellen. Diese Entwicklung beeinflusst wiederum die Kommunen. Wenn Unternehmen weniger Gewinn machen, fließen weniger Steuern in die Kommunen. Sie müssen ihr Engagement auf die Daseinsvorsorge konzentrieren, Planungen für Projekte und die Darstellung von Eigenanteilen für Investitionen in Zukunftsprojekte werden im Zuge dieser Entwicklung künftig noch problematischer.

Eine Lösung wird derzeit durch die WR Lausitz forciert. Der vom Bund verwehrt Regionalfonds braucht dringend eine Entsprechung, zur Not aus der Region heraus. Hier sind finanzstarke Unternehmen, regionale Banken und private Investoren gefragt. Die WR Lausitz initiiert derzeit Gespräche mit solchen potenziellen Investoren mit dem Ziel, einen Pool für Investitionsmittel zu schaffen, der ähnlich einem Fonds insbesondere Eigenanteile für Projekte aus der Wirtschaft heraus kofinanzieren kann. Es wäre die richtige Antwort und irgendwie typisch Lausitz: sich nicht unterkriegen lassen, nach eigenen Lösungen suchen!

Das Sofortprogramm

Das Sofortprogramm wurde bereits im April diskutiert und auf ein Volumen von ca. 260 Mio. Euro festgelegt, von dem der Bund besagte 240 Mio. Euro übernimmt. Auf Brandenburg sollen etwa 80 Mio. Euro der Mittel entfallen. Bereits im April hat der Bund dem Land Brandenburg für 25 Projektvorschläge grünes Licht gegeben, die zu einem geringen Teil vom Land



Bereits zum Jahresbeginn nahm eine Fraunhofer Forschungsgruppe mit einem Förderbescheid in Höhe von 2,6 Mio. Euro ihre Arbeit an der BTU auf. Die Fraunhofer-Projektgruppe „Kognitive Materialdiagnostik“ des Dresdner Fraunhofer-Instituts für Keramische Technologien und Systeme IKTS entwickelt neuartige selbstlernende und intelligente Systeme zur Materialdiagnostik auf der Basis Künstlicher Intelligenz und maschinellen Lernens. Im Bild (v.l.n.r): Dr. Constanze Tschöpe (Fraunhofer IKTS), Wissenschaftsministerin Dr. Martina Münch, Dr. Christian Wunderlich (IKTS), Prof. Christiane Hipp (BTU) und Prof. Matthias Wolff (BTU)



Brandenburg und Sachsen (im Bild gemeinsame Kabinettsitzung in Hoyerswerda) ziehen für die Strukturentwicklung der Lausitz an einem Strang – müssen allerdings dringend eine Lösung zur Finanzierbarkeit der Eigenanteile bei den Strukturmitteln finden.

kofinanziert werden. Wer nach „Sofortprogramm Brandenburg“ googelt, erhält als ersten Treffer die entsprechende Presseinformation des Landes sowie im Anhang die Liste der 25 genehmigten Projekte. Dazu gehören:

- Planungsarbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Cottbus-Lübbenau
- Umbauarbeiten am Bahnhof Königs-Wusterhausen
- Verbessertes Gleisanschluss Hafen Königs-Wusterhausen
- Großterminal Schwarzheide (Anschluss an die sogenannte Seidenstraße)
- Touristische Projekte wie Radwege, u.a. am entstehenden Cottbuser Ostsee

- Stärkung der Wissenschaftslandschaft in der Lausitz

In Sachsen sind es insgesamt 24 Maßnahmen mit einem Volumen von 74 Mio. Euro. Die Prioritäten liegen dabei auf Arbeitsplätzen, infrastrukturellen Voraussetzungen bei Schiene, Straße und dem Mobilfunk 5G. Das ist ein großer Teil dieser Sofortliste. Ein weiterer Teil betrifft die Schaffung innovativer Arbeitsplätze in Forschung und Unternehmen. Und schließlich geht es um die Bereiche Lebensqualität, Kultur und Tourismus. Hier erhält man bei der Online-Suche nach „Übersicht sächsischer Projekte für die Sofortprogrammliste“ die komplette Projektliste. ☺

Wertschöpfungsketten

Foto: picture alliance/Patrick Pleul/dpa-Zentralbild, ZB



05.06.2019, Cottbus: Dietmar Woidke (li), Ministerpräsident des Landes Brandenburg, und Ronald Pofalla, Infrastrukturvorstand Deutsche Bahn (DB), stehen im Fahrzeuginstandhaltungswerk der DB vor einer Diesel-Lokomotive, die erstmalig auf einen klimafreundlichen Hybridantrieb umgerüstet wurde. In einem Spitzengespräch haben am selben Tag Woidke und Pofalla gemeinsam eine Erklärung zur Aufnahme von Infrastrukturprojekten in das Strukturstärkungsgesetz Kohleregion unterzeichnet.

Bereits in der vergangenen Ausgabe hatten wir ausführlich Potenziale für neue Wertschöpfungsketten in der Lausitz unter die Lupe genommen. Schaut man auf die Projektlisten der Länder im Bereich der Sofortprogramme, ist bei den Sachsen diesbezüglich deutlich mehr Strategie zu erkennen. Dort tauchen auch keine Radwege auf, deren Sofortwirkung für den Strukturwandel insbesondere dem industriellen Mittelstand, der um Zukunftsperspektiven ringt, nur schwer zu erklären sein dürfte. Wir schauen mit diesen aktuellen Erkenntnissen nochmals kurz auf die vier in der Frühjahrsausgabe des Lausitz Magazins aufgeführten Bereiche:

Schiene und Verkehr: Hier hatten wir vor allem die anstehende Auflösung des Eisenbahn-Lehrstuhls an der BTU Cottbus-Senfenberg kritisiert. Die Lausitz verfügt auf Schiene und Straße über riesige Potenziale für eine neue Wertschöpfungskette in der Logistik. Mit der Stärkung des DB-Instandsetzungswerkes Cottbus und der Aufnahme des KV-Terminals in Schwarzhöhe in das Sofortprogramm wird das umso deutlicher. Intelligente Logistiksysteme, die Straße und Schiene mit den Möglichkeiten digitaler Services verbinden, eröffnen der Lausitz

immense Chancen. Es wäre zu wünschen, dass sich die Zugpferde der Lausitzer Logistik rund um die DB, Lion Group, Reinert, TSS, STR und Bertschi (evtl. auch LEAG als potenzielles Eisenbahnunternehmen) an einen Tisch setzen und die Anbindung im Bereich Forschung und Entwicklung an einer Lausitzer Universität beschreiben. Die BTU Cottbus-Senfenberg könnte die veränderten Zeiten und die Dynamik dieser Branche in der Lausitz für ihre Zukunftsplanung neu berücksichtigen und den „alten“ Eisenbahnlehrstuhl z.B. in ein neues Feld etwa für moderne Verkehre transformieren. Hier könnten auch Themen wie Digitalisierung, moderne Antriebe etc. integriert werden, die teils schon zum Spektrum der Universität gehören. Das könnte auch ein Merkmal zur Ansiedlung von Bundeseinrichtungen sein, wie sie laut Eckpunkt Papier in den heutigen Kohlerevieren geplant sind. Dazu zählen z.B.

- Aufbau einer zentralen Bildungsakademie des BMVI als Gemeinschaftsprojekt mit der Autobahn-GmbH des Bundes
- Schaffung einer Ressourcenforschungseinrichtung für Mobilität

Batteriefabrik: Hier kann ein Blick in die Projektlisten der Sofortprogramme

Brandenburgs und Sachsens zu Verwunderung führen. War in der Projektliste Brandenburgs im Anhang des Berichts der Kohlekommission eine Batteriefabrik noch auf Platz 1 angegeben, fehlen Vorarbeiten dazu im Sofortprogramm komplett. Sachsen hingegen hatte das Thema in den ursprünglichen Projektlisten nicht gespielt, bei der Projektliste zum Sofortprogramm ist nun aber folgende Maßnahme enthalten: „Integrierte Wertschöpfungsketten zur Erlangung der industriellen Produktionsreife für Batteriezellen mit dem Ziel der Errichtung einer industriellen Zellproduktion für Batterien und Supercaps als Voraussetzung für deren Einsatz insbesondere in der Elektromobilität und als stationäre Speicher.“ In diesem Bereich hat die Initiative #WelcomeTesla bereits für einen gesellschaftlichen Konsens aus der Lausitzer Bürgerschaft heraus gesorgt. Ein Engagement von unten, das laut Initiatoren leider weder vom Land Brandenburg noch vom Land Sachsen Unterstützung erfahren hat. Es ist unverständlich, dass man dort bürgerschaftliches Engagement in einem Bereich so wenig wertschätzt, den man nun offensichtlich als wichtig genug für das Sofortprogramm einschätzt. Andererseits besteht sicher nach wie vor die Möglichkeit, die ungewöhnliche Initiative mit großem Medienecho und Draht zu Tesla als ungewöhnlichen Türöffner für Vorhaben im Bereich Batteriezellen zu nutzen. So macht man üblicherweise auch Wahlkampf, indem man Impulse aus dem Volk aufnimmt und positiv verstärkt.

Bauwesen: Auch hier bestätigt sich mit dem Eckpunkt Papier die im vergangenen Reviertransfer angedeutete Chance. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Regionalentwicklung als Teil des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung ist für den Standort Cottbus offensichtlich fest geplant.

Energie: In diesem Bereich sind die Entwicklungen wohl am dynamischsten. Über die Pläne zum Reallabor rund um die BASF war viel zu lesen. Auf dem Energietag Brandenburg, der im Mai an der BTU Cottbus-Senfenberg veranstaltet wurde, sprach man hinter den Kulissen aber auch über ein Reallabor der LEAG, dessen Planungen ebenso mit Hochdruck vorangetrieben werden. Ende Juni erfolgte in Cottbus die Inbetriebnahme des weltweit ersten Oktogons aus Photobioreaktoren der GICON-Firmengruppe. Das ist nur ein Teil konkreter Projekte in der Energiebranche. In der kommenden Herbstausgabe des Lausitz Magazins werden die Entwicklungen in der Energieregion Lausitz in einem ausführlichen Spezial dargestellt.

Ein WIR!-Gefühl

Den Abschluss machen wirklich gute Nachrichten. Das WIR!-Projekt des Bundesforschungsministeriums zählte zu den ersten Impulsen für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen in Ostdeutschland. Aus über 100 Einreichungen wurden im ersten Schritt 32 Bündnisse ausgewählt, von denen es am 1. April insgesamt 20 Projekte in die Umsetzungsphase schafften. Die Lausitz ist mit gleich vier Projekten dabei, die jetzt auf Budgets im Millionenbereich zurückgreifen und auch künftig auf weitere Unterstützung hoffen dürfen! Drei von ihnen sind am Standort Cottbus verankert, das vierte Projekt in Zittau. Wir stellen sie kurz vor:

KOI – die Übertragung der Bergbau-DNA

Die „Ko-Innovationsplattform Industrieautomatisierung“ will fachspezifische Kenntnisse und Erfahrungen aus jahrhundertelanger Technologietradition aus Kraftwerken, Bergbau und Spezialmaschinenbau der Lausitz sammeln und für das digitale Zeitalter weiterentwickeln. Dem Bündnis stehen in einem ersten Schritt 4,8 Mio. Euro bis 2021 zur Verfügung. Bei Erfolg gibt es mehr und eine Verlängerung bis 2025. Am Start stehen acht Einzelprojekte der Bündnispartner – darunter die 2019 gegründete Fraunhofer Projektgruppe Kognitive Materialdiagnostik. Erste Arbeitsplätze sind bereits entstanden. Initiiert wurde das Bündnis von der Innovationsregion Lausitz GmbH, die auch die Konzeptphase erfolgreich gestaltet und das Bündnis sozusagen ins Ziel gebracht hat. Auf der KOI-Plattform spielen Unternehmen wie ABB, LEAG, Siemens mit Forschungseinrichtungen und dem Mittelstand zusammen. Es geht um das in Lausitzer Kraftwerken und Bergbau vorhandene Wissen, die Erfahrungen, praktischen Fähigkeiten und Kompetenzen in den Bereichen Maschinenbau, Bergbau und Automatisierung. Die hohe spezifische Fachkompetenz in der Lausitz soll in verschiedenen Lead-Projekten mit der nächsten Generation von Automatisierungstechnologien kombiniert werden. Die Projekte reichen bis hin zu künstlicher Intelligenz und neuronalen Netzen. Ein Beispiel ist mit dem Future Collaboration Lab der ABB im Anschluss ausführlich beschrieben.

WI+R – Digitale Reparaturfabrik Berlin-Brandenburg

Dieses WIR!-Bündnis wurde durch Prof. Markus Bambach von der BTU Cottbus-Senftenberg ins Leben gerufen. Das WI+R-Bündnis besteht aus insgesamt 112 Partnern. Neben 15 Großunternehmen und 54 kleinen- und mittleren Unternehmen sind auch 23 Netzwerke, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Vereine beteiligt. Die Forschungseinrichtungen setzen sich aus Universitäten und Forschungsstellen

zusammen. Das Bündnis-Management wird durch die Initiatoren des Bündnisses, die BTU Cottbus-Senftenberg und die Gesellschaft zur Förderung angewandter Informatik e.V. – GFaI, wahrgenommen. Das Bündnis widmet sich Wartung, Instandhaltung und Reparatur (WI+R) in Zeiten der Digitalisierung. Das Innovationsfeld ermöglicht technologische, betriebswirtschaftliche und soziale Innovationen in diversen branchenübergreifenden Wissensgebieten. Es ist in der Lausitz durch Bergbau und Energiewirtschaft traditionell fest verankert. Durch Zusammenarbeit von über 100 Akteuren und Gründung von Forschungsinstituten soll überregional eine breite Partizipation für digitale Lösungen geschaffen werden. Die Projektregion Lausitz soll zu einer Digitalen Reparaturfabrik entwickelt werden. Angestrebt wird neben Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auch die unmittelbare Erhöhung von Studierendenzahlen und Drittmitteln als Basis für spezialisierte Bildungsangebote und eine Technologieführerschaft der Lausitz im WI+R Kontext.

Land-Innovation-Lausitz

Ziel des Bündnisses Land-Innovation-Lausitz (LIL) ist es, aufbauend auf den wissenschaftlichen Stärken der Lausitz die universitäre und außeruniversitäre Forschung zu verzahnen. Der Kopf des Bündnisses ist Prof. Reinhard F. Hüttel von der BTU Cottbus-Senftenberg. Im Bündnis Land-Innovation-Lausitz sind derzeit 35 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Politik und Verwaltung aktiv eingebunden. Die BTU Cottbus-Senftenberg soll die Expertise außeruniversitärer Forschungseinrichtungen von Leibniz- und Fraunhofer-Instituten bis zum Helmholtz-Zentrum Potsdam bündeln. Die innovationsorientierten Unternehmenspartner sind unter anderem in den Bereichen Renaturierung, Rekultivierung, Bioverfahrenstechnik, Chemie, Landschaftsplanung sowie Landwirtschaft tätig. Gemeinsam mit Unternehmen will das Bündnis innovative klimaangepasste Landnutzungssysteme und neuartige biotechnische Verfahren entwickeln. Die Vision: die Lausitz als Modellregion der Bioökonomie unter extremen Klimabedingungen. Neben der Verzahnung der Forschung soll ein Landnutzungs-Demonstrator in der Bergbaufolgelandschaft eingerichtet und ein industrienaher Forschungsschwerpunkt Biomaterialien entwickelt werden.

Lausitz – Life and Technology

Dieses Netzwerk vereint hochkarätige Akteure für technologische Innovationen in Unternehmen mit regionalen Forschungseinrichtungen in der Oberlausitz und geht

neue Wege, um mit Menschen vor Ort zukunftssichere, attraktive Wirtschafts- und Lebensräume zu verwirklichen. Technologische Innovationen der additiven Fertigung und flexibler Energiesysteme stehen im Fokus, flankiert von modernen Lehrszenarien für non-formale Bildung vor Ort. Das regionale Bündnis wird von der Hochschule Zittau-Görlitz geführt und umfasst zahlreiche interdisziplinäre, regionale Partner. Die Akteure sind vorrangig KMU sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Verbände und Regionalverwaltungen. Beteiligt sind weiterhin zivilgesellschaftliche Partner. Mehr als 40 Partner wirken aktuell im Netzwerk, die Tendenz ist steigend. Eine Zusammenarbeit mit weiteren WIR!-Bündnissen wird angestrebt.

Life and Technology will technologische sowie soziale Innovationen entwickeln, bereitstellen und zusammenführen. Damit will das Bündnis der Region und ihren Menschen neue Wege eröffnen, Strukturen der Arbeits- und Lebenswelt mit Zuversicht zu wandeln. Dazu wird das bisherige Wirken regionaler Akteure in einem innovationstreibenden Bündnis vereint. Additive Fertigung und Flexible Energiesysteme sind die Bereiche, in denen das Bündnis stärker in die Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Produkte investieren wird. Das Bündnis erforscht dringend benötigte Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien und verwirklicht sie in regionalen Produktionen – Made in Oberlausitz. Life and Technology erprobt dabei exemplarisch neuartige Modelle der Zusammenarbeit in Form von Shared Infrastructure. Außerhalb formaler Bildungsräume werden Einrichtungen unterstützt und Netzwerke geschaffen, die bereits im Kindesalter innovative Bildungsangebote bereitstellen. Da aktuell ein erheblicher Mangel an technisch Ausgebildeten herrscht, werden Tools im MINT-Bereich entwickelt. Life and Technology wird Räume schaffen, in denen man sich ausprobieren und Neues entdecken kann. So will Life and Technology eine zentrale „WIRKstätte“ in Zittau errichten, die weit in die gesamte Euroregion ausstrahlen soll.

wir! Wandel durch
Innovation
in der Region

Weitere Informationen zu
allen WIR!-Bündnissen unter:
www.unternehmen-region.de



Sophie Emmrich und Martin Handreg suchen nach neuen, einzigartigen Lösungen – die Hoffnung auf ein „Unicorn“ leuchtet den Weg.

Auf der Suche nach dem Einhorn

Wie ABB an seinem Cottbuser Standort aus Lausitzer Bergbau-Bauchgefühl und Künstlicher Intelligenz eine globale Benchmark entwickelt.



Teambesprechung im Data Lab: Aus Algorithmen werden Handlungsempfehlungen.
Fotos: Andreas Franke

ABB Automation GmbH
Standort Cottbus / Projekt Digital Mining
Hänchener Str. 14, 03050 Cottbus
Ansprechpartner: Dr.-Ing. Martin Handreg
T 0355 596473
E martin.handreg@de.abb.com

www.abb.de

Im Cottbuser Süden ragt der Fernmeldeturm als höchstes Bauwerk der Stadt mit 138 Metern in den Himmel. Er markiert inmitten des Lausitzer Wandels einen Ort, der tatsächlich ein Signal für die Zukunft der ganzen Region aussendet, der bereits heute junge Köpfe für morgen aus renommierten Hochschulen in die Lausitz lockt. Zu Füßen des Turms liegt der Cottbuser Firmensitz des weltweit agierenden Automatisierungskonzerns ABB. In dessen zweiter Ebene liegen die Büros eines kleinen Teams, das der Lausitz mit Visionen aus künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen die Brücke aus der Bergbautradition ins Zeitalter einer Industrie 4.0 baut. Hier wird in den kommenden Jahren ein Collaboration Center entstehen, in dem junge Wissenschaftler das Lausitzer Know-how weltweit vermarkten sowie den regionalen Mittelstand einbinden und unterstützen.

Von lernenden Maschinen und künstlicher Intelligenz

Martin Handreg, Projektleiter für Digital Mining, ist überzeugt: die Lausitz ist in Sachen Automatisierung und Prozessoptimierung von Tagebau- und Schüttanlagen Weltspitze. Um diese Stellung weltweit zu vermarkten, muss das

detailversessene Know-how der LEAG in der optimalen Gestaltung von Arbeitsprozessen mit der Automatisierungsexpertise von ABB und neuen datengetriebenen Analysen kombiniert werden. Er ist Mitte 30, Lausitzer mit Leib und Seele und sieht die Chance, die Region in einem Feld ganz weit nach vorn zu bringen. Eine Vision, die Sophie Emmrich teilt. Sie hat im Projekt zuerst ihre Diplomarbeit geschrieben und konnte dann als Trainee ins junge Team geholt werden. „Data-Mining“ und „Machine Learning“ sind die brandheißen Themen für junge Wissenschaftler, und genau darum dreht sich alles in diesem Projekt. Deshalb ist sie nach Cottbus gekommen. An ihrer Wand hängt ein Schema, bei dem aus zwei komplexen Strukturen ein Einhorn resultiert. Das Fabelwesen steht für die optimale Lösung aus komplexen Daten und Prozessen, die Suche nach dem „Unicorn“ ist in der jungen digitalen Welt, was einst die Suche nach dem heiligen Gral war. Dritter im Bunde ist der Inder Shunmuga Prabhu Siddharthan, der ebenso als Trainee ins Team kam. Den Frühsommer verbringt er am schwedischen Forschungsstandort der ABB und holt weitere Kompetenzen ins Cottbuser Team. Im Data Lab wechseln derweil aller paar Monate Studenten im Rahmen wissenschaftlicher Praktika. Die

Diversität im Team ist enorm: Studenten aus Indien, China und der Türkei kamen selbst von renommierten Hochschulen für Automatisierung wie Karlsruhe, München oder Bochum für das Zukunftsprojekt nach Cottbus. Sophie und Prabhu blieben kleben. In einigen Jahren soll hier ein Team von 15 bis 20 hochqualifizierten Data Scientists an Algorithmen und Lösungen für Anlagen in aller Welt und in der Lausitz arbeiten. Es geht um künstliche Intelligenz, neuronale Netze und eine Industrie der Zukunft. Am Anfang steht aber erst einmal die Benchmark Lausitz.

Benchmark Lausitz

ABB ist mit knapp 150.000 Mitarbeitern in 100 Ländern Global Player im Bereich der Energie- und Automatisierungstechnik. Cottbus ist der größte ABB-Standort in Ostdeutschland und konzernweit Kompetenzzentrum für Tagebauanlagen. Der Markt dafür ist riesig und umfasst neben Braunkohle auch Tagebaue für Kupfer, Eisenerze und andere Industriemineralien. So betreut das Cottbuser ABB-Team derzeit die Installation des weltweit größten Förderbandsystems in einem Kupferbergwerk in Chile. Die Aufgabe des Cottbuser Teams ist in der Regel, anhand von Daten Prozesse zu optimieren und effizienter zu gestalten. Die LEAG verfügt wiederum bei ihren Anlagen über einen sehr hohen Automatisierungsgrad und ein exzellentes Niveau in der Betriebsführung. Das bedeutet hohe Effizienz in Energieverbrauch und Produktivität, äußerst geringe Ausfallzeiten und ein detailliertes Know-how im Prozessverhalten. Am Ende spart das viel Energie und Kosten.

Im Rahmen des vom BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) geförderten WIRI-Programms fanden ABB und LEAG den richtigen Inkubator, um die Vision für ein neues, gemeinsames Geschäftsmodell auf die Spur zu bringen. Aus dem Abgleich der datengetriebenen Automatisierungsexpertise des jungen ABB-Teams mit dem Prozess-Know-how der LEAG soll ein weltweit neuartiger Service zur Optimierung von Tagebau- und Schüttgutanlagen entstehen. ABB deckt per Analyse Potenziale auf, aus denen gemeinsam mit der LEAG Handlungsempfehlungen für die Betreiber entwickelt werden. Für zwei Pilotprojekte liegen die Daten bereits



„Schon zum Beginn der Arbeit unserer Innovationsregion Lausitz war einer meiner Schwerpunkte, das Know-how der Lausitz als Weltmeister in der Prozessoptimierung herauszuarbeiten. Die ABB setzt diese Vision nun in die Tat um.“

Dr. Hans-Rüdger Lange

Geschäftsführer Innovationsregion Lausitz GmbH

auf dem Server des Cottbuser ABB-Teams. Aktuell muss vor dem offiziellen Start des Kooperationsprojekts nur noch die übliche deutsche Behördenbürokratie aus Beschreibungen und Papierkram befriedigt werden. Dann wird aus der Kooperation die „Benchmark Lausitz“. Da ABB weltweit Bergbauanlagen betreut und deren Parameter kennt, sieht das Cottbuser Team um Martin Handreg ein enormes Potenzial für das Projekt. Der Vorteil des Teams gegenüber Start-ups mit ähnlicher Ausrichtung anderswo auf der Welt: als Kompetenzzentrum der ABB besteht der Draht zu den relevanten Kunden, man kennt die Anlagen und kommt schneller an die Daten, auf deren Grundlage das Geschäftsmodell aus Analyse, Algorithmen und Handlungsempfehlungen zur Optimierung ja überhaupt erst möglich ist.

Der regionale Faktor

Das ABB-Team arbeitet bereits mit der jüngst an der BTU installierten Fraunhofer Gruppe zusammen, die sich mit Forschungsthemen rund um Künstliche Intelligenz und Machine Learning beschäftigt. Der regionale Ansatz geht aber schon heute über Forschungsk Kooperationen und ein neues Geschäftsmodell für die Lausitz hinaus. Ziel ist es, das Geschäft aus dem offenen Bergbau heraus auch auf andere Industrieprozesse zu erweitern und so insbesondere Lausitzer Unternehmen weiterzuhelfen. Überall, wo sich Anlagen im Dauerbetrieb befinden, könnte das ABB Data Lab der Region Wettbewerbsvorteile verschaffen. Mit Blick auf die regionalen Industriezweige Papier, Chemie und Zement liegt das Potenzial auf der Hand. Im Ergebnis kann ABB zum regionalen Anker für Prozessautomatisierung in

der Lausitz werden und so auch seinen eigenen Standort in Cottbus stärken.

Einfach schneller: Made in Lausitz

Das Team ist dabei von einer neuen Denkweise geprägt, die sich angenehm vom vielen Reden über die Lausitzer Zukunft abhebt. Hier zählt Schnelligkeit. So wurden Projektleiter und Trainees bereits mit voller Kraft in die Projektarbeit gestürzt, als noch nicht einmal klar war, ob eine Förderung erfolgt. ABB ist vorangegangen und hat einfach gemacht, statt auf den öffentlichen Segen zu warten. Genauso soll es bei den Produkten laufen, wenn es nach Martin Handreg und Sophie Emmrich geht. Heutzutage müssen Produkte schnell auf den Markt. Bezogen auf ihre Benchmark Lausitz bedeutet das, aus Daten schnell Algorithmen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die erste Version muss dann sofort am Markt getestet und am Kunden weiterentwickelt werden. Nur agile Arbeits- und Entwicklungsmethoden führen im Zeitalter von Industrie 4.0 zum Erfolg. Deutschland hat sich mit seiner veralteten Denkweise, erst mit dem fertigen und gefühlt perfekten Produkt auf den Markt zu gehen, in vielen Technologiebereichen aus der Weltspitze verabschiedet. Das soll dem Cottbuser Projekt von ABB und LEAG nicht passieren. Das Motto lautet also „Made in Lausitz“. Jung, schnell und erfolgsorientiert – das klingt verdammt gut und sollte Schule machen!

Eine Chance für ABB und LEAG

Die ABB erschließt mit ihrer innovativen Idee auch der LEAG ein neues Geschäft. Zu Vattenfall-Zeiten gab es im Energieunternehmen schon einmal eine Consulting-Abteilung, die das Know-how des Unternehmens vermarktete. In der Kooperation kann die LEAG dieses Modell wiederbeleben. Der Bergbau boomt weltweit – und vertraut man der Branchenkenntnis von ABB, hat die Lausitz in der Kooperation einen klaren Wettbewerbsvorteil. Es ist schon ein spannendes Bild, dass traditioneller Lausitzer Bergmannsstolz statt Niedergang im Wandel nun mittels Künstlicher Intelligenz und Machine Learning die Chance auf einen Transfer ins digitale Zeitalter und den weltweiten Bergbau hat. ☒



„Die ABB zählt zu den zentralen Partnern unseres Energieunternehmens. Wir arbeiten schon seit vielen Jahren miteinander. So, wie wir auch in anderen Bereichen neue Wege gehen, ist das gemeinsame Projekt mit ABB ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur LEAG von morgen.“

Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der LEAG

Mit Innovation zur effizienten Produktion

Mit dem „Zentrum Effiziente Fabrik“ betreibt die BTU in Senftenberg eine in der Region einmalige Modellfabrik für Unternehmen.



Prof. Dr.-Ing. Peggy Näser leitet seit 2015 am Senftenberger Campus der BTU das Fachgebiet Fabrikplanung und Fabrikbetrieb und seit 2017 die Modellfabrik Effiziente Fabrik.

Logistik-Planspiel
25. & 26. September 2019

Daten in der Digitalisierung
9. & 10. Oktober 2019

Kontakt
Prof. Dr.-Ing. Peggy Näser
Fabrikplanung und Fabrikbetrieb
T 03573/ 85-418
E naeser@b-tu.de

www.b-tu.de/fg-fabrikplanung

Zur Ausstattung des Zentrums Effiziente Fabrik gehört auch dieser multifunktionale Vormontage-Arbeitsplatz.



unterschiedliche Technologien abwickelt werden und ermöglicht so den direkten Vergleich der verschiedenen im ZEF Senftenberg dargestellten Lösungen.

„Zu uns kommen Unternehmen, weil sie mehr Transparenz in der Logistik und Produktion wünschen, weil sie die Durchlaufzeiten für Aufträge verringern wollen oder um die Liefertreue bei Terminketten abzusichern. Wir zeigen den Firmen, welche innovativen Lösungen es überhaupt gibt, was Stand der Technik ist und wo sie ihre Prozesse weiter verbessern können – mit überschaubarem Aufwand“, so Prof. Peggy Näser, Leiterin des Zentrum Effiziente Fabrik.

Viele der Technologien sind in der Praxis mit geringem zeitlichem und finanziellem Aufwand umsetzbar. Unternehmen aus ganz Brandenburg und Sachsen kommen deswegen nach Senftenberg. Für größere Projekte gehen die BTU-Mitarbeiter direkt in die Unternehmen, schauen sich die Prozesse vor Ort an und optimieren diese.

Unternehmen können auch die regelmäßigen Informationsveranstaltungen in der Modellfabrik nutzen, das nächste Mal ist dazu im Herbst Gelegenheit. Die Veranstaltungsreihe „Effiziente, digitale Lösungen zum Anfassen“ bietet ein vielseitiges Programm mit Fachvorträgen, praxisnahen Kundenvorträgen und speziellen Live-Montagen. Interessenten sollten sich schon jetzt anmelden, denn bisher war jede Veranstaltung ausverkauft! Neben den Veranstaltungen können jedoch auch individuelle Termine nach Bedarf mit dem Fachgebiet vereinbart werden. ☒

So wie Kinder im Kaufmannsladen spielerisch mit dem Handeln von Waren vertraut werden, so können Unternehmer und deren Mitarbeiter in dieser Modellfabrik im Kleinen jene innovativen, digitalen Technologien ausprobieren, welche die Bereiche Produktion, Lager und Logistik effizienter machen. Im Zentrum Effiziente Fabrik steht aber kein Kaufmannsladen, sondern anhand der Montage einer Taschenlampe wird das breite Spektrum an technischen Möglichkeiten von der Fertigung bis zum Versand verdeutlicht. Dieser Modellprozess kann dabei durch

Industrie 4.0: Beispiele für innovative Technologien

iBeacons ermöglichen die Ortung und Verfolgung von Behältern und Aufträgen in einem begrenzten Raum, unabhängig von GPS und Internet. Die Technologie arbeitet mit Bluetooth, als Hardware reichen bereits einige Smartphones aus.

Echtzeit-Lokalisierung ermöglicht den Ort von Objekten, Fahrzeugen oder Mitarbeitern zu bestimmen und Rückschlüsse bezüglich der Effizienz zu generieren

E-Label sind anders als Papieretiketten zur Kennzeichnung von Lagerplätzen, Werkstücken oder Fertigungsaufträgen frei konfigurierbar und können bei Bedarf neu beschrieben werden.

eKanban-Briefkästen ermöglichen eine schnelle Nachbestellung von Material. Durch Stecken einer RFID-Kanban-Karte in den Briefkasten erhält der Kommissionierer einen Nachschub-Auftrag via Mail oder SMS

Pick-by-light ist eine mobile Kommissioniersystem-Variante, die durch automatische Datenerfassung die Fehlerquote verringert. Bei Pick-by-light zeigt eine Lampe dem Kommissionierer die erforderliche Behälterentnahme an.

seit 1993

KÜCHEN
SABINE GEISLER

WIR PLANEN IHRE TRAUMKÜCHE

... UND ACHTEN DABEI AUF JEDES DETAIL

MIT ÜBER 25 JAHREN ERFAHRUNG

DIREKT AN DER B97

CREATIV - KÜCHEN GMBH
ZUR SCHÄFEREI 13
03058 GROSS OSSNIG

WWW.KUCHE-COTTBUS.DE

„Fossiles grünes Gas gibt es nicht“

Interview mit Steffen Söll, Geschäftsführer SKM Group in Boxberg

Während allerorten über Strukturentwicklung in der Lausitz geredet wird, ist der Kohleausstieg im bergbaunahen Mittelstand längst angekommen. Wir wollten wissen, wie es den Dienstleistern im Umfeld der Energiebranche geht und sprachen mit Steffen Söll, Geschäftsführender Gesellschafter der SKM Group in Boxberg. Es wurde ein Gespräch über Strukturentwicklung, die Wahrheit zur Gaskraft und zu neuen Chancen mit Russland. Die SKM Group hat Steffen Söll gemeinsam mit seiner Frau vor acht Jahren im Rahmen einer mehrfach ausgezeichneten Nachfolgelösung übernommen. Die Herausforderungen wurden erst später offenbar.

In der Lausitz herrscht Aufbruchstimmung, ist die im industriellen Mittelstand angekommen? Man verspürt an verschiedenen Ecken Signale eines Aufbruchs. Es gibt viele Initiativen, viele Ankündigungen, viele warme Worte. Für den Mittelstand ist dabei noch nichts Konkretes in Sicht. Allein aus warmen Worten können wir für unsere bundespolitisch erzwungene Metamorphose noch nichts ableiten. Zum heutigen Tag bleibt deshalb ein klares nein!

Wie kann das sein, wo doch bereits viele Förderprojekte wie das Regionale Investitionskonzept (RIK) installiert wurden? Es gibt einige Projekte, aber dort müssen sehr hohe thematische und förderrechtliche Übereinstimmungsgrade realisiert werden und das ist aus meiner Sicht eher die Ausnahme als die Regel. Da geht es um De-minimis-Regelungen und spezielle Förderrahmenbedingungen der jeweiligen Förderprogramme. Das heißt, ein Projekt muss genau in das jeweilige Förderprogramm passen. Für den Mittelstand, der wie wir sehr konkret vom Kohleausstieg betroffen ist, sind das sehr bescheidene, meist untaugliche Mittel.

In den kommenden Jahren sollen Hunderte Mio. Euro an Projektmitteln in die Lausitz gespült werden, welche Chancen verbinden Sie damit? Die Mittel für ganz konkrete Maßnahmen wie Infrastruktur für Bahn, Straße, Schiene, Internet und ÖPNV werden uns helfen. Maßnahmen zur Schaffung neuer Bundesinstitute oder Behörden helfen hingegen begrenzt oder gar nicht. Wir müssen in der Lausitz Industriearbeitsplätze durch industriennahe oder perspektivische Industriearbeitsplätze ersetzen. Es geht um die tatsächliche Wertschöpfung als langfristigen Ersatz für die 1,3 Mrd. Euro des derzeitigen Braunkohle-Energiegeschäfts. Es geht um 20.000 direkt und indirekt betroffene Industriearbeitsplätze. Projekte, die

auf reinen Steuerverbrauch angelegt sind, stellen keine nachhaltige Strukturentwicklungsmaßnahme dar. Ich halte die 5.000 Beamtenstellen, wie viele davon auch immer in der Lausitz ankommen, für Augenschwermerei.

Im sogenannten Eckpunktepapier ist wie im Bericht der Kohlekommission ausdrücklich von wirtschaftsnahen Förderungen die Rede, warum sind Sie für den Mittelstand so skeptisch? Wir sehen Chancen, wenn sie denn tatsächlich kommen. Neben den vielen Ankündigungen und Versprechen bedarf es dazu aber konkreter Gesetze und Rahmenbedingungen. Wir müssen wissen, wie die Programme ausgestaltet werden und wie wir als Unternehmen das realistisch nutzen können. Es gab Bemühungen Richtung Brüssel, um das Beihilferecht aufzuweichen. Es gab Bemühungen zur Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone und um eine besondere Forschungsförderung. Was konkret für den Mittelstand passiert, weiß bis heute noch niemand. Ich bleibe positiv eingestellt und hoffe auf die notwendige Unterstützung. Dabei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen zuerst an den Kernbetroffenen ausgerichtet sind. Es kann nicht sein, dass die berühmte Kartbahn in Halle, eine Turnhalle in Leipzig oder Radwege am Ostsee als Strukturmaßnahme denselben oder gar einen höheren Stellenwert erhalten, nur weil dort eine andere Antragspower oder politische Konstellation vorherrscht. Bei uns kernbetroffenen Mittelständlern gehen tatsächlich Arbeitsplätze verloren, weil im Tagebau- und Kraftwerksumfeld die Arbeit weniger wird und relativ schnell komplett wegfällt. Zwanzig Jahre sind in solchen Prozessen ein sehr kurzer Zeitraum.

Wie erklären Sie sich die Vorfahrt von Kartbahn und Radwegen gegenüber einem direkt betroffenen Industrieunternehmen? Ich hoffe, das waren Schnellschüsse in den Projektlisten und es wird am Ende nicht so kommen. In vielen Gesprächen wird immer klarer, dass uns die Befriedung von Einzelinteressen mit der Gießkanne nicht weiterhilft, wenn wir die industrielle Wertschöpfung nicht nachhaltig transformieren. Hier verstehe ich die Strukturmittel als Ausgleich für den politischen Eingriff, und da sollte die Logik greifen, dass man sich zuallererst um die direkt kernbetroffene Industrie kümmert.

Woran machen Sie Kernbetroffenheit aus? Es geht um diejenigen, die tatsächliche, ernsthafte Verluste zu kompensieren haben. Wenn z.B. im Umfeld des Kraftwerks Lippendorf ein Arbeitsplatz wegfällt, sind Kompensationsmaßnahmen bei allem Verständnis für die Situation im stark wachsenden

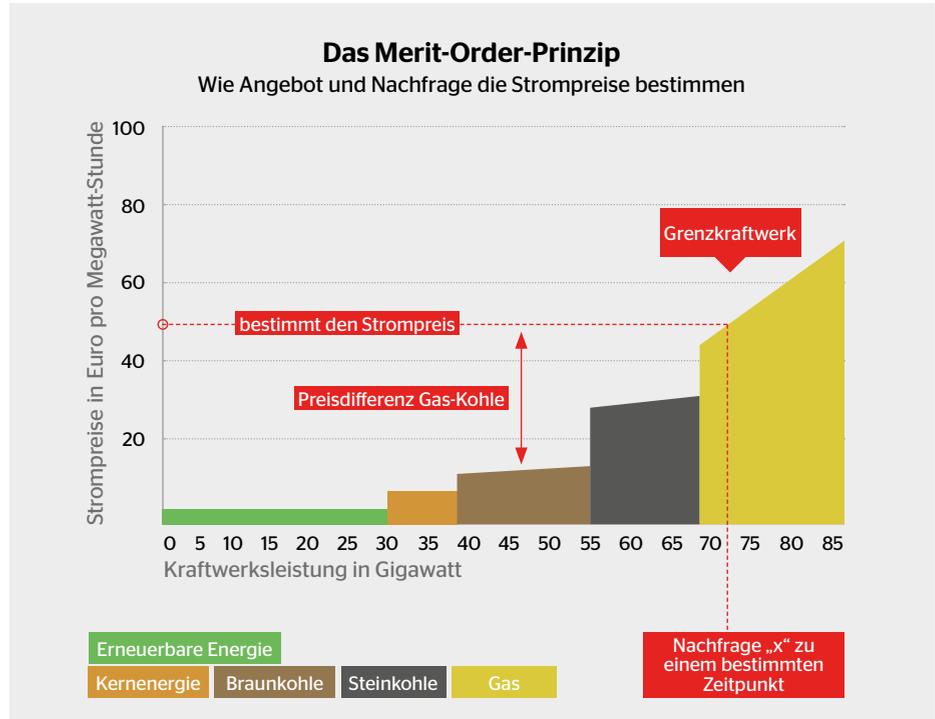
Ballungsraum Leipzig einfacher und sicher auch ohne Strukturmittel zu bewältigen. Das sieht in der strukturschwachen Lausitz ohne prosperierende Ballungsräume ganz anders aus. Kernbetroffenheit muss sich meines Erachtens deshalb an direkten Verlusten und dem strukturellen Umfeld ausmachen.

Wie zeigt sich die Betroffenheit des industriellen Mittelstands im bergbaunahen Bereich der Lausitz? Wir merken – wie auch befreundete Unternehmen – das Preis- und Leistungsdruck im Bergbauumfeld immens zugenommen haben. Die Aufträge werden weniger, der verteilte Kuchen kleiner. Entsprechend Intensiv ist die Schlacht der noch aktiven Unternehmen am Buffet. Für uns befindet sich das Geschäft in diesem Bereich schon seit drei Jahren im Sinkflug. Größere Projekte im Tagebauumfeld werden weniger. Das kann ich beim Exit-Szenario der LEAG mit einem sehr begrenzten Zeithorizont gut verstehen. Der erzwungene Ausstieg geht schon seit zwei bis drei Jahren mit einem zunehmenden Verzicht an Investitionen in die Anlagen einher. Viele Jahre haben wir hier gut mitarbeiten dürfen. Bei uns machte das Projektgeschäft im Bereich Kraftwerk und Tagebau noch vor wenigen Jahren teils über 50 % des Gesamtgeschäfts aus. Dieses Geschäft ist jetzt gar nicht mehr oder nur noch geringfügig und stoßweise mit kleinen Projekten vorhanden. Da ist eine Menge weggebrochen. Wir kompensieren das nach allen Kräften mit dem Aufbau neuer Geschäftsbereiche, aber das braucht Zeit und Geld. Es gibt in der Lausitz auch Unternehmen, die nach wie vor bis zu 100 % vom Bergbaugeschäft leben. Dort ist der Sinkflug existenziell.

Was müsste sich ändern, damit der Mittelstand von Strukturmitteln tatsächlich profitiert? Die Programme müssten mittelstandsaffin sein. Ein Unternehmen mit 50 Mitarbeitern muss mit seinen Maßnahmen an Förderprogramme andocken können. Damit meine ich Forschungs- und Innovationsförderung, im zweiten Zug dann auch Investitionsförderung. Gestalten ließe sich dies durch schnellere Abschreibungsmöglichkeiten oder eine Anteilsfinanzierung aus dem Strukturwandelprogramm, um den Weg in neue Produkte oder Technologien zu begleiten. Dafür brauchen wir neue Maschinen, müssen Mitarbeiter schulen und in neue Geschäftsfelder investieren. Wir werden am Anfang nicht so erfolgreich unterwegs sein, wie das bislang in der angestammten Industrie möglich war. Deshalb brauchen wir im Transformationsprozess andere Rahmenbedingungen und eine intensive Unterstützung mit sehr verlässlichen Regeln vom Bund und vom Land.

Da werden einige aufschreien: Der Lausitz geht es mit dem Milliardenprogramm doch gut genug ... Wenn wir aber auf die Mikroelektronik in Dresden schauen, dann hat dort ein Arbeitsplatz rund 1 Mio. Euro an Investitionen gekostet. Das hat dort auch viele Jahre Sinn gemacht und wird auch weiter Sinn machen. Eine ähnliche Summe hat man auch pro neu geschaffenen Industriearbeitsplatz durch die Errichtung der Spremberger Papierfabrik errechnet. Ein Industriearbeitsplatz hat eine hohe Wertschöpfung und zahlt das langfristig mit Steuern zurück. Auch ich zahle gern Steuern, wenn im Umkehrschluss die Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden, dass wir gesund wirtschaften und die Mitarbeiter gut bezahlen können. Machen wir es konkret am Beispiel eines typischen mittelständischen Anlagenbauers in der Lausitz mit 5 Mio. Euro Jahresumsatz. In dieser Größenordnung leben einige noch großteils von der Kohle. Da bleiben nach Steuern um die 100.000 bis 200.000 Euro, die in Innovation, neue Produkte oder Prozessentwicklung investiert werden können. Das ist ein Fliegenschiss. Um tatsächlich in den globalen Wettbewerb mit neuen Produkten zu kommen und das Unternehmen in die Zukunft zu tragen, wäre mindestens das Zehnfache notwendig. Hier muss die Transformationsförderung ansetzen, um den Mittelständler, der tatsächlich gewillt ist, diesen Weg zu gehen, auch zu begleiten. Wir reden in diesem Zusammenhang auch über andere Rahmenbedingungen bei Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, bei der Finanzierung des Eigenanteils und bei der Nachhaltigkeit der Förderung. Das sind im Übrigen keine Steuergeschenke. Ich sehe das vielmehr als Rabatt auf das, was wir als Unternehmer bisher an Steuern gezahlt haben und auch weiter zahlen werden. Unternehmenssteuern, Wertschöpfung, Lohnsteuern ... das stellt man mit der Investition sicher.

Sie haben sich auch kritisch zur Umstellung von Kohle auf Gas geäußert und einen diesbezüglichen Post des deutschen Vorzeigeunternehmers Reinhold Würth kritisiert, warum? Herr Würth gehört zu einer wachsenden Gruppe von öffentlich wahrgenommenen Personen, die sich ohne genaue Kenntnis physikalischer Zusammenhänge lautstark äußern und damit dem gesamten Transformationsprozess hin zu einer Energiewende der Erneuerbaren schaden. Mich stört dieser unwidersprochene Ruck in Richtung Gaskraft, der aktuell auf breiter Front im Charakter einer Propaganda inszeniert wird, weil es so nicht wahr ist. Zum einen verursacht Gas, wenn man die gesamte Prozesskette und nicht nur die Umwandlung in Energie betrachtet, fast ebenso viel Emissionen wie Kohle. Bei amerikanischem Schiefergas sind es sogar mehr Emissionen als bei unserer Kohle. Zudem bringt diese Umstellung zusätzliche Emissionen durch den Rückbau der Kohleanlagen und ihre



Das Merit-Order-Prinzip: Strom aus Gaskraft ist in den Gestehungskosten heute etwa doppelt so teuer wie Strom aus Braunkohle. Kommen mehr Gaskraftwerke zum Einsatz, wird auch der Strom teurer.

verkürzten Laufzeiten mit sich, der Neubau von Gaskraftwerken verursacht ebenso zusätzliche Emissionen. All das verschlechtert die Leistungsbilanz und wird verschwiegen. Für mich ist Gas als Zwischenlösung für Kohle auf keinen Fall gerechtfertigt. Damit wird nach den Erneuerbaren ein neues Milliarden-Subventionsprogramm aufgelegt, das am Ende auf den Köpfen aller Energieverbraucher lastet.

Warum wird diese Lösung dennoch propagiert? Man bedient sich zur Rechtfertigung unter dem Siegel des Klimaschutzes einer Lüge. Wenn wir in Deutschland über die Umweltfreundlichkeit des Gases reden, betrachten wir nur den Prozess der Verbrennung, also den letzten Prozessschritt. Da ist Gas tatsächlich deutlich umweltfreundlicher als Kohle. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Der Kohleabbau findet im unmittelbaren Umfeld der Kraftwerke statt, die Kohle wird auf einer stationären Förderanlage direkt und mit sehr geringem Energieaufwand ins Kraftwerk transportiert. Im Vergleich dazu wird Gas irgendwo in den USA durch Fracking oder in Russland aus den tiefen Gasfeldern herausgepumpt. Es wird gereinigt, komprimiert, zwischengelagert, transportiert, wieder komprimiert und wieder gelagert. In dieser Vorkette tritt additiv zum CO₂ Methan über Leckagen bei der Förderung und beim Transport aus. Methan wirkt in den ersten zehn bis 20 Jahren seiner Verweildauer in der Atmosphäre fast 90mal klimaschädlicher als CO₂. Irgendwann kommt es dann zur Verbrennung. Diese gesamte Vorprozesskette wird in Deutschland

vernachlässigt. Die Vorprozesskette verursacht mehr Emissionen als die Verbrennung an sich. Für das globale Klima ist aber egal, wann und wo die Emissionen entstehen. Wenn wir uns in Deutschland ehrlich machen, müssen wir deshalb die gesamten Emissionen eines Energieträgers betrachten. Wenn man das tut, kommt man sehr schnell zu dem Schluss, dass es ein fossiles grünes oder klimafreundliches Gas nicht gibt. Das ist ein Paradoxon.

Im sogenannten Eckpunktepapier wird wie im Bericht der Kohlekommission von klimafreundlichem Gas gesprochen, warum verwenden selbst Fachleute diesen Begriff? Man muss zwei Dinge unterscheiden. Es gibt zum einen Gas, das durch Energiewandelprozesse aus regenerativen Energien erzeugt werden kann. Dort wird bis heute mit extrem geringen Effizienzen und Volumen gearbeitet. Die Wirkungsgrade liegen im Bereich der Leistungsfähigkeit moderner Dieselmotoren. Da muss sich noch viel bewegen. Das wird mindestens ein Jahrzehnt brauchen und es wird natürliche Grenzen geben. Meines Erachtens wird man dort nie in Regionen eines Wirkungsgrades vorstoßen, wie wir ihn heute von modernen elektrischen Maschinen gewohnt sind. Nur bei diesem Gas aus regenerativen Quellen handelt es sich um grünes Gas. Es soll aus den Erneuerbaren ausgespeichert werden, wenn sie über die benötigte Nachfrage hinaus anfallen. Wenn wir aber versuchen, das Erdgas aus Russland oder Fracking-Gas aus Amerika als klimafreundliches Gas zu bezeichnen, ist das schlicht gelogen. Dazu ☺

fällt mir ein Zitat von Voltaire ein: Je öfter eine Dummheit wiederholt wird, desto eher bekommt sie einen Anschein von Klugheit.

Warum ersetzt man Kohle ausgerechnet durch Gas? Deutschland hat sich in eine Energiewende verrannt, die dem gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg den politisch beschlossenen Kohleausstieg folgen ließ. Inzwischen wird der Kohleausstieg durch eine Propaganda auch zu einem gesellschaftlichen Konsens vorangetrieben. Mit Atom und Kohle sind die zwei entscheidenden grundlastfähigen Energieträger weg, die für den stabilen Betrieb eines Energienetzes notwendig sind. Erneuerbare sind durch ihren volatilen Anfall nicht grundlastfähig, grünes Gas aus Erneuerbaren wird als Alternative allenfalls in zehn Jahren eine Rolle spielen können. In welchem Ausmaß, vermag heute niemand zu sagen. Das wird auch davon abhängig sein, wie viele weitere hunderte Milliarden an Belastung den Menschen mit der Energiewende noch zusätzlich zumutbar sein werden. Es bleibt also fossiles Gas als einziger grundlastfähiger Energieträger übrig, der in ausreichendem Maß zur Verfügung steht. Wenn Gas CO₂-freien Atomstrom und Kohle ersetzt, haben wir im Ergebnis deutlich mehr Emissionen. Klimapolitisch ist das grober Unfug.

Wo liegt dann der zentrale Nutzen dieser Umstellung? Diese Frage würde ich auch gern beantwortet bekommen. Ich glaube, ein zentraler Nutzen ist die gesellschaftliche Befriedung des Konflikts mit Gruppen, die heute in den großen Städten wohnen und in eine Klimahysterie verfallen sind. Sie haben nicht erkannt, dass unser Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften auf der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und auf der Kernindustrie, das sind die Grundstoffversorgung und die Energiewirtschaft, beruhen. Dass diese Industrie nicht in den großen Städten angesiedelt ist, ist sehr bedauerlich. Dadurch fehlt denjenigen, die einen sehr schnellen Austritt forcieren, die Nähe und Kenntnis zu diesen Prozessen. Wenn wir die zehn großen Städte, die sich jüngst alle vorrangig für grüne Europapolitik entschieden haben, einfach mal in unsere Region einladen und die rein physikalischen Zusammenhänge verständlich machen würden, dann gäbe es möglicherweise ein anderes Verständnis. Vielleicht sollten wir jenen, die Strom nur aus der Steckdose kennen, hin und wieder das Gefühl geben, wie es ohne Strom ist und woher er eigentlich kommt.

Für die deutsche Energiewende gibt es einen großen Konsens in der Wissenschaft, glaubt man den Medienberichten. Was sagen Wissenschaftler zum Umstieg Kohle auf Gas? Das wird öffentlich nicht fundiert diskutiert. Ich teile die Meinung der Wissenschaftler, dass wir langfristig etwas für einen lebenswerten Planeten tun müssen. Ich bin



„Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis.“

Jürgen Trittin (Grüne)

Ex-Bundesumweltminister im Jahr 2004

viel um die Welt gereist und habe in vielen Ecken der Welt gewohnt. In einigen davon kann man heute nicht mehr leben, weil es große Probleme mit Umweltverschmutzung gibt. Wir müssen uns ernsthaft und langfristig damit auseinandersetzen. Es muss aber um machbare Lösungen gehen. Wir sollten keine Lösungen aus politischen Interessenlagen heraus angehen, die am Ende revidiert werden müssen, weil sie realistisch nicht umsetzbar sind. Bei unserer Energiewende fehlen mir neben dem Realismus auch die tatsächlichen Effekte, wenn wir Emissionen und Klimaschäden durch den Umstieg von Kohle auf Gas global sogar bewusst erhöhen. Und dann sind damit auch weitere Steigerungen der Strompreise für private Verbraucher und die Wirtschaft verbunden. Wenn ich mir aber das Merit Order Prinzip anschau, dann muss jedem Fachmann klar sein, dass Energie teurer werden muss, wenn die günstige Kohle durch teureres Gas ersetzt wird. Oder wir reduzieren die Abgabenlast, was auch ein Ziel des Mittelstands ist. Dann wird dem Staat aber mit Blick auf die steigenden Kosten der Energiewende das Geld fehlen und er wird es sich auf anderem Weg von Verbrauchern oder Wirtschaft holen. Wie auch immer man es dreht: Den Umstieg von Kohle auf Gas werden wir alle durch zusätzliche finanzielle Belastungen spüren.

Wieviel teurer ist Gas? Gas ist in den sogenannten Gesteungskosten doppelt so teuer wie Braunkohle. Deshalb glaube ich nicht an das Märchen konstanter Strompreise. Neben den Gesteungskosten ist die zunehmende Volatilität in den Netzen der zweite Preistreiber. Die Kompensationsmaßnahmen im deutschen Energienetz nehmen jährlich rapide zu. Wir sehen, dass ausländische Netzbetreiber ihre Netze an der Schnittstelle zu Deutschland durch Spatenschieber abriegeln. Der Kampf ums stabile Netz wird deutlich aufwändiger, das wird auch Kosteneffekte mit sich bringen. Ein dritter Punkt ist der Riesenbedarf an Infrastrukturmaßnahmen, um neue Gaskraftwerke zu bauen, um den erneuerbaren Strom vom Norden in den Süden zu bekommen. Ein vierter Bereich dürfte sogar der teuerste werden, auch wenn heute noch nicht intensiv darüber gesprochen wird. Wir müssen Speicher im großen Maßstab mit Kapazitäten nicht nur für ein paar Stunden, sondern für Dunkelflauten

mit ein bis zwei Wochen Dauer schaffen. In Dunkelflauten ist der Beitrag von Strom aus Sonne und Wind nahe Null. Wir begleiten im Unternehmen ein Projekt für einen rotationskinetischen Speicher, der gerade einmal 500 KW-Stunden Kapazität aufweist. Wenn Atom und Kohle nicht mehr verfügbar sind, müssen in Dunkelflauten pro Tag unglaubliche Mengen gespeicherter Energie verfügbar sein, wir reden von Volumen um die 50 Gigawatt pro Stunde. Wenn man das auf ein oder zwei Wochen hochrechnet, ist das Speicherproblem schnell zu erkennen. Auch hier müssen wir uns ehrlich machen: eine Lösung ist ungewiss, braucht auf jeden Fall mehr als ein Jahrzehnt und wird immense Kosten nach sich ziehen. Der Ausstieg aus Kohle und der Ausbau der Erneuerbaren wird unweigerlich zu einer deutlichen Preissteigerung führen. Das steht im Kontrast zu dem, was die Regierung derzeit verkündet. Wir erinnern uns an Herrn Trittin, der uns einst glauben machen wollte, die Energiewende kostet jeden Durchschnittshaushalt in Deutschland pro Monat nicht mehr als eine Kugel Eis.

Wird die Preissteigerung Einfluss auf die Klimaschutzdebatte und den Umstieg von Kohle auf Gas entfalten? Würden die Tatsachen auf dem Tisch liegen, ganz sicher. Bei der Energiewende erleben wir aber eine Salamtaktik. Wir merken jetzt auch aus den Berichten der Branchenverbände der Erneuerbaren Energien, dass deren Geschäft durch die gesunkenen Beiträge für die Einspeisevergütung und die verringerten Subventionen für Neuanlagen leidet. Wenn die Bundesregierung ihre Ziele erreichen will, muss sie neue Marktanreize setzen. Das kann nur funktionieren, wenn der Strompreis aufs Neue belastet wird.

Beeinflusst die Umstellung von Kohle auf Gas auch wirtschaftliche Kreisläufe? Diese Dimension wird derzeit noch gar nicht reflektiert. Da Kommunen aktuell aufgrund von Förderrichtlinien fast gezwungen sind, bis 2022 neue Gaskraftwerke in Betrieb zu bringen, entstehen in Regionen wie Leipzig oder Cottbus Situationen, die nicht nachvollziehbar sind. In Nähe zu Kohlekraftwerken, die aufgrund der Netzstabilität und des Energiebedarfs noch über einen langen Zeitraum betrieben werden müssen, werden parallel Kapazitäten errichtet, die für

zusätzliche Emissionen sorgen. Statt die Abwärme der Kohlekraftwerke zu nutzen baut man neue Gaskraftwerke. Das gefährdet im Übrigen auch historisch gewachsene Wirtschaftskreisläufe. So profitiert die chemische Industrie von günstiger Wärme der Kohlekraftwerke, andere Unternehmen beziehen Prozessdampf. Verändern sich nun Parameter für Betreiber der Kohlekraftwerke, gefährdet das auch solche wirtschaftlichen Kreisläufe. Zudem wird es durch die zunehmende Dezentralisierung meines Erachtens immer schwerer, tatsächlich Klimaschutz zu betreiben und Emissionen zu senken. Und das sollte ja das eigentliche Ziel der Energiewende sein.

Wie ist das zu verstehen? Die Zentralisierung der Stromerzeugung hat sie günstig gemacht und an gewissen Punkten gebündelt. Es ist meines Erachtens zielführender, sich genau an diesen Punkten mit mehr Klimafreundlichkeit zu beschäftigen. In den letzten Monaten ist hier das Thema CCS und CCU mehrfach angesprochen worden, auch durch Angela Merkel. Es besteht ein Konsens bis hin zum Potsdamer Klimaforscher Schellnhuber, dass globaler Klimaschutz ohne diese Technologien nicht funktionieren wird. Meinen wir es ehrlich mit Klimaschutz und Minderung der Emissionen, müssen wir neu über die Abscheidung und Verpressung, besser noch die Wiedernutzbarmachung von CO₂ in der Lausitzer Energiewirtschaft nachdenken. Bei der EU liegen 3,5 Milliarden für ein CCS-Projekt in Deutschland, das einst mit einem Demonstrationskraftwerk in der Lausitz errichtet werden sollte. Stattdessen entstehen zunehmend kleinere dezentrale Kapazitäten, bei denen Technologien zur Emissionsminderung künftig mit Mehrkosten verbunden sein werden. Auch diese werden die Verbraucher schultern müssen.

Wie sind Sie als Mittelständler von der Entwicklung der Strompreise betroffen? Das steht und fällt mit dem Anteil der Stromrechnung an der Gesamtwertschöpfung im Unternehmen. Für uns als Anlagenbauer ist das überschaubar. Für viele wichtige Industrien in Deutschland sind Stromkosten allerdings eine zentrale Wettbewerbsposition. Ein weiterer Anstieg führt zu deren Abwanderung oder zur Schließung der Betriebe in Deutschland. Das ist ein Prozess, der bereits läuft. Neben den reinen Stromkosten steigen in Deutschland auch die gesetzlichen, steuerrechtlichen und sonstigen Anforderungen an das deutsche Stromnetz. Mit unserem Unternehmen haben wir Strom jahrelang mit einem Kostenvorteil aus dem stabilen Netz eines Tagebaubetreibers bezogen. Vor drei Jahren musste das aufgrund gesetzlicher Regelungen, deren Sinn sich nicht erschließt, auf einmal abgetrennt werden. Mit einer immensen Investition mussten wir unser Unternehmen mit einer neuen

Energieversorgung ausstatten, weil es der Gesetzgeber so gefordert hat. Novellierungen an Energiesteuern oder technischen Regelungen, die von wirtschaftsfernen Bürokraten vorgenommen werden, können so bis an die Substanz gehen. Das zehrt – und Energie ist nur eines von vielen Themen, mit denen sich ein Mittelständler auseinandersetzen muss.

Eine neue Hoffnung für Lausitzer Unternehmer könnte das Russlandgeschäft mit sich bringen. Wie werten Sie Kretschmers Auftritt bei Putin entgegen der aktuellen Bundessicht? Ich finde es nachvollziehbar. Es geht um die gemeinsame Historie mit der sächsischen Wirtschaft und der Region. Die Nähe, das Verständnis und die Mentalität stehen im Vordergrund. Ich verstehe die Aktivitäten von Michael Kretschmer und halte seinen Weg für richtig, die deutsch-russischen Beziehungen im Rahmen der geopolitischen Möglichkeiten zu entkrampfen und für Sachsen neue Brücken zu bauen.

Sehen Sie Russland als wichtigen Partner für die Lausitz? In Russland gibt es einen riesigen Investitionsbedarf. Ich reise seit 1995 permanent in das Land und habe dort viele Projekte begleitet. Dort schätzt man den Wert unserer Produkte und unserer Ingenieursarbeit sehr hoch ein. Aber die Bereitschaft, auf sächsische oder brandenburgische Produkte zu warten, sinkt mit der Erkenntnis, dass Produkte und Serviceangebote aus dem asiatischen Raum in gewisser Weise ein brauchbarer Ersatz sein können. Sie mögen technisch nicht so zuverlässig und komplex sein, sind dafür aber günstiger. Das fördert den Kompromiss. Wenn dort erst stabile Handelsbeziehungen geschaffen wurden, haben wir es viel schwerer, alte Niveaus in unseren Handelsbeziehungen mit Russland zu erreichen. Deshalb sollten wir anfangen, wieder Brücken zu bauen. Wir müssen verstehen, dass die Krim für eine gewisse Zeit eine geopolitische Tatsache ist, an der wir durch handelspolitische Maßnahmen kaum rütteln werden. Das mag man gut finden oder nicht, man muss die Maßnahmen auf dem politischen Parkett aber abwägen, genauso wie ich als Unternehmer meine Maßnahmen hinterfragen muss. Das hat Michael Kretschmer offensichtlich getan. Ich hoffe, dass sich jetzt ein Umfeld entwickelt, in dem wir wieder bessere Geschäfte machen können.

Wie kann man mit Rücksicht auf die Vorbehalte der Bundesregierung für die Lausitz neue Brücken zu Russland bauen? Durch Austausch auf allen Ebenen, vom Petersburger Dialog bis zu den kleinen Kontakten auf unserer Geschäftsebene. Wir müssen diese Brücken aufbauen und einander zu hören. Das schafft Verständnis für die Position des jeweils anderen und die Möglichkeit, wieder in eine stärkere

Zusammenarbeit zu kommen. Das Problem liegt auch nicht im Bereich des Exports von Dienstleistungen und Produkten, sondern bei den Banken, die man für solche Exportgeschäfte benötigt. Dort wurden große Barrieren aufgebaut, die den Zahlungsverkehr und damit das Geschäft behindern. Die Handelsbarrieren haben ihre unternehmerische Auswirkung in Russland mit einem immensen Investitionsstau. Viele Unternehmen, die dort früher gewachsen sind und Märkte entwickelt haben, sind in Schwierigkeiten. Könnten die Geschäfte neu entfaltet werden, würden beide Seiten gewinnen.

Wenn auch andere Unternehmer wie Sie deutliche Veränderungen benötigen, warum bleibt der Lausitzer Mittelstand öffentlich so zurückhaltend? Jeder ist mit seinen eigenen Herausforderungen beschäftigt. Wir haben über Energie, Änderungen der Geschäftsumfelder, also Innovation und Investition gesprochen, und das sind nur kleine Bereiche unseres Tagesgeschäfts. Bei uns bindet z.B. der Bereich Personal momentan große Kapazitäten. Risikogeschäftsmodelle sind ein Thema. Am Ende des Tages steht auch ein Unternehmer vor der Frage, wofür er seine eingeschränkten Ressourcen verwendet. Jeder einzelne Unternehmer schaut zuerst auf sein Team und auf das, was unmittelbar vor ihm liegt. Vielleicht kann der Mittelstand im Rahmen des Entwicklungsprozesses der Lausitz wieder stärker zusammenrücken und seine Sorgen stärker artikulieren. Dass diese in Dresden und Potsdam angekommen sind, haben wir in den letzten Wochen gehört. Darauf muss man aufbauen.

Was wünschen Sie sich bis zu den Landtagswahlen, was für die Zeit danach? Mit großem Abstand: stabile politische Verhältnisse! Ich wünsche mir zudem schnell klare Regelungen für den Mittelstand, was die strukturelle Förderung und die Begleitung des Prozesses auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene angeht. Wir wollen die Lausitz voranbringen, dazu brauchen wir schnell realistische Instrumente. ☒



Steffen Söll
Geschäftsführender Gesellschafter
SKM Group
www.skm-group.com



Foto: LMBV

Reviertransfer Lausitz

Mit der fortlaufenden Rubrik Reviertransfer begleitet das Lausitz Magazin seit zwei Jahren den dynamischen Wandel der Lausitz und spürt Prozessen und Akteuren nach. Es bleibt eine Betrachtung, die aufgrund der vielfältigen und sich oft überlagernden Entwicklungen nicht frei von Fehlinterpretation sein kann. Aber die Zuversicht nimmt zu. Anfängliche Skepsis weicht inzwischen einer positiven Tendenz. Liebe Lausitz, so kann es gern weiter gehen!

Passend zum Frühjahr ist endlich eine Aufbruchstimmung in die Lausitz eingezogen. In den vergangenen Jahren hat es die Region geschafft, auf die besondere Situation des Reviers im Osten hinzuweisen und auch in Berlin eine Sensibilität für den Landstrich zwischen Berlin und Dresden zu generieren. Der Abschlussbericht der WSB-Kommission ist ein Dokument dieser Bemühungen und führt in den einleitenden Kapiteln detailliert auf, warum die Lausitz einer gesonderten Betrachtung und deutlich stärkeren Förderung bedarf. Zudem haben die beiden „Lausitzer“ Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Dietmar Woidke auf dem Bundesparkett einen hervorragenden Job für die Lausitz gemacht. Im Ergebnis ist jetzt von 18 Milliarden Euro und weiteren unterstützenden Maßnahmen für ein Gelingen der Strukturentwicklung in der Lausitz die Rede. In der Region hat sich die WR Lausitz als zentrale Entwicklungsplattform auf den Weg gemacht, ist zügig in Personal und Projektmitteln gewachsen und managt bereits finanzielle Töpfe in Höhe von 35 Millionen Euro für die Region. Die Lausitzer Hochschullandschaft wird erstmals mit namhaften Forschungsinstituten ausgestattet, erste stehen fest, weitere sollen folgen. Kurzum: Es ist Zeit, die Leier der Betroffenheit hinter sich zu lassen und die Chancen anzupacken.

Jedem in der Lausitz muss dabei bewusst sein, dass jeder künftige „Deal“ im Vergleich zum jetzt erreichten enorme Risiken in sich bergen würde. Noch ist nicht abzusehen, welche Auswirkungen einerseits die schwächelnde Konjunktur, andererseits die Entwicklung der Energiewende insbesondere ab dem Atomausstieg 2022 in der energieintensiven Industrie Deutschlands verursacht. Ebenso deuten sich in der Automobilbranche Probleme durch Managementfehler und einen langjährigen Dornröschenschlaf bei der Entwicklung moderner, umweltfreundlicher Antriebe an. Wenn auf diese Industrien Probleme zukommen, dann wird auch die Lausitz schlagartig an Priorität verlieren. Insofern sollte die Region ihren Ministerpräsidenten den Rücken stärken, wenn es jetzt ums Aushandeln und möglichst schnelle Verabschieden eines Maßnahmengesetzes für die Unterstützung der Reviere geht. Im April soll schon ein Entwurf auf dem Tisch liegen, der muss aber noch den politischen Prozess überstehen und schließlich verabschiedet werden. Es wäre ein Erfolg, wenn das bis zum Jahresende in trockenen Tüchern wäre. Gesetze können sich bekanntlich mit veränderten politischen Konstellationen ebenso ändern – insofern steht dann eine nachhaltige Regelung etwa in Form eines Staatsvertrages aus. Das Gute an diesem Prozess: er liegt im Interesse

aller Beteiligten, egal wie sie zum Thema Kohleausstieg stehen. Denn er betrifft die Strukturentwicklung und ist losgelöst vom Klimaschutz zu sehen.

Diesen hoffnungsvollen Tendenzen stehen in diesem Jahr leider Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt gegenüber. Wenn die Politik es nicht versteht, trotz Wahlkampf für die Lausitz an einem Strang zu ziehen und die aktuellen Chancen für die Region über ihre Befindlichkeiten zu stellen, wird das alle positiven Entwicklungen hemmen. Gewinnen wird dann einmal mehr der Populismus – und wenn hier der Trend der letzten Wahlen eine Fortschreibung erfährt, kann sich die Lausitz auf einen ausgiebigen Medienreflex verlassen und für Investoren und dringend benötigte „neue Köpfe“ zum Niemandsländ werden. Der nach außen getragene Schulterschluss zwischen Kretschmer und Woidke ist das richtige Signal, er muss dann aber auch inhaltlich in einer besseren Zusammenarbeit und Abstimmung etwa in Zukunftsprojekten für die Lausitz umgesetzt werden. Gleiches gilt für das Verhältnis zwischen Land und Landkreisen. Ein halbes Jahr hat die Politik Zeit, den Menschen in der Lausitz Verunsicherung zu nehmen und sie für eine Kehrtwende zu begeistern. Möglichkeiten dazu bieten sich reichlich. Einige stellen wir in dieser Ausgabe des Reviertransfers vor.

Der Abschlussbericht der Kommission

Foto: picture alliance/POP-EYE



Übergabe des Abschlussberichts der WSB-Kommission an die Bundesregierung am 26. Januar 2019.

In den vergangenen Wochen wurde viel über den Abschlussbericht der WSB-Kommission geschrieben und diskutiert. Die Wenigsten haben das Papier gründlich gelesen. Dabei umfasst der wesentliche Teil gerade einmal 108 Seiten, für die folgenden knapp 170 Seiten mit Anhängen und Projektlisten der einzelnen betroffenen Reviere reicht ein Überfliegen. Mehr sind die Projektlisten, die vor allem für Brandenburg und Sachsen meist nur Überschriften versammeln und keinerlei Systematik oder Strategie erkennen lassen, derzeit auch kaum Wert. Man merkt diesen an, dass hier noch einige Hausaufgaben zu erledigen sind. Den Bericht kann man sich auf der Webseite der Kommission unter www.kommission-wsb.de gleich auf der Startseite als PDF-Dokument herunterladen.

Auch wenn der Abschlussbericht lediglich eine Empfehlung an den Berliner Politikbetrieb darstellt, wäre die Lausitz gut beraten, das Werk als gesellschaftlichen Konsens zu unterstützen und Berlin eine schnelle Umsetzung abzuverlangen. Mit einem Kohleausstieg bis 2038 kann die Region (über)leben, zumal hier ein laufendes Monitoring erst unter Beweis stellen muss, dass dies mit Blick auf die Versorgungssicherheit auch möglich ist (siehe hierzu Interview mit Prof. Harald Schwarz ab Seite 45). Deshalb ist es richtig, an diesem Konsens nicht zu rütteln. Im Übrigen ist der Bericht ein großes Geldversprechen an die betroffenen Regionen und Unternehmen. Es betrifft vor allem vier Bereiche:

- Deutschland verfügt derzeit über die höchsten Strompreise Europas für Verbraucher. Hier soll eine Entlastung stattfinden, um auch die Akzeptanz der Energiewende zu stärken.
- Für den vorzeitigen Kohleausstieg sollen die betroffenen Energieunternehmen eine angemessene Entschädigung erfahren.
- Die durch den vorzeitigen Kohleausstieg verhinderten Einnahmen für die anschließende Wiedernutzbarmachung bzw. Rekultivierung von Tagebauflächen sollen abgesichert werden.
- Der vierte und für die Lausitz entscheidende Bereich sind dann die Empfehlungen für die institutionelle Verankerung und Finanzierung der Strukturentwicklung der betroffenen Reviere. Er enthält über die oft zitierten 18 Milliarden Euro Strukturentwicklungshilfen noch weitere Aspekte, die wir zum besseren Verständnis der Diskussion und der bestehenden Möglichkeiten einmal ausführlich vorstellen. ☉

IHR ANTRIEB FÜR NEUES.



ŠKODA



Jetzt
vorbestellen.

Der Neue ŠKODA SCALA.

Der SCALA geht neue Wege – gehen Sie mit und erleben Sie ŠKODA ganz neu. Entdecken Sie seine emotionale Formensprache, die es in Serie so noch nie gegeben hat. Und lassen Sie sich keines der aufregenden Highlights entgehen: Zahlreiche „Simply Clever“-Lösungen, modernste Technologien und ein hohes Maß an Sicherheit machen diesen Kompaktwagen zum perfekten Begleiter in jeder Lebenslage. Denken Sie nicht zurück, sondern voraus – mit dem Neuen ŠKODA SCALA. ŠKODA. Simply Clever.

Abbildung zeigt Sonderausstattung.

AUTOHAUS
SCHIEFELBEIN

AUTOHAUS SCHIEFELBEIN GMBH

Nardtter Weg 1, 02977 Hoyerswerda
Tel.: 03571 60820-0, Fax: 03571 60820-11
info@ah-schiefelbein.de

AUTOHAUS SCHIEFELBEIN GMBH

Ahlbecker Straße 1, 01968 Senftenberg
Tel.: 03573 80881-0, Fax: 03573 80881-11
sfb@ah-schiefelbein.de

www.ah-schiefelbein.de



Hilfen zur Strukturentwicklung

Der Abschlussbericht der WSB-Kommission enthält auf den letzten 20 Seiten die Vorschläge der Kommission zu vielen Maßnahmen, die den Strukturwandel der betroffenen Kohleregionen begleiten sollen. So soll die Lausitz zur 5G-Modellregion werden, Infrastrukturprojekte sollen höher priorisiert und in der Planung beschleunigt werden, alle dringlichen Vorhaben für Schiene und Straße sind dargestellt. Zudem werden die später ausgeführten Forschungsinstitute und weitere Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Innovation beschrieben. Weitere Punkte widmen sich der Ansiedlung von Bundesbehörden und der Fachkräfteentwicklung, bevor es dann im Bereich „Institutionelle Verankerung“ ans Eingemachte geht. Er enthält auch die Empfehlungen zur Finanzierung der Maßnahmen, die entscheidenden sind hier als Auszug wiedergegeben:

- In einem **strukturpolitischen Sofortprogramm** werden die im Bundeshaushalt für die aktuelle Legislaturperiode eingeplanten **1,5 Mrd. Euro** verwendet. Die Bundesländer einigen sich mit dem Bund zeitnah, welche konkreten Maßnahmen bis Ende 2021 umgesetzt werden können. Zur Umsetzung der von den Regionen benannten Strukturentwicklungsstrategien werden erste Maßnahmen bevorzugt aus den laufenden Programmen der verschiedenen Bundesetats gefördert, die dafür entsprechend verstärkt werden.
- Um ein sichtbares Zeichen zu setzen, empfiehlt die Kommission zudem, für den Zeitraum 2019 bis 2021 einen ersten Investitionsanreiz für die Kohlereviere aufzulegen (**Sofortprogramm für unternehmerische Investitionen**):
 - a) Es wird kurzfristig eine Investitionszulage für die Braunkohlereviere eingeführt. Das Ziel ist die Aktivierung privater Investitionen (...)
 - b) Die für das Programm „Unternehmen Revier“ (Ideenwettbewerbe in den Revieren) vorgesehenen jährlichen Mittel werden substanziell aufgestockt.
 - c) Das Programm „WIR! – Wandel durch Innovation in der Region“ wird über die Laufzeit des gesamten Prozesses verlängert (...) und aufgestockt.
- Ein Bestandteil des Gesetzespakets soll ein Maßnahmenpaket sein, in dem etwa Maßnahmen des Bundes bzw. mit Bundesbeteiligung insbesondere im Bereich **Infrastrukturausbau, Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie Ansiedlung** von Behörden und von Forschungseinrichtungen geregelt werden könnten. Die Kommission erachtet es als erforderlich, dass der Bund hierfür ein zusätzliches Budget für aus dem Bundeshaushalt zu finanzierende Einzelprojekte für die von einer vorzeitigen Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Länder von pro Jahr **1,3 Mrd. Euro über 20**

Jahre bereitstellt. Das Maßnahmenpaket soll zudem in einem zu ratifizierenden Staatsvertrag zwischen dem Bund sowie den betroffenen Ländern und Kommunen umgesetzt werden. Ein Beispiel für eine solche rechtliche Konstruktion könnte etwa das Berlin-Bonn-Gesetz sein. Die Regelungen des Maßnahmenpakets müssen sicherstellen, dass die notwendige Flexibilität in dem jahrzehntelangen Prozess der Strukturentwicklung ermöglicht wird. Die Kommission erwartet, dass die Bundesregierung bis zum 30. April 2019 die Eckpunkte für ein solches Maßnahmenpaket in Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern vorlegt.

- Über das Maßnahmenpaket hinaus wird zur mittel- und langfristigen **Absicherung strukturpolitischer Maßnahmen** aus Mitteln des Bundes den Ländern eine Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt, die von der Haushaltslage unabhängig ist. Die Kommission empfiehlt für die von einer vorzeitigen Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Länder jährlich Mittel in Höhe von **0,7 Mrd. Euro über 20 Jahre** zur Verfügung zu stellen. Durch ein solches Budget wird die Möglichkeit geschaffen, auf heute noch nicht absehbare Anforderungen der Strukturförderung flexibel und projektoffen reagieren zu können.
- Zusätzlich ist zur Verbesserung der Verkehrsanbindungen ein **Sonderfinanzierungsprogramm für Verkehrsinfrastrukturen** einzurichten.
- Darüber hinaus sind für erforderliche beschäftigungspolitische Maßnahmen entsprechende Bundesmittel vorzusehen (...).

Aus den zwei Bereichen mit je 1,3 Milliarden und 0,7 Milliarden Euro über 20 Jahre hinweg ergeben sich die 40 Milliarden Euro für alle betroffenen Kohlereviere, deren Anteil für die besonders betroffene

Lausitz mit 18 Milliarden Euro diskutiert wird. Was genau das Sonderfinanzierungsprogramm für Verkehrsinfrastrukturen umfassen soll, bleibt sehr schwammig. Hier besteht sicher die größte Herausforderung in den Verhandlungen mit der Bundesregierung. Einen Vorgeschmack darauf gab bereits Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer im vergangenen Jahr, der keines der Lausitzer Vorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufnahm. Sollten die 18 Milliarden nun auch für etliche Projekte erhalten müssen, bei denen sich Bundesministerien an anderer Stelle zurückhalten, droht eine Umschichtung und Minderung der möglichen Effekte für die Strukturentwicklung. Besonders interessant wäre, was in das schwammig formulierte und bislang kaum diskutierte Sonderfinanzierungsprogramm für Verkehrsinfrastrukturen hineininterpretiert werden kann. Wenn dies auch Maßnahmen wie das zweite Gleis zwischen Cottbus und Lübbenau und die Elektrifizierung Richtung Görlitz sowie den Ausbau wichtiger Straßenverbindungen beinhaltet, dann wären die 18 Milliarden tatsächlich ein enormes Volumen für die Strukturentwicklung der Lausitz.

Die Lausitz sollte also aufmerksam beobachten, was aus diesen Empfehlungen in welcher Geschwindigkeit wird. In der Vergangenheit folgte den Ankündigungen für Bundeshilfen für viel zu lange Zeit oft einfach nichts. In Deutschland benötigen Maßnahmen z.B. im Bereich der Infrastruktur bis zur Umsetzung durchaus Zeiträume von bis zu zehn Jahren. Um den Lausitzern schnell glaubwürdige und konkrete Signale für eine neue Zukunft zu liefern, muss der Druck aus der Region aufrecht erhalten werden. Wichtig ist dabei vor allem, dass die Verträge für Strukturhilfen VOR den Verträgen zum Klimaschutz unterschrieben sind.

Das zweite Gleis zwischen Cottbus und Lübbenau. Es soll kommen, nur wann?



Der fehlende Mittelstand



Foto: Steffen Schwentk

Der Lausitzer Mittelstand spürt die Folgen nachlassender Investitionen in der Energiewirtschaft bereits.

Zwei Kritikpunkte muss sich der Bericht der WSB-Kommission gefallen lassen. Der Begriff Mittelstand kommt im Kommissionsbericht nur fünf Mal vor, zusätzlich in einem Projekttitel. Nimmt man die Projektlisten im Anhang dazu, erhält man ganze zehn Treffer. Der Begriff Industrie hingegen ist 512 Mal enthalten. Aktuell trägt in der Lausitz aber der Mittelstand die meisten Lasten, für ihn steht auch keine Entschädigung in Aussicht. Das Investitionsvolumen des Lausitzer Energieunternehmens betrug nach eigenen Angaben 2017 noch rund 900 Millionen Euro, mit denen auch in der Lausitz rund 1.000 Dienstleister beauftragt wurden. Im industriellen Mittelstand sind die Umsätze in der Kohlesparte nun teils stark rückläufig, der Preisdruck wächst – während das Erschließen neuer Geschäftsfelder Zeit und Kapital benötigt. Dabei ist der Mittelstand auch in der Lausitz in seiner Breite das Fundament der Wirtschaft. Auch wenn im Kommissionsbericht von einem Sofortprogramm für unternehmerische Investitionen z.B. durch kurzfristige Schaffung einer Investitionszulage die Rede ist, so benötigt der Mittelstand die Kraft zum Schultern des privaten Anteils und andererseits eine Vereinfachung bei den zeit- und kräftezehrenden bürokratischen Hürden, die hierzulande mit der Beanspruchung von Fördermitteln einhergehen.

Andererseits lohnt es für den Mittelstand auch mehr denn je, sich aktiv um Fördermittel zu bemühen. Allein die WR Lausitz betreut derzeit verschiedene Projekte mit mehreren Millionen Euro Fördervolumen, die z.B. im Bereich Mobilität, Innovation oder Geschäftsfelderweiterung greifen können. Zumindest jedes halbe Jahr folgen allein über diese Plattform Projektaufträge zu unterschiedlich ausgerichteten Förderschwerpunkten. Ein Prozess, den der BVMW in der Region Südbrandenburg unter Ralf Henkler intensiv begleitet – einigen Mittelständlern wurde über diesen Verband bereits die passende Unterstützung an die Seite gestellt, um die Beteiligung an Projektaufträgen der Wirtschaftsregion zu ermöglichen. Der Mittelstandsverband ist sicher auch die richtige Adresse, um die Interessenvertretung der Lausitz in diesem unterbelichteten Feld Berliner Wahrnehmung zu korrigieren. Noch kann es gelingen, den Mittelstand stärker in den Projekten zu verankern, als es die Projektlisten der Länder in Anhang des Kommissionsberichtes hergeben. Ihnen gilt der zweite, größere Kritikpunkt. ☉



Der neue Kia Ceed EDITION 7 Limited.
Auf ins Leben.



Kia Ceed 1.4 EDITION 7 | Preisvorteil
für € 16.990,- | € 3.710,-¹

Abbildung zeigt kostenpflichtige Sonderausstattung.



The Power to Surprise

Starten Sie mit dem neuen Kia Ceed 1.4 EDITION 7 Limited durch und sichern Sie sich jetzt einen Preisvorteil von € 3.710,-¹. Besonderes Highlight: das umfangreiche Emotion-Paket mit beheizbarem Lederlenkrad, Parksensoren hinten, 16-Zoll-Leichtmetallfelgen und Rückfahrkamera² inkl. Übertragung auf den 7-Zoll-Multimediabildschirm. Zusätzlich profitieren Sie von tollen Features wie dem Start-Stopp-System und den getönten Scheiben. Immer mit an Bord: unsere 7-Jahre-Kia-Herstellersgarantie*, das Kia Qualitätsversprechen.



Start-Stopp-System (ISG) • Rückfahrkamera² (Übertragung auf Multimediabildschirm) • 7-Zoll-Touchscreen • Beheizbares Lederlenkrad • Sitzheizung vorn • Getönte Scheiben • u. v. a.

Kraftstoffverbrauch Kia Ceed 1.4 EDITION 7 (Super, Manuell (6-Gang)), 73 kW (100 PS), in l/100 km: innerorts 7,3; außerorts 5,3; kombiniert 6,0. CO₂-Emission: kombiniert 137 g/km. Effizienzklasse: C.³

Gerne unterbreiten wir Ihnen Ihr ganz persönliches Angebot. Besuchen Sie uns und erleben Sie den neuen Kia Ceed EDITION 7 Limited bei einer Probefahrt.

AUTOHAUS
Tosch OHG
...man fährt drauf ab und kommt gut an

Berliner Straße 17 • 15926 Luckau
Tel.: 03544 555920 • Fax: 5559218

*Max. 150.000 km Fahrzeug-Garantie. Abweichungen gemäß den gültigen Garantiebedingungen, u. a. bei Lack und Ausstattung. Einzelheiten unter www.kia.com/de/garantie

¹ Preisvorteil gegenüber der unverbindlichen Preisempfehlung der Kia Motors Deutschland GmbH für ein vergleichbar ausgestattetes Serienmodell. Angebot gültig bis 15.06.2019 und nur solange der Vorrat reicht.

² Der Einsatz von Assistenz- und Sicherheitssystemen entbindet nicht von der Pflicht zur ständigen Verkehrsbeobachtung und Fahrzeugkontrolle.

³ Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen.

Die Projektlisten

Anhand der Projektlisten wird deutlich, dass die Länder ihre hoheitlichen Planungsaufgaben in den Kohleregionen zu lange vernachlässigt haben. Beim Überfliegen wird schnell eine gewisse Planlosigkeit sichtbar. Viele Projekte kommen kaum über Überschriften hinaus, so steht sogar einmal zum Projekttitel der falsche Folgetext, dann tauchen Projekte aus einer ersten Hauptliste bei den Folgelisten mit zeitlicher Priorisierung gar nicht mehr auf. Kein Wunder, dass man diese „Wunschlisten“ in Berlin hinter den Kulissen belächelt. Welchen Impuls der Bau einer BMX-Halle oder ein Kanuverleih der Strukturentwicklung einer Region geben sollen, ist schwer zu

vermitteln. Sicher hat jedes Projekt seine Berechtigung – nur wirken die Projektlisten beliebig, als hätte man auf den letzten Drücker mangels eigener Planung die Wünsche aus der Fläche eingesammelt. Wer die Prozesse kennt, der weiß auch, wie nah das an der Realität ist. Dass für die Lausitz durch Brandenburg und Sachsen unterschiedliche Projektlisten eingereicht wurden, denen die Lausitzrunde eine dritte hinzufügte, spricht für die fehlende Abstimmung. Hier sollte man den Mut zur Ehrlichkeit haben und dringend nachbessern. So zu tun, als wären die Projektlisten ausgeklügelt und ein guter Plan, würde andere, evtl. effizientere Maßnahmen, unnötig blockieren.

Einzig das Saarland, das sich allerdings schon deutlich länger im Veränderungsprozess befindet und wahrscheinlich aufgrund des dort verfehlten Strukturwandels mit in den Topf der Strukturhilfen für die Reviere aufgenommen wurde, lässt in seiner Projektliste einen roten Faden und einen guten Plan erkennen. Wir versuchen im Folgenden, für die Lausitz ähnlich dem Saarland Entwicklungslinien aufzuzeigen, die so (noch) nicht in den Projektlisten auszumachen sind, der Lausitz aber evtl. das Wesentliche zum Bewältigen der Strukturentwicklung liefern könnten: neue Wertschöpfungsketten.

Neue Wertschöpfungsketten

Eine neue Willkommenskultur scheint in die Lausitz einzuziehen. Vielen Worten in vergangenen Jahren folgen erste konkrete Hoffnungsträger. Zuletzt hat die Airbus-Tochter Apworks einen Kooperationsvertrag mit der BTU Cottbus-Senftenberg unterzeichnet, um Bauteile der Zukunft aus dem 3D-Drucker in Serienreife zu bringen. Das Projekt dürfte weltweit einmalig sein, das Land Brandenburg investiert 12,5 Mio. Euro. Eine Fabrik als Vorseriencenter im Umfeld der BTU soll folgen. Parallel haben zum Jahresbeginn der Chef der Cottbuser IHK, Marcus Tolle und WR.Lausitz-Chef Torsten Bork ein Expertenteam für Ansiedlungen größerer Unternehmen ins Leben gerufen. Der eine hat Erfahrungen im Bereich industrieller Großansiedlungen, der andere die zentrale Entwicklungsplattform und beste Kontakte zu Ländern, Bund und EU. Investoren haben in der Lausitz, initiiert von zwei Neu-Lausitzern, endlich einen Ansprechpartner und ein erfahrenes Team als Anlaufstelle. Operativer Kopf der Task Force ist mit Dr. Martin Wilke ein Ostbrandenburger. Der promovierte Entwicklungsingenieur galt als zentraler Kopf bei der Ansiedlung der Solarbranche mit mehreren Großunternehmen in Ostbrandenburg und war acht Jahre Oberbürgermeister in Frankfurt (Oder). Wichtig wäre nun, diesen Ansatz auf die gesamte Lausitz zu erweitern und die Ansiedlungsexpertise auch der Oberlausitz zugänglich zu machen. Parallel wird durch die WR.Lausitz endlich ein Katalog der Flächenpotenziale für Ansiedlungen erstellt. Hier werden Versäumnisse der vergangenen Jahre sichtbar. Es wurden keine Flächen für großräumige industrielle Ansiedlungen fit gemacht, da dies bislang nur auf den Impuls eines Investors hin üblich war. Da heute Geschwindigkeit zählt, hat die Lausitz nun dringenden Nachholbedarf. Die WR Lausitz erstellt dazu einen Atlas aller vorhandenen

Flächen, an der Erweiterung erster Industrieflächen z.B. in Guben, Schwarzheide oder Schwarze Pumpe wird gearbeitet.

Auch wenn sich ein Team mit neuer Willkommenskultur auf den Weg gemacht hat – in der Lausitz herrscht anhand der Erfahrungen vergangener Jahre Skepsis, was die Neuansiedlung sogenannter Ankerunternehmen anbelangt. Start-ups aus der Hochschule heraus können für die Strukturentwicklung allenfalls eine Begleitscheinung sein. Da Deutschland in keiner Weise über ein strukturelles Investment in neue Geschäftsideen wie etwa die USA oder China verfügt, kann aus solchen kleinen Strukturen kein dynamisches, zweites Silicon Valley erwachsen. Aber es gibt Bereiche, die bei gründlicher Betrachtung die Ableitung einer Wertschöpfungskette zulassen. Wir haben neben dem bereits im Gespräch befindlichen Referenzkraftwerk für grünes Gas in Schwarze Pumpe und dem Chemie-Logistik-Drehkreuz rund um die BASF in Schwarzheide vier interessante Beispiele ausmachen können. Bei der sicher anstehenden Neuausrichtung der Projektlisten für die Zukunft der Lausitz sollten sie als planvolle Ansätze mit Entwicklungspfaden eine genaue Prüfung Wert sein.

Batteriefabrik: Das Thema Batteriefabrik befindet sich bei der Brandenburger Projektliste auf Platz Nummer 1, taucht dann aber in den zeitlich unterteilten und priorisierten Listen gar nicht mehr auf. Bei den Sachsen sucht man das Vorhaben einer Batteriefabrik vergeblich. Nordrhein-Westfalen und das Saarland spielen das Thema konkreter. Dabei hat die Lausitz für eine Batteriefabrik tatsächlich vielfältige Standortvorteile, mit denen andere Regionen nicht punkten können. Ob die Schnittstelle zu Osteuropa, Sachsen als Hochburg der Elektromobilität, BASF als passender

Dienstleister im Bereich der Zulieferkette, Lithiumvorkommen im nahen Tschechien – es gibt viele weitere Fakten. Die Initiative #WelcomeTesla hat sie unter www.welcome-tesla.com zusammengetragen. Sie hat der Lausitz aber vor allem einen Vorteil verschafft: Sie hat als soziale Bewegung von unten einen gesellschaftlichen Konsens für das Thema erzeugt. Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, Privatpersonen mit der Kraft von 125.000 Menschen unterstützen die Idee der Ansiedlung einer Batteriefabrik. Es wäre schon als Signal an die Lausitzer wichtig, dieses Thema offensiv voranzutreiben. Nach der Tesla-Initiative kochte das Thema zudem gleich mehrfach mit Bezug zur Lausitz hoch. Zuerst lobte Bundeswirtschaftsminister Altmaier 1 Milliarde Euro für eine deutsche Batteriefabrik aus und brachte als Standort die Lausitz ins Gespräch, dann folgte der Gedanke einer europäischen Batteriefabrik, für die sich mit der Schnittstelle Polen und Deutschland (West- und Osteuropa) ebenso die Lausitz als idealer Standort anbietet. Zuletzt verkündete der Konzern Northvolt, von zwei ehemaligen Tesla-Managern gegründet, den Plan zum Bau einer Gigafactory in Deutschland. Die deutsche Northvolt-Fabrik soll ab 2024 in Angriff genommen werden, hier hätte die Lausitz noch etwas Zeit. Der Vorteil: Northvolt kooperiert mit Siemens und ABB, beide unterhalten Standorte in der Lausitz. Die Bemühungen um eine Batteriefabrik können also in verschiedene Richtungen laufen. Den größten Druck sollte die Lausitz beim Bund machen, der durch das Versprechen der Milliardenförderung bei der Installation der deutschen Batteriefabrik ein gehöriges Wörtchen mitreden dürfte. Da diese Industrie in Deutschland völliges Neuland betritt, kann sie auch politisch induziert im Neuland Lausitz angesiedelt werden. Die Wertschöpfungskette liegt

in diesem Fall durch die Nähe zur chemischen Industrie, durch das traditionelle Industrieumfeld der Lausitzer Energiewirtschaft und durch Sachsen als Land der Elektromobilität bereits vor. Die Bundesregierung könnte sie in der Lausitz durch Forschung und Entwicklung mit dem Ausbau des bereits in Einrichtung befindlichen DLR-Instituts für CO₂-arme Prozesse am Standort Cottbus unterstützen. Egal ob Varta, Northfolk, Tesla oder EU – in jedem Fall hat kein weiterer Standort in Europa einen solch ungewöhnlichen Türöffner, wie eine soziale Bewegung von unten ihn der Lausitz ermöglicht. Es wäre zu wünschen, dass die Wirtschaftsexperten beim nationalen und internationalen Standortwettbewerb neben der fachlichen Arbeit den Wert dieser emotionalen Komponente nicht unterschätzen und Gebrauch von diesem Türöffner machen, den am Ende 125.000 Menschen geliefert haben.

Rund um die Schiene: Die zweite hier dargestellte Wertschöpfungskette bietet sogar noch mehr Entwicklungspotenzial. Die Lausitz ist traditioneller Standort für den Schienenfahrzeugbau. Ob Bombardier in der Ober- oder das DB-Werk in der Niederlausitz – es ist ein Cluster mit länderübergreifender Perspektive. Insbesondere beim Cottbuser DB-Werk obliegt es ganz klar dem Bund als alleinigem Eigentümer, für



Auf der Schiene könnte eines der Zukunftsfelder der LEAG liegen. Foto: LEAG

einen zentralen Entwicklungsimpuls zu sorgen. Einst waren hier 2.000 Mitarbeiter beschäftigt, heute sind es rund 400. Morgen könnten es wieder 2.000 sein, hier könnte die Lausitz ganz unabhängig von Dritten, einem Forschungsumfeld oder Investoren Druck machen. Beim genauen Hinsehen öffnet sich in diesem Bereich aber ein Meer an Möglichkeiten. Die LEAG betreibt eine der wenigen Industrie-Eisenbahnen in Deutschland, bildet selbst im Bereich der Eisenbahner aus und muss sich künftig neue Geschäftsfelder erschließen. Warum sollte ein solches Teilfeld nicht eine Zukunft als Eisenbahnunternehmen im Güter- und Industriebereich sein? Standorte wie Jänschwalde würden durch ein mögliches Schienennetz bis hin zur Seidenstraße immens an Attraktivität gewinnen. In Schwarzheide soll ein

KV-Terminal als Anbindung an die Seidenstraße entstehen, der BTU-Lehrstuhl für Eisenbahnwesen von Prof. Hans-Christoph Thiel ermöglicht mit Projekten wie der Smart-Cargo-Station und vor allem einer traditionellen Zusammenarbeit mit Osteuropa ein interessantes Zukunftsfeld für Logistik auf der Schiene. In der Region sind Player wie STR in Schwarzheide oder die inzwischen ebenfalls länderübergreifend arbeitende Lion-Logistik aus Forst innovative Vorreiter. Jüngst hat der Bund in diesem Themenfeld ein Institut für Eisenbahn- und Verkehrsforschung an die TU Dresden vergeben. Hier sollte die Lausitz einen wichtigen Teil des Instituts mit Blick auf bestehende Strukturen und Chancen in der regionalen Entwicklung einfordern. Der Eisenbahn-Lehrstuhl der BTU, der zuletzt an wissenschaftlichem Mittelbau ☺

Kopf voll?

Stecken Sie Ihre Zeit in Ihr Business, nicht in die Suche nach dem richtigen Firmenwagen.

Hyundai i30 Kombi Select
1,4 Benzin 74 kW (100 PS)

- Klimaanlage
- LED-Tagfahrlicht
- Anschlüsse für USB/AUX
- Bluetooth®-Freisprechanlage
- Ei. Außenspiegel m. Blinker uvm.

Mtl. Leasingrate inkl. Techniksर्वice***
zzgl. MwSt. **99,90 €**

Autohaus Hensel
freundlich, fair und familiär
seit 1949

· 02763 Zittau/ Pethau, Hörmitzer Str. 2
Tel.: 0 35 83/79 01 61 · Email: carolin.hensel@ah-hensel.de
· 02708 Löbau/ Großdehsa, Hauptstraße 26
Tel.: 0 35 85/48 14 89 · Email: elke.sickert@ah-hensel.de
www.ah-hensel.de



Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts: 7,9; außerorts: 5,2; kombiniert: 6,2; CO₂-Emission kombiniert: 143 g/km; Effizienzklasse: D. Die angegebenen Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte wurden nach dem vorgeschriebenen WLTP-Messverfahren ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet.

5 Jahre Garantie ohne Kilometerlimit

* Ohne Aufpreis und ohne Kilometerlimit: die Hyundai Herstellergarantie mit 5 Jahren Fahrzeuggarantie (3 Jahre für Car Audio inkl. Navigation bzw. Multimedia), 5 Jahren Lackgarantie sowie 5 Jahren Mobilitätsgarantie mit kostenlosem Pannenservice und Abschleppdienst (gemäß den jeweiligen Bedingungen im Garantie- und Serviceheft). 5 kostenlose Sicherheits-Checks in den ersten 5 Jahren gemäß Hyundai Sicherheits-Check-Heft. Für Taxis und Mietwagen gelten generell abweichende Regelungen. Diese Hyundai Herstellergarantie für das Fahrzeug gilt nur, wenn dieses ursprünglich von einem autorisierten Hyundai Vertragshändler im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz an einen Endkunden verkauft wurde. Abbildungen zeigen z.T. aufpreispflichtige Sonderausstattung, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. ** inkl. Überführung

***Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Kilometerleasing inkl. Technik-Service (Übernahme aller Servicekosten und verschleißbedingter Reparaturen) bei D,- € Sonderzahlung, Laufzeit von 36 Monaten und 30.000 km gesamt zzgl. MwSt. Das Angebot ist auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Hyundai Motor Deutschland GmbH erstellt. Den verbindlichen Endpreis – einschließlich anfallender Nebenkosten für Zulassung und Überführung – erfahren Sie bei Ihrem Hyundai-Vertragshändler. Gültig für alle vom 01.02.2019 bis 30.06.2019 abgeschlossenen Leasingverträge für ein Neufahrzeug für den HYUNDAI i30 Kombi 1,4 Select, 73 kW (100 PS), Kraftstoffart: Super. Unverbindliche Preisempfehlung 16.470,59 € zzgl. MwSt. + Lackierung Polar White 210,08 € zzgl. MwSt. Der Preis richtet sich nach den geltenden Konditionen gemäß Großkundenabkommen. Angebot freibleibend, Änderungen und Irrtümer bleiben vorbehalten. Ein Angebot für Gewerbekunden der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, im Rahmen des Produktes Hyundai Leasing, in Kooperation mit Hyundai Motor Deutschland GmbH, Kaiserleipromenade 5, 63067 Offenbach. Für den Leasingvertrag gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der ALD AutoLeasing D GmbH.

verloren hat, müsste ebenso gestärkt werden. Die LEAG könnte im Bereich der Ausbildung eine wichtige Rolle auch für die Deutsche Bahn und die ODEG übernehmen, da allerorten Eisenbahner gesucht werden. Die Wertschöpfungskette reicht von der Ausbildung in verschiedenen Berufsbildern über Maschinenbau und Logistik bis hin zu Forschung und neuen Logistiklösungen. Eine Industriebahn in der Lausitz kann einen einzigartigen Standortvorteil für neue Industriebetriebe schaffen, die sich in den Industrieparks rund um die bestehenden Kraftwerke ansiedeln können.

Energienetze: Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zählt künftig zu den größten Herausforderungen im Betrieb der Energienetze. Die zunehmenden Ansprüche an die Flexibilität der Netze erfordern ein neues Management. In der Lausitz gibt es die Möglichkeit, aus zwei bestehenden Angeboten ein neues Zentrum in diesem Zukunftsfeld zu entwickeln. Die LEAG verfügt in ihrem Ausbildungszentrum in Lübbenau über einen sogenannten Kraftwerkstrainer. Er simuliert die Arbeit in der Schaltwarte eines Kraftwerks, die durch die Flexibilisierung der Kraftwerke steigenden Anforderungen ausgesetzt ist. An der Cottbuser Hochschule ist hingegen ein Projekt für einen Netzwerktrainer angebunden, der die Regelung aus Sicht der Netzbetreiber simuliert. Dieses Forschungsprojekt kann seine Wirkung wie viele weitere in der Lausitz durch einen

schwachen wissenschaftlichen Mittelbau und geringe Drittmittel kaum entfalten. Könnte man Kraftwerks- und Netztrainer in einer neuen Form kombinieren und an den aktuellen Stand der technischen Gegebenheiten des Marktes anpassen, könnte ein Trainings- und Ausbildungszentrum für Netz- und Kraftwerksbetreiber im nationalen und evtl. im europäischen Maßstab entstehen. Die Anforderungen an die Netze nehmen international zu und werden auch in kommenden Jahrzehnten bestehen. Kraftwerke wird es künftig ebenso geben, auch wenn sie dann mit (grünem) Gas statt Kohle arbeiten. In einer solchen Wertschöpfungskette macht dann auch die ins Gespräch gebrachte Installation der Bundesnetzbehörde in der Lausitz mehr Sinn. Die Forschungs- und Ausbildungsthematik greift hier ebenso wie in den vorhergehenden zwei Feldern, nur das in diesem Fall mit dem BTU-Lehrstuhl Energieverteilung und Hochspannungstechnik von Prof. Harald Schwarz einer der renommiertesten Lausitzer Lehrstühle bereits „voll im Stoff“ steckt und die richtigen Netzwerke in der Region bedienen kann.

Bauwesen: Einen besonderen Impuls könnte das Bauwesen als Wertschöpfungskette erfahren. Es gibt in der Lausitz Bemühungen zur Ansiedlung eines Ausbildungs-Campus, an dem die Ausbildung zum/zur Straßenwärter/in für die neuen Bundesländer zentralisiert werden könnte. Über drei Lehrjahre hinweg könnte der

Campus 450 Auszubildende mit entsprechendem Bildungkörper, Wohnheimen, Werkstätten usw. umfassen. Eine Kooperation mit dem Bereich Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung der BTU Cottbus-Senftenberg liegt ebenso auf der Hand wie Synergieeffekte mit den Ausbildungszentren der Handwerkskammer Cottbus in Cottbus/Gallinchen und Großräschen. Im Jahr 2018 war die Entrüstung in der Lausitz groß, als der Bund mit dem Fernstraßen-Bundesamt eine neue Superbehörde nach Leipzig vergab. Es unterhält zudem Standorte in Bonn, Hannover und Gießen. Der Kabinettsbeschluss sieht grundsätzlich noch einen weiteren Standort des Amtes vor. Die Lausitz wurde seinerzeit mit einer kleinen Außenstelle für Leipzig abgespeist. Warum sollte sie mit der Wertschöpfungskette aus Ausbildung, Forschung und bestehender Wirtschaftsstärke in diesem Segment nicht auch hier den aktuell noch zu vergebenden Standort für diese Behörde einfordern?

Die Strukturentwicklung läuft sicher projektbezogen. Noch besteht aber die Möglichkeit, neue Wertschöpfungsketten zu stricken und bestehende Projektideen zu ergänzen – und vielleicht können diese Anregungen auch zu neuen Ansätzen führen. Die Strukturentwicklung in der Lausitz sollte offen für neue Wege sein. Der neue Plattformgedanke der WR Lausitz unterstützt eine solche Flexibilität.

Die zentrale Entwicklungsplattform

In der vergangenen Ausgabe des Reviertransfer hat sich die WR.Lausitz nach zwei Jahren strukturellem Hin und Her endlich als die zentrale Entwicklungsplattform für die Lausitz herauskristallisiert. Der

Abschlussbericht der WSB-Kommission bestätigt dies und inzwischen wird sogar ein zusätzlicher Vorteil dieser Struktur sichtbar.

Der Abschlussbericht der WSB-Kommission führt die WR.Lausitz zwar nicht

direkt als zentralen Lausitzer Akteur auf. Sie erfüllt aber schon jetzt die meisten der im Abschlussbericht der Kommission im gesellschaftlichen Konsens mit der Zustimmung der kommunalen Ebene detailliert aufgeführten Anforderungen an die zentrale Organisationsstruktur zur Strukturentwicklung des jeweiligen Reviers (siehe dazu Definition S. 83 und detaillierte Anforderungen S. 104/105 im Abschlussbericht der Kommission). So wird die WR.Lausitz in Ergänzung der von den Ländern intendierten Investorenkonferenzen regionale Revierkonferenzen vorbereiten. Für die stärkere Einbindung aller Akteure der Zivilgesellschaft hat die WR.Lausitz für die sächsische Lausitz im März einen Mitmach-Fonds umgesetzt und gestartet. Es ist davon auszugehen, dass ein solches Projekt auch für die brandenburgische Lausitz folgen wird. Zudem wird laut Kommissionsbericht das Förderprojekt „Unternehmen Revier“ als Anknüpfungspunkt für die Umsetzung kommender Strukturhilfen gesehen. Die WR.Lausitz hat dieses Projekt mit dem Regionalen Investitionskonzept (RIK) schneller als alle anderen Reviere umgesetzt und ☺

Blick in den Leitstand des Kraftwerks Boxberg. Auch hier erfordert der zunehmende Regulierungsbedarf gutes Training. Foto: LEAG



LAUSITZER WIRTSCHAFT BRAUCHT **SCHNELLES INTERNET**

Wirtschaftsinitiative Lausitz fordert Breitbandausbau und flächendeckendes Mobilfunknetz

Langsames Internet sowie ein schlechtes und lückenhaftes Mobilfunknetz behindern die Arbeit von Industrie- und Handwerksunternehmen, von Händlern oder der Verwaltung. Aber auch für die Menschen zu Hause spielt eine schnelle Internetverbindung eine immer wichtigere Rolle. Daher sind die flächendeckende Mobilfunkanbindung und schnelles Internet Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung in der Lausitz.

Dass es dafür Lösungen gibt, zeigt das Projekt „Luckau.Digital“, das seit 2016 läuft. Hier werden vorhandene Kommunikationsinfrastrukturen von Energienetzbetreibern und Mobilfunkanbietern kombiniert, indem Mobilfunkmasten an bereits vorhandene Glasfaserknoten angeschlossen und über diese die Kunden per Funk angebunden werden. Bei einem ersten Test im Jahr 2017 konnten abgelegene Siedlungen und Gehöfte in der Region zwischen Luckau und Calau über eine Entfernung von mehreren Kilometern an das schnelle Internet mit einer Übertragung von über 50 Mbit/s angeschlossen werden. „Der Anschluss an die Haushalte geschah dabei über Mobilfunkantennen und somit ganz ohne den kostenaufwendigen Glasfaserausbau bis zu jedem einzelnen Haus“, fasst Michael Schulz, Geschäftsführer der WiL, zusammen. „Berechnungen des vom Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderten Projektes ergaben, dass der aus Glasfaserausbau und Mobilfunknetz kombinierte Ausbau des

schnellen Internets in der Region Luckau – Calau im Vergleich zum reinen Glasfaserausbau um ein Drittel kostengünstiger ist, also mehrere Millionen an Steuergeldern gespart werden können. Zugleich ist diese Form des Ausbaus auch sehr viel

schneller umsetzbar, da das zeitaufwendige Verlegen der Glasfaserkabel mit dem großflächigen Tiefbau weitgehend entfällt.“

Damit bietet das Projekt „Luckau.Digital“ die innovative Technologie für einen schnellen Breitbandausbau in der Lausitz. „Aus diesem Grund unterstützen wir als IHK Cottbus, gemeinsam mit weiteren Akteuren, die Ausdehnung des Projektes auf die gesamte Lausitz“, erklärt Jens Krause, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus.

Ob es in Zukunft in der Lausitz ein flächendeckendes Mobilfunknetz geben wird, hängt auch davon ab, nach welchen Kriterien die Bundesnetzagentur in Kürze die sogenannten 5G-Frequenzen versteigern wird. Obwohl die Frequenzvergabe an ein Telekommunikationsunternehmen an die Verpflichtung geknüpft ist, Funklöcher in den ländlichen Regionen zu schließen, hält jedoch selbst der Kanzleramtschef Helge Braun eine Netzabdeckung von 100 Prozent aufgrund der zu erwartenden Kosten für nicht realistisch.

Die Bundesnetzagentur verlangt von den Mobilfunkbetreibern, dass sie bis Ende 2022 mindestens 98 Prozent der Haushalte in Deutschland mit einer Datengeschwindigkeit von 100 Megabit pro Sekunde im Download zu versorgen. Vor allem Haushalte in ländlichen Räumen wie der Lausitz würden dann auch zukünftig im Funkloch bleiben. Die Vergabe der 5G-Frequenzen muss daher mit der Verpflichtung an die Anbieter verbunden werden, gerade in ländlichen Regionen den Ausbau der Breitbandversorgung stark voranzutreiben.

Ein weiterer Lösungsansatz wäre ein nationales Roaming. Ganz wie im Ausland könnten die Nutzer in einem anderen Mobilfunknetz als das des eigenen Mobilfunknetzanbieters Anrufe empfangen oder tätigen beziehungsweise Daten senden und empfangen. Das Mobiltelefon würde sich immer in das Netz mit dem jeweils besten Empfang einwählen. Wie mittlerweile im EU-Ausland üblich, sollte dies kostenfrei erfolgen.



bereits den zweiten Projektauftrag zu diesem Programm realisiert. Auch hier zeigt sich: Strukturentwicklung ist Projektarbeit, und die WR Lausitz ist die einzige länderübergreifende Struktur mit inzwischen 20 Köpfen und einer Expertise in diesem Bereich. Sie managt bereits jetzt Töpfe im Gesamtvolumen von 35 Millionen Euro für die Lausitz, unterhält Verbindungsbüros in Berlin,

Dresden und Potsdam sowie Brüssel. In der Lausitz sollten also endlich Debatten um die Akteursstruktur enden. Der Plattformansatz der WR Lausitz macht sie als zentrale Struktur ohnehin allen Akteuren zugänglich. Und sie hat gegenüber den Strukturen anderer Reviere einen gravierenden Vorteil. Die Gesellschafterrunde der Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus ist rein

öffentlich, keine privatwirtschaftliche Einrichtung gehört dem Kreis an. Das erleichtert die Ausreichung öffentlicher Fördermittel an die Plattform und somit an die Lausitz enorm.

Die Lausitzer Hochschullandschaft als Motor

Die Hochschullandschaft muss in der Lausitz deutlich mehr als Impulsgeber für die Strukturentwicklung herhalten als in anderen Regionen. Während in westlichen Industrieregionen ca. 70% der Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft und ca. 30 % in der Hochschullandschaft erfolgen, ist es im Osten genau umgekehrt. Forschung und Entwicklung ist aber ein unabdingbarer Bestandteil nachhaltiger, industrieller Wertschöpfungsketten. Weil sie in vielen industriellen Bereichen der Lausitz fehlen, sind etliche Standorte auch so anfällig. Meist unterhalten die Konzerne in der Lausitz nur verlängerte Werkbänke, F&E ist in den westlichen Konzernsitzungen angesiedelt. Aus diesem Grund sind für die Lausitzer Hochschulen zwei Entwicklungen von großer

Bedeutung, bei denen Bund und Länder Hausaufgaben zu erledigen haben. Die Länder müssen vor allem für den wissenschaftlichen Mittelbau Sorge tragen. Er entscheidet darüber, wie stark eine Hochschule sich in Forschung und Projekten engagieren kann. Vor allem an der BTU Cottbus-Senftenberg hat der wissenschaftliche Mittelbau zugunsten des Ausbaus der Verwaltung gelitten. Verhältnisse von 1:6 im Vergleich zur RWTH Aachen belegen das Missverhältnis und den Vorteil des Rheinischen Reviers auch im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus und somit der Forschungskraft. Zudem muss die BTU schnellstens die Kurve bei den Studierendenzahlen kriegen, die seit der Fusion vor sechs Jahren von rund 10.300 auf heute rund 7.200 gesunken sind.

Auch hier ist vor allem das Land gefordert, den Folgeschaden der Fusion schnellstmöglich auszugleichen.

Von Seiten des Bundes wurde eine Stärkung der Lausitzer Forschungslandschaft vor allem durch die Ansiedlung von Instituten angekündigt. Erste Ankündigungen haben sich erfreulich schnell konkretisiert. So werden erste Institute bis zum Ende dieses Jahres arbeitsfähig sein und – wenn alles gut geht – binnen fünf Jahren ihre Personalstärke von jeweils 50 Mitarbeitern aufgebaut haben. Weitere Institute sollen folgen. Einen Überblick dazu liefert uns der Brandenburger Wirtschaftsminister und ehemalige Präsident der BTU, Prof. Jörg Steinbach im letzten Abschnitt.

Außeruniversitäre Forschung an der BTU Cottbus-Senftenberg – die geplanten Institute

Jahrelang kämpfte die Lausitz erfolglos um die Ansiedlung eines namhaften Forschungsinstituts. Auch wenn die herausragende Bedeutung der Hochschullandschaft in den östlichen Bundesländern für die zusätzliche Kompensation der fehlenden F&E-Aktivitäten in deren Wirtschaft längst bekannt war, liefen die Bemühungen bislang ins Leere. Mit der Strukturentwicklung kommt nun nicht nur Bewegung in die Sache, die Institute scheinen förmlich vom Himmel zu purzeln. Was auf den ersten Blick

überrascht, hält auch auf den zweiten, genaueren Einblick stand – wie der folgende Überblick zu möglichen Instituten sowie deren Inhalten und zeitlicher Dimension zeigt. Wir danken Prof. Jörg Steinbach für ein Gespräch zu später Stunde am Vorabend des Redaktionsschlusses.

DLR-Institut für CO₂-arme Prozesse, Standorte Cottbus und Görlitz

Dieses Institut wurde vorzeitig in den Bundeshaushalt 2019 aufgenommen, der

Gründungsdirektor Prof. Uwe Riedel ist bereits ernannt. Im Augenblick wird verhandelt, wie das Institut auf die Standorte verteilt wird. Hauptstandort wird Cottbus, offizieller Start soll schon zum Sommer 2019 mit einer ersten Mannschaft von ca. 5 Mitarbeitern sein. Dann wird es in den üblichen Schritten in den kommenden fünf bis sieben Jahren über mittelfristig ca. 20 Mitarbeiter auf eine letztendliche Stärke von ca. 50 Mitarbeitern aufwachsen. Mit diesem Institut verbindet sich die Hoffnung, die Lebenszeit des ☺

Mitmachmentalität im Oberzentrum

Auch Cottbus hat sich im Frühjahr mit frischem Wind in einen positiven Wandel begeben. Dietmar Woidke bekannte sich Ende Februar zum „Herz und Motor der Lausitz“. Bleibt zu hoffen, dass die bisherigen Hemmnisse zwischen Stadt und Land ausgeräumt sind und beide nun ohne Beigeschmack für die Lausitz an einem Strang ziehen. Eine positive Stimmung macht Cottbus zum Beginn dieses ereignisreichen Wahljahres gleich auf zwei Wegen möglich. Zum einen wird die neue Stadtmarke für aufmerksame Beobachter sichtbar. Sie wird künftig ganz sicher

großes Potenzial zur Identifikation der Bewohner mit ihrer Heimat entfalten. Parallel wird eine Initiative aus der Wirtschaft heraus gestartet, die unter dem Motto „Pückerstadt – die sind doch verrückt“ nachhaltig zu einem positiven Außenbild der Stadt beitragen will. Es spricht für Cottbus, dass sich beide Vorhaben bereits verschränkt haben und gegenseitig stärken wollen. Cottbus wird als Oberzentrum der Region eine besondere Rolle im Veränderungsprozess zufallen – so hilft dieser Cottbuser Aufbruch der gesamten Region.



Kraftwerks Jänschwalde durch ein innovatives Projekt zu verlängern. Hierzu soll eine Kooperationen dieses DLR-Institutes mit der LEAG angestrebt werden.

DLR Institut für Next Generation Turbofans, Standort Cottbus

Für dieses Institut steht das Konzept, welches im Sommer durch den Helmholtz-Senat befürwortet werden soll. Im Herbst soll es dann in den Bundeshaushalt 2020 aufgenommen werden, ein Start könnte im 2. Quartal 2020 möglich sein. Hier muss der Entscheidungsprozess allerdings abgewartet werden. Personalstärke und Aufwuchs stellen sich ähnlich wie beim anderen DLR-Institut dar. Hier wird eine Zusammenarbeit mit Rolls Royce und MTU Aero Engines angestrebt, es geht um grünere Antriebe in der Luftfahrt. Auch hier ist das Ziel, Emissionen abzusenken.

Fraunhofer-Gesellschaft: Institut für Energiesysteme, Standorte Cottbus und Bochum

Dieses Institut wurde bereits Ende vergangenen Jahres vorzeitig in den Bundeshaushalt 2019 aufgenommen. Hier laufen aktuell die letzten konzeptionellen Absprachen, mit denen auch die Aufgabenverteilung auf die Standorte verbunden ist. Cottbus soll im Schwerpunkt Fragestellungen der Sektorkopplung bearbeiten, Bochum Geothermie. Hier werden noch Synergien mit dem Geoforschungszentrum Potsdam angestrebt, das ebenfalls über Erfahrungen im Bereich Geothermie verfügt. Am Anfang wird eine Projektgruppe mit etwa fünf Mitarbeitern stehen, sie muss Drittmittel einwerben und wird langsam aufwachsen. Die Anknüpfungspunkte liegen in der Verknüpfung z.B. von Windkraft und Elektrolyse und der daraus resultierenden Wasserstoffschiene. Hierdurch können energieintensive Prozesse in der Stahl- und Zementindustrie umweltfreundlicher gestaltet werden. Es kann sich auch dem Betrieb von Nahverkehrszügen mit Brennstoffzellen und Batterietechnik widmen, die auch eine entsprechende Wasserstoffversorgung benötigen. Hier kann Brandenburg in Technologien Power-to-X eine Vorreiterrolle einnehmen.

Fraunhofer-ISS/ Institut in Zusammenarbeit mit dem IPMS, Standort Cottbus

Dieses Institut widmet sich dem Halbleiterbereich. Hierzu ist bereits eine Fraunhofer-Abteilung an der BTU Cottbus-Senftenberg aktiv. In Cottbus soll ein eigenes Institutsgebäude errichtet werden. Innerhalb von fünf Jahren soll aus der Abteilung der Aufbau zu einem vollständigen Institut erfolgen. Der Fraunhofer-Vorstand wird sich Ende April mit dem Konzept beschäftigen und es dann hoffentlich absegnen. Dann beginnt die Umsetzung. Hier ist die Hoffnung, das Vorhaben prioritär in die Strukturmittel für die Lausitz einzubringen und so recht zeitnah



Presstetermin zur Einrichtung des Kompetenzzentrums für Klimaschutz an der BTU Cottbus-Senftenberg. Foto: BTU

zu ermöglichen, da Fraunhofer derzeit an vielen Projekten bundesweit baut – und die Lausitz ansonsten einmal mehr Geduld mitbringen müsste.

Die weiteren drei Vorhaben sind jüngerer Natur und sollen sich aus drei Fraunhofer-Forscherguppen entwickeln, die bereits in der Lausitz aktiv sind. Diese werden nach fünf Jahren durch die Fraunhofer-Gesellschaft evaluiert. Fraunhofer-Institute sind zu einem Drittel grundfinanziert und müssen sich zu zwei Dritteln aus der Forschung finanzieren, es muss also ein Potenzial zwischen fünf und zehn Mio. Euro an Drittmitteln pro Jahr eingeworben werden. Wenn die drei wissenschaftlichen Felder in fünf Jahren diese Finanzierungsbasis erwarten lassen, erwachsen aus diesen Vorhaben Institute.

Zellfreie Biotechnologie/ Senftenberg

Die erste Gruppe widmet sich gemeinsam mit dem IZI Potsdam (Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie, Institutsteil Bioanalytik & Bioprozesse) dem Bereich der Zellfreien Biotechnologie. Hier geht es um die Entwicklung neuer Pharmazeutika oder Testmethoden. Anknüpfungspunkte bieten sich für die Pharmaindustrie in Brandenburg und darüber hinaus.

Biologisierung von Kunststoffen Senftenberg

Eine weitere Forschergruppe widmet sich der Biologisierung von Kunststoffen gemeinsam mit dem IAP Potsdam (Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung), hier geht es um die Funktionalisierung von Kunststoffen. Anwendungsbereiche können die Produktion besserer Membranen z.B. für die Wasserreinigung der belasteten Spree, aber auch die bessere Abbaubarkeit von Kunststoffen durch Biologisierung sein, ebenso der Austausch alter Kunststoffe gegen neue auf Basis neuer Synthesewege.

Beide Fraunhofer-Forscherguppen haben vor einem Jahr die Arbeit aufgenommen und sollen in vier Jahren evaluiert werden – und wenn sie positiv evaluiert werden, dann

wird aus beiden Gruppen ein gemeinsames Institut mit einem Institutsgebäude am Standort Senftenberg entstehen.

Fraunhofer-Gesellschaft IKTS Werkstoffentwicklung und -prüfung (Künstliche Intelligenz, Kognitive Systeme), Standort Cottbus

Hier geht es um das Thema Kognitive Systeme und künstliche Intelligenz im Bereich von Wartungs- und Instandhaltungsprozessen in Zusammenarbeit mit dem IKTS (Fraunhofer-Institut für Keramische Technologien und Systeme) in Dresden. Es handelt sich um eine ganz neu eingerichtete Projektgruppe, die erst vor einem Vierteljahr ihre Arbeit aufgenommen hat. Hier wird auf revolutionäre Prozesse im Bereich der Wartung und Instandhaltung gesetzt, das ist für alle Industrien vom Maschinenbau bis zur Luftfahrt relevant. Auch diese Gruppe muss in den kommenden fünf Jahren beweisen, dass sie das Potenzial zu einem Fraunhofer-Institut hat. Das Institut soll dann in Cottbus gegründet werden.

Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien

Hier handelt es sich zwar um kein Institut, Charakter und Dimension sind aber vergleichbar. Eingerichtet vom Bundesministerium für Umwelt, wird das Zentrum in Cottbus mit etwa 20 Mitarbeitern und einem Budget von ca. 2 Millionen Euro pro Jahr gegründet. Die Mittel für 2019 sind bereits bewilligt. Der Startschuss fiel bereits im März, die Leitung wird schon im Frühjahr feststehen. Dann nimmt das Kompetenzzentrum die Arbeit auf. Es soll die gesamte Bundesrepublik Deutschland versorgen – sollte das umgesetzt werden, müsste das Personal mittelfristig ebenso auf ca. 50 Mitarbeiter aufwachsen und in der Finanzierung nachjustiert werden.

Fazit: Vier bereits feststehenden Instituten und einem Kompetenzzentrum können zwei weitere Institute folgen. Sie benötigen Zeit, können der Lausitz aber entscheidende Impulse für die Strukturentwicklung liefern. ⊗

„Wir müssen die Energiewende vom Grundsatz her neu denken“

Interview mit Prof. Dr.-Ing. Harald Schwarz, Lehrstuhlinhaber Energieverteilung und Hochspannungstechnik an der BTU Cottbus-Senftenberg

Im Frühjahr 2018 war Prof. Harald Schwarz Mitautor einer BTU-Kurzstudie des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums zu den technischen Zusammenhängen zur sicheren Stromversorgung. Wir suchten mit ihm das Gespräch zu seiner Sicht auf die Ergebnisse des Abschlussberichts der WSB-Kommission. Daraus wurde eine umfangreiche Aufklärung zu den Unzulänglichkeiten der Umsetzung von Deutschlands Energiewende.

Die Kommission wurde mit den Begriffen Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ins Rennen geschickt, was entnehmen Sie dem Abschlussbericht in diesen Themenbereichen für die Lausitz?

Ich habe den Bericht nur auszugsweise gelesen und mich auf die Absätze zur Versorgungssicherheit konzentriert. Es gibt eine logische Reihenfolge: Wir müssen zuerst die Versorgung sicherstellen und können dann schauen, wie wir CO₂-Emissionen reduzieren. Erst dann brauchen wir uns über Themen wie Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Gedanken machen. Wenn die Versorgungssicherheit als Primat nicht gegeben ist, brauchen wir über den Rest nicht zu reden. Da ich in dem Bericht hierzu keinen Ansatz erkennen konnte, ist die Debatte um den Strukturwandel meines Erachtens obsolet.

Stehen Sie mit dieser Meinung nicht recht allein?

Das ist nicht meine Denke. Es gibt seit zehn Jahren ausreichend Studien dazu. Möchte man in einem Land sichere Stromversorgung, benötigt man gesicherte Kraftwerksleistung. Seit hundert Jahren heißt die Regel, dass die gesicherte Leistung die

mögliche Höchstlast in einem Stromnetz übersteigen muss. Schauen wir uns die letzten zehn bis 15 Jahre Energiewende in Deutschland an, so haben wir um die 120 Gigawatt PV- und Windstrom aufgebaut. Die gesicherte Leistung von PV ist aber 0%, bei Wind onshore ist es 1%, bei Wind offshore 2%. Im Klartext liefern die 120 GW, die wir in den letzten 15 Jahren aufgebaut haben, nahezu null Beitrag zur gesicherten Leistung. Wir werden ausschließlich mit Wind und PV nie eine gesicherte Stromversorgung aufbauen. Vor zehn Jahren standen uns deshalb rund 100 GW Kraftwerksleistung aus sicheren Energieträgern zur Verfügung, das sind Kohle, Gas, Atom, Biomasse und Laufwasser. Die mögliche Höchstlast in Deutschland liegt derzeit bei ca. 85 GW. Inzwischen ist die gesicherte Leistung auf knapp 90 GW abgeschmolzen – und der Kohlekommissionsbericht sieht vor, dass wir davon bereits in drei Jahren weitere 20 GW gesicherte Leistung abschalten. Das soll dann noch weiter fortgesetzt werden. Wir geben in drei Jahren also unsere sichere Stromversorgung „aus eigener Kraft“ auf und haben dann nur noch 80% der notwendigen gesicherten Kraftwerksleistung im eigenen Land, die wir brauchen, um uns verlässlich zu versorgen. 2030 sinkt das weiter auf 60%. Wo soll der Rest herkommen? Es gibt kein Konzept und bei unseren Planungshorizonten kann ich mir keine reale Lösung vorstellen. Fest steht, dass bis 2022 definitiv gar nichts passiert. Was heute im Bau ist, ist 2022 fertig, sonst nichts. Wir werden in drei Jahren die Abschaltung von Kohle und Atom nicht verkraften und können nur darauf hoffen, dass im angrenzenden Ausland noch genügend Reserven im Bereich Kohle und Atom

vorhanden sind, um Deutschland mit zu versorgen, wenn wir es selbst nicht mehr können.

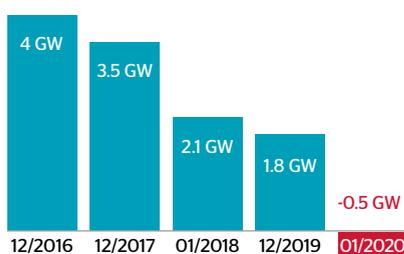
Wie sieht es mit der Hilfe der Nachbarn aus?

Das ist die bislang einzige Hoffnung der Bundesregierung: Der europäische Strommarkt wird schon liefern. Aber was ist dieser Markt? Das sind Kraftwerke in den Nachbarstaaten. Hier stellt man schnell fest, dass Windflauten bei uns auch mit Windflauten bei den Nachbarn einhergehen. Dazu gibt es Fakten und Zahlen. Laufen unsere Kraftwerke unter Höchstlast, tun sie das in Polen und Tschechien auch. Die Wahrscheinlichkeit, dass uns die Nachbarn in einer kalten Dunkelflaute, bei weitgehendem Ausbleiben von Strom aus Wind und PV, mal eben 20 GW über den Strommarkt verkaufen können, halte ich für unrealistisch. Genau an diesem Punkt hat sich der Abschlussbericht der Kommission für mich wegen Realitätsferne erledigt.

Viele Wissenschaftler untermauern die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kohleausstiegs – handelt es sich schlicht um unterschiedliche Sichtweisen oder einen unterschiedlichen Grad der wissenschaftlichen Expertise?

Die Aussagen zur gesicherten Leistung sind physikalische Fakten. An denen kann kein Wissenschaftler etwas ändern. Wir leben allerdings seit längerem in einer Phase der Energiewende, bei der physikalische Fakten und Naturgesetze ausgeblendet werden. Das Motto lautet: Es muss einfach gehen. Wir betreiben die Energiewende schon seit 20 Jahren. Das EEG ist Mitte der 1990er-Jahre erstmals wirksam geworden und vor der Jahrtausendwende wurden dann die ersten Anlagen für Erneuerbare installiert. Das Ziel der Energiewende besteht aber nicht im Aufbau regenerativer Energien, sondern im Senken der CO₂-Emissionen. Bis heute erleben wir bei vielen Beteiligten einen wahren Rausch, was die jährliche Steigerung des prozentualen Anteils der Erneuerbaren an der Stromproduktion angeht. Daraus ist der Glaube entstanden, dass ein „weiter so“ bei der Steigerung dieses Anteils die Lösung bringt. In den Medien wird suggeriert, dass mit 40% Quote der Erneuerbaren auch 40% Deutschlands mit regenerativem Strom gesichert versorgt werden. Dem ist nicht so. Das physikalische Grundverständnis

Abschmelzungsprozess der gesicherten Leistung im dt. Stromnetz



Bereits vor der Stilllegung der letzten Kernkraftwerksblöcke bis Ende 2022 (= 8 GW) kann sich Deutschland bei kalten Dunkelflauten nicht mehr selbst versorgen. Da die Leistungsknappheit auch in Nachbarstaaten nahezu zeitgleich auftritt, können weitere erzwungene Kraftwerksstilllegungen die Versorgungssicherheit zusätzlich gefährden.

Quelle: Bericht zur Leistungsbilanz 2017, 4 ÜNB, Januar 2018

energietechnischer Zusammenhänge in den Medien und der Bevölkerung ist leider sehr gering. Schaut man hingegen auf die CO₂-Emissionen in der Energiewirtschaft, so wurde in den letzten 20 nichts erreicht. Lediglich Anfang der 1990er-Jahre gab es einen starken Abfall, der mit der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR einherging. Von 1994 bis 2013 waren die Emissionen der Energiewirtschaft dann trotz Energiewende konstant. Sie betragen jedes Jahr 360 Mio. Tonnen CO₂ plus minus 5 Prozent. Der Aufbau von PV und Windenergie gefördert über das EEG zeigte keine Wirkung bei den CO₂-Emissionen. Seit 2015 gibt es wieder einen leichten Abwärtstrend, allerdings sind das noch unbestätigte Daten des Umweltbundesamts aus dem Sommer 2018. Da war noch von Hochrechnungen und Expertenschätzungen die Rede, das ist also nicht belastbar. Vielleicht gibt es hier tatsächlich einen kleinen Abwärtstrend, aber über 20 Jahre haben sich die Emissionen gar nicht verändert und selbst jetzt wäre das nur sehr geringfügig. Trotzdem sind alle glücklich und feiern den Ausbau der Erneuerbaren. Das kann ich nicht verstehen.

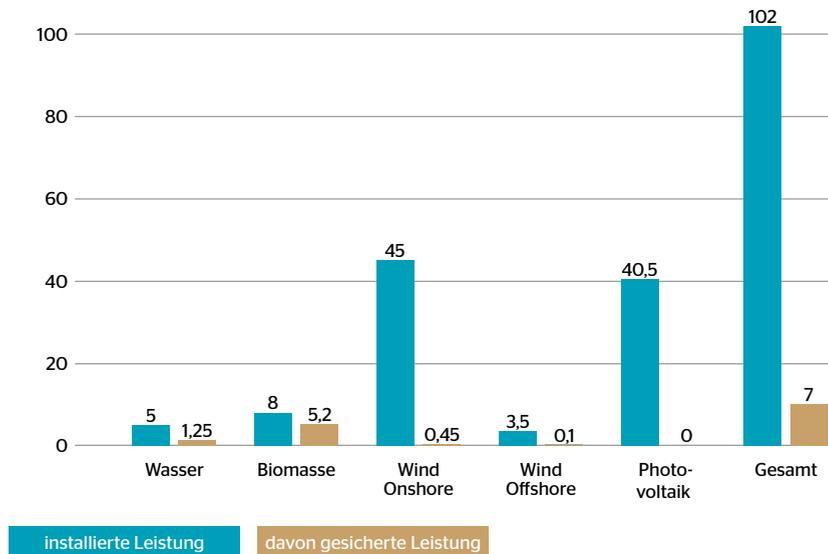
Woraus resultiert der fehlende Effekt auf die Emissionen?

Parallel zum Aufbau der Erneuerbaren haben wir CO₂-freie Kernenergie abgebaut. Was wir auf einer Seite aufgebaut haben, wurde auf der anderen Seite abgebaut. Zudem wurden Kohle- und Gaskraftwerke durch die volatile Einspeisung der Erneuerbaren zu einem extrem fluktuierenden Betrieb gezwungen, um so die ständigen Einspeiseschwankungen von Wind und PV mit dem Strombedarf in Übereinstimmung zu bringen. Das ist wie Stop and Go mit dem Auto in der Stadt. Das führt auch zu höheren Emissionen pro Kilometer, als auf der gleichen Strecke mit konstanter Geschwindigkeit auf der Autobahn oder Bundesstraße zu fahren. Wir haben im Ergebnis über 20 Jahre hinweg in blindem Aktionismus im dreistelligen Milliardenbereich Steuergelder ausgegeben, ohne nennenswert etwas bei den Emissionen zu erreichen.

Wie weit sind wir bei der Verstetigung der Erneuerbaren, damit wäre ja ein Effekt auf die Emissionen gegeben?

Wir wissen schon lange, dass überschüssige regenerative Energien gespeichert werden müssen. Das hat in den letzten 15 Jahren aber niemanden interessiert. Es gab bereits 2008 und 2010 Konzepte, die vor der kommenden Phase einer massiven Unterdeckung mit gesicherter Leistung warnten. Die Energiewende wurde trotzdem blind vorangetrieben. Hier müssen wir dringend umsteuern und die Energiewende neu denken, um zu einer nachhaltigen Stromversorgung mit deutlich geringeren CO₂-Emissionen zu kommen.

Erneuerbare Energien: Installierte und gesicherte Leistung



Unter 10 % der installierten EE-Leistung trägt zur Versorgungssicherheit bei. Die zuverlässigsten Erneuerbaren sind Biomasse und Wasserkraft. Ihr Ausbau ist begrenzt bzw. rückläufig. Die Energiewende setzt vor allem auf den Ausbau von Wind und PV. Ihr Beitrag zur Versorgungssicherheit ist nahe Null.

Quelle: BMWi 90/2017, *ÜNB Bericht zur Leistungsbilanz 2017

Es wird dennoch viel über grünes Gas gesprochen, wie weit sind wir in der Praxis?

Im Jahr 2006 gab es eine Pilotanlage mit 6 MW und weitere im Bereich um 2 MW. Seitdem ist bundesweit nichts mehr passiert. Aktuell plant RWE nach meiner Kenntnis eine Anlage mit 50 bis 100 MW. Um von dieser Größe in den Bereich von mehreren 10.000MW zu kommen, brauchen wir nicht nur einen, sondern mehrere Schritte zum Hochskalieren und das dauert mehrere Jahrzehnte, zumal wir ja auch die Kosten dafür irgendwie verteilen müssen. Es rächt sich, dass wir 15 Jahre nichts getan haben.

Was müsste jetzt getan werden?

Wir reden inzwischen bei Phasen mit Überspeisung regenerativer Energien über hunderte Gigawattstunden. Die Big Batterie der LEAG wird 0,05 Gigawattstunden bringen, das macht die Dimensionen des regenerativen Überschusses deutlich. Batterien werden in Zukunft zwar mehr im Netz auftauchen, aber als Elemente, über die man schnelle Regelleistung bereitstellen kann, um einem kritischen Frequenzabfall oder -anstieg in wenigen Minuten entgegenzuwirken. Bei einer mehrtägigen Überspeisung der Netze, so wie wir es schon heute in Ostdeutschland im Winter teils mehrfach in der Woche haben, können wir nur abregeln, oder wir müssten diese Überschüsse in Wasserstoff umwandeln und als grünes Gas ins Gasnetz einspeisen. Das ist

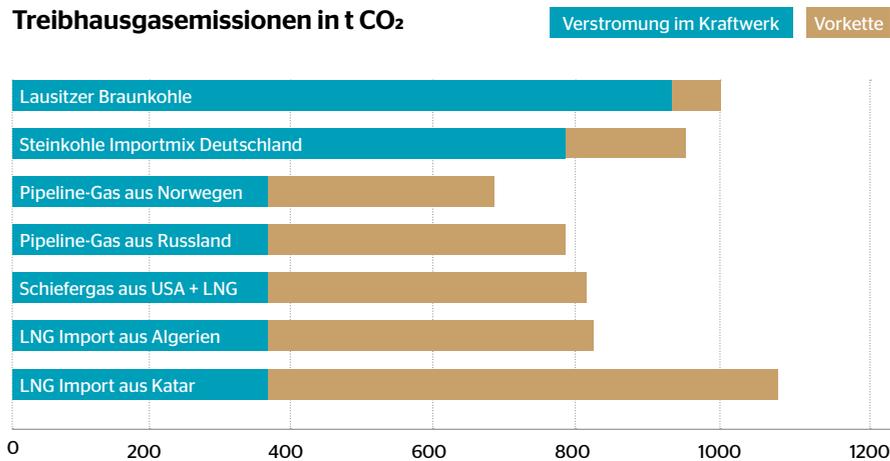
für Deutschland m.E. die einzige Option, den massiven EE-Überschuss zu verstetigen und nachhaltig zu nutzen. Das ist aber ein weiter, sehr weiter und auch teurer Weg.

Was kann bis dahin Kohle und Atom ersetzen?

Wenn wir auf Kohle und Atom verzichten, bleibt nur Gas als Ersatz für gesicherte Leistung. Auch hier lügen wir uns seit Jahren in die Tasche. Wir betrachten die CO₂-Emissionen nur im Wandlungsprozess vor Ort, in diesem Fall ist Gas deutlich günstiger als Kohle. Das ist zwar statistisch korrekt, aber CO₂ ist nun mal ein globales Problem. Wenn die tatsächlichen CO₂-Emissionen durch Erzeugung und Transport mitbetrachtet werden, dann nimmt das bei Braunkohle aufgrund des geringen Abstandes zwischen Tagebau und Kraftwerk nur wenig zu, Steinkohle geht deutlich nach oben, da viel Steinkohle für unsere Kraftwerke heute aus Australien kommt und bei Gas explodieren die Emissionswerte geradezu. Es gibt Gasfelder wie das amerikanische Schiefergas samt Transport nach Deutschland, bei dem die Gesamtemissionen dann weit über der Braunkohle liegen. Denken wir aber tatsächlich über globalen Klimaschutz nach, sind diese Gesamtemissionen der entscheidende Wert.

Wenn wir über Klimaschutz reden, dann leistet Gas als einziger möglicher Lückenfüller für Atom und Kohle also wenig Beitrag? ☹

Treibhausgasemissionen in t CO₂



Quelle: Daten aus der GEMIS-Datenbank 4.94, Stand: März 2015 mit GWP₂₀ für CH₄ und N₂O nach dem 5. Sachstandsbericht des IPCC von 2013

Klimaschutz ist ein globales Thema. Da hilft es nicht, wenn wir nur den Wandlungsprozess in Deutschland betrachten. Wir müssen die regenerativen Überschüsse umwandeln, das ist der einzig richtige Weg. Der Netzentwicklungsplan 2030 sieht 200 GW Wind und PV vor, die uns das Netz gigantisch belasten werden. Diese Überschüsse müssen ins Gasnetz. Der notwendige Prozess der Elektrolyse ist aber immens teuer und müsste dringend vorangetrieben werden, anstelle riesige Summen in die Verkabelung der großen Nord-Süd Leitungstrassen zu stecken – nur mit dem Effekt, dass man die Leitung dann nicht mehr sieht. Alles in allem sind wir in Deutschland dabei leider ohne Konzept.

Entspricht das inzwischen oft beschworene Szenario eines Blackouts einem realen Problem?

Nach Köpenick muss man den Begriff Blackout leider oft klarstellen. Es handelt sich dabei um eine lang anhaltende und großflächige Versorgungsunterbrechung. Das entspricht mehreren Tagen auf einer Fläche von mehreren hundert Quadratkilometern. Köpenick war eine zwar unerschöne, aber lokal und auch zeitlich noch sehr begrenzte Versorgungsunterbrechung. Über die „Blaulichtorganisationen“ konnte man das locker von außen versorgen. Zur Notversorgung eines Stromausfalles im gesamten Berliner Stadtgebiet müsste das Technische Hilfswerk vermutlich alle in Deutschland verfügbaren Ressourcen zusammenziehen – und wenn die Fläche noch größer wird, dann wird es richtig hart. Insgesamt betreiben wir das Stromnetz in den letzten Jahren immer stärker am Limit. Anfang der 2000er-Jahre gab es zwei größere Blackouts (Italien bzw. Teile Westeuropas), weil der neu eingeführte Stromhandel über das

europäische Verbundnetz und die physikalischen Randbedingungen für den Netzbetrieb plötzlich nicht zusammenpassten. Auch im Winter 2011 auf 2012 war das Gleichgewicht zwischen Verbrauch und Erzeugung empfindlich gestört, als es durch den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zur verminderten Gasdurchleitung und damit einem Gasmangel in Süddeutschland kam. Wir waren kurz vor dem kritischen Punkt der Unterfrequenz, bei dem dann alle verfügbaren Kraftwerksreserven ans Netz gebracht werden und bereits erste große Verbraucher abgeschaltet werden, um ein weiteres Absinken der Frequenz zu verhindern, das ungebremst nach sehr kurzer Zeit zu einem Netzzusammenbruch führen kann. Es gab helle Aufregung in der Politik, daraufhin wurde eine Regelung zur Abschaltung energieintensiver Industrie im Falle besonderer Herausforderungen geschaffen. Allein in 2018 wurden Teile der Aluminiumindustrie über diese Maßnahme 78 Mal abgeschaltet. Das waren zwar keine Katastrophenszenarien, aber man hat in diesen Zeiten gemerkt, dass die Regelleistung nicht mehr ausreicht und der Markt die Lücke nicht schließen kann. Zum vergangenen Jahreswechsel gab es auch eine plötzlich auftretende Unterdeckung von 6 GW, die man ausgleichen konnte, weil die Kraftwerke nicht auf Höchstlast waren. Am 10. Januar gab es eine Situation, in der die Frequenz in wenigen Minuten, quasi aus dem Nichts, bis auf 49,8 Hertz abgesunken ist. 14 Tage später gab es das gleiche Phänomen in die andere Richtung. Bis heute weiß in diesen Fällen niemand, worin genau die Ursachen lagen. Der Netzbetrieb in Europa ist durch die beliebige Ein- und Ausspeisung hochgradig wacklig geworden. Das wird weiter zunehmen.

Im Kommissionsbericht steht, dass auch die Nachbarländer aus der Kohle aussteigen, ist ganz Europa auf dem Holzweg?

Die Nachbarn weniger. Um einen deutlichen Vergleich zu bedienen, schauen wir mal etwas weiter nach China. Dort gibt es auch viel Kohle und eine ähnliche EEG-Quote wie in Deutschland. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied. Dreiviertel von Chinas EEG-Quote entstammen sicherer Wasserkraft und nur ein Viertel Wind und PV. Bei uns sind es 90 % Wind und PV. Andere Länder haben einen anderen Mix, Deutschlands Weg folgt niemand.

Ist einmal durchgerechnet worden, was die Energiewende kostet?

Was immer man rechnet, es gibt einfach zu viele Unklarheiten und aktuell läuft man bei der Energiewende in Deutschland Lemmingen gleich einer Religion hinterher. Die Politik wird die Physik erst akzeptieren, wenn 2022 eine Situation eintritt, in der der Markt nicht liefern kann. Man sagt da immer schnell, dass so ein größerer Blackout vielleicht auch „heilsam“ wäre, man darf aber nicht vergessen, dass ein großflächiger und langanhaltender Blackout in Deutschland unvorstellbar schlimm werden würde. Der Bundestag hat hierzulande mal 2011 eine große Studie in Auftrag gegeben, die man auch mit etwas Suchen herunterladen kann. Dort wurde alles zumindest für den ersten Tag des Blackouts sehr detailliert untersucht – und wer das gelesen hat, möchte das nicht erleben.

Warum gibt es keinen Aufstand aus der Wissenschaft?

Das Thema ist zu komplex für die heutige Medienlandschaft, es fehlt in unserem Land der Resonanzboden. Große Teile der Gesellschaft sind darauf eingeschworen, die Welt zu retten, auch wenn unser Anteil an den globalen Emissionen nur 2,7 % beträgt.

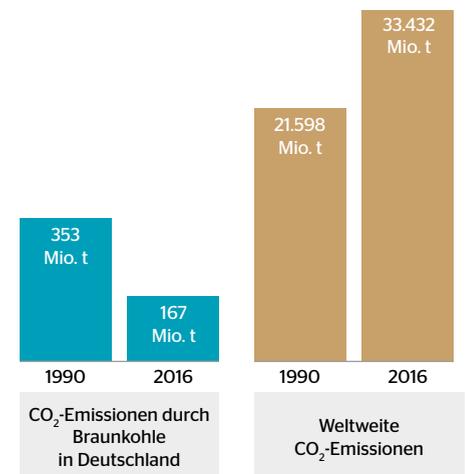
Was würden Sie vorschlagen?

Im Abschlussbericht der Kommission sind Jahreszahlen für ein Monitoring festgelegt worden. Man müsste allerdings definieren, wie man genau ein Monitoring ansetzt, um die Sicherheit der Stromversorgung im Allgemeinen und der Netze im Besonderen zu bewerten. Bei der Stromversorgung ist das m.E. die gesicherte Kraftwerksleistung und bei den Netzen z.B. die Eingriffe nach §13 und 14 EnWG, da diese dann aktiviert werden, wenn eine Überlastung der Netze durch regenerative Überspeisung verhindert werden muss. Dazu braucht es eine Kommission, in der tatsächlich Experten zur Versorgungssicherheit zusammenkommen. Die bisherige WSB-Kommission ist dafür fachlich nicht qualifiziert. Ich habe aber wenig Hoffnung für ein Umdenken. Über das Lockmittel „Strukturhilfen“ wird das Thema „Versorgungssicherheit“ völlig ausgeblendet.



Weltweit nehmen CO₂-Emissionen auch derzeit noch zu.

Globale Entwicklung CO₂-Emissionen



Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2017; UBA Emissionsdaten (01/2018)

Eine große Bedeutung misst der Bericht der Kommission der Lausitzer Hochschul-landschaft als Motor des Strukturwandels bei. Teilen Sie diese Ansicht?

Hier sollen die neuen Institute Impulse liefern. Das Fraunhofer und das DLR-Institut werden wohl bis Ende 2019 formal vor Ort sein und dann in zwei bis drei Jahren hochfahren. Wir können da sicher sehr gut kooperieren. In drei Jahren sollte die Mannschaft pro Institut um die 50 Personen betragen. Mit Blick auf den WSB-Bericht geht es sicher darum, wie eine Hochschule Arbeitsplätze in der Industrie induzieren kann. Bis aus einer Idee eine Fertigung wird, das dauert. Ernsthaften Ersatz für Industriearbeitsplätze in Größenordnungen allein aus der Hochschule heraus sehe ich als unrealistisch. Da brauchen wir Investoren, für die eine Hochschule, die Ideen und gut qualifizierte Absolventen liefert zwar ein positives Add-on ist. Entscheidungen zu Investitionen in neue Fertigungsstandorte in der Lausitz werden aber nach anderen Kriterien gefällt.

Dennoch erhält die BTU mit den Instituten Rückenwind, gibt es derzeit eine Aufbruchstimmung?

Wir müssen erst einmal schauen, was konkret hinter den neuen Einrichtungen steckt. Fraunhofer muss später Drittmittel einwerben und eigenes Geld verdienen. Da muss man schauen, ob sie in Konkurrenz zu Aktivitäten bestehender BTU-Lehrstühle arbeiten. Da die beiden neuen Institute in den Bereich der thermischen Energietechnik gehen wollen, können die BTU-Lehrstühle der elektrischen Energietechnik hier sehr gut anknüpfen, der gerade in der

Wiederbesetzung befindliche Lehrstuhl für Thermische Energietechnik an der BTU ist allerdings im gleichen Feld wie die neuen Institute aktiv. Hier kann es zu Überschneidungen kommen.

Sehen Sie die BTU für eine Begleitung des Lausitzer Wandels gut aufgestellt?

Wir haben einen extrem geringen Wert bei wissenschaftlichen Mitarbeitern. Die RWTH Aachen hat meinen Bereich „Energieverteilung und Hochspannungstechnik“ z.B. in zwei Institute mit je sechs wissenschaftlichen und von der Uni bezahlten Mitarbeitern aufgesplittet. Diesen zwölf Wissenschaftlern im Mittelbau stehen bei mir zwei gegenüber, wir reden also über ein Verhältnis 1:6! Daran merkt man, welchen Vorteil das Rheinische Revier beim Strukturwandel mit der RWTH Aachen gegenüber dem Lausitzer Revier auch in diesem Bereich hat. Wir haben mangels Manpower nicht die Option, viele Anträge vorzubereiten. Gemeinsam mit DRL und Fraunhofer sind Lösungen denkbar, aber auch hier wird es mit dem schmalen Mittelbau schwer.

Welchem Projekt Ihres Lehrstuhls trauen Sie für den Strukturwandel den größten Effekt zu?

Es gibt viele spannende Themen, am Ende geht es aber schlicht darum, für welche wir Geld erhalten. Deshalb machen wir aktuell viel zur Netzintegration Erneuerbarer Energien und Elektromobilität. Ein weiteres Thema ist der BTU Smart Campus. Aber was kann ein Lehrstuhl mit zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern für die Lausitz bewegen? Es wäre sicher sinnvoll, den Power System Simulator an meinem

Lehrstuhl mit dem LEAG-Kraftwerkstrainer zu verknüpfen, um so ein singuläres Kompetenzzentrum aufzubauen. Dazu braucht es aber Geld, Zeit und Personal – oder einen externen Partner, der in das Projekt mit einsteigt.

Was müsste sich an der BTU verändern?

Das neue Fraunhofer bzw. DLR-Institut haben je einen Umfang von 50 Mitarbeitern. Dem steht bei uns ein Professor mit zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern gegenüber. Viele Planstellen für den wissenschaftlichen Mittelbau sind hier verschwunden und irgendwo im Stab der Hochschulleitung gelandet. Wenn nun alle oben koordinieren und unten keiner mehr zum Arbeiten da ist, wird das problematisch. Fraunhofer und DLR marschieren mit 100 Planstellen in einen Bereich, in dem die BTU aktuell zwei Professoren mit jeweils zwei Mitarbeitern einsetzt.

Wir danken für das Gespräch. ☒



Professor Harald Schwarz
ist Lehrstuhlinhaber für Energieverteilung
und Hochspannungstechnik an der BTU
Cottbus-Senftenberg.